



Versammlungsfreiheit
Freiheit Hetze Demokratie
Vielfalt Ausgrenzung
Vorurteile Meinungsfreiheit
Religionsfreiheit Terrorismus
Rassismus Menschenwürde
Toleranz Extremismus
Gleichberechtigung

Verfassungsschutzbericht
des Landes Nordrhein-Westfalen
über das Jahr 2015

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

bestellung.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de/publikationen

Stand: Juni 2016
Druck: Silber Druck oHG, Niestetal
Fotos: picture alliance / dpa / Pressefoto ULMER/Markus Ulmer / Winfried Rothermel /
Geisler-Fotopress / Rene Anhuth/ANCNews/dpa / Polizei Hagen/dpa
Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen



Im Jahr 2015 konnten wir eine Verschärfung der Gefahren für die innere Sicherheit durch den politischen Extremismus feststellen. Die Aktivitäten der Bestrebungen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden – vor allem im Rechtsextremismus – haben zugenommen. Die extremistischen Straftaten im Rechts- wie im Linksextremismus verzeichnen deutliche Steigerungsraten. Der Zulauf zur salafistischen Szene ist ungebrochen, der islamistische Terror bedroht Europa, die innenpolitische Entwicklung in der Türkei fördert den Konflikt zwischen türkischen Rechtsextremisten/Nationalisten und Anhängern der PKK weiter. Die Wechselwirkungen, also das gegenseitige Aufschaukeln zwischen den extremistischen

Szenen, machen die Lage komplexer. Und nicht zuletzt: Der starke Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ist in der realen wie virtuellen Welt im Fokus ausländischer Nachrichtendienste.

Der extremistische Salafismus spricht noch immer vor allem junge Menschen in unserem Land an, zieht sie in den Bann des religiösen Fanatismus und radikalisiert sie bis hin zur Gewaltbereitschaft. Die professionelle Propagandamaschinerie des sogenannten „Islamischen Staats“ befeuert diese Entwicklung und fordert in aller Offenheit von ihren Anhängern die Tötung von Ungläubigen – mit welchen Mitteln auch immer, auch im eigenen Land. Die feigen Anschläge in Paris und Brüssel haben gezeigt, dass sich Europa und auch Deutschland im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus befinden.

Die Fluchtbewegungen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Mittleren Ostens sowie die Migrationsbewegungen vom afrikanischen Kontinent haben rassistische Reaktionen von Rechtsextremisten nach sich gezogen. Sie versuchen, Geflohene, Migranten und insbesondere Menschen islamischen Glaubens als Bedrohung der deutschen Gesellschaft zu diffamieren, auch um in bürgerlichen Kreisen Ängste vor Überfremdung zu entfachen. Die rechtsextreme Hetze gegen Geflohene und den Islam bedient sich intensiv der sozialen Netzwerke, entfaltet dadurch eine hohe Reichweite und trägt zur Verrohung der politischen Kultur bei. Der starke Anstieg sowohl der Übergriffe gegenüber Geflohenen und ihrer Unterkünfte als auch die erhöhten Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität im Bereich Rechts stehen damit in einem Zusammenhang.

Bei der Bekämpfung des politischen Extremismus setzen die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen auf einen Dreiklang von Repression, Prävention und Ausstiegshilfe. Zu den repressiven Maßnahmen gehören die intensive Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Vereinsverbote, die Durchführung von Strafverfahren sowie ausreiseverhindernde Maßnahmen, wann immer die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Das 2014 initiierte Präventionsprogramm „Wegweiser – Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ wird stetig ausgebaut. Die Aussteigerprogramme für die Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus bieten den Menschen, die sich aus der extremistischen Szene lösen wollen, Unterstützung bei einem Neustart in die Gesellschaft. Zugleich finden fast täglich Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen statt, auf denen der Verfassungsschutz über die verschiedenen extremistischen Bewegungen aufklärt, sensibilisiert und Impulse setzt.

Am Ende steht: Eine informierte und aufgeklärte Öffentlichkeit ist und bleibt die stärkste Abwehr gegenüber extremistischen Bestrebungen, die das friedliche Zusammenleben in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft gefährden. Dazu soll dieser Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2015 einen Teil beitragen.



Ralf Jäger, MdL
Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	8
--------------	---

Kompakt	12
---------	----

Extremismus in Zahlen	15
------------------------------	-----------

Mitgliederzahlen und -potenziale in Nordrhein-Westfalen	22
Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)	24

Rechtsextremismus	37
--------------------------	-----------

Im Fokus: Rechtsextremistische Agitationen und Aktionen gegen Flüchtlinge.....	40
Im Fokus: „Gida“-Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen.....	48
NPD	52
Bürgerbewegung Pro NRW, Pro Köln e.V und Pro Deutschland	60
Die Rechte.....	72
Der III. Weg	86
Identitäre Bewegung Deutschland e.V.	90
Neonazis.....	94
Rechtsterrorismus	98
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten.....	100
Rechtsextremismus im Internet.....	106

Linksextremismus

111

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.....	114
Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	116
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	122
Autonome Linksextremisten	128

Auslandsbezogener Extremismus

133

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe).....	136
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-/Front (DHKP-C).....	142
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	146
Tamilische Befreiungstiger (LTTE).....	152

Islamismus

157

Im Fokus: Salafisten nutzen die zugespitzte Flüchtlingslage für ihre Zwecke.....	160
Extremistischer Salafismus	164
Hamas	180
Hizb Allah (Partei Gottes)	182
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT).....	184
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	186
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD)	188
Milli Görüs-Bewegung	190
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung (NKSB)	194
Türkische Hizbullah (TH).....	196

Scientology Organisation (SO)

199

Scientology Organisation (SO).....	200
------------------------------------	-----

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

205

Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden	208
Aufklärung und Abwehr von Proliferation	214
Wirtschaftsspionage	218

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

223

Übergreifende Konzepte und Vernetzung	226
Präventionsprogramm Wegweiser	230
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes	232
Fachtagungen.....	236
VIR.....	238
Vorträge und Fortbildungen	240
Veröffentlichungen.....	244

Über den Verfassungsschutz

247

Liste der Bestrebungen und Organisationen

252

Stichwortverzeichnis

256

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2015; zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- ▶ die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- ▶ darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- ▶ die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- ▶ die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- ▶ die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie aus, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten vorliegen. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat sind notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Es ist nicht Voraussetzung für die Berichterstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung einer Bestrebung als „verfassungsfeindlich“

verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet zum Schutz der Verfassung und des Gemeinwesens im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat bei der Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Blick.

Kennzeichnung

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

Beispiel:

»Partei XY«

Bei einer „Bestrebung“ handelt es sich nach § 3 Abs. 3 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ setzt mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelpersonen stehen nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – also der nicht zur Disposition stehende Kern des Grundgesetzes (§ 3 Abs. 4 VSG NRW). Hierzu zählen:

- ▶ Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
- ▶ die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- ▶ das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;

- ▶ die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- ▶ die Unabhängigkeit der Gerichte;
- ▶ der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- ▶ die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Daneben beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es beispielsweise um gewaltbereite extremistische Gruppen mit Auslandsbezug, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Ausland, insbesondere in ihren Heimatländern herbeizuführen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). Der Verfassungsschutz beobachtet international operierende Gruppierungen, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. In diesem Fall sind die Angriffe nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks)Gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind damit auch Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Radio- und Fernsehberichte, Interviews und Parteiprogramme. Sensible Informationen aus geschlossenen Zirkeln werden hingegen häufig mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen. Es werden nach Maßgabe konkreter gesetzlicher Vorgaben Vertrauenspersonen (V-Personen) eingesetzt und Zielpersonen observiert. In besonders gravierenden Einzelfällen erfolgt eine Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist zur Aufklärung konspirativ arbeitender verfassungsfeindlicher Organisationen notwendig. Die Beschaffung von Informationen durch den Verfassungsschutz unterliegt der Kontrolle des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags NRW und bei bestimmten, die Kommunikation oder die Finanzierung von Bestrebungen be-

treffenden Maßnahmen der Kontrolle durch eine unabhängige Kommission (G 10-Kommission). Typischerweise geben sich extremistische Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird häufig nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geredet. Darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, wenn er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Organisationen verschaffen und seinen Auftrag zur Beratung der Politik und Aufklärung der Öffentlichkeit erfüllen will.

Mit „Weblinks“ zu weiteren Informationen

Nutzen Sie die „Web-Links“ in dieser Broschüre, um direkt zu ergänzenden Webseiten und Dokumenten im Internet zu gelangen. Sie finden die Codes im Text jeweils am Ende einiger Kapitel in folgender Darstellung:

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_xxxx

So geht es: Rufen Sie die Adresse www.mik.nrw.de/verfassungsschutz in Ihrem Browser auf und geben Sie die jeweilige Zahlen- und Buchstabenkombination des „Web-Links“ in das dafür vorgesehene Feld ein.



Mit Klick auf den Pfeil erscheint die gewünschte Information auf dem Bildschirm.

Politisch motivierte Gewalt

- ▶ Die deutliche Erhöhung der PMK- und PMK-Gewaltzahlen setzt sich im Jahr 2015 fort. Diese Anstiege sind vor allem in den PMK-Phänomenbereichen Rechts und Links zu verzeichnen, während die PMK in den Bereichen Ausländer und Sonstige geringfügig rückläufig ist.

Rechtsextremismus

- ▶ Der Umgang mit Flüchtlingen ist das bestimmende Thema. Dies äußert sich in fremdenfeindlicher und rassistischer Propaganda, so wie der Verbreitung von Hetze im Internet und führte zu zahlreichen Aktivitäten.
- ▶ Radikalisierung von Rechtsextremisten drückte sich zum einen in Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik aus, zum anderem führte sie zu einer steigenden Zahl von Übergriffen auf Flüchtlingseinrichtungen sowie zu Drohungen und Straftaten gegen Flüchtlinge, Helfer und Politiker.
- ▶ Durch verschiedene Gida-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen versuchten Rechtsextremisten auf bürgerliche Milieus Einfluss zu nehmen und fremdenfeindliche Botschaften zu verbreiten. Dieses Vorhaben ist weitgehend gescheitert.

Linksextremismus

- ▶ Es gibt einen deutlichen Anstieg der Gewaltstraftaten durch die autonome Szene im Zusammenhang mit verschärften Konfrontationen vor den Hintergrund rechtsextremistischer Anti-Asyl-Agitationen und Protesten gegen den Tagebau. Linksextremistische Gewalt richtet sich auch gegen Polizisten, die das Demonstrationsrecht schützen.

2015 ▶ — 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 —

	<p>7. Januar Anschläge in Paris, u.a. auf die Redaktion von Charlie Hebdo</p>	<p>18. März Proteste gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt am Main</p>		<p>1. Mai Demonstrationen von NPD (Mönchengladbach) und Die Rechte (Essen)</p>		
<p>15. Februar Zerschlagung einer mutmaßlichen Terrorzelle in Verviers</p>			<p>28. März Kundgebung von Die Rechte in Dortmund, u.a. mit Rechtsrockmusik</p>	<p>6. Mai Festnahmen von Angehörigen der Oldschool Society (OSS)</p>		

Ausländerextremismus

- ▶ Vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse in der Türkei mehren sich die Konflikte zwischen PKK-Anhängern und türkischen Rechtsextremisten und Nationalisten.

Islamismus

- ▶ Die Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen blieb im Jahr 2015 dauerhaft erhöht.
- ▶ Die Anschläge in Belgien, Frankreich und Dänemark zeigen deutlich die Rückwirkung der Konflikte in Syrien und im Irak auf Europa und damit auch auf Nordrhein-Westfalen.
- ▶ Gefahren drohen besonders von Syrien- und Irak-Rückkehrern, von eingeschleusten „Hit-Teams“ des IS und sympathisierenden, jihadistisch orientierten Jugendlichen in Deutschland.
- ▶ Es ist eine weitere Ausweitung und Professionalisierung der salafistischen Internetpropaganda festzustellen, die in der Art einer Jugendkultur vor allem auf junge Menschen abzielt.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

- ▶ Im Berichtsjahr konnte eine deutlich erhöhte Zahl von komplexen Cyberangriffen auch auf deutsche Unternehmen festgestellt werden.
- ▶ Die Spionageabwehr beobachtete nahezu eine Verdopplung von Beschaffungsversuchen im Bereich der Proliferation. In über 90 Prozent der Fälle wurde eine Auslieferung verhindert.

Prävention und Aussteigerprogramme

- ▶ Das landesweite Präventionsprogramm „Wegweiser“ ist auf vier weitere Regionen ausgeweitet worden.
- ▶ Die wissenschaftliche Evaluation stellt dem Aussteigerprogramm Rechtsextremismus der Landesregierung insgesamt ein positives Zeugnis aus.

6./7. September

Agitation von Die Rechte gegen ankommende Flüchtlinge und Helfer am Dortmunder Hauptbahnhof.



17. Oktober

Attentat auf Henriette Reker, Oberbürgermeisterkandidatin in Köln



17. November

Absage des Länderspiels Deutschland-Niederlande in Hannover

26. Dezember

Großdemonstration der Kurden in Düsseldorf, Teilnehmerzahl circa 15.000



07

08

09

10

11

12

1. - 7. Juni
Proteste gegen den G7-Gipfel in Elmau



3. Oktober
Brandanschlag auf ein von Flüchtlingen bewohntes Mehrfamilienhaus in Altena

13. November
Terroranschläge in Paris (u.a. auf ein Konzert im Bataclan)



2. Dezember
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Durchführung der Verhandlung im NPD-Verbotsverfahren

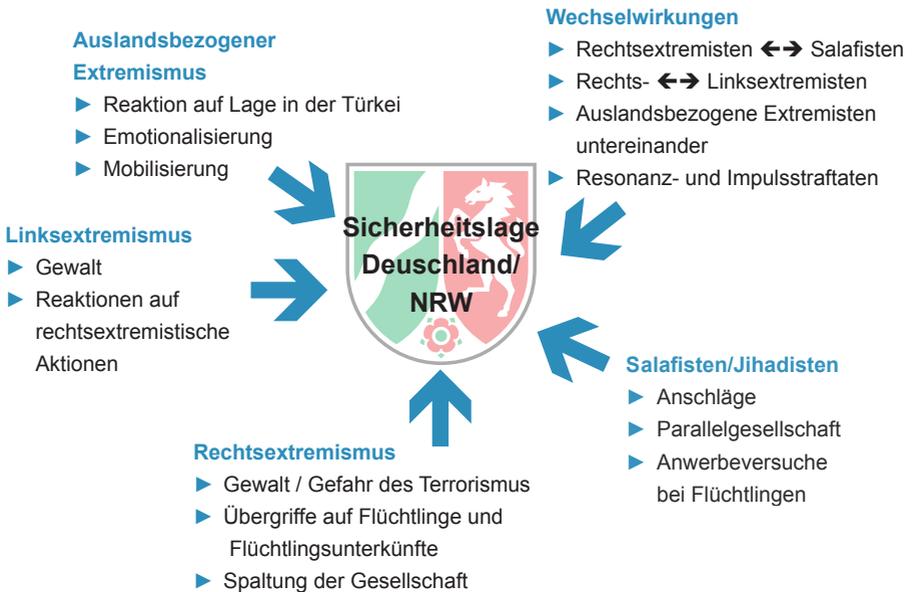


Extremismus in Zahlen

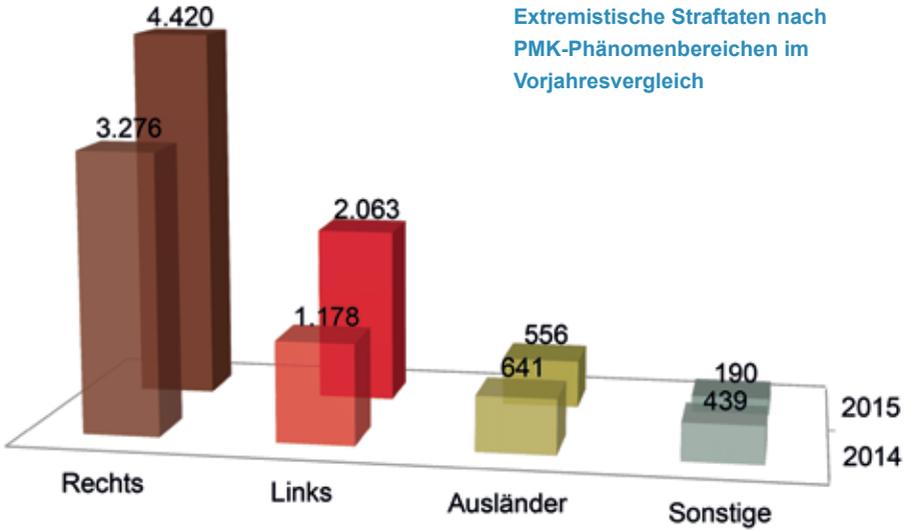
PMK und PMK-Gewalt im 10-Jahresvergleich



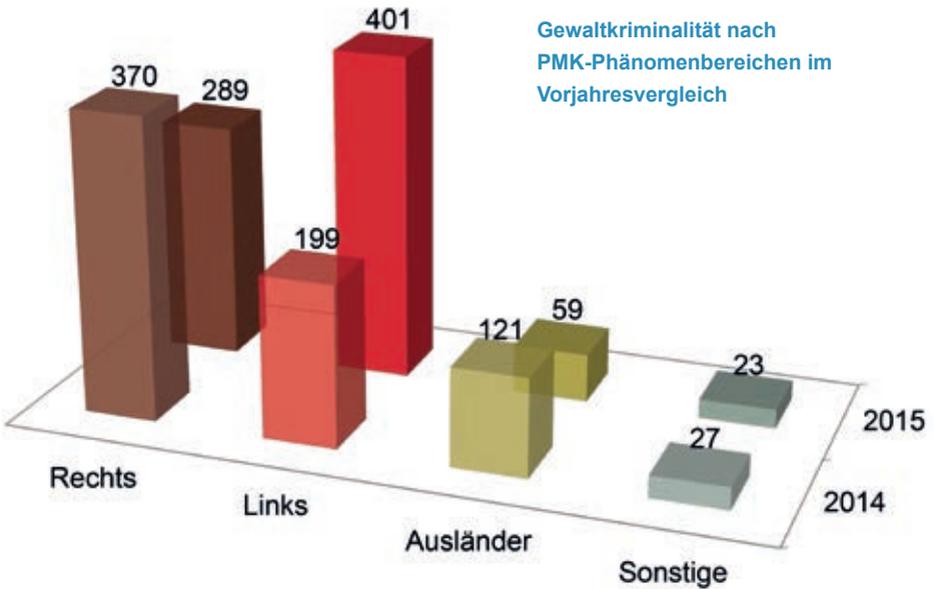
Wechselwirkungen zwischen den Extremismusbereichen und ihre Auswirkungen



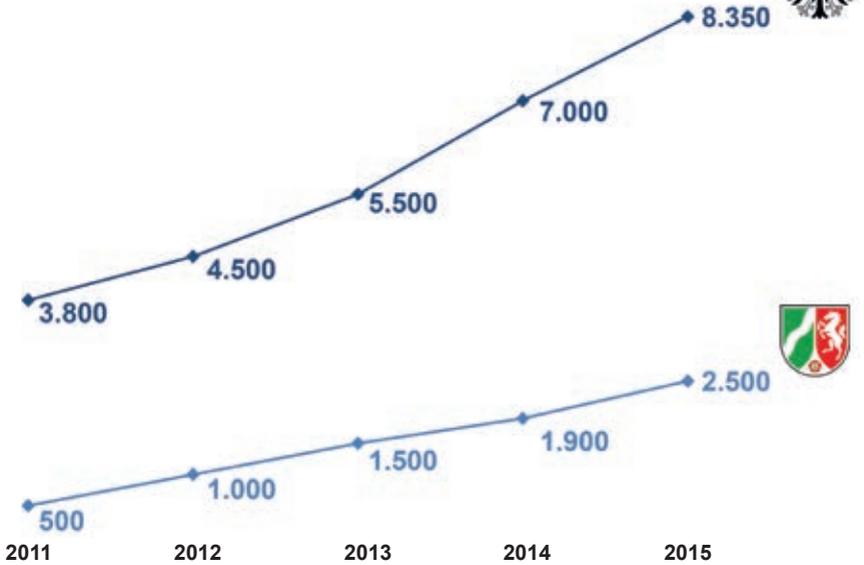
Extremistische Straftaten nach
PMK-Phänomenbereichen im
Vorjahresvergleich



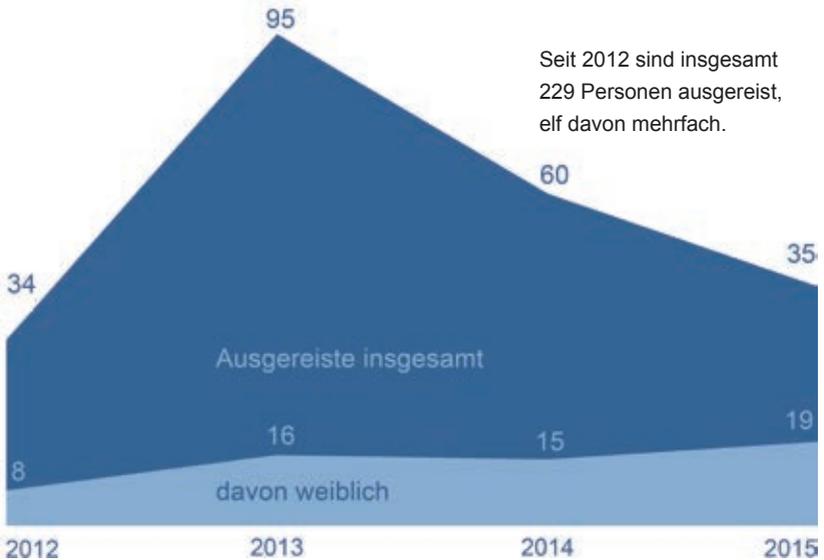
Gewaltkriminalität nach
PMK-Phänomenbereichen im
Vorjahresvergleich



Zahl der Salafisten

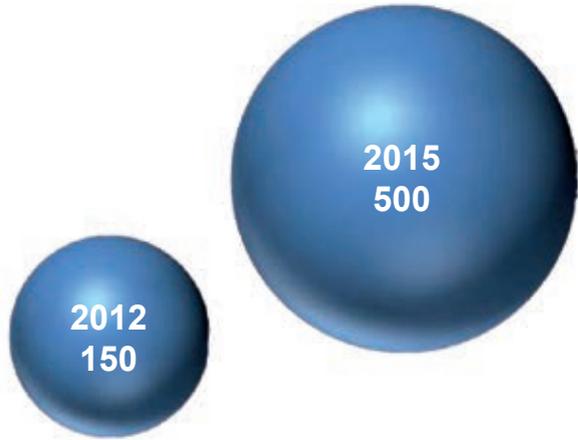


Ausreisen



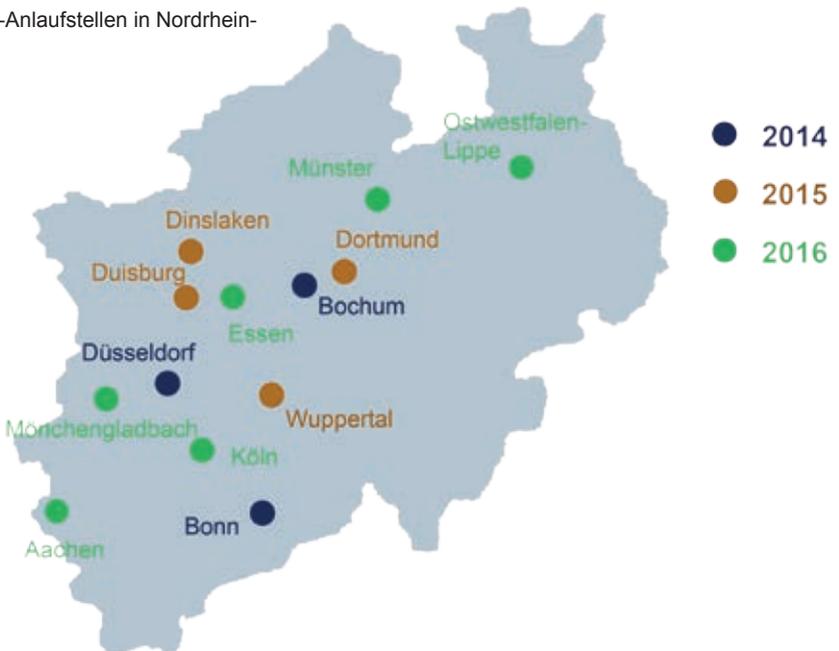
Gewaltorientierte Salafisten

In den letzten Jahren gab es einen starken Anstieg von gewaltorientierten Salafisten. Dieser Anstieg erklärt sich mit der Radikalisierung durch den Syrien-Konflikt und einer professionalisierten Propaganda des sogenannten **Islamischen Staates (IS)**. Das Risiko von islamistisch motivierten Gewalttaten im Inland steigt.



Präventionsprogramm Wegweiser

Wegweiser-Anlaufstellen in Nordrhein-Westfalen



Gewaltdelikte gegen Flüchtlingsunterkünfte

2014

3

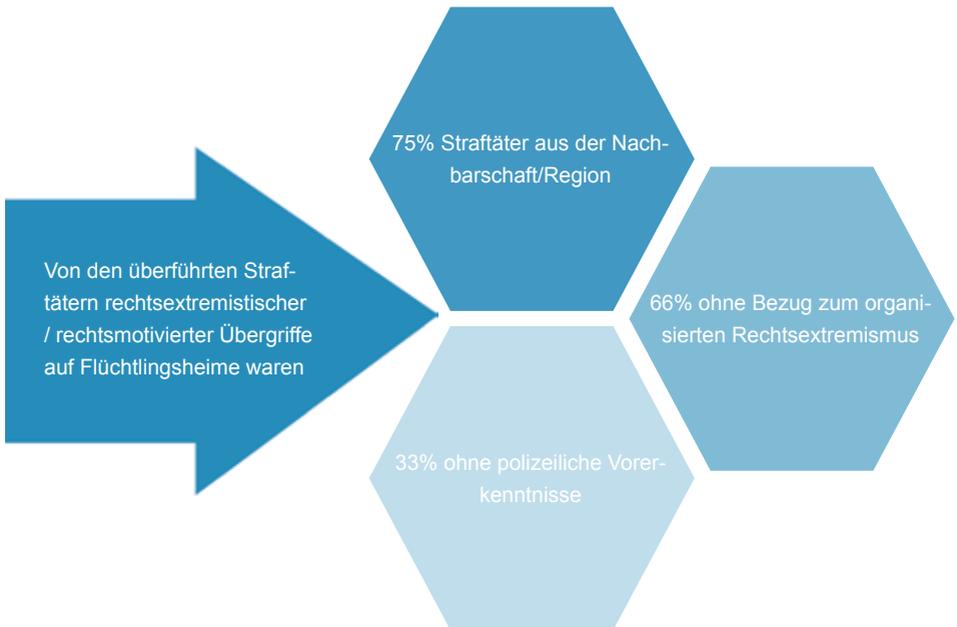


2015

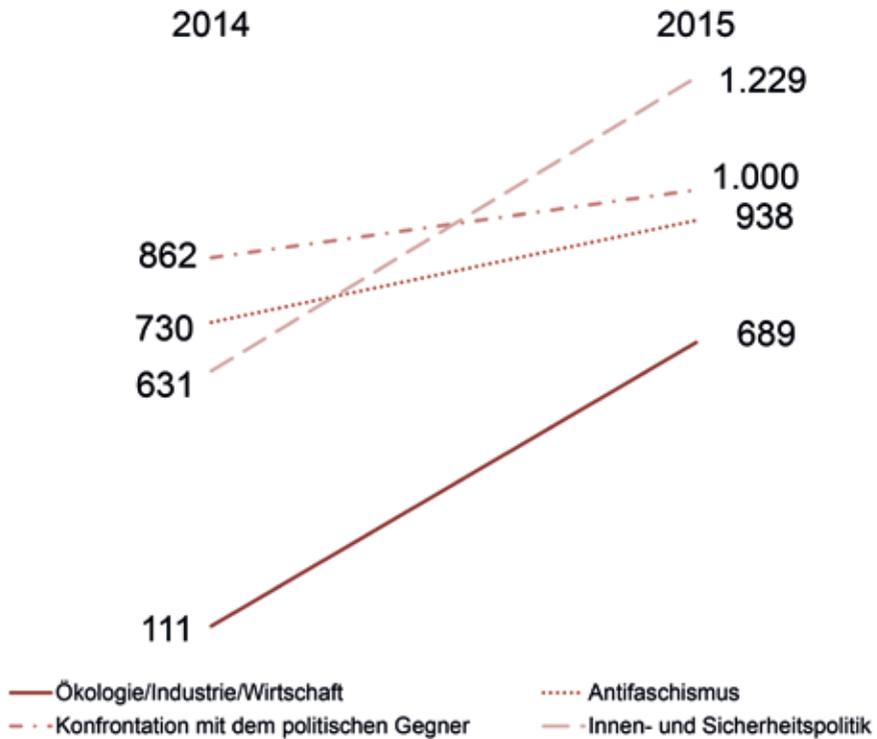
31



31 Gewaltdelikte gegen Flüchtlingsunterkünfte im Berichtszeitraum 2015, 2014 drei.



PMK-Links nach Themenfeldern



Der starke Anstieg im Themenfeld „Ökologie/Industrie/Wirtschaft“ ist auf die vermehrten Straftaten im Zusammenhang mit Protesten gegen Rodungen im Hambacher Forst für den Braunkohle-tagebau zurückzuführen. In diesem Kontext wurden im Berichtszeitraum 689 Straftaten verübt, die der PMK-Links zugerechnet werden.

Mitgliederzahlen und -potenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Die Angaben sind gerundet und zum Teil geschätzt.

Rechtsextremismus		2014	2015
NPD		600	600
Pro Köln e.V./Pro NRW/Pro Deutschland		950	900
Die Rechte		280	300
Der III. Weg		20	30
Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen		650	650
Skinheads		1.350	1.350
Sonstige		150	150
abzüglich Doppelmitgliedschaften*		-530	-510
Gesamt		3.470	3.470
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten		2.000	2.000

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden. Die Mitglieder der Partei **Die Rechte** werden weiterhin als Neonazis gezählt.

Linkssextremismus		2014	2015
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. Autonome		780	850
DKP		800	800
MLPD		650	650
Gesamt		2.230	2.300

Ausländerextremismus		2014	2015
»ADÜTDF«		2.000	2.000
DHKP-C		200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK		2.200	2.200
LTTE		300	300
Gesamt		4.700	4.700

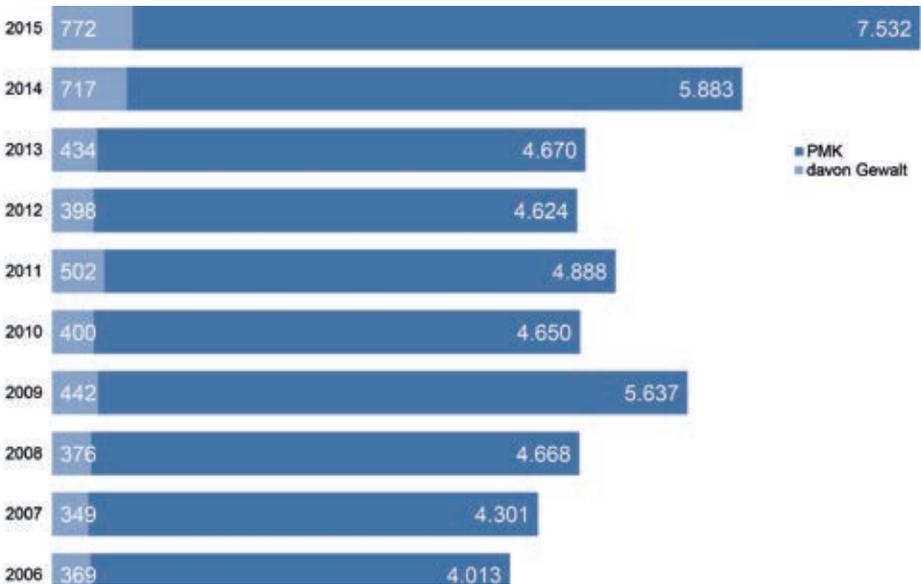
Islamismus		2014	2015
Extremistischer Salafismus		1.900	2.500
davon politisch		1.600	2.000
davon gewaltbereit		300	500
HAMAS		65	65
Hizb Allah		100	100
Hizb ut-Tahrir		35	35
Kalifatsstaat		220	220
Muslimbruderschaft		65	65
Milli Görüs-Bewegung (extremistischer Teil)		250	250
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung		70	70
Türkische Hizbullah		100	100
Gesamt		2.805	3.405

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2015 insgesamt 7.532 Politisch motivierte Straftaten bekannt (2014: 5.883). Damit ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 1.649 Delikte bzw. 28% zu verzeichnen.

Betrachtet nach Deliktgruppen sind unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. So wurden beispielsweise mit 843 Sachbeschädigungen 171 Straftaten weniger gezählt als im Vorjahr. Dagegen waren bei den 1.304 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz die höchsten Anstiege zu verzeichnen (2014: 411).



PMK und PMK-Gewalt im 10-Jahresvergleich von 2006 bis 2015

Die Aufklärungsquote im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität für das Jahr 2015 beträgt 37% (2014: 39,7%). Im Jahr 2015 konnten im Vergleich zum Vorjahr 452 Delikte mehr aufgeklärt werden. Aufgrund des Anstiegs der Gesamtzahl der Delikte ging die Aufklärungsquote jedoch um 2,7% zurück. Insgesamt konnten 2.790 Straftaten geklärt werden (2014: 2.338).

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK-Gewalt)

Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Es wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 772 Gewaltdelikte bekannt. Das bedeutet einen Anstieg um 7,7% (2014: 717).

432 Gewaltdelikte konnten polizeilich geklärt werden (2014: 390). Die Aufklärungsquote liegt mit 56% etwas höher als im Vorjahr (2013: 54,4%).

Propagandadelikte

Einen hohen Anteil der Politisch motivierten Kriminalität macht jährlich wiederkehrend die Gruppe der Propagandadelikte, also Delikte der §§ 86 und 86a StGB, aus. Der Anteil der Propagandadelikte am Straftatenaufkommen der Politisch motivierten Kriminalität ist rückläufig.

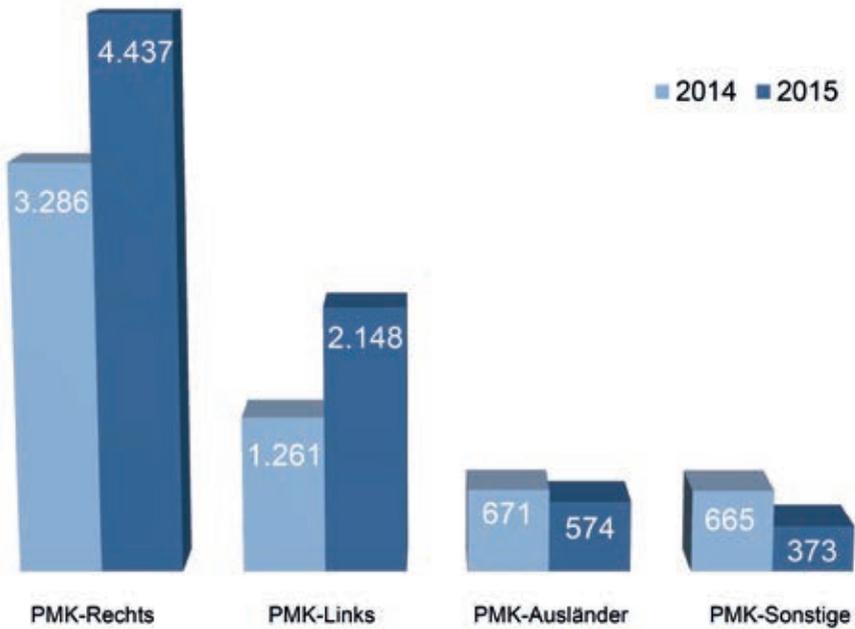
Bei den meisten Propagandadelikten handelt es sich um Hakenkreuzschmierereien, die nur wenige Ermittlungsansätze bieten und daher schwer aufzuklären sind. Mit 32,4% liegt die Aufklärungsquote der Propagandadelikte leicht unter dem Wert des Vorjahres (2014: 33,7%).

Extremistische Straftaten

Von den 7.532 im Jahr 2015 bekannt gewordenen Delikten der PMK sind 7.229 (96%) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen eingestuft, weil sie sich beispielsweise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten.

Insgesamt ist die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1.695 Delikte (30,6%) gestiegen.

Entwicklung der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität



Betrachtet man die Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität differenziert nach Phänomenbereichen, so zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen.

Straftaten der PMK-Sonstige (Straftaten, die keinem bestimmten Phänomen zuzuordnen sind) werden beispielsweise im Zusammenhang mit dem Tierrecht verübt.

Die einzelnen Deliktgruppen, bezogen auf die Phänomenbereiche, werden durch die folgende Tabelle abgebildet:

	PMK- Rechts	PMK- Links	PMK- Ausländer	PMK- Sonstige
Tötungsdelikte	2 (0)	0 (1)	0 (1)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	21 (7)	17 (8)	5 (2)	6 (1)
Landfriedensbruchdelikte	7 (8)	70 (18)	7 (15)	1 (0)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	1 (0)	13 (15)	0 (1)	0 (0)
Körperverletzungsdelikte	231 (332)	229 (104)	41 (83)	14 (25)
Widerstandshandlungen	24 (17)	70 (47)	4 (15)	2 (0)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	2 (5)	2 (6)	2 (4)	0 (1)
Sexualdelikte	1 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	289 (370)	401 (199)	59 (121)	23 (27)
Bedrohungen, Nötigungen	84 (33)	19 (38)	34 (32)	5 (11)
Sachbeschädigungen	230 (192)	448 (482)	74 (71)	91 (269)
Propagandadelikte	2.271 (1.896)	30 (20)	13 (21)	149 (161)
Volksverhetzungen	799 (388)	4 (2)	36 (72)	18 (15)
Störungen des öffentlichen Frie- dens	34 (3)	2 (0)	24 (8)	7 (4)
Beleidigungen	346 (293)	156 (119)	66 (51)	43 (71)
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0 (0)	0 (0)	185 (151)	0 (0)
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	280 (67)	989 (278)	20 (55)	15 (11)
Sonstige Straftaten	104 (44)	99 (123)	63 (89)	22 (96)
Gesamt	4.437 (3.286)	2.148 (1.261)	574 (671)	373 (665)

Deliktgruppen der Phänomenbereiche im Jahresvergleich 2015 und 2014 (2014 in Klammern)

Politisch motivierte Kriminalität-Rechts

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Rechts ist mit 4.437 Straftaten (2014: 3.286) im Vergleich zum Vorjahr um 1.151 Straftaten (35%) angestiegen.

Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit 69,2% (3.070 von 4.437 Straftaten), wie in den Vorjahren, den überwiegenden Anteil der Straftaten der PMK-Rechts aus (2014: 69,5%).

Insgesamt wurden 2.130 Tatverdächtige ermittelt (2014: 1.466). Davon waren 1.904 Personen bzw. 89,4% männlich und 226 bzw. 10,6% weiblich. Die am höchsten belastete Altersgruppe war mit 405 Personen, wie im Vorjahr die der 30 – 39-jährigen. Im Berichtszeitraum folgte die Gruppe der 25 – 29-jährigen mit 341 Personen. 1.274 (59,8%) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2014: 913 bzw. 62,3%).

Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (2.610 Straftaten, 2014: 2.108 Straftaten), „Hasskriminalität“ (1.802 Straftaten, 2014: 1.020 Straftaten), Ausländer-/Asylthematik (671 Straftaten, 2014: 88) sowie „Konfrontation/politische Einstellung“ (656 Straftaten, 2014: 502 Straftaten). Das Themenfeld „Innen- und Sicherheitspolitik“ ist dagegen rückläufig (333 Straftaten, 2014: 501 Straftaten).

Hinweis zu Themenfeldern

Die Melderichtlinien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ sehen Mehrfachnennungen bei den Oberthemen vor, so dass eine Straftat mehreren Oberthemen zugeordnet werden kann.

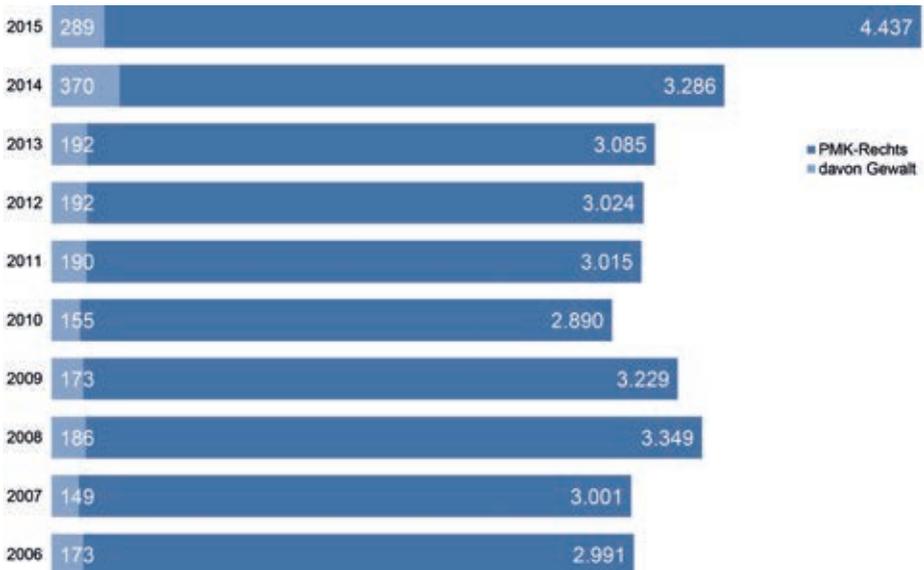
Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Täter ist mit 289 Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 21,9% gesunken. Schwerpunktmäßig handelte es sich bei 79,9% der Straftaten um Körperverletzungen.

Gewaltdelikte durch „Rechte“ wurden nach wie vor mehrheitlich im öffentlichen Raum verübt und mit 79% zumeist unabhängig von Demonstrationen. Im Jahr 2014 standen sie ausnahmsweise vermehrt im Begründungszusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (52,7%), was auf die Ereignisse bei der Veranstaltung „Hooligans gegen Salafisten“ (HogeSa) am 26. Oktober 2014 in Köln zurückzuführen war.

Die Aufklärungsquote der Gewaltdelikte im Bereich der PMK-Rechts liegt mit 198 geklärten Taten bei 68,5% (2014: 180 Straftaten bzw. 48,6%). Ursächlich für die Diskrepanz zum Vorjahr ist der Umstand, dass von den am 26. Oktober 2014 in Köln begangenen Gewaltdelikten lediglich rund

20% geklärt werden konnten, was im Jahr 2014 zu einer ungewöhnlich niedrigen Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten der PMK-Rechts geführt hat.



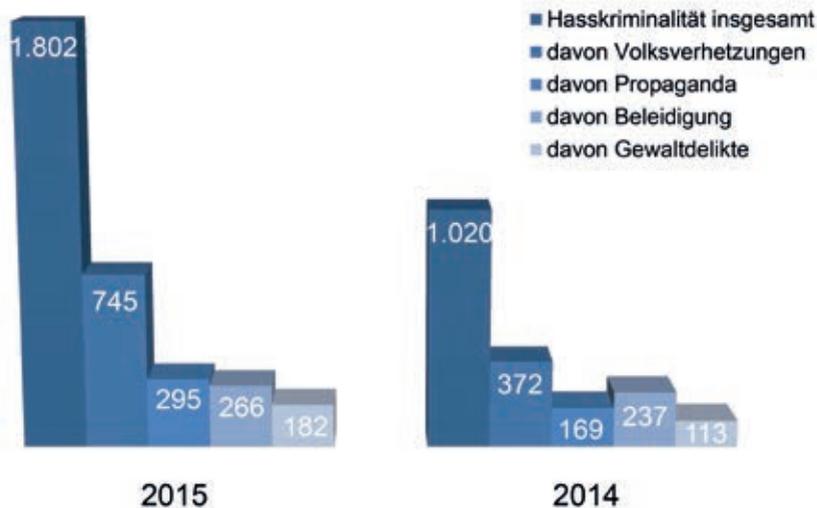
PMK-Rechts und PMK-Rechts-Gewalt im 10-Jahresvergleich von 2006 bis 2015

Hasskriminalität durch „Rechte“

Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind.

Die „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich PMK-Rechts ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Es wurden 1.802 Straftaten registriert (2014: 1.020 Straftaten). Auch dem Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ wurden mehr Delikte als im Vorjahreszeitraum zugeordnet (1.605 Straftaten, 2014: 805 Straftaten).

Die Anzahl der Gewaltdelikte im Themenfeld Hasskriminalität ist gestiegen (182 Straftaten, 2014: 113 Straftaten), ebenso wie die Anzahl der fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikte (177 Straftaten, 2014: 106 Straftaten).



Abgesehen von den Gewaltdelikten sind die Steigerungen der Fallzahlen in diesem Bereich auf die durch die Polizei intensivierten Maßnahmen gegen „rechte Hasspostings im Internet“ zurückzuführen.

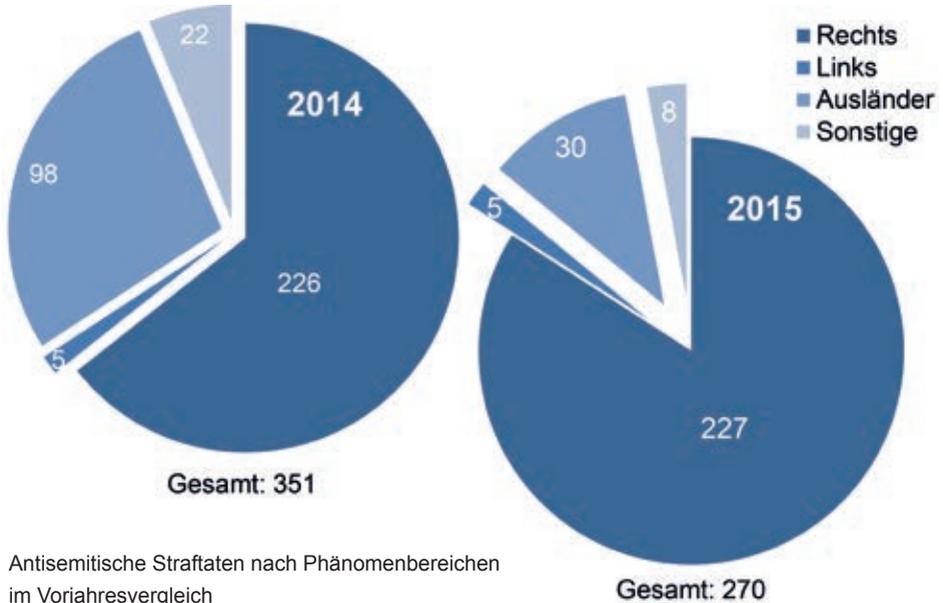
Antisemitische Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist von 351 auf 270 Straftaten gesunken (Rückgang um 23,1%).

Bei den Deliktgruppen machten, wie in den Vorjahren, Volksverhetzungen (158 Straftaten), Propagandadelikte (56 Straftaten) und Sachbeschädigungen (20 Straftaten) mit 86,7% den überwiegenden Anteil der Fallzahlen aus (2014: 81,5%).

Auch die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist gesunken (acht Straftaten, 2014: 19 Straftaten).

Der Rückgang der Fallzahlen mit antisemitischem Hintergrund ist im Wesentlichen auf den Wegfall des Reizthemas „Konflikte im Gazastreifen“ zurückzuführen, das im Jahr 2014 zu einer Steigerung der Fallzahlen, insbesondere im Phänomenbereich PMK-Ausländer, geführt hatte.



Antisemitische Straftaten nach Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich

Politisch motivierte Kriminalität-Links

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Links ist mit 2.148 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 70,3% gestiegen (2014: 1.261 Straftaten).

In 2015 konnte mit 539 Straftaten insgesamt 131 Straftaten mehr geklärt werden als in 2014 (408). Aufgrund der doch deutlich gestiegenen Anzahl der Straftaten im Bereich PMK-Links verschlechterte sich jedoch die Aufklärungsquote auf 25,1% (2014: 32,4%).

Insgesamt wurden 772 (2014: 677) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 603 bzw. 78,1% männlich und 169 bzw. 21,9% weiblich. 457 Personen bzw. 59,2% waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt (2014: 50,2%). 343 bzw. 44,4% der Tatverdächtigen waren bereits zuvor polizeilich in Erscheinung getreten (2014: 280 bzw. 41,4%).

Hauptsächliche Themenfelder der PMK-Links waren im Jahr 2015 „Innen- und Sicherheitspolitik“ (1.229 Straftaten, 2014: 631 Straftaten), „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (1.000 Straftaten, 2014: 862 Straftaten) und „Antifaschismus“ (938 Straftaten, 2014: 730 Straftaten). Auch das Themenfeld „Ökologie/Industrie/Wirtschaft“ ist mit 689 Straftaten verstärkt in den Fokus der linken Szene geraten (2014: 111 Straftaten). Dies ist zurückzuführen auf die vermehrten Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Rodungen im Hambacher Forst anlässlich

des Braunkohletagebaus. In diesem Kontext wurden im Berichtszeitraum 689 Straftaten verübt, die der PMK-Links zugerechnet werden.

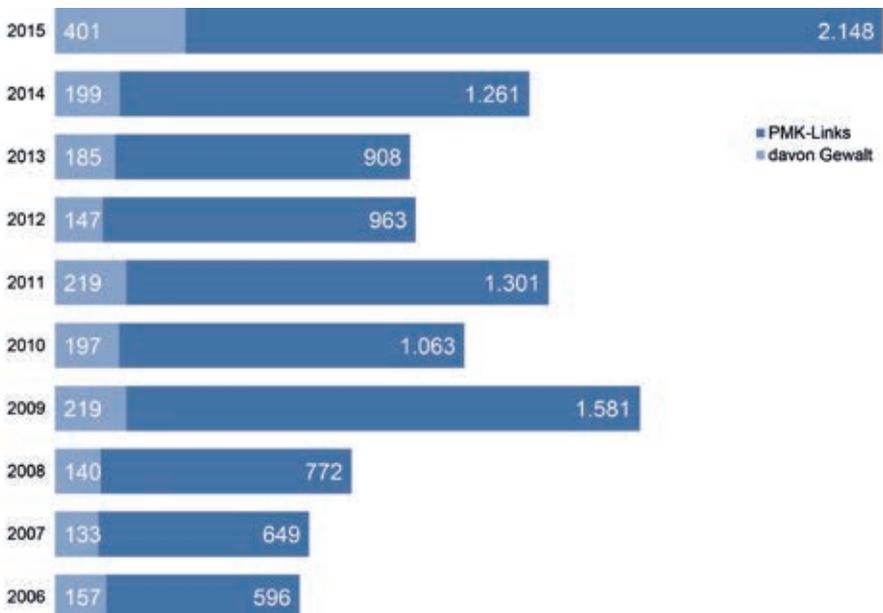
Der Anteil an Straftaten bei versammlungsrechtlichen Ereignissen am Gesamtaufkommen der PMK-Links lag mit 69,3% (1.489 von 2.148 Straftaten) über dem Niveau des Vorjahres.

66,9% Straftaten der PMK-Links (1.437 von 2.148 Straftaten) waren Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (989 Straftaten) und Sachbeschädigungen (448 Straftaten). Im Jahr 2014 lag dieser Anteil bei 60,3%.

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Links

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 101,5% angestiegen (401 Straftaten, 2014: 199 Straftaten) und hat damit im Zehnjahresvergleich den Spitzenwert erreicht.

81,5% der Gewaltdelikte PMK-Links (327 von 401 Straftaten) wurden bei demonstrativen Ereignissen verübt (2014: 138 bzw. 69,3%); 242 der Gewaltdelikte standen im Zusammenhang mit



PMK-Links und PMK-Links Gewalt im 10-Jahresvergleich von 2006 bis 2015

dem Kampf gegen den „rechten“ Gegner und stellen somit 60,3% aller Gewaltdelikte PMK-Links dar (2014: 125 bzw. 62,8%).

229 Gewaltdelikte (2014: 94 Straftaten) richteten sich gegen Polizeikräfte. 216 dieser Straftaten standen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (2014: 87 Straftaten).

2015 wurden 64 Gewaltdelikte mehr aufgeklärt als im Vorjahr. Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten im Bereich der PMK-Links beträgt somit mit 183 aufgeklärten Straftaten 45,6% (2014: 119 bzw. 59,8%). Aufgrund der deutlich gestiegenen Anzahl der Straftaten im Bereich PMK-Links verschlechterte sich jedoch die Aufklärungsquote.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist im Vergleich zum Vorjahr (2014: 671 Straftaten) um 14,5% auf 574 Straftaten gefallen. Die Entwicklung der Fallzahlen in diesem Bereich wird grundsätzlich maßgeblich von Ereignissen im Ausland geprägt. So ist für den Rückgang der Fallzahlen der Wegfall des konkreten Konfliktes im Gazastreifen ursächlich, andererseits jedoch sind die Reaktionen auf die anhaltenden Gräueltaten des sogenannten Islamischen Staates (IS) verantwortlich für die verhältnismäßig hohe Anzahl von Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer.

237 Straftaten der PMK-Ausländer konnten polizeilich geklärt werden (2014: 361 Straftaten). Die Aufklärungsquote liegt mit 41,3% niedriger als im Vorjahr (2014: 53,8%).

Insgesamt wurden 379 (2014: 491) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 335 Personen bzw. 88,4% männlich und 44 bzw. 11,6% weiblich. 210 (55,4%) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 177 (46,7%) waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2014: 248 bzw. 50,5%).

Hauptsächliche Themenfelder waren „Befreiungsbewegungen/ Internationale Solidarität“ (308 Straftaten, 2014: 283 Straftaten), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (257 Straftaten, 2014: 314 Straftaten) sowie „Konfrontation/politische Einstellung“ (144 Straftaten, 2014: 146).

Phänomenologisch liegt der Schwerpunkt der Delikte im Bereich der PMK-Ausländer bei Verstößen gegen das Vereinsgesetz (185 Straftaten), Sachbeschädigungen (74 Straftaten) und Beleidigungen (66 Straftaten). Bei den Verstößen gegen das Vereinsverbot handelte es sich zumeist (166 Straftaten) um das Zeigen verbotener Symbole der mit einem Betätigungsverbot belegten **PKK**.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Straftaten im Bereich der PMK-Ausländer wurden 226 Straftaten (39,4%) im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen und 290 (50,5%) im

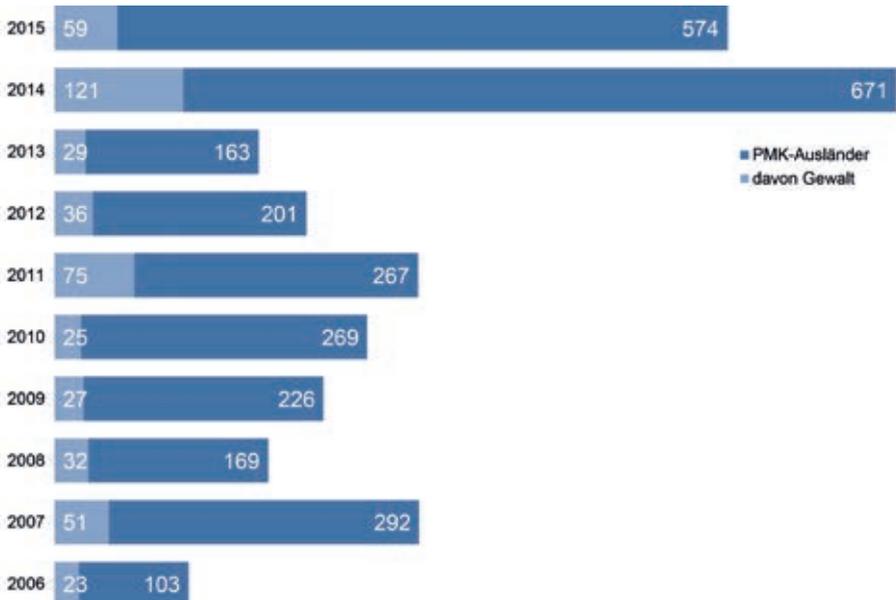
Begründungszusammenhang mit dem Befreiungskampf der mit einem Betätigungsverbot belegten **PKK**.

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Ausländer

Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer hat sich mit 59 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 51,2% verringert (2014: 121 Straftaten). Mehrheitlich handelt es sich dabei um Körperverletzungen (41 von 59 Straftaten).

27 Gewaltstraftaten wiesen Bezüge zur **PKK** auf. Darunter sind fünf Branddelikte, zu denen sich die „Apoistische Jugend“ bekannte und als Motivation „Rache am Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Zivilbevölkerung“ angab.

Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten der PMK-Ausländer liegt mit 41 geklärten Straftaten bei 69,5% (2014: 71 Straftaten bzw. 58,7%).



PMK-Ausländer und PMK-Ausländer Gewalt im 10-Jahresvergleich von 2006 bis 2015

Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

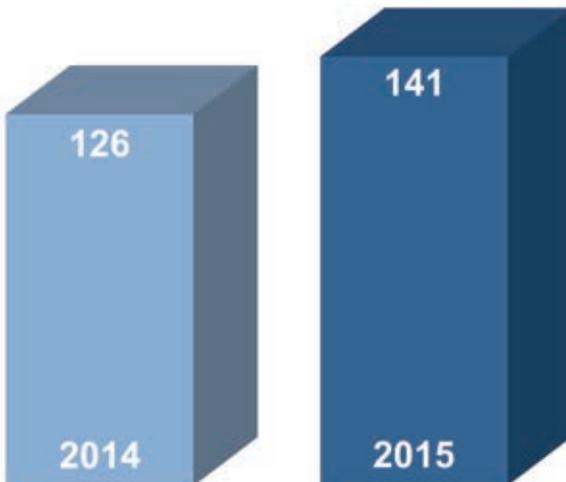
Wie im vergangenen Jahr liegt ein wesentlicher Erklärungsansatz für die Steigerung der Straftaten in diesem Phänomenbereich in der weiter gestiegenen Anzahl von Ermittlungsverfahren nach

- ▶ § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat),
- ▶ § 89b StGB (Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer staatsgefährdenden Gewalttat) sowie nach
- ▶ § 129 a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) und
- ▶ § 129 b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland)

in Zusammenhang mit Ausreise- und Rückkehrersachverhalten in/aus Krisenregionen, überwiegend Irak/Syrien.

Die Anzahl der registrierten Gewaltdelikte im Phänomenbereich „Islamismus/Islamistischer Terrorismus“ ist mit sieben Delikten (Vorjahr: elf) rückläufig und weiter auf geringem Niveau. Es handelt sich bei den Gewalttaten ausnahmslos um Körperverletzungsdelikte, von denen bis auf eine alle Taten geklärt wurden.

Statistisch überwiegen im Phänomenbereich „Islamistischer Terrorismus“ die „sonstigen Straftaten“ (45 Delikte). Hierbei handelt es sich in der Mehrzahl um die oben genannten Straftatbestände nach §§ 89a,b und § 129a,b StGB.



Die Zahl der 2015 registrierten Straftaten im Phänomenbereich „Islamismus/Islamistischer Terrorismus“ liegt mit 141 Straftaten höher als im Vorjahr (2014: 126 Straftaten).

Unabhängig von den eher niedrigen Fallzahlen stellt der Islamistische Terrorismus weiterhin eine anhaltende Bedrohung dar. Die größte Gefahr für die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen geht derzeit von Einzeltätern oder Kleingruppen aus, die mit der Terrororganisation **IS** sympathisieren und in deren Auftrag oder eigeninitiativ Anschläge planen bzw. durchführen wollen.

Der sogenannte **Islamische Staat** ist auch für die Anschläge vom 13. November 2015 in Paris verantwortlich. Dieses Anschlagsgeschehen stellt mit mindestens 137 Toten und über 350 Verletzten einen der schwerwiegendsten Terrorakte mit islamistischem Hintergrund in Europa dar. Grundsätzlich reihen sich die ausgewählten Ziele und die Begründungszusammenhänge in der verbreiteten Bekennung des sogenannten „Islamischen Staates“ in die bisherige Strategie der Organisation ein. Hinsichtlich der angegriffenen Ziele handelt es sich um klassische „weiche“ Ziele, deren Angriff in besonderem Maße geeignet ist, die Bevölkerung zu verunsichern.

Ein Novum für den westlichen europäischen Raum ist der Einsatz von gut ausgerüsteten und in mehreren mobilen Zellen agierenden Attentätern. Sie griffen mit einem weitestgehend hohen Grad an Professionalität mehrere Ziele – zunächst mit Schusswaffen – nahezu zeitgleich an, um in der finalen Phase durch die Umsetzung ihrer Sprengstoffwesten als Selbstmordattentäter zu sterben. Die Anschläge in Paris verdeutlichen, dass der sogenannte „**Islamische Staat**“ oder seine Sympathisanten tatsächlich in der Lage sind, groß angelegte terroristische Straftaten auch in westeuropäischen Staaten zu planen und durchzuführen.

Für Nordrhein-Westfalen wie auch für die gesamte Bundesrepublik Deutschland ist vor diesem Hintergrund eine anhaltend hohe abstrakte Gefahr festzustellen.

Rechtsextremismus

Im Fokus: Rechtsextremistische Agitationen und Aktionen gegen Flüchtlinge.....	40
Im Fokus: „Gida“-Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen.....	48
NPD.....	52
Bürgerbewegung Pro NRW, Pro Köln e.V und Pro Deutschland	60
Die Rechte.....	72
Der III. Weg	86
Identitäre Bewegung Deutschland e.V.	90
Neonazis.....	94
Rechtsterrorismus	98
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten.....	100
Rechtsextremismus im Internet.....	106

Die Flüchtlingssituation ist derzeit das bestimmende Thema im gesamten Rechtsextremismus. Dies äußert sich in einer vielfältigen fremdenfeindlichen Propaganda und führt zu zahlreichen Aktivitäten im Netz, auf der Straße und in den Kommunalparlamenten. Die menschenverachtenden rechtsextremistischen Kampagnen haben zu einer Verrohung innerhalb der rechtsextremen Szene geführt. Rechtsextremistische Gruppen und Parteien schaffen einen Nährboden für fremdenfeindliche Straftaten und für eine steigende Gewaltbereitschaft im Umfeld und bei Sympathisanten mit rechtem Gedankengut.

Ausfluss dieser rechtsextremistischen Hetze ist eine Zunahme der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Die Zahl hat sich im Jahr 2015 gegenüber 2014 bundesweit verfünffacht und in Nordrhein-Westfalen fast verneunfacht. Darunter ist eine hohe Zahl schwerwiegender Straftaten wie Körperverletzungs- und Brandstiftungsdelikte. Zunehmend gibt es auch Bedrohungen und Übergriffe gegen Helfer und Politiker.

Die **NPD** versucht von der Flüchtlingssituation zu profitieren, indem sie Neid und Ablehnung gegenüber Flüchtlingen schürt. Dies entspricht der bisherigen Parteipolitik, deren aggressiv-kämpferischer Rechtsextremismus durch die Forderung nach einer Ablösung der Demokratie und der Hetze gegen Angehörige von Minderheiten gekennzeichnet ist. Das schwebende Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht hat Teile der **NPD** verunsichert. Die Partei befindet sich auf Bundesebene auch wegen des Verbotsverfahrens in einer Schwächephase. Der NRW-Landesverband hat strukturelle Probleme sowie eine schwache Führungsmannschaft.

Trotzdem erreicht die NRW-**NPD** mit ihrem Facebookprofil mehrere tausend Personen und kann so ihre Botschaften unter Sympathisanten verbreiten.

Die Pro-Organisationen greifen ebenfalls die Flüchtlingssituation auf, um damit ihre fremden- und islamfeindliche Position zu verbreiten. Geprägt durch interne Auseinandersetzungen, persönliche Anfeindungen und struktureller Erfolglosigkeit haben die Pro-Gruppierungen an Aktionsfähigkeit und Wirksamkeit verloren. So ist ein anhaltender Bedeutungsverlust festzustellen. Die Neugründung des Landesverbandes von **Pro Deutschland** belegt die offen zutage tretende Feindschaft zwischen **Pro Köln/Pro Deutschland** und **Pro NRW**. Nun agieren drei Pro-Gruppierungen bei inhaltlich nahezu identischer Ausrichtung, was zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation innerhalb der rechtsextremistischen Parteienlandschaft in Nordrhein-Westfalen führt.

In der Partei **Die Rechte** organisieren sich überwiegend Neonazis, die aggressiv-kämpferisch auftreten. Dies trifft insbesondere auf den Dortmunder Kreisverband zu, der eine Strategie der Provokation und Einschüchterung verfolgt. Damit soll die Aufmerksamkeit der Medien erreicht und eigene Stärke demonstriert werden. Die Aktivitäten bewegen sich dabei oftmals unterhalb einer strafbaren Grenze. Seit Anfang 2015 führte **Die Rechte** zahlreiche Demonstrationen im Umfeld von geplanten Flüchtlingsunterkünften durch und hetzte gegen Flüchtlinge sowie gegen Helfer, Journalisten und Politiker.

Die Neonazi-Szene ist größtenteils in den Parteien **Die Rechte** und **Der III. Weg** organisiert, beziehungsweise diese Parteien initiieren die meisten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der Neonazi-Szene. Daneben gibt es noch mehrere kleinere Gruppierungen, die angesichts der Flüchtlingssituation im letzten Jahr leicht mobilisierbar waren.

Im Rechtsextremismus ist derzeit eine Radikalisierung festzustellen, die sich in einer Widerstand- und Bürgerkriegsrhetorik ausdrückt. Deshalb musste und muss damit gerechnet werden, dass sich Gruppen bilden, die rechtsterroristische Taten verüben. Eine solche Gruppe war die rechtsterroristische **Oldschool Society (OSS)**, deren Mitglieder im Mai 2015 in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern nach Ermittlungen der Sicherheitsbehörden verhaftet wurden.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.

Im Fokus: Rechtsextremistische Agitationen und Aktionen gegen Flüchtlinge

Die Flüchtlingssituation in Deutschland war im Jahr 2015 das bestimmende Thema im gesamten Rechtsextremismus. Es gab eine Vielzahl fremdenfeindlicher Propaganda und zahlreiche Aktivitäten. Die aggressive Agitation gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte ist Konsens und Topthema im ansonsten heterogenen rechtsextremistischen Spektrum.

Rechtsextremisten stellen Flüchtlinge pauschal negativ dar. Insbesondere schüren sie mit ihrer Propaganda Ängste, indem sie Flüchtlinge als kriminell und gewalttätig beschreiben, oder schüren Neid, indem sie Flüchtlingen unterstellen, das deutsche Sozialsystem ausnutzen zu wollen. In einer Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei **Die Rechte** sagte dieser in Dortmund am 7. September 2015: *„Diese Menschen, die momentan zu Tausenden in unser Deutschland strömen, sind kriminell, haben kein Benehmen und diese werden hier in unserem geliebten Vaterland ihre kriminelle Ader [...] ausleben. Diese werden rauben, vergewaltigen und morden.“* Meistens greift die rechtsextremistische Propaganda einzelne Straftaten oder vermeintliches Fehlverhalten von Flüchtlingen auf und behauptet, dass sich sämtliche Flüchtlinge so verhalten würden. Gelegentlich erfinden Rechtsextremisten auch Berichte über solche Aktivitäten oder veröffentlichen haltlose Verdächtigungen, um Flüchtlinge zu diffamieren. So publizierte der Dortmunder Kreisverband **Die Rechte** auf seiner Webseite einen Beitrag, in dem er behauptete, dass es Verdachtsmomente gegen Flüchtlinge gebe, mit dem Verschwinden von Pinguinen aus dem Dortmunder Zoo etwas zu tun zu haben.

Die überwiegende Zahl rechtsextremistischer Versammlungen fand 2015 zum Thema Flüchtlinge statt. Die rechtsextremistischen Organisationen können hierzu ihre eigene Anhängerschaft mobilisieren und erhoffen sich Zustimmung aus der Mitte der Gesellschaft. Jedoch nehmen in Nordrhein-Westfalen kaum Menschen aus dem bürgerlichen Milieu an solchen Veranstaltungen teil. Gelegentlich gelingt es den Veranstaltern, auch Personen aus dem Hooligan-Spektrum zu mobilisieren. So wurde das Teilnehmerfeld an der zweiten Kögida-Veranstaltung in Köln am 14. Januar 2015 fast zur einen Hälfte von **Pro Köln-** und **Pro NRW-**Anhängern und fast zur anderen Hälfte von Hooligans gebildet. Bei einigen Veranstaltungen war zu beobachten, dass die ansonsten sektiererische Abgrenzung zwischen den einzelnen rechtsextremistischen Organisationen überwunden wurde und Aktivisten verschiedener Parteien und Gruppierungen gemeinsam agierten. Eine solche Veranstaltung fand beispielsweise am 8. November 2015 in Linnich unter dem Motto „Linnicher Bürger stehen auf gegen die Asyl-Invasion“. Tatsächlich nahmen daran

Dortmund Echo | [aktuell](#) | [Anmelden](#) | [Kontakt](#)

DortmundEcho **WEBHOSTING FÜR DISSIDENTEN**
SERVERN IN DEN USA - WIR SCHÜTZEN EURE ANONYMITÄT

[Startseite](#) | [Rundbrief](#) | [Live-Ticker](#) | [Termine](#) | [Kontakt](#)

Du bist hier → [Startseite](#) → [Hauptnachricht](#) → [Ungeheuer Verdacht: Asylanter könnten Dortmunder Zootiere auf dem Gewissen haben](#)

Ungeheuer Verdacht: Asylanter könnten Dortmunder Zootiere auf dem Gewissen haben

01. Dezember 2015



Ein Dortmunder Zoo gerät nicht mehr aus dem Negativschlagzeile. Am Dienstag (1. Dezember 2015) verdrängen Mitarbeiter eines der Hundstülpengänge weitere weitere... Gegeben, was zwei weiteren fehlt die Spur. Schon Anfang November 2015 wurde die Situation häufig geäußert, auch scheinbar erwidert die Polizei – doch bisher ebenso ohne Ergebnis, wie nach ähnlichen Vorfällen im August 2015.

Zooarbeiten und ihre Zweigabteilung... Zufälligerweise sollte die Karte von Östergrenzen an (und) Diebstahl von Zootieren gerät mit der Entdeckung einer Anklage-Kauf... auf dem Parkplatz des Zoos und unmittelbar an seine Umklekabine angeschlossen, ein... Schon nach dem Diebstahl der Tiere im August 2015 wendete sich ein Mitarbeiter der Asylbehörde an die Redaktion des „DortmundEcho“ und gibt an, dass Gedächtnis über eine Vernehmung von Asylbewerbern in die Vorfälle bestehen würden, die Lücken im Zaun nahe der Container entdeckt worden wären. Auch wenn sich diese (bisher) nicht weitläufiger liefen, fällt der Verdacht weiterhin immer wieder auf die neuesten Zoonachbarn, die offenbar alles andere als Glückbringer sind. Gut möglich, dass der ein oder andere Einwanderer aus seiner Heimat einen anderen Umgang mit Tieren geübt hat oder schlichtweg im Alkohol bzw. Drogenrausch in den Park eingeschoben wird. Die Anwesenheit mehrerer hundert Asylbewerber unmittelbar am Zoogelände ist auch vor dem Hintergrund der jüngsten Taten unvermeidlich, da zukünftig jede Kontrolle, wer sich in den Abendstunden im Umfeld des Zoos aufhält, unmöglich gemacht wird. Ohne die Herabbewerber gesucht voneinander zu wissen, wäre es sicherlich im Interesse der Allgemeinheit, genauer festzulegen – Verbindlichkeiten, dass einzelne Bewohner eines mit der Übung bzw. dem Versprechen der Tiere zu tun haben können, besitzen bereits und ähnliche Vorfälle aus anderen Asylheimen, [was aus dem Rechtsbereich](#) nicht, lassen sich nicht ausblenden. Wenn der Zoo zukünftig, wie angekündigt, seinen Sicherheitsdienst ausstreckt, sollte gerade auf den Grenzbereich zum Containerdorf ein sprachwörterlicher Augen geworfen werden.

©: derechthecho.org

Die RECHTE
DORTMUND STARK RECHTSPARTEI

KUNDENRIEF

E-Mail

Anmelden

Suche...



Artikel auf der Internetseite dortmundecho.org über das Verschwinden von Pinguinen aus dem Dortmunder Zoo

Mitglieder von **Pro NRW**, **Die Rechte**, **NPD**, weitere Rechtsextremisten sowie Personen aus der HoGeSa-Szene teil.

Oftmals führen Rechtsextremisten Versammlungen vor Flüchtlingsunterkünften durch, bevor dort Flüchtlinge einziehen. Dies dient dazu, Ängste und Ablehnung von Anwohnern zu schüren, indem negative Zerrbilder von Flüchtlingen propagiert werden. Jedoch demonstrierten Rechtsextremisten einige Male auch vor bewohnten Flüchtlingsunterkünften, um die Bewohner einzuschüchtern. So marschierten am 6. Februar 2015 rund 20 Anhänger der Partei **Die Rechte** abends mit brennenden Fackeln vor einer Flüchtlingsunterkunft in Dortmund auf, skandierten fremdenfeindliche Parolen und warfen Böller in Richtung der Unterkunft.

Neben Kundgebungen und Demonstrationen agieren Rechtsextremisten auch durch das Anbringen von Transparenten und durch Flugblattverteilungen. Beispielsweise verteilte die neo-

nazistische Gruppierung **Division Braune Wölfe** im September 2015 einen Flyer in Münster. In dem heißt es unter anderem: *„Wir brauchen nicht noch mehr dieser Wirtschaftsflüchtlinge, die uns nach aktuellen Meldungen in den wirtschaftlichen, wie auch finanziellen Ruin treiben, sowie Angst und Schrecken verbreiten!“* Ferner beteiligen sich Rechtsextremisten gelegentlich an Informationsveranstaltungen zur Unterbringung von Flüchtlingen, um dort ihre Propaganda zu verbreiten. Es sind weiterhin einige Fälle bekannt geworden, in denen Rechtsextremisten Flüchtlingsunterkünfte „besuchten“. Dies geschah sowohl als nicht angemeldete Besichtigung, wie durch den **NPD**-Landesvorsitzenden, als auch im Rahmen offizieller Besichtigungstermine beispielsweise für Ratsmitglieder, wie zum Beispiel durch den NRW-Landesvorsitzenden von **Pro Deutschland**. Zum einen provozieren Rechtsextremisten mit solchen Besichtigungen, zum anderen nutzen sie die gewonnenen Informationen für propagandistische Aktivitäten. So veröffentlichen die Rechtsextremisten in der Regel Berichte, in denen sie die Wohn- und Lebensbedingungen der Flüchtlinge in den Unterkünften verzerrt und abwertend darstellen.

Die rechtsextremistische Hetze richtet sich dabei nicht mehr alleine gegen Flüchtlinge, sondern mittlerweile auch gegen Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, Journalisten und Politiker. So schrieb der Landesvorsitzende von **Die Rechte**, Dennis Giemsch, am 2. September 2015 einen Beitrag zur Flüchtlingssituation, in dem es heißt: *„Alle Proteste, die sich direkt gegen die Einwanderer richten, sind Proteste gegen Symptome (sic!), nicht aber gegen die Krankheit. [...] Währenddessen laufen die Politiker, die für all das die Verantwortung tragen, ohne Polizeischutz durch die Straßen und machen unbehelligt weiter wie bisher ...“*

Zentrale Bedeutung für die fremdenfeindliche Propaganda der Rechtsextremisten haben soziale Netzwerke und Internetforen. Fortwährend platzieren Rechtsextremisten dort negative Nachrichten über Flüchtlinge. Zudem organisieren sie dort ihre Aktivitäten und mobilisieren für ihre Ver-



Diffamierendes Bild mit Politikern und Entertainern

anstaltungen. Die Partei **Der III. Weg** verbreitete im Internet einen Handlungsleitfaden mit dem Titel „Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“. Darüber hinaus finden sich auch in sozialen Netzwerken und Internetforen, die nicht von Rechts-extremisten betrieben beziehungsweise administriert werden, zum Thema Flüchtlinge eine Vielzahl von Hasskommentaren und Drohungen gegenüber Flüchtlingen, Helfern und Politikern. Teilweise werden entsprechende Kommentare und Drohungen auch direkt an die betroffenen Personen und Organisationen gemailt. Es besteht die Gefahr, dass die ständig wiederkehrenden Postings mit fremdenfeindlichen Aussagen und der sie begleitende virtuelle Applaus dazu führen können, dass einzelne Personen oder Gruppen sich veranlasst sehen, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen.



Online-Handlungsleitfaden
der Partei **Der III. Weg**

Die islamistisch motivierten terroristischen Anschläge am 13. November 2015 in Paris versuchten rechtsextremistischen Akteure umgehend zu instrumentalisieren und ihre fremdenfeindlichen Positionen gegenüber Flüchtlingen und Muslime zu untermauern. Dabei herrscht Einigkeit in Szene, dass Flüchtlinge beziehungsweise Muslime Schuld an den Anschlägen hätten und die demokratischen Parteien dafür verantwortlich seien, weil sie die gegenwärtige Situation herbeigeführt hätten. Die Kreisverbände Aachen und Heinsberg von **Die Rechte** agitierten auf ihrem Facebookprofil: „*Gutmenschen, Linke, Grüne, CDU, SPD, sämtliche Befürworter des Asylmissbrauchs, IHR SEIT MITSCHULD AN DEM MASSAKER IN PARIS! Ihr habt auch den Hass gegen Europäer, die tägliche Gewalt und die Parallelgesellschaften hereingeholt!*.“ Der Bochumer **NPD**-Kreisverband twitterte einen hämischen Kommentar, mit dem er die „Willkommenskultur“ in Deutschland für die Anschläge verantwortlich machen möchte: „*Demnächst auch in Ihrer Stadt. Einfach schön weiter feiern und am Bahnhof Schilder hoch ...*.“ Seit den Anschlägen verknüpfen einige Rechtsextremisten ihre flüchtlingsfeindliche Kampagne vermehrt mit islamfeindlichen Positionen. So demonstrierten wenige Tage nach den Pariser Anschlägen Aktivisten der »Identitären Aktion« mit einem Banner „Kein IS Terror in Europa“ vor mehreren Moscheen in der Aachener Region und verbreitete dies über soziale Netzwerke. Sie versuchten damit Muslime zu diffamieren, indem Islam mit Islamismus und letztlich mit Terrorismus gleichgesetzt wird.

Überdies treiben einige Rechtsextremisten durch eine Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik eine Emotionalisierung und Radikalisierung ihrer Sympathisanten voran. So schrieb **Pro Deutschland** am 14. November 2015 auf seiner Webseite: „*Die Anschläge von Paris beweisen: Im „Kampf der Kulturen“ zwischen dem Westen und der islamischen Welt gibt es kein ruhiges Hinterland.*“ Der in der rechtsextremistischen Szene populäre Neonazi-Rapper **Makss Damage** redete in einer Videobotschaft zu den Pariser Anschlägen einen Bürgerkrieg herbei: „*Der bewaffnete Kampf um Europa hat begonnen.*“ Diese Entwicklung setzte sich in den letzten Monaten fort. Insbesondere die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 vor dem Kölner Hauptbahnhof griff die rechtsextremistische Szene sogleich auf. Der Kreisverband Rhein-Erft der Partei **Die Rechte** verbreitete auf seiner Webseite dazu folgendes Statement: „*Wenn sich das Volk nicht endlich erhebt, dann sind wir für immer nur noch Menschen zweiter Klasse in unserem eigenen Land! Wir sehen nicht dabei zu, wie wir vollkommen entrechtet und unsere Frauen zu Freiwild gemacht werden, während wir uns noch für jede Kritik daran beschimpfen lassen müssen! Das Fass ist schon lange voll, es wird Zeit aufzuräumen!*“ Als Pegida NRW als Reaktion auf die Übergriffe eine Versammlung am 9. Januar 2016 in Köln durchführte, nahmen Rechtsextremisten aus allen maßgeblichen Organisationen teil. Dort trat unter dem Pseudonym „Tommy Robinson“ ein britischer islamfeindlicher Aktivist auf. In seiner durch einen Dolmetscher übersetzten Rede sagte dieser unter anderem: „*Der Islam unterteilt die Welt in zwei Lager. In das Haus des Islam und das Haus des Krieges. Diese Attacken habe klar gemacht, in welchem Haus sich Deutschland befindet. Sie sind im Krieg mit eurem Land, sie sind im Krieg mit meinem Land und sie sind im Krieg mit ganz Europa.*“



Bild aus dem Facebook-Auftritt der Partei **Die Rechte**

Insbesondere rechtsextremistische Parteien sind aus taktischen Gründen bemüht, mit ihrer Hetze unterhalb der Grenze der Strafbarkeit zu bleiben. Allerdings ist die rechtsextremistische Propaganda gegen Flüchtlinge ein Nährboden für rechtsextremistische Straftaten, die gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte begangen werden. Denn die Kampagnen bestärken die Anhänger und Sympathisanten in ihrer Ablehnung und Hass auf die Flüchtlinge. Zudem liefern sie eine vermeintliche Rechtfertigung für Straftaten, indem sie sie als Notwehr bezeichnen. So schrieb der Landesverband Bayern von **Die Rechte** am 18. Juli 2015 zu einem Brandanschlag auf eine unbewohnte Flüchtlingsunterkunft in Rosenheim: *„Die Proteste der Bürger im Vorfeld wurden lange nicht ernstgenommen – jetzt gab es die Quittung.“*

Im Jahr 2015 gab es in Nordrhein-Westfalen 222 rechtsmotivierte Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte. Damit hat sich die Zahl gegenüber 2014 fast verneunfacht, als es 25 Übergriffe gab. Rund drei Viertel der Straftaten sind Sachbeschädigungen, Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte. Eine zentrale Steuerung der fremdenfeindlichen Übergriffe durch rechtsextremistische Organisationen ist bislang nicht erkennbar. Die bislang ermittelten Tatverdächtigen stammen zu drei Vierteln aus dem lokalen Umfeld der Unterkünfte. Zwei Drittel der Tatverdächtigen sind vorher nicht durch rechtsextremistische Straftaten aufgefallen und hatten keine Bezüge zum organisierten Rechtsextremismus.

Die Zunahme der Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten im Jahr 2015 ist sehr besorgniserregend. Nicht nur die Anzahl der Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte nimmt zu, sondern

auch die Schwere. So gab es 28 rechtsmotivierte Gewaltdelikte wie Körperverletzung oder Brandstiftung im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften. Die überwiegende Zahl der Brandstiftung verübten die Täter gegen Unterkünfte, die noch nicht bezogen waren. Allerdings fand am 3. Oktober 2015 in Altena auch ein Brandanschlag auf ein von Flüchtlingen bewohntes Haus statt. Zum Zeitpunkt des Brandes hielten sich sieben Personen im Gebäude auf. Durch die Ermittlungen konnte die Polizei zwei Tatverdächtige festnehmen. Am 31. Mai 2016 beginnt der Prozess vor dem Landgericht Hagen gegen die Beschuldigten.

Derzeit werden nicht nur schwere Gewaltstraftaten gegen Flüchtlinge verübt, sondern in einem Fall wurde auch eine rechtsterroristische Gruppe mit Bezügen nach Nordrhein-Westfalen gebildet. So wurde Mitte 2014 die Gruppierung **Oldschool Society (OSS)** bekannt, die sich im Laufe des Jahres radikalisierte und Anfang 2015 Anschlagplanungen auf eine Flüchtlingsunterkunft in Sachsen konkretisierte. Ein Führungsmitglied der **OSS** wohnte in Bochum. Nachdem die Führungsebene am 6. Mai 2015 festgenommen wurde, erhob der Generalbundesanwalt Anklage unter anderem wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung.



Entsprechend der Ausweitung der rechtsextremistischen Hetze gegen Helfer und Politiker, die sich für Flüchtlinge engagieren, finden auch Straftaten gegen Angehörige dieser Gruppen statt. So griff am 17. Oktober 2015 ein Rechtsextremist die damalige Kandidatin für das Kölner Oberbürgermeisteramt, Henriette Reker, mit einem Messer an und verletzte sie schwer. Der Beschuldigte gab an, dass er die Oberbürgermeisterkandidatin für die aus seiner Sicht verfehlte Flüchtlingspolitik mitverantwortlich mache und mit seiner Tat ein Zeichen setzen wollte. Angesichts seiner Vergangenheit in den 1990er Jahren im Umfeld der später verbotenen FAP, zeigt der Anschlag, dass auch Sympathisanten des organisierten Rechtsextremismus sich jederzeit radikalisieren können und schwere Gewalttaten begehen können.

Die menschenverachtenden Kampagnen der rechtsextremistischen Szene gegen Flüchtlinge haben zu einer Verrohung des politischen Klimas beigetragen. Die an Zahl und Schwere zunehmenden Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind sehr besorgniserregend. Da abzusehen ist, dass auch im Jahr 2016 in der Öffentlichkeit die Flüchtlingspolitik in Deutschland weiterhin eine große Rolle spielen wird, werden Rechtsextremisten weiterhin versuchen, Konflikte zu instrumentalisieren und fremdenfeindlich zu verschärfen. Der damit geschürte Hass veranlasst und bestärkt einige Personen, Gewalttaten zu begehen. Angesichts dessen ist weiterhin mit schweren Straftaten zu rechnen.

Im Fokus: „Gida“-Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen fanden unter Bezugnahme auf das Demonstrationsveranstaltungen, die in Dresden ab Ende 2014 unter dem Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) begannen, auch Kundgebungen von „Gida“-Gruppierungen statt. Hierzu zählten zunächst die maßgeblich von **Pro NRW** und ihrem Umfeld unterstützten Veranstaltungen in Bonn („Bogida“), Köln („Kögida“) und Düsseldorf („Dügida“). Im Verlauf des Jahres 2015 verstetigte sich darüber hinaus eine Kundgebungsreihe von Pegida NRW in Duisburg. Lediglich Pegida NRW besitzt eine unmittelbare organisatorische Anbindung an die bundesweit agierende Pegida-Zentrale in Dresden.

Eine rechtsextremistische Steuerung war kontinuierlich bei Bogida, Dügida und Kögida erkennbar. Hierbei handelte es sich allerdings im Wesentlichen um die Initiative einer nur wenige Personen zählenden Gruppe um eine rechtsextremistische Aktivistin, die bis Anfang 2015 Vorstandsmitglied von **Pro NRW** war und sich seitdem bei der »Identitären Aktion« betätigt. Bei den Veranstaltungen fand auch eine Beteiligung und Einflussnahme durch rechtsextremistische Organisationen statt (**Pro NRW, Pro Köln, NPD, Die Rechte, »Identitäre Bewegung«, Identitäre Aktion**). Die nicht offiziellen Pegida-Ableger in Bonn, Düsseldorf und Köln wurden unter Hinweis auf den Einfluss von Rechtsextremisten durch die Pegida-Organisation in Dresden nicht unterstützt. Insofern handelt es sich nicht um formelle Pegida-Veranstaltungen, sondern um eine spezifische lokale Besonderheit in Form – letztlich gescheiterter – Übernahmestrategien einer inzwischen bundesweit bekannten „Marke“ durch Rechtsextremisten. Auch weitere Versuche, das Modell von Pegida ohne Unterstützung aus Dresden auf Nordrhein-Westfalen zu übertragen, wie etwa mit „Biegida“ in Bielefeld, konnten sich bislang nicht etablieren. Die von den Initiatoren in Bonn und Köln ursprünglich langfristig angelegten Kundgebungsreihen scheiterten an internen Querelen, einer offenkundigen Radikalisierung und der damit einhergehenden Verweigerung beziehungsweise der fehlenden Einbindung des bürgerlichen Spektrums. Nicht zuletzt die Unfähigkeit, langfristig das aktionsorientierte, rechtsextremistische Aktivistenpotenzial zu mobilisieren und die breite gesellschaftliche Ablehnung begünstigten das Ende von Bogida und Kögida.

Hiervon war auch zunächst die Veranstaltungsserie in Düsseldorf betroffen. Nach der Absage aller ursprünglich bis Ende 2015 angemeldeten Demonstrationen im Juni 2015 wurde die Reihe im September 2015 wieder aufgenommen. Die Gründe hierfür liegen vor allem in den persönlichen Ambitionen der maßgeblichen rechtsextremistischen Organisatorin. Mit der anhaltenden

öffentlichen Präsenz in der Landeshauptstadt verfolgte sie offenkundig eine Strategie der größtmöglichen Provokation („maximaler Widerstand“), zumal das Generieren von Reaktionen insbesondere in den Medien offenkundig im Vordergrund stand, um entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten. Diese Strategie scheint mitunter aufzugehen. Parallel hierzu radikalisiert sich die Aktivistin in ihren jüngsten Äußerungen zusehends. Aufgrund ihrer langjährigen Aktivitäten in der regionalen rechtsextremistischen Szene verfügt die Aktivistin über gute punktuelle Kontakte in das gesamte rechtsextremistische Spektrum. Aus diesen Kontakten sowie einer überschaubaren Clique persönlicher Anhänger in der »Identitären Aktion« speiste sich überwiegend die anfangs mit 80 bis 100 Personen relativ konstante Teilnehmerzahl von Dügida, die jedoch im Zeitraum ab Herbst auf circa 30 Teilnehmer zurückging.

Auf der Dügida-Kundgebung 20. November 2015 hatte die Organisatorin eine Fortsetzung der Demonstrationsserie in Düsseldorf ausgeschlossen. Man wolle sich vielmehr nun Pegida NRW in Duisburg anschließen. Vereinzelt sind seitdem Aktivisten der »Identitären Aktion« bei Pegida NRW-Kundgebungen zu sehen.



Pegida NRW in Duisburg

Pegida NRW ist der „offizielle“ Dresdener Pegida-Ableger in Nordrhein-Westfalen. Er organisiert weiterhin regelmäßig Kundgebungen in Duisburg. Am Montag, dem 11. Januar 2016, fand die 44. Veranstaltung statt. Offensichtlich bedingt durch die aktuelle Flüchtlingslage hatte sich die Teilnehmerzahl von anfangs 50 bis 60 Personen auf 300 bis 400 Personen im Herbst erhöht. Bis zum Jahresende 2015 pendelten sich die Teilnehmerzahlen auf 150 bis 250 Personen ein. Rund

10% der Teilnehmer sind Anhänger der örtlichen gewaltorientierten Fußball-Szene. Am 13. Dezember führte Pegida NRW des Weiteren gemeinsam mit Pegida Flandern / Lüttich und Pegida Nederland eine Kundgebung in Aachen durch.

Während die Organisatoren von Pegida NRW zunächst Ansätze rechtsextremistischer Beeinflussung verhinderten, fand ab dem Herbst 2015 eine Radikalisierung statt. So wurden mehrfach zwei prominente Rechtsextremisten als Redner eingeladen. Dies waren Michael Stürzenberger, Vorsitzender der extremistischen Partei „Die Freiheit“ und der stellvertretende Vorsitzende von **Pro NRW**. Letzterer spricht dort regelmäßig seit Oktober 2015. Einer der Organisatoren von Pegida NRW trat am 8. November 2015 bei einer rechtsextremistischen Versammlung zudem in Linnich als Redner auf. In Reden werden bei den Pegida-Veranstaltungen mitunter fremdenfeindliche und islamfeindliche Positionen vorgetragen. Beispielsweise äußerte sich Stürzenberger am 26. Oktober 2015 folgendermaßen: *„Wir kriegen die Flüchtlingsheime in unsere Nachbarschaft und dann könnt ihr nicht mehr eure Töchter unbescholten zur Schule gehen lassen, weil das sind Muslime, die eine ganz andere Weltanschauung haben als wir. Die sehen leicht bekleidete Frauen als Freiwild. Die sehen generell nicht-muslimische Frauen als Freiwild. Da ist der Schritt zur Vergewaltigung sehr schnell, Belästigung sowieso und Raub und Diebstahl ist bei denen religiös legitimiert. Sie dürfen uns ausrauben.“* Seit dem Herbst nahmen an den Veranstaltungen immer wieder auch Mitglieder von **Pro NRW**, der **NPD**, **Die Rechte** und der Neonazigruppe **Nationaler Widerstand Duisburg**.

Pegida NRW Kundgebung in Köln am 9. Januar 2016

Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln wurden unmittelbar nach Bekanntwerden in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert und kommentiert. Auch Pegida NRW reagierte darauf und führte am 9. Januar 2016 in Köln eine Versammlung unter dem Motto „Pegida schützt“ durch. An der Versammlung nahmen 1.700 Personen teil, darunter circa 300 aus der rechtsextremistischen Szene sowie 1.300 aus dem HoGeSa- bzw. dem Hooligan-Spektrum. Unter den Teilnehmern befanden sich Funktionäre der **NPD** sowie von **Pro NRW** und **Pro Deutschland**, Angehörige der »Identitären Bewegung«, der »Identitären Aktion« sowie der Partei **Die Rechte**. Außerdem nahmen auch überregional wirkende Rechtsextremisten aus anderen Ländern an der Versammlung teil.

Nachdem der Aufzug sich kurze Zeit in Bewegung gesetzt hatte, kam es an der Spitze zu Vermummungen von einem Teil der Teilnehmer und zu Würfen von Pyrotechnik und Flaschen auf die eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Da der Aufforderung der Polizei, Straftaten zu unterlassen, nicht Folge geleistet wurde, wurde die Versammlung aufgelöst.

Unter den Rednern der Auftaktkundgebung am Breslauer Platz befanden sich der stellvertretende Parteivorsitzende von **Pro NRW** sowie der Gründer und ehemalige Leiter der islamfeindlichen

English Defence League. Während der Versammlung fanden Gespräche von Vertretern von Pegida NRW mit verschiedenen Rechtsextremisten von **NPD** und **Pro NRW** sowie Gespräche von Vertretern verschiedener rechtsextremistischer Organisationen statt. Punktuell wurde hier die ansonsten sektiererische Abgrenzung zwischen den einzelnen rechtsextremistischen Organisationen überwunden. Die anfänglich von Pegida NRW verfolgte organisatorische Abgrenzung zur rechtsextremistischen Szene wurde mittlerweile aufgegeben und Pegida NRW ist somit auch zu einer Plattform für Rechtsextremisten geworden. Angesichts dieser Entwicklung wird Pegida NRW aktuell als rechtsextremistisch beeinflusst bewertet.



Anhänger der Gruppierung HoGeSa

„Gida“-ähnliche Veranstaltung in Mönchengladbach

Unter dem Einfluss des stellvertretenden Vorsitzenden von **Pro NRW** führte die Gruppierung „Mönchengladbach steht auf“ mehrere „Gida“-ähnliche Kundgebungen mit anschließendem „Spaziergang“ durch. Die Teilnehmerzahl schwankte dabei zwischen 100 und 150 Personen. Die Zusammensetzung war ähnlich heterogen wie in Duisburg und umfasste auch Rechtsextremisten sowie Anhänger der Hooligan-Szene. Das bürgerliche Spektrum erreicht diese Veranstaltung nicht. Inhaltlich wurden nationalistische und fremdenfeindliche Positionen vorgetragen. Insbesondere der stellvertretende Vorsitzende von **Pro NRW** schürte dabei Neidgefühle gegenüber Flüchtlingen und diffamierte diese bei einer Veranstaltung am 23. Mai 2015 als vermeintliche „Schnorrer“.



Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Essen
Gründung / Bestehen seit	1964 (Bundes und Landesverband NRW)
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Frank Franz (2014); Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008); wenige handlungsfähige Kreisverbände; insgesamt 17 Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Bund: ca. 5.200 → NRW: ca. 600 →
Veröffentlichungen	Publikationen: Zeitung des Bundesverbandes Deutsche Stimme (DS) (monatlich) als Printversion; Online-Zeitschrift des Landesverband Blickpunkt (quartalsweise); diverse lokale Publikationen einzelner Kreisverbände (meist unregelmäßig) Web-Angebote: mit den Seiten NPD.de oder NPD-nrw.de nahezu flächendeckend eigene Webseiten auf allen organisatorischen Ebenen sowie in den sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will und stattdessen für eine rassistische, antisemitische, revisionistische und fremdenfeindliche Ideologie eintritt. Vielfach bezieht sich die Partei dabei auf die Ideologie der NSDAP. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele dabei auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise.
Finanzierung	Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **NPD** lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die **NPD** spricht Menschen nur eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. Die von der **NPD** verfolgten rechtsextremistischen Ziele laufen auf einen autoritären Staat hinaus, in dem die Prinzipien der durch das Grundgesetz garantierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung außer Kraft gesetzt werden sollen.



Stattdessen verfolgt die **NPD** eine rechtsextremistische Ideologie, die sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auszeichnet. Die Ablehnung von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund begründet die

NPD „biologisch“, das heißt, dass sie die Gleichheit aller

Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Art. 3 des Grundgesetzes ablehnt. Was darunter zu verstehen ist, wird in einem „Fragen und Antworten“-Bereich auf der Homepage der **NPD** erläutert. Dort heißt es zum Beispiel zu den Fragen „*Wer ist denn Deutscher? Was versteht die NPD unter 'Volk'?*“: *[...] Längst ist erwiesen, dass das Erbliche bei Einzelnen wie bei Völkern und Rassen (als evolutionsbiologischen Lebensordnungen verwandter Menschen) gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben [...].“*

Neben der allgemeinen Hetze gegen Migranten sind im Berichtsjahr 2015 insbesondere Muslime und Flüchtlinge Opfer der **NPD**-Propaganda. Indem die **NPD** Überfremdungsängste schürt und den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die **NPD** ein verzerrtes, negatives Bild der hier lebenden Muslime. In diesem Sinne instrumentalisierte die **NPD** auch die Terroranschläge von Paris am 13. November 2015. So heißt es etwa in einem Post auf der Facebook-Seite des **NPD**-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 13. November 2015: „Der Krieg wird in unsere Straßen getragen! #Terror #Paris #Europa #Widerstand #Asylflut.“ Dabei stellt sie bewusst einen Zusammenhang zu nach Europa flüchtenden Menschen dar.

Obwohl die **NPD** soziale Themen und eine vermeintliche „Bedrohung durch den Islam“ in den Vordergrund rückt, weicht sie auch nicht von ihren „traditionellen“ antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. Es werden nicht nur plumpe antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust oder die Zahl der Opfer bezweifelt und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet. Die **NPD** glorifiziert in Beiträgen der **Deutschen Stimme** den historischen Nationalsozialismus und stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes. Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der **NPD** mit dem Nationalsozialismus.

Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene sowie gewaltbereiten Hooligans.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Fremdenfeindlichkeit zeigte sich im Jahr 2015 insbesondere in der Kampagne gegen Asylbewerber, die pauschal als kriminell oder „Sozialschmarotzer“ diffamiert wurden. Negative Folgen werden von der **NPD** maßlos übertrieben und Angst sowie Neid gegenüber Asylbewerbern geschürt. So ist auf der Facebook-Seite des Landesverbandes wahlweise von einer „Asylflut“, „Asylbetrug“, „Asyl- und Überfremdungswahnsinn“ die Rede oder Asylbewerber werden als „freche Asylinvasoren“ bezeichnet.

Kommunalwahlen 2015

Soweit nicht bei den Kommunalwahlen 2014 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in den Kreisen



und Gemeinden gewählt wurden, fanden diese Wahlen am 13. September 2015 statt.

Die **NPD** trat dabei lediglich in den Städten Bochum (1,3%), Geilenkirchen (1,2%) und Viersen (1,5%) mit eigenen Kandidaten an.

Die NPD in den Kommunalparlamenten

Zwar verfügt die **NPD** über 17 kommunale Mandate, nennenswerte Impulse gehen von ihren Mandatsträgern aber nicht aus. Dies liegt zum einen an einer weitgehenden politischen Isolation der Rechtsextremisten und zum anderen an fehlender Kompetenz der meisten der gewählten **NPD**-Vertreter. Deren Aktivitäten beschränken sich zumeist auf das nur begrenzt öffentlichkeitswirksame Stellen von eigenen Anträgen beziehungsweise Anfragen, die man eher als „Signalanträge“ bezeichnen muss. So fragte beispielsweise der Landesvorsitzende in seiner Funktion als Ratsmitglied in Bochum die Stadtverwaltung im Anschluss an seinen Besuch einer örtlichen Asylunterkunft, nach Details zu den dort untergebrachten Menschen und bezeichnet diese pauschal als „(Schein)Asylanten“ (sic!). Derlei Anfragen erfüllen regelmäßig den Zweck der Selbstdarstellung gegenüber den eigenen Parteimitgliedern und zeigen, dass die Sitzungsgelder und Aufwandspauschalen die Teilnahme vor allem an der Kommunalpolitik für die **NPD** in Nordrhein-Westfalen attraktiv machen.

Im Berichtszeitraum war eine Klage der **NPD** Dortmund und der Partei **Die Rechte** in Dortmund auf Anerkennung einer gemeinsamen Gruppe im Rat der Stadt vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig. In Anbetracht der bisher gegenseitigen Anfeindungen der Parteien dürften

finanzielle Motive für den überraschenden Schulterchluss ausschlaggebend sein.



Das Landgericht Mönchengladbach verurteilte den Mönchengladbacher **NPD**-Ratsmann im Februar 2015 wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe, da dieser öffentlich seine Unterarm-Tätowierung mit der SS-Losung „Meine Ehre heißt Treue“ gezeigt hatte.



Feste und Liederabende der NPD

Die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kann mit ihren Angeboten keine Personen außerhalb des eigenen Mitgliederpotenzials erreichen. Die vom Landesverband und einigen wenigen Kreisverbänden durchgeführten Grillabende, Sommer- und Sommersonnenwend- bzw. Wintersonnenwendfeste finden durchweg im eigenen Sympathisantenkreis – quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit – statt. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden organisiert die nordrhein-westfälische **NPD** auch keine Skinhead-Konzerte sondern allenfalls rechtsextremistische Lieder- oder Balladenabende. Ein größerer Personenkreis wird dabei in der Regel nicht angesprochen.

Parteitage

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag am 21. und 22. November 2015 in Weinheim wurde der innerparteilich als schwach geltende Frank Franz als **NPD**-Bundesvorsitzender bestätigt. Er soll der Partei ein modernes Erscheinungsbild geben bei gleichzeitigem Festhalten an den rechtsextremistischen Inhalten.

Demos / Infostände

Im Gegensatz zur deutlich aktionsorientierteren Neonazi-Szene hat die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kaum größere Demonstrationen durchgeführt. Eine Ausnahme bildet dabei die 1. Mai-Demonstration in Mönchengladbach, die im Vorfeld durch eine Kundgebungstour durch verschiedene nordrhein-westfälische Städte flankiert wurde und unter dem Motto „*Wir arbeiten, Fremde kassieren!*“ stand. Die **NPD** schaffte es, lediglich 150 Anhänger zu mobilisieren, was jedoch eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr mit nur 100 Teilnehmern darstellte.



Damit zeigt sich abermals die Mobilisierungsschwäche der **NPD** in Nordrhein-Westfalen, die aus eigener Kraft ohne die Unterstützung der Neonazi-Szene keine große Demonstration mehr durchführen kann. Bei anderen örtlichen, durch die Kreisverbände organisierten, Kundgebungen waren durchweg Teilnehmerzahlen im niedrigen zweistelligen Bereich zu verzeichnen.

Angehörige der **NPD** beteiligten sich auch an Demonstrationen der Partei **Die Rechte**. Insbesondere an der Demonstration am 3. Oktober 2015 in Hamm nahm eine größere Gruppe der **Jungen Nationaldemokraten (JN)** teil. Dies ist auch vor dem Hintergrund der jahrelangen Inaktivität der JN in Nordrhein-Westfalen bemerkenswert. Tatsächliche Strukturen der **NPD**-Jugendorganisation in Nordrhein-Westfalen sind bislang jedoch kaum feststellbar.

Ein besonders enger Austausch findet zwischen dem **NPD**-Kreisverband Unna/Hamm und dem Landesverband **Die Rechte** statt. Begründet ist diese Verbundenheit noch aus Zeiten, als die Kameradschaft Hamm aktiv war und mit dem Kreisverband kooperierte.

Unterstützung von HoGeSa und Pegida durch die NPD

Auch im aktuellen Berichtszeitraum rief der Landesverband zur Teilnahme an der Demonstration der HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) am 25. Oktober 2015 in Köln auf. Beweggründe für Aufrufe dieser Art sind einerseits die eigene Mobilisierungsschwäche und andererseits der Versuch, die eigene Propaganda in breitere gesellschaftliche Schichten zu tragen. Der Landesvorsitzende erklärte hierzu, die **NPD** werde auch in Zukunft alle Bestrebungen unterstützen, die sich *„die Verteidigung der sozialen, kulturellen und ethnischen Frage auf die Fahnen geschrieben haben.“*

So unterstützten Funktionäre der **NPD** die Gida-Veranstaltungen in Düsseldorf, Köln und Duisburg. Der Landesvorsitzende forderte generell, den Bürgerprotest von Pegida auch in Nordrhein-Westfalen zu fördern. An Veranstaltungen in Düsseldorf hätten demnach auch „starke Abordnungen von **NPD** und anderen nationalen Gruppen“ teilgenommen beziehungsweise „etliche Aktivsten der sozialen Heimatpartei **NPD** den berechtigten Bürgerprotest“ unterstützt.

Gelegentlich neigt die **NPD** in ihren diesbezüglichen Stellungnahmen und Posts allerdings auch zu Selbstüberschätzung. So betonte die nordrhein-westfälische **NPD** die eigene Präsenz bei der islamfeindlichen Kögida-Veranstaltung in Köln am 5. Januar 2015, indem sie verlautbaren ließ, dass ihr Landesvorsitzender „ein gefragter Interviewpartner der anwesenden Pressevertreter“ gewesen sei.

Die aktive Teilnahme von Vertretern der **NPD** an der Pegida-Veranstaltung in Duisburg hat sich 2015 verstetigt. Wurden Angehörige der **NPD** anfangs bei den Kundgebungen lediglich toleriert, so intonierte bereits im Dezember 2015 ein Duisburger **NPD**-Ratsmitglied Weihnachtlieder auf der Pegida-Bühne. Bei einer Veranstaltung in Düsseldorf sprach unter anderem die stellvertretende Landesvorsitzende. Diese pflegte darüber hinaus enge Zusammenarbeit mit der Organisatorin der Düsseldorfer Gida-Veranstaltungen.

Verbotsverfahren

Anfang Dezember 2015 legte das Bundesverfassungsgericht den Termin für die mündliche Verhandlung im März 2016 fest. Die **NPD** hat ihre diesbezügliche Außenkommunikation in den Wochen vor der Verhandlung entsprechend auf dieses Thema fokussiert. Auch der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende wurde als Auskunftsperson geladen, war aber am dritten Verhandlungstag – so wie andere Auskunftspersonen der **NPD** – nicht anwesend.

Das Bundesverfassungsgericht stellte in der mündlichen Verhandlung unter anderem die formelle Zulässigkeit des Verbotsantrags fest. Die von der **NPD** entgegengehaltenen Verfahrenshindernisse sah das Gericht nicht. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichtes stand ein Urteil noch aus.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die anhaltende Führungskrise der **NPD**, der Verschleiß von drei Bundesparteivorsitzenden innerhalb weniger Jahre und der damit verbundene Richtungsstreit haben die Partei geschwächt. Hinzu kommt das schwebende Parteiverbotsverfahren, das Teile der Partei verunsichert hat. In dieser Situation schwankt die **NPD** zwischen zwei Positionen, die auch die beiden wichtigsten Strömungen innerhalb der Partei darstellen: Zum einen die „Modernisierer“ um den amtierenden Parteivorsitzenden Frank Franz, die sich stärker bürgerlich präsentieren wollen. Und zum anderen die „Traditionalisten“, die über gute und enge Kontakte zur Neonazi-Szene verfügen.

Im Berichtsjahr verzeichnete die **NPD** eine weitere Stagnation bei der Mitgliederentwicklung. Zudem bleibt die Zahl aktiver Kreisverbände gering. Selbst dort, wo sie über kommunale Mandate verfügt, sind eher geringe Aktivitäten zu verzeichnen.

Die **NPD** befindet sich weiterhin in der Krise. Stagnierende Mitgliederzahlen und die Konkurrenz im rechtsextremistischen Parteienlager setzen ihr weiterhin zu. Ohne die Bündnispartner aus der Neonazi-Szene ist die **NPD** weitgehend nicht mehr aktionsfähig.

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen kommen auch strukturelle Probleme hinzu. Ganze Kreisverbände lösen sich auf oder existieren nur noch auf dem Papier. Hinzu kommt das ambivalente Verhältnis zur Neonazi-Szene, welches zwischen Kooperation und Konflikt schwankt. Dabei ist die **NPD** auf die Unterstützung der Neonazis gerade bei Wahlkämpfen zwingend angewiesen. Die Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienspektrums dürfte dazu beitragen, dass den Parteien die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung erschwert wird, weil deshalb womöglich keine rechtsextremistische Partei die maßgeblichen Hürden bei den jeweiligen Wahlen überschreitet.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_npd](#)



Sitz / Verbreitung	Pro NRW: Düsseldorf Pro Köln: Köln Pro Deutschland: Berlin
Gründung / Bestehen seit	Pro Köln e.V.: 1996; die Partei Pro NRW: 2007; Pro-Bewegung: 2010
Struktur / Repräsentanz	Vorsitzender von Pro NRW ist seit Gründung Markus Beisicht; Gliederung in acht Bezirksverbände mit 53 angeschlossenen Kreisverbänden; in höchstens fünf Kommunen nennenswerte Aktivitäten; 27 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen Vorsitzender von Pro Köln ist seit 2014 Michael Gabel; Verein ist nur in Köln aktiv; als Gruppe im Stadtrat mit zwei Mandaten und fünf Mandaten in Bezirksvertretungen Bundesvorsitzender von Pro Deutschland ist Manfred Rouhs; Vorsitzender des im Oktober 2015 gegründeten Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen ist Markus Wiener; 21 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen Regionale Schwerpunkte der drei Pro-Organisationen liegen in der Rheinschiene, dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land. Die 2010 gegründete Pro-Bewegung sollte ursprünglich als Dachverband der drei Pro-Organisationen fungieren, konnte diesen Anspruch aber bislang nicht erfüllen.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Insgesamt circa 900 Mitglieder in den drei Pro-Organisationen, abzüglich Doppelmitgliedschaften circa 800 
Veröffentlichungen	Publikationen: Als Informations- und Werbemedium dienen die im Flugblattformat unter gleichartigem Design und korrespondierender Thematik vertriebenen Publikationen NRW UNZENSIERT – Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW und KÖLN UNZENSIERT – vormals „Fraktionszeitung KÖLN UNZENSIERT“ sowie pro Deutschland – Zeitung der Bürgerbewegung

pro Deutschland; eine eigenständige Publikation von **Pro Deutschland** für Nordrhein-Westfalen existiert bislang nicht. Anlassbezogen erscheinen darüber hinaus entsprechende Flug- bzw. Faltblätter. Die Publikationen werden vorwiegend zum Download angeboten.
Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile in den sozialen Netzwerken

Kurzportrait / Ziele

Die unter der Bezeichnung **Pro-Bewegung** auftretenden Gruppierungen entstanden im Wesentlichen auf Betreiben ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der rechtsextremistischen »Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)« sowie der Partei „Die Republikaner“ (REP). Die Vorsitzenden von **Pro NRW** und **Pro Deutschland**, ein Teil des Vorstandes und große Teile der Mitglieder stammen aus rechtsextremistischen Parteien oder aus Organisationen.

Bereits 1996 gegründet, erzielte **Pro Köln** erstmals bei der Kommunalwahl 2004 Mandate im Rat der Stadt und ist bis heute im Stadtrat – seit 2014 nur noch als

Ratsgruppe bestehend aus zwei Mandatsträgern – vertreten. Bei **Pro NRW** handelt es sich um den Versuch einer landesweiten Ausdehnung dieser zunächst lokalen Struktur mit identischen inhaltlichen Ansätzen, gleichgelagerter Strategie und zum Teil gleichem Führungspersonal. Der

im Herbst 2015 gegründete Landesverband Nordrhein-Westfalen von **Pro Deutschland** stellt im Wesentlichen eine Abspaltung unzufriedener Funktionäre von **Pro NRW** dar.

Alle drei Gruppierungen versuchen sich überwiegend bürgerlich zu inszenieren. Auch wenn die Organisationen in ihren Programmen zum Teil moderate Forderungen aufstellen, vertreten sie in der konkreten politischen Arbeit jedoch dezidiert fremdenfeindliche und islamfeindliche Positionen, diffamieren Migranten und schüren Ängste vor ihnen, insbesondere vor Muslimen.



Finanzierung

Mitgliedsbeiträgen, Spenden und staatliche Zuwendungen an Gruppen und Fraktionen in Kommunalparlamenten

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Gruppierungen **Pro Köln**, **Pro NRW** und **Pro Deutschland – Landesverband NRW** missachten mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Migranten werden wegen ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Entsprechende Aussagen werden ständig wiederholt.



Facebook-Eintrag von **Pro NRW**

Im Fokus stehen fast ausschließlich die Themen Migration und Islam verbunden mit einer drastischen Wortwahl. Die Pro-Organisationen vermitteln ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, welches ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder ethnischen Zugehörigkeit anknüpft. Eine differenzierte Betrachtung, die andere Aspekte einbezieht, blenden die Rechtsextremisten dabei aus. Bestimmte ethnische und religiöse Gruppen, insbesondere Muslime, Sinti und Roma sowie Flüchtlinge stellen sie als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dar. Mit dieser Art der Darstellung schüren die Pro-Organisationen Ablehnung und versuchen Ängste in Teilen der Bevölkerung aufzugreifen und zu instrumentalisieren. Sie zeichnen ein Bedrohungsszenario, für das sie einseitig bestimmte Bevölkerungsteile verantwortlich machen. Wortwahl und Argumentationsmuster sind dabei ein Angriff auf die Menschenwürde und nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Im Jahr 2015 legten die Pro-Organisationen ihren Schwerpunkt auf eine flüchtlingsfeindliche Politik. Fortwährend diskreditierten sie Flüchtlinge mittels gezielter Kampagnen und entsprechender Slogans, indem sie sie pauschal negativ als Kriminelle und „Sozialschmarotzer“ darstellten und damit Hass gegen diese Bevölkerungsgruppe schürten. Flüchtlinge bezeichneten sie mitunter als „Invasoren“. Eine solche Kriegsrhetorik zielt darauf ab, Flüchtlinge zu diffamieren und Men-

schenrechte zu delegitimieren. Letztlich tragen derartige Freund-Feind-Bilder dazu bei, Übergriffe auf Flüchtlinge als vermeintliche Notwehr erscheinen zu lassen.

Eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit stellt die Islamfeindlichkeit dar. So verbreiten die Pro-Organisationen öffentlichkeitswirksam Vorurteile über Muslime, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Dahinter steht der Versuch, in der Gesellschaft diskutierte Themen zu nutzen, um so die eigenen weitergehenden nationalistischen Sichtweisen und Forderungen über den rechtsextremistischen Rand hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft zu verbreiten. Der „Kampf“ gegen „den Islam“ dient dabei lediglich als Türöffner. Die Pro-Aktivist*innen unterscheiden bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. So heißt es beispielsweise auf Aufklebern von **Pro Deutschland**: „*Aktiv werden gegen Moscheebau und Islamismus!*“ Die diskreditierende Gleichsetzung zielt darauf ab, eine Glaubensgemeinschaft für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen und sie als Bedrohung darzustellen. Phänomene wie Zwangsheiraten, Ehrenmorde, Jugendgewalt und Terrorismus werden ausschließlich und undifferenziert mit dem Islam in Verbindung gebracht. Letztlich sprechen die Pro-Organisationen Muslim*innen und Muslime die Wahrnehmung von Grundrechten, darunter das Recht auf Religionsfreiheit, ab.



Facebook-Eintrag von Pro NRW

Neben dieser Politik der Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten kooperieren die Pro-Organisationen mit anderen rechtsextremistischen, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Organisationen im In- und Ausland. Beispielsweise redeten auf dem Neujahrsempfang von **Pro Köln** im Januar 2016 Politiker der österreichischen FPÖ und des belgischen Vlaams Belang.

Die Verfassungsfeindlichkeit von **Pro NRW** und **Pro Köln** wurde wiederholt gerichtlich bestätigt. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen bestätigte 2014 erneut mit Beschlüssen vom 21. Februar 2014 und 20. April 2014 entsprechende Entscheidungen der Vorinstanz. Auch das

Verwaltungsgericht Berlin urteilte am 21. Januar 2016, dass **Pro NRW** Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolge.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Spaltung von **Pro NRW** und **Pro Köln**

Bis zu den Kommunalwahlen 2014 hatte **Pro Köln** faktisch den Status eines herausgehobenen Kreisverbandes von **Pro NRW** inne. Spätestens nach der Kommunalwahl 2014 kam es zu einer Distanzierung zwischen **Pro NRW** und **Pro Köln**. Diese Entwicklung begann mit der Verurteilung von zwei Angehörigen der ehemaligen Fraktion von **Pro Köln** im Rat der Stadt Köln Ende 2014 zu Geldstrafen wegen Betruges in mehreren Fällen durch das Landgericht Köln. Das Landgericht Köln verurteilte darüber hinaus ein weiteres Fraktionsmitglied – unter Einbeziehung anderweitiger früherer Verurteilungen – zu einer Freiheitsstrafe. Den Angeklagten war vorgeworfen worden, durch ihre Unterschrift unter Sitzungslisten in den Jahren 2008 bis 2012 wahrheitswidrig die Teilnahme an Fraktions- und Arbeitskreissitzungen bestätigt zu haben. Auf Basis dieser Listen hatten sie sich von der Stadt Köln Sitzungsgelder auszahlen und fiktive Fahrtkosten und Verdienstaufschläge erstatten lassen. Der Vorsitzende von **Pro NRW**, Markus Beisicht, erhob nach dem schwachen Ergebnis bei den Kommunalwahlen in Köln den Vorwurf, dass die verurteilten Funktionäre die Glaubwürdigkeit der **Pro-Bewegung** schädigten. Trotzdem wählten die Mitglieder von **Pro Köln** am 12. April 2015 zwei verurteilte Funktionäre erneut in den Vereinsvorstand. Einer der verurteilten Funktionäre setzte sich bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden in einer Kampfabstimmung gegen einen von Beisicht favorisierten Kandidaten mit 83 Prozent der Stimmen durch. Damit wurde der Bruch zwischen **Pro NRW** und **Pro Köln** offenkundig.

Hinzu kamen weitere Konflikte innerhalb von **Pro NRW**. So gab es eine Reihe von enttäuschten Funktionären, die bei der Postenverteilung in Gruppen und Fraktionen der kommunalen Räte sowie bei der Neuwahl des Parteivorstandes im Dezember 2014 nicht berücksichtigt wurden. Weiterhin führte die Wiederwahl eines Führungskaders der Gruppierung „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) in den Landesvorstand bei einem Teil der Mitglieder zu erheblichem Widerspruch. Denn im Vorfeld der gewaltsamen HoGeSa-Demonstration im Oktober 2014 hatte **Pro NRW** den Beschluss gefasst, nicht mit Hooligans zusammenzuarbeiten. Auch die Wahl einer Aktivistin der aktionsorientierten rechtsextremistischen Szene in den Landesvorstand, die in einem Fernsehinterview den Holocaust bagatellierte, verschärfte die innerparteilichen Kontroversen.

Vor allem führende Mitglieder von **Pro Köln**, die im Vorstand von **Pro NRW** saßen, kritisierten mit Hinweis auf einen möglichen Imageschaden eine solche Öffnung der Partei. Nachdem der Landesvorstand von **Pro NRW** ein Parteiordnungsverfahren gegen die wichtigsten Kritiker einleitete und ankündigte einen eigenen Kreisverband von **Pro NRW** in Köln zu gründen, verkündeten

Bürgerbewegung PRO KÖLN

Anders als die Andern!

Jetzt Mitglied werden!

50m aktuell / Montag, 18. Mai 2015

Pro-NRW-Austrittswelle: PRO KÖLN geht auf Abstand

Satzungsputsch von oben, Rechtschwank in Richtung einer NPD 2.0, verfeindete Vorstandssitzungen und eine nun ersatzlos Austrittswelle: Bei PRO NRW ist eine öffentliche Schlammschlacht, von der sich PRO KÖLN nun geschlossen und deutlich absetzt. Die beiden ehv. PRO-KÖLN-Vorstände Julia Höller und Markus Werner haben zusammen mit anderen scheidenden PRO-NRW-Funktionären ihren Austritt aus der Bürgerbewegung PRO NRW erklärt. Der Kölner Bezirksvertreter und PRO-NRW-Generalsekretär Tony-Kaver Fiedler wurde außerdem am Wochenende vom geschäftsführenden PRO-KÖLN-Vorstand wegen ausstehender Mitglieds- und Mandatsbeiträge als PRO-KÖLN-Mitglied gestrichen, so dass es jetzt keinerlei Überschneidungen mehr zwischen dem PRO-KÖLN-Vorstand und PRO NRW gibt.

Zudem ist auch aus der PRO-KÖLN-Mitgliedschaft zu entnehmen, dass wohl die meisten Doppelmitglieder ihre PRO-NRW-Mitgliedschaft in Kürze zurückgeben werden. Die Wägen von PRO KÖLN und PRO NRW haben sich damit unidirektional getrennt. Die Bürgerbewegung PRO KÖLN wird als grundgesetztreue lokale Wählervereinigung auf Kurs bleiben und sich dementsprechend auch bei der evtl. Wahl neuer überregionaler Partner verhalten!

Anbei der Resolutionsliste der heute ausgetretenen früheren und aktiven PRO-NRW-Funktionäre:

Liebe Mitstreiter und langjährige Weggefährten!

WIR, DIE UNTERZEICHNER DIESSES SCHREIBENS, ERKLÄREN HERMIT DEN SOFORTIGEN AUSTRITT AUS DER BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW.

DENN EINE NPD 2.0 IST MIT UNS NICHT ZU MACHEN.

Ebenso wenig können wir die mutwillige Spaltung der PRO-Bewegung und die willkürliche Unterdrückung kritischer Stimmen an diesem Kurs durch ausgeübte Satzungsgebote akzeptieren. Der vom Plumpdiktandum am 14. Mai vollzogene Satzungsputsch von oben bedeutet das Ende der innerparteilichen Demokratie bei PRO NRW.

Wir sind und bleiben verfassungstreue Patrioten, die sich weiterhin politisch in geeigneter Form engagieren werden. Auch und gerade auf kommunaler Ebene und bereits mit festen Blick auf die nächste NRW-Kommunalwahl im Jahr 2020! Wir fordern alle Gleichgesinnten auf, unserem Beispiel zu folgen.

FÜR EINE RECHTSDEMOKRATISCHE POLITIK MIT ANSTAND UND EHRE!

ERSTUNTERZEICHNER:

MARIA DEMANN
Landesvorstandsmitglied und Mitglied der Bezirksvertretung Leverkusen 3

MICHAEL GABEL
PRO-KÖLN-Vorstandsrat und ehemaliges Landesvorstandsmitglied, Mitglied der Bezirksvertretung Köln-Nippes

HERZ GOTTLAND
Landesvorstandsmitglied und stellvertretender Kreisvorsitzender Aachen

DR. CHRISTOPH HEGER

Suchbegriff eingeben

- Facebook
- Info

BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN E.V.
Like 1,521

BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN E.V.
13 mins

Den Märchen aus Leverkusen wenig Anstand und Wahrheit e gestellt!
<http://pro-koeln.org/pro-koeln/sich-geschlossen-wdh.../>
 See Translation

Aus Vee

Immer aktuell per Mail!

Tragen Sie sich ein und wir halten Sie auf dem Laufenden: **Wahlkampf, Positionen, Nachrichten**

E-Mail*

Anmelden

Themen: KULTUR, ÖKOLOGIE, ÖKONOMIE



Mitglied werden Informationell anfordern Telefonsprache / persönliche Treffen

Austrittserklärungen von Pro Köln-Funktionären aus Pro NRW

im Mai neun Mitglieder des Landesvorstandes von **Pro NRW** ihren Austritt, unter anderem die vollständige Führungsriege von **Pro Köln**.

Seitdem erheben Vertreter von **Pro NRW** und **Pro Köln** wechselseitig schwere Vorwürfe hinsichtlich der Verantwortung für das Zerwürfnis. Gleichzeitig werfen sich die Gruppierungen wechselseitig eine rechtsextremistische Ausrichtung vor. Eine bislang durchaus übliche Doppelmitgliedschaft bei **Pro NRW** und **Pro Köln** soll nunmehr ausgeschlossen sein. Trotz des

Spaltungsprozesses gibt es aber keine tiefgreifende ideologisch-inhaltliche Auseinandersetzung. Vielmehr geht es bei dem Streit um innerparteiliche Macht und der strategischen Frage, ob man weiterhin versuche solle, sich als bürgerliche Partei zu inszenieren.

Gründung von Pro Deutschland / Landesverband Nordrhein-Westfalen

Bereits seit vielen Jahren bestanden innerhalb der **Pro-Bewegung** erhebliche interne Spannungen und Differenzen, vorrangig zwischen **Pro NRW** und **Pro Deutschland**. Die Gründe hierfür lagen im Wesentlichen in dem anhaltenden Machtkampf um den Führungsanspruch zwischen dem Vorsitzenden von **Pro NRW**, Markus Beisicht, und dem Vorsitzenden von **Pro Deutschland**, Manfred Rouhs. Dies lähmte die **Pro-Bewegung** trotz des weitgehenden inhaltlichen Konsenses. Auch deswegen konnte sie ihren Anspruch auf eine Meinungsführerschaft im nicht-militanten Teil des Rechtsextremisten nicht erfüllen.

Das autokratische Führungsverhalten des Parteivorsitzenden förderte sowohl das Auseinanderdriften von **Pro NRW** und **Pro Köln** als auch die Erosionsprozesse von **Pro NRW** auf Kreisverbandsebene. Der Parteivorsitzende von **Pro Deutschland** umwarb daraufhin ab Mai 2015 die bisherigen Aktivisten. In dessen Folge traten zahlreiche Funktions- und Mandatsträger – darunter ganze Fraktionen – bei **Pro NRW** aus und bei **Pro Deutschland** ein. Im Oktober 2015 gründeten die neuen Mitglieder dann den Landesverband Nordrhein-Westfalen von **Pro Deutschland**. Der Vorstand besteht überwiegend aus ehemaligen Funktionären und Mitgliedern von **Pro NRW**. Zum Landesvorsitzenden wählten die Mitglieder den stellvertretenden Vorsitzenden von **Pro Köln**, was auf die enge Verbindung zwischen diesen beiden Organisationen hinweist.

Neuwahlen des Vorstandes von Pro Deutschland und Pro NRW

Bei der im November 2015 durchgeführten Neuwahl des Bundesvorstandes von **Pro Deutschland** wurde der nordrhein-westfälische Landesverband personell integriert. Fünf der 17 Vorstandsmitglieder kommen aus Nordrhein-Westfalen, darunter der Generalsekretär. Eine tatsächliche Machtverschiebung dürfte jedoch damit nicht verbunden sein. Die Organisation ist auf Bundesebene strikt auf den Vorsitzenden ausgerichtet.

Die nach den Aus- bzw. Übertritten zahlreicher Vorstandsmitglieder erforderlich gewordene Neuwahl des Landesvorstandes von **Pro NRW** am 18. Dezember 2015 verdeutlicht die Öffnung der Organisation zur **NPD**. Bei drei der neuen Vorstandsmitglieder von **Pro NRW** handelt es sich um ehemalige **NPD**-Kader, darunter den früheren stellvertretenden **NPD**-Landesvorsitzenden. Auf dem Parteitag in Leverkusen verlas darüber hinaus eine frühere bayrische **NPD**-Spitzenfunktionärin ein Grußwort.

Bürgerbewegung
PRO KÖLN
Anders als die Andern!

Jetzt Mitglied werden!

500.000 / Freitag, 18. Mai 2015

Politischer Amoklauf von Markus Beisicht

Der ehemalige PRO-KÖLN-Vorsitzende Markus Beisicht, der jüngst bereits erfolglos versucht hatte, die Neuwahl des PRO-KÖLN-Vorstandes zu verhindern, taucht nun endgültig politisch auf. Beisicht ließ gestern von einer handvoll PRO-NRW-Präsidiumsmitglieder den Aufbau eines Kontinuumskommitees für PRO KÖLN beschreiben. Außerdem ließ er erste Parteivorstandsmaßnahmen gegen die zahllosen Kritiker dieses Vorhabens verhängen, womit offenbar auch der Weg für einen deutlichen Rechtschwung von PRO NRW in Richtung einer NPD 2.0 freigemacht werden soll.

PRO KÖLN distanziert sich von allem natürlich aufs Schärfste und dokumentiert hierzu auch einen Rundbrief des stellvertretenden PRO-NRW-Vorsitzenden Wolfgang Palm, der zu den schärfsten innerparteilichen Kritikern dieser politischen Geistesbahnfahrt zählt:



Das Gesicht der Anständigen und Demokraten bei PRO NRW: Der Aachener Stadtrat und stv. Landesvorstand Wolfgang Palm.

Liebe Mitglieder und Freunde von PRO NRW,

statt PRO NRW auf demokratisch-konservativen Kurs zu halten, hat gestern das satzungswidrig zusammen getriebene Rumpfbüro unter Leitung des Vorsitzenden Markus Beisicht damit begonnen, die Köpfe einer Entwicklung hin zu einer NPD 2.0 aus der Partei zu werfen. Mit sofortiger Wirkung beschlossen die nur sechs anwesenden Vorstandmitglieder Markus Beisicht, Dominik Roseler, Kevin Haer, Christine Olig, Tony-Karv Fiedler und Christoph von Mengeren, die Mitgliedsrechte unseres Parteilandes Markus Wiener und unseres Landtagsgeschäftsführers Detlev Schwarz anzuführen. Statt also den rechtsradikalen Provokateur Dominik Roseler endlich in die Schranken zu weisen, sollen mit diesem Akt die Mitgliedsrechte eines Gesamtverband zugunsten eines extremistischen Kurses nach rechts hin verschoben werden. Außerdem entschied das Rumpfbüro entgegen der klaren Beschlusslage im Gesamtverband, in Köln in Konkurrenz zu unserer Schwesterpartei PRO KÖLN einen eigenen Kreisverband in Köln zu gründen.

Statt also die PRO-Bewegung zusammen und auf Kurs zu halten und eingeeichtete Provokateure abzuwehren, soll PRO KÖLN offen der Kölig

Suchbegriff eingeben ...

- Facebook
- Info

BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN E.V.
Like 1.521

BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN E.V.
100 member

Den Märchen aus Leverkusen wenig Anstand und Wahrheit e geteilt:
http://pro-koeln.org/pro-koeln-sich-geschlossen-vor-...
See Translation

Aus Vee

Immer aktuell per Mail!

Tragen Sie sich ein und wir halten Sie auf dem Laufenden: Wahlkampf, Positionen, Nachrichten

E-Mail *

Anmelden!

„...MUSIK, Kulturkritik, Ostwestfalen...“
MES ENTZUM SEN!

Mitglied werden Informationell anfordern Telefongespräch / persönliches Treffen

Querelen zwischen **Pro Köln** und **Pro NRW** werden öffentlich ausgetragen.

Kommunale Aktivitäten

In der Eigendarstellung erweckt **Pro NRW** mitunter den Eindruck, über regional flächendeckende Strukturen zu verfügen. Trotz immerhin 65 gewonnen Mandaten in den kommunalen Räten und Bezirksvertretungen sind die Pro-Organisationen nur in wenigen Kommunen aktiv. Dabei nutzen sie die Räte gelegentlich als Plattform für eine öffentlichkeitswirksame Agitation. Vermeintliche Anliegen bzw. Anträge stellen Pro-Mandatsträger oftmals mit der Absicht, mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Die jeweiligen Reaktionen werden anschließend manipulativ in Form verzer-

render Darstellungen aufbereitet. Die Arbeit in den Kommunalparlamenten hat insgesamt eher einen symbolhaften Charakter. Tatsächliche Sacharbeit vor Ort findet kaum statt.

Teilnahme an den Oberbürgermeisterwahlen in Nordrhein-Westfalen

Zur Wahl der Oberbürgermeister am 13. September 2015 gelang es **Pro NRW** nur in zwei Kommunen Kandidaten aufzustellen. Im Wahlkampf setzten sie überwiegend auf eine flüchtlingsfeindliche Kampagne. Bei einer insgesamt niedrigen Wahlbeteiligung erzielte **Pro NRW** ein Wahlergebnis von 6,5% in Leverkusen und 3,8% in Essen. Ein zunächst von **Pro NRW** in Wuppertal aufgestellter Kandidat trat für **Pro Deutschland** an und erhielt 2,9% der Stimmen. Der Kandidat für **Pro NRW** in Essen verlies mittlerweile die Partei.



Flüchtlingsfeindliche Kampagne der Pro-Bewegung in Nordrhein-Westfalen

Auch im Jahr 2015 ist es der **Pro-Bewegung** in Nordrhein-Westfalen nicht gelungen, ihre plakativ angekündigten Kampagnen – in Form etwa der Kundgebungstour „Frühjahrsoffensive gegen Asylmissbrauch“ oder die sogenannte „Aufklärungskampagne“ im Herbst „JA zum Asylrecht, NEIN zum Asylmissbrauch“ – konzeptionell umzusetzen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die internen Auseinandersetzungen innerhalb der **Pro-Bewegung**, die die Gruppierungen lähmten und nennenswerte öffentlichkeitswirksame Aktionen im laufenden Jahr damit weitestgehend verhinderten. Den Organisatoren gelang es dabei weder das eigene Aktionspotenzial zu mobilisieren noch etwaige Zielgruppen an den jeweiligen Kundgebungsorten anzusprechen. Das

durchschnittliche Mobilisierungspotenzial im Rahmen von Demonstrationen liegt derzeit bei 30 bis 40 Teilnehmern. Zum Teil haben Kundgebungen den Charakter von Infoständen. Lediglich bei einer Versammlung von **Pro NRW** in Hagen am 19. Juli 2015 nahmen 110 Teilnehmern teil, weil sich zahlreiche Personen aus dem Hooligan-Szene beteiligten.



The image shows a Facebook post from the 'Bürgerbewegung PRO NRW' page. The main text of the post is written in large, bold, red and white letters: "Der Koran ist eine Kriegserklärung an dich, deine Familie, deine Freunde und deine gesamte Art zu leben!". Below the text is a photograph of an open book with Arabic script, likely the Quran, resting on a patterned surface. In the top right corner of the post, there is a Facebook logo, the text "Bürgerbewegung PRO NRW", and a note "Diese Seite gefällt mir". Below that, it says "Liken und Teilen!" and provides the URL "www.facebook.com/proNRW". At the bottom of the post, there is a blue banner with the URL "WWW.FACEBOOK.COM/PRONRW" and the "PRO NRW" logo.

Die flüchtlingsfeindliche Kampagne findet ebenso auf den virtuellen Präsenzen der Pro-Organisationen statt. Dort versuchen die Akteure ein pauschal negatives Bild von Flüchtlingen zu zeichnen. So verwenden sie den Begriff „Asylant“ oftmals um den Zusatzes „Schein-Asylant“ oder „Asylbetrüger“, um die ursprünglich wertneutrale Definition durch einen abwertenden Begriff zu ersetzen. Ebenso versucht **Pro NRW** Angst vor Flüchtlingen zu schüren, indem sie sie pauschal als Angreifer darstellt und apokalyptische Bürgerkriegsszenarien propagiert. Beispielsweise veröffentlichte **Pro NRW** am 16. September 2015 auf ihrem Facebook-Profil einen Beitrag ihres stellvertretenden Landesvorsitzenden. Darin heißt es: „Herzlich willkommen im zukünftigen Bürgerkriegsland Deutschland. Die kulturfremden Invasoren bringen den Krieg nach Europa.“

Der NRW-Landesvorsitzende von **Pro Deutschland** skizziert in einem Beitrag am 23. Oktober 2015 die strategische Bedeutung der flüchtlingsfeindlichen Kampagne. Dabei wird deutlich, dass es dem rechtsextremistischen Politiker nicht um die Lösung von Problemen geht, sondern darum Stimmungsmache gegenüber Flüchtlinge zu betreiben, um dann von den geschürten Ängsten und Sorgen der Bürger zu profitieren: „Es bleibt zu hoffen, dass die unvermeidliche politische Widerstandsbewegung der einheimischen Bevölkerung gegen diesen Ausverkauf unserer Heimat dann in so zivilisiert-gemäßigten Bahnen wie die unserer Bürgerbewegung geleitet werden kann – und nicht völlig aus dem Ruder läuft.“

Islamfeindliche Kampagne der Pro-Bewegung in Nordrhein-Westfalen

Die Pro-Organisationen griffen insbesondere islamistische Anschläge und Anschlagversuche im Jahr 2015 auf, um damit Stimmung gegen den Islam und Muslime zu machen. So kommentiert **Pro NRW** den Anschlag auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ folgendermaßen: „Der islamische Anschlag auf die Redaktion von 'Charlie Hebdo' war nicht der erste und wird auch leider nicht letzte sein. Hass und Tod kommen direkt aus dem Koran [...]“. **Pro NRW** spricht bewusst nicht von einem islamistischen Anschlag, sondern von einem islamischen Anschlag, um die Unterschied zwischen Islam und Islamismus zu verwischen und damit sämtliche Muslime als potenzielle Terroristen zu stigmatisieren.



Auch die Anschläge in Paris am November 2015 instrumentalisierten die Pro-Organisationen umgehend für ihre islamfeindliche Kampagne. Der Landesgeschäftsführer in NRW von **Pro Deutschland** schrieb in einem Beitrag am 18. November 2015: „Trotz des gutmenschlichen Wunschdenkens einer 'Kulturbereicherung' hat der Islam dem Kontinent der einstiegen Kontinentalmächte rein gar nichts in positiver Hinsicht zu bieten [...] Die Jugoslawien-Kriege der 1990er Jahre sollten ganz Europa eine Mahnung sein, wohin das zwanghafte Miteinander insbesondere mit dem Islam führt!“ Ähnlich versucht **Pro NRW** die Anschläge auszunutzen, um gegen Muslime zu hetzen. So heißt es in einer Stellungnahme des Vorstands vom 14. September 2015 zu den Anschlägen: „Zutreffender dürfte es sein, daß bisher nur die Mehrheit ihrer Anhänger zu bequem, feige oder gleichgültig ist, die koranische Lehre so umzusetzen, wie es die fanatische Minderheit tut. Der Schritt dazu ist oft genug jedoch nur ein sehr kleiner, was die Bedrohung aller

west- und mitteleuropäischen Gesellschaften angesichts millionenzählender Präsenz von Moslems in diesen Ländern latent und allgegenwärtig macht.“

Versuchte Einflussnahme auf Gida-Kundgebungen

Bereits ab Ende 2014 fanden auch in Nordrhein-Westfalen Kundgebungen so genannter Gida-Gruppierungen statt. **Pro Köln** und **Pro NRW** versuchten auf die entsprechenden Kundgebungsreihen in Bonn (Bogida), Köln (Kögida) und Düsseldorf (Dügida) Einfluss zu nehmen. Dies zeigte sich durch Mitarbeit im Organisationsteam sowie personeller und logistischer Unterstützung. Bei der Hauptinitiatorin mit Bezügen zum neonazistischen Spektrum handelte es sich um ein Vorstandsmitglied von **Pro NRW**. Darüber hinaus traten führende Funktionäre von **Pro Köln** und **Pro NRW** durch Redebeiträge in Erscheinung. Der Versuch einer Anbindung an die offizielle Organisation von Pegida wies diese mit der Begründung zurück, dass man sie sich nicht von einer rechtsextremistischen Partei vereinnahmen lassen wolle.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Pro-Organisationen setzen weiterhin ihren Schwerpunkt auf fremden- und islamfeindliche Kampagnen. Geprägt durch interne Auseinandersetzungen, persönliche Anfeindungen und struktureller Erfolglosigkeit haben die Pro-Gruppierungen an Aktionsfähigkeit und Wirksamkeit verloren. So ist ein anhaltender Bedeutungsverlust festzustellen. Die offen zutage tretende Konkurrenz zwischen **Pro Köln** beziehungsweise **Pro Deutschland** und **Pro NRW** und das Agieren von jetzt drei Pro-Gruppierungen bei inhaltlich nahezu identischer Ausrichtung führt sowohl zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation innerhalb der rechtsextremistischen Parteienlandschaft in Nordrhein-Westfalen als auch zu einer weiteren Segmentierung. Insbesondere **Pro NRW** befindet sich in der tiefgreifendsten Krise seit seiner Gründung.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_pro](#)



Sitz / Verbreitung	Bundesverband: Parchim Landesverband: Dortmund
Gründung / Bestehen seit	Bundesverband: 27. Mai 2012 Landesverband: 15. September 2012
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch; Landesvorsitzender: Dennis Giemsch bis 14. Oktober 2015, seitdem kommissarisch Michael Brück; insgesamt zwei Ratsmandate und vier Mandate in Bezirksvertretungen in Dortmund und Hamm
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Bund: ca. 500 → NRW: ca. 300 →
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook oder Twitter; Internetseite dortmundecho.org als Hauptsprachrohr des Landesverbandes beziehungsweise des Kreisverbandes Dortmund.
Kurzportrait / Ziele	<p>Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei Die Rechte ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften kommen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktivsten Kreisverbände wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehatten.</p> <p>Die Rechte beteiligt sich hauptsächlich an der Parteiendemokratie, um den vorteilhaften Parteienstatus zu erhalten. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten. Die Partei Die Rechte zeichnet sich durch eine ideologische Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und aggressiv-kämpferisches Auftreten auf.</p>

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Einnahmen aus von der Partei durchgeführten Veranstaltungen wie Konzerten sowie Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Die Rechte** ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der den Bundesverband dominiert.

Die Gründung des Landesverbandes erfolgte im September 2012 als Reaktion auf das Verbot von neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen am 23. August 2012. Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen stellt somit eine Auffangorganisation für einen wesentlichen Teil der verbotenen Kameradschaften dar. So setzt sich die Führung des Landesverbandes aus den Anführern der verbotenen Kameradschaften Dortmund und Hamm zusammen, während die Kreisverbände in Dortmund, Hamm und Aachen in der Führungs- und Mitgliederstruktur weitgehend mit den verbotenen Kameradschaften identisch sind.

Ein politischer Schwerpunkt der Partei **Die Rechte** ist Fremdenfeindlichkeit. So zeichnet die Partei in ihrem Programm ein einseitiges negatives Bild von Migranten. In ihren Verlautbarungen stellt sie das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten als Freund-Feind-Konstellation dar, in der die einheimische Bevölkerung bedrängt werde. Dabei ist vor allem eine pauschale Kriminalisierung von Migranten für die Partei **Die Rechte** ein Vehikel, um fremdenfeindliche Vorurteile zu schüren. Im Jahr 2015 bezog die Partei ihre fremdenfeindliche Kampagne vor allem auf Flüchtlinge. So hetzte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Dortmunder Aktivist am 7. September 2015 in der Nähe des Dortmunder Hauptbahnhofs, an dem zahlreiche Flüchtlinge ankamen: *„Diese Menschen, die momentan zu Tausenden in unser Deutschland strömen, sind kriminell, haben kein Benehmen und diese werden hier in unserem geliebten Vaterland ihre kriminelle Ader [...] ausleben. Diese werden rauben, vergewaltigen und morden.“* Auch im Dortmunder Stadtrat diffamierte der Ratsvertreter von **Die Rechte** Flüchtlinge und beendet seine Rede am 14. September 2015 zur Flüchtlingssituation mit den Worten *„Deutschland den Deutschen. Ausländer raus.“*

Die Rechte greift weiterhin eine islamfeindliche Kampagne auf. So führt sie gegen Moscheebauvorhaben in Hamm und Grevenbroich Kampagnen durch und versucht, Ängste gegenüber Muslimen zu schüren, indem sie diese mit religiösen Extremisten und Terroristen gleichsetzt. Der Kreisverband Hamm spricht Muslimen gar mit „Blut und Boden“-Argumenten bürgerliche Rechte ab: *„DIE RECHTE lehnt es kategorisch ab, dass islamische, vom Ausland finanzierte Organisationen überhaupt in Deutschland Grund und Boden erwerben dürfen. Das Recht zum Erwerb von*

Grundeigentum sollte an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft sein, die sich wiederum an der ethnischen Abstammung zu orientieren hat.“

Die Rechte propagiert wiederkehrend Antisemitismus. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen betreibt den Onlineversandhandel **Antisem Versand**, der mittels der Webadresse „antisem.it“ die antisemitische Einstellung provokativ zum Ausdruck bringt. Den neu eingerichteten Twitter-Account bewarb der Versand im Februar 2015 mit den Worten *„Folgt uns bei Twitter, ihr Antisemiten“*. Die in einer Fußnote erfolgte Distanzierung ist angesichts langjähriger antisemitischer Aktivitäten nicht ernst zu nehmen. Ferner führten Kreisverbände in Nordrhein-Westfalen wiederholt Veranstaltungen mit einer szenebekanntem Leugnerin des Holocaust durch.

Des Weiteren propagiert **Die Rechte** offen Rassismus. Auf der Versammlung des Kreisverbandes Hamm am 3. Oktober 2015 sagte ein Redner unter dem Beifall der Teilnehmer: *„Aber darum ist es doch wichtig, dass wir nach der Machtübernahme hier in den Schulen wieder Rassunterricht bringen.“* Den Rassismus vertreten sie im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie und verbinden ihn mit einem völkischen Nationalismus. Diesem Verständnis folgend kritisiert ein Beitrag des Kreisverbandes Hamm am 13. Januar 2015 Migration mit folgenden Worten: *„Mittlerweile leben zig Millionen Fremdvölkische in unserem Land und sorgen für eine Veränderung Deutschlands in Aussehen, Sprache, Kultur und genetischer Abstammung.“* Auf Demonstrationen der Partei im Jahr 2015 lautet eine gebräuchliche Parole: *„Alles für Volk, Rasse und Nation.“*

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen stellt sich selbst in eine nationalsozialistische Tradition. Dennis Giensch, bis November 2015 Landesvorsitzender, verbreitete am 10. September 2015 über Twitter den Tweet von Neonazis aus Jena: *„Wir sind keine Rechtsextremisten, sondern Nationalsozialisten!“* Bei Demonstrationen führen Aktivisten des Kreisverbandes Dortmund oftmals ein Transparent mit dem Spruch *„25 Punkte gegen eure Verbote“* mit. Mit der Zahl beziehen sie sich dabei symbolisch auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP. Auf Kundgebungen von **Die Rechte** skandieren die Teilnehmer regelmäßig *„Nationaler Sozialismus Jetzt“*. Die Bekenntnisse zum Nationalsozialismus sind in der gesamten Bundespartei verbreitet. So schreibt etwa der Landesverband Sachsen-Anhalt am 29. Januar 2016: *„Grundsätzlich ist die Ideologie der Partei getragen, einerseits von traditionell empfindenden und denkenden, alten und jungen Nationalsozialisten [...] und andererseits von sozialen Nationalisten.“*

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird von militanten Neonazis dominiert, die in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Straftaten und darunter auch Gewalttaten auffielen. Im Jahr 2015 sind mehrere Partei-Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen wegen Volksverhetzung und Körperverletzungsdelikten verurteilt worden, darunter der Bezirksvertreter in Dortmund- Scharnhorst. Um weitere strafrechtliche Verfolgungen zu vermeiden, beschränken sich inzwischen in der Partei organisierte Neonazis überwiegend auf legale Aktionen. Trotz dieser taktischen Anpassung zeigt die Partei in zahlreichen Stellungnahmen und Aktionen ihre aggressiv-kämpfe-

rische Haltung. Bei den Demonstrationen setzt **Die Rechte** den aggressiven, aktionsorientierten Stil der Kundgebungen der verbotenen Kameradschaften, der auf die Beherrschung des öffentlichen Raumes abzielt, fort. Die Demonstration des Landesverbandes am 1. Mai 2015 in Essen endete damit, dass Anhänger der Partei nach dem Ende Veranstaltung randalierend durch die Innenstadt zogen und fremdenfeindliche Parolen skandierten.

Diese aggressiv-kämpferische Haltung schlägt sich auch in Stellungnahmen und Aktivitäten gegenüber Flüchtlingen nieder. Der Bundesvorsitzende äußerte sich in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Oktober 2015 zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und sprach davon, dass es eine „elegante Aktion“ sei, eine Flüchtlingsunterkunft durch einen Wasserschaden unbewohnbar zu machen. Schließlich gehe man bei einer solchen Tat strafrechtlich nicht so ein hohes Risiko ein, wie bei einer Brandstiftung. Um beispielsweise Flüchtlinge einzuschüchtern, zogen Aktivisten des Dortmunder Kreisverbandes am Abend des 6. Februar 2015 mit Fackeln vor eine Flüchtlingsunterkunft, skandierten fremdenfeindliche Parolen und warfen Böller.



Die Partei **Die Rechte** beim Fackelzug vor einer Flüchtlingsunterkunft.

Eine solche Haltung basiert auf einem Freund-Feind-Denken, nach dem politische Gegner und Migranten Feinde sind, gegen die man alle zur Verfügung stehenden Mittel zur Bekämpfung einzusetzen habe. So äußerte sich der in Dortmund aktive stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei bei einer Kundgebung am 7. September 2015 folgendermaßen: *„Ich hoffe, dass diese geisteskranken Subjekte, die täglich an den Bahnhöfen in den verschiedenen Städten stehen und die Asylbetrüger begrüßen, dass die Männer unter euch brutal zusammengeschlagen und*

*ausgeraubt werden und den Frauen wünsche ich dazu noch eine Vergewaltigung von den Asylbetrügnern.“ Nachdem in der sächsischen Stadt Heidenau rechtsextremistisch motivierte Ausschreitungen gegen ein Flüchtlingsheim stattfanden, veröffentlichte der stellvertretende Landesvorsitzende auf der Webseite seines **Antisem Versands** ein Angebot, das unterschwellig Gewalt befürwortete: „Ab sofort erhält jeder Besteller aus dem gesamten Landkreis Sächsische Schweiz [...] bei den Aufklebermotiven „Asylheime dichtmachen“, und „Ausländer rein – wir sagen nein“ die doppelte Menge. [...] Außerdem gibt es bei jeder Bestellung einer Steinschleuder „Zwille“, die in keinem deutschen Haushalt fehlen sollte, 50 Stahlkugeln gratis dazu.“*

Die Partei **Die Rechte** versucht die von ihnen ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen politischen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei **Die Rechte** beschäftigen, sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen. In der Silvesternacht 2015 blieb es in Dortmund jedoch nicht bei Einschüchterungsversuchen, sondern eine Gruppe von rund 20 Anhängern von **Die Rechte** griff mehrere Polizisten an, beschoss die Beamten mit Raketen und warf Flaschen auf sie.

Meistens formulieren die Parteiaktivisten Bedrohungen jedoch unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist. So schrieb der Landesvorsitzende Dennis Giemsch am 2. September 2015 einen Beitrag zur Flüchtlingssituation, in dem es heißt: *„Alle Proteste, die sich direkte gegen die Einwanderer richten, sind Proteste gegen Symphome (sic!), nicht aber gegen die Krankheit. [...] Währenddessen laufen die Politiker, die für all das die Verantwortung tragen, ohne Polizeischutz durch die Straßen und machen unbehelligt weiter wie bisher [...]“.*

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bundesverband

Der Bundesverband ist im letzten Jahr weiter gewachsen. Inzwischen umfasst die Partei zehn Landesverbände, mit Bremen eine Landesgruppe und annähernd 30 Kreisverbände. Zwischen den Landesverbänden gibt es weiterhin gravierende strukturelle Unterschiede. So sind im Landesverband Nordrhein-Westfalen rund 300 Mitglieder organisiert, dagegen zählen mehrere andere Landesverbände kaum mehr als 30 Mitglieder. Außerdem dürften einige Kreisverbände nur auf dem Papier beziehungsweise bei Facebook existieren. Trotz des Wachstums spielt **Die Rechte** nur in einigen wenigen Regionen eine nennenswerte Rolle.

Die neonazistische Prägung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes, der der erste und der größte Landesverband der Partei ist, wirkt sich bis heute auf die weitere Parteientwicklung aus. In die Partei sind zuletzt vor allem Personen aus der Neonazi-Szene und ehemalige **NPD**-Mitglieder eingetreten. Der Zustand der Partei ist immer noch fragil: Der Landesverband Berlin

Demonstrationsplakate
der Partei **Die Rechte**
in verschiedenen
Städten



ist nahezu inaktiv. Die Landesverbände Hessen und Sachsen hatten sich bereits aufgelöst, wobei ehemalige **NPD**-Mitglieder den sächsischen Landesverband nun wieder neu gründeten. Der Bundesverband setzt bisher kaum Impulse. So verfügt die Partei immer noch nicht über eine eigene Geschäftsstelle und residiert unter der Privatanschrift des Bundesvorsitzenden.

Der Parteigründer achtet darauf, dass die Organisation formell die Anforderungen an eine Partei erfüllt, insbesondere dass sie zu Wahlen antritt. Aus diesen Beweggründen ist der Landesverband Baden-Württemberg bei der Landtagswahl in einigen Wahlkreisen und der Landesverband Sachsen-Anhalt landesweit zu den dortigen Landtagswahlen am 13. März 2016 angetreten. Der Bundesverband lässt keine Zweifel daran, dass sich **Die Rechte** auch im Wahlkampf im Rechts-Extremismus verortet. So heißt es in einem Beitrag am 24. Januar 2016 auf ihrer Webseite: „Die Partei tritt in ihrem schwierigen Wahlkampf nicht mit populistischen, sondern mit extrem rechten und stringenten Positionen und sozialpolitischen Zielen an!“

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen und insbesondere der Dortmunder Kreisverband haben weiterhin großen Einfluss auf den Bundesverband und haben für Teile der Partei Modellcha-

rakter. Die Strategie, mit provokanten Aktionen Öffentlichkeit zu erreichen, übernehmen mehrere Landes- und Kreisverbände. Beispielsweise wirbt der baden-württembergische Landesverband in Anlehnung an das 25-Punkte-Programm der NSDAP mit einem 25-Punkte-Programm zur anstehenden Landtagswahl. Diese Provokation kopierten sie vom Dortmunder Kreisverband, der zur Kommunalwahl 2014 ebenfalls mit einem 25-Punkte-Programm antrat.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen bildet im Wesentlichen eine Auffangstruktur für die 2012 verbotenen Kameradschaften. Auch wenn nicht alle Neonazis in die Partei eingetreten sind, organisiert die Partei in Nordrhein-Westfalen inzwischen nahezu alle neonazistischen Aktivitäten. Seit 2015 stagniert die Entwicklung der Parteistrukturen des Landesverbandes. In Nordrhein-Westfalen gibt es elf Kreisverbände. Allerdings unterscheiden sie sich stark in Hinblick auf ihre Struktur und ihr Aktivitätsniveau. Während der Dortmunder Kreisverband hochaktiv ist, gehen von einigen Kreisverbänden keine Aktivitäten aus, wie etwa der Kreisverband Mülheim/ Essen/Wesel, während andere wiederum scheinbar nur virtuell existieren wie der Kreisverband Hochsauerlandkreis.

Der ehemalige Landesvorsitzende Giemsch verkündete beim letzten Landesparteitag am 11. Oktober 2014, dass der Landesverband keine politische Funktion habe, sondern lediglich eine Verwaltungseinheit sei. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen von **Die Rechte** lehnt somit eine politische Willensbildung auf Landesebene ab und veröffentlicht dementsprechend auf seiner Webseite keine Beiträge zu politischen Themen. Laut Giemsch seien die Kreisverbände die eigentlichen politischen Akteure, die autonom über inhaltliche Belange und Aktivitäten entscheiden. Diese Organisationsstruktur stellt den Versuch dar, dezentrale Strukturen der Neonazi-Szene in vormals lokalen Kameradschaften in eine Parteiorganisation zu überführen. Die meisten Mitglieder dürften ihre Organisation ebenfalls weiterhin nicht als Partei begreifen. Hauptsächlich geht es den Aktivisten darum ihre „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ vor staatlichen Repressionsmaßnahmen zu schützen. So werden Demonstrationen, Mahnwachen, Geburtstagspartys, Rechtsrockkonzerte und Sonnenwendfeiern nunmehr als Parteiveranstaltungen ausgewiesen.

Gelegentlich wird im Namen des Landesverbandes eine Demonstration angemeldet. In der Regel handelt es sich aber tatsächlich um Demonstrationen des Dortmunder Kreisverbandes, die auch in Dortmund stattfinden. Eine Ausnahme stellt die Versammlung mit Demonstration am 1. Mai 2015 in Essen dar, die der Landesverband veranstaltete. Daran beteiligten sich rund 400 Personen, wobei neben Parteimitgliedern auch Neonazis aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern teilnahmen. Mit den schwarz-weiß-roten Fahnen, dem aggressiven Habitus und fremdenfeindlichen Parolen folgte die Veranstaltung dem Stil der verbotenen Kameradschaften. Ursprünglich sollte die Demonstrationroute nach Gelsenkirchen führen und dort eine Abschlusskundgebung stattfinden. Weil Bürger die Straße blockierten, kehrten die Rechtsextremisten

jedoch wieder zum Essener Hauptbahnhof zurück. Rund 100 Rechtsextremisten randalierten anschließend in der Innenstadt und bedrohten Passanten.



Versammlung des Landesverbanden in Essen

Kreisverband Dortmund

Der Kreisverband Dortmund ist der Hauptakteur im Landesverband. Er hat eine hochaktive Anhängerschaft von bis zu 80 Personen in Dortmund und seinen Nachbarstädten. Der Landesvorsitzende sowie zwei weitere Personen des Landesvorstandes stammen aus dem Dortmunder Kreisverband und auch der stellvertretende Bundesvorsitzende stammt aus Dortmund. Der Kreisverband ist in der deutschen rechtsextremistischen Szene gut vernetzt und pflegt darüber hinaus internationale Kontakte, insbesondere nach Osteuropa und zur militant rechtsextremistischen Partei Goldene Morgenröte in Griechenland.

Die Rechte in Dortmund hat einen Sitz im Stadtrat sowie jeweils einen Sitz in drei Bezirksvertretungen. Eine Beteiligung an der Gremienarbeit findet jedoch nicht statt. Vielmehr werden die Sitzungen des Rates und der Bezirksvertretungen als öffentliche Bühne und Informations- und Finanzierungsquelle genutzt, wie ein Beitrag der Partei bereits 2014 verdeutlichte: *„Mit Provokation und kontinuierlichen Störmanövern im parlamentarischen Alltag werden wir unsere Standpunkte verdeutlichen, während gleichzeitig Informationen und Gelder fließen, die den politischen Kampf unterstützen.“* Obwohl sich **Die Rechte** und die **NPD** in Dortmund bis zur Wahl heftig befehdeten, beabsichtigten sie später eine gemeinsame Ratsgruppe zu bilden, um somit jährlich mit über 40.000 Euro aus kommunalen Mitteln bezuschusst zu werden. Da die Stadt Dortmund

den Gruppenstatus zunächst nicht anerkannte, klagten die beiden rechtsextremistischen Parteien. Das OVG Münster stellte im Februar 2016 in einem einstweiligen Beschluss den Gruppenstatus fest, weil *„die Gruppenmitglieder mit ihrem Zusammenschluss den Zweck verfolgen, möglichst gleichgerichtet zusammenzuwirken.“*

Nachdem im Dortmunder Stadtrat bereits nach wenigen Wochen der gewählte Vertreter von **Die Rechte**, Siegfried Borhardt, sein Mandat abgab, rückte der Landesvorsitzende, Dennis Giemsch, in den Rat nach. Im April 2015 gab er ebenfalls sein Mandat ab, so dass der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Brück nachrückte. Während Giemsch im Stadtrat zahlreiche fremdenfeindlich und antisemitisch motivierte Anfragen stellte, schaltet sich Brück mehr in die Debatten des Stadtrates ein und versucht mit rechtsextremistischen Reden zu provozieren. In Beiträgen zu Flüchtlingssituation hat er mehrfach die Privatadresse des Dortmunder Oberbürgermeisters genannt und vorgeschlagen, dort eine Flüchtlingsunterkunft einzurichten. Solche Vorschläge zielen darauf ab, dem Oberbürgermeister zu signalisieren, dass die Rechtsextremisten wissen, wo er wohnt, um ihn damit einzuschüchtern.

Dieses Vorgehen gehört zur Strategie des Kreisverbandes, durch Provokation und Drohgebärden in der Öffentlichkeit zu wirken. Einschüchterungsversuche gelten auch Journalisten, die sich mit Rechtsextremismus beschäftigen. Beispielsweise veröffentlichte **Die Rechte** in einem Artikel am 6. Oktober 2015 die Privatadresse eines Journalisten und rief zu Hausbesuchen auf. Bei Drehterminen von Journalisten in der Nähe von mehreren rechtsextremistischen Wohngemeinschaften erschienen umgehend Aktivisten von **Die Rechte** und filmten mit Handys die Pressevertreter.

Im Sinne dieser Strategie versuchen Aktivisten von **Die Rechte** in Dortmund auch, an Bürgerversammlungen zu geplanten Asylbewerberheimen teilzunehmen. Bei einer entsprechenden Veranstaltung in Dortmund-Eving nutzten die Aktivisten das Forum zur Verbreitung fremdenfeindlicher Propaganda, traten dort aggressiv auf und störten. Sie schreckten auch nicht vor Beleidigungen der Versammlungsleiterin („Judenhure“) und Gewaltausübungen gegen Polizeibeamte zurück.

Im Jahr 2015 führte die Partei 56 Versammlungen in Dortmund durch. Die größte Veranstaltung mit annähernd 1.000 Teilnehmern fand am 28. März 2015 statt. Die relativ hohe Teilnehmerzahl erzielte die Partei, indem sie nach der Demonstration und Kundgebung eine Versammlung durchführte, auf der sich Redebeiträge und Rechtsrock abwechselten. Die Veranstaltung fand am zehnjährigen Todestag von Thomas S., der von einem Dortmunder Rechtsextremisten erschlagen wurde, statt. Die Auswahl dieses Termins für die Veranstaltung unter dem Motto „Wir sind das Volk“ war insofern eine bewusste Provokation der Stadtöffentlichkeit. Des Weiteren veranstaltete **Die Rechte** in Dortmund am 23. August 2015 eine Versammlung in der Innenstadt, um gegen das 2012 vom Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen ausgesprochene Verbot des „Nationalen Widerstand Dortmund“ (NWDO), aber auch gegen die Verbote anderer rechtsextremistischer Organisationen zu demonstrieren. Daran nahmen rund

100 Personen teil, die sowohl Anhänger der Partei **Die Rechte** sind, als auch in großer Zahl den verbotenen Kameradschaften angehörten. Damit machten die Rechtsextremisten deutlich, dass sie die Partei **Die Rechte** als Fortführung der verbotenen Kameradschaften begreifen. Darüber hinaus organisierte der Dortmunder Kreisverband nahezu wöchentlich Versammlungen gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften in mehreren Stadtteilen. Es gelang ihnen dabei aber nicht, die Anwohnerschaft zur Teilnahme zu bewegen.

Der Kreisverband **Die Rechte** bemüht sich, ein Klima der Angst zu schaffen. Als die evangelische Kirche einer Familie Kirchenasyl gewährte, griffen die Rechtsextremisten das Thema auf und veröffentlichten am 13. Mai 2015 ein perfides Fahndungsplakat, wie man es aus Western-Filmen kennt. Damit wollten sie suggerieren, dass sie tatsächlich nach der Familie fahnden. Auch 2015 setzte der Kreisverband Dortmund die Aktivitäten des „Rechten Stadtschutzes Dortmund“ fort, der in der Art einer Bürgerwehr mit einheitlichen T-Shirts auftritt, um vorgeblich für Ordnung zu sorgen. Die Partei versuchte mit dieser publicityträchtigen Provokation, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Bei dem Versuch, Homosexuelle mit dem Auftritt des Stadtschutzes Angst einzujagen, blamierten sich die Rechtsextremisten allerdings durch eine einfältige Selbstdarstellung. Wie in den Vorjahren störten die Anhänger von **Die Rechte** eine Gedenkveranstaltung am Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 2015.



Mitglieder von **Die Rechte** Dortmund als selbsterannter Stadtschutz.

Der Kreisverband Dortmund ist deutschlandweit vernetzt. Führende Aktivisten aus Dortmund treten deutschlandweit als Redner auf. So sollte Michael Brück als Redner beim sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) am 6. Juni 2015 in Neuruppin (Brandenburg) auftreten. Nur der frühzeitige Abbruch der Veranstaltung verhinderte seinen Auftritt. Der TddZ ist eine neonazistische Demonstrationsreihe, die seit sieben Jahren jedes Jahr an einem anderen Ort stattfindet. Im Jahr 2016 soll der TddZ am 4. Juni erstmals in Dortmund stattfinden. Weiterhin pflegt der Kreisverband Kontakte zu Rechtsextremisten im Ausland. Beispielsweise besuchten Dortmunder Aktivisten im Januar und Februar 2015 rechtsextremistische Aufmärsche in Bulgarien, Ungarn und Athen.



Wie bereits im Jahr 2014 organisierte **Die Rechte** Dortmund am 5. September 2015 ein Rechtsrockkonzert in Sachsen. An dem Open-Air-Konzert nahmen fast 650 Besucher teil. Damit war es 2015 das größte Konzert in Deutschland. In Dortmund veranstaltete der Kreisverband im Oktober 2015 einen Balladenabend mit dem in der rechtsextremistischen Szene populären **Lunikoff**.

Kreisverbände Aachen und Heinsberg

Die gemeinsam agierenden Kreisverbände Aachen und Heinsberg, die weitgehend eine Auffangstruktur für die verbotene **Kameradschaft Aachener Land** sind, traten 2015 kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Zwar nahmen kleinere Gruppen von Mitgliedern an den meisten größeren rechtsextremistischen Versammlungen in Nordrhein-Westfalen sowie dem sogenannten Trauermarsch in Remagen (Rheinland-Pfalz) teil, allerdings verzichteten sie auf eigene Transparente oder gleiche T-Shirts, um sich als Gruppe darzustellen. Darüber hinaus unternahmen sie eher erlebnisorientierte Aktivitäten. Am 5. September 2015 veranstalten sie eine Party mit einem Auftritt des Rechtsrappers **Makss Damage** unter dem Motto „Party für Deutsche“. Auf der Party trug ein führendes Mitglied der beiden Kreisverbände ein T-Shirt mit dem Text „Terrormaschine – **Combat 18**“ sowie einem aufgedruckten Gewehr. **Combat 18** gilt als bewaffneter

Arm des internationalen rechtsextremistischen Netzwerks **Blood & Honour**, das in Deutschland verboten ist. Unter dem Namen **Syndikat 52** veröffentlichen Mitglieder der Partei **Die Rechte** ein weiteres Facebook-Profil, das sich zum einen um jugendkulturelle Affinität bemüht, zum anderen mit militanter Aufmachung kokettiert.

Kreisverband Hamm

Die Rechte Hamm zeigt sich weiterhin als aktiver Kreisverband. Am 3. Oktober 2015 veranstaltete der Kreisverband wie in den Vorjahren eine Demonstration, an der circa 300 Rechtsextremisten von **Die Rechte**, der **NPD** und aus dem Neonazispektrum teilnahmen. Die Reden waren fremdenfeindlich und rassistisch und richteten sich insbesondere gegen Flüchtlinge. Mit ihrem martialischem Auftreten und Bekenntnissen zum Nationalsozialismus diente die Veranstaltung nicht dazu, Bürger anzusprechen und politisch zu überzeugen, sondern der ideologischen Selbstvergewisserung, der Vernetzung der rechtsextremistischen Szene und der Einschüchterung des politischen Gegners. Weiterhin führte **Die Rechte** kleinere Mahnmachen und Kundgebungen durch, um mit fremdenfeindlichen Parolen Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen.

Gemeinsam mit den **NPD**-Kreisverbänden Unna/Hamm sowie Oberhausen fuhr der Hammer Kreisverband von **Die Rechte** Anfang Mai 2015 nach Brüssel und besuchte dort Udo Voigt, den Europaabgeordneten der **NPD**, sowie eine Podiumsdiskussion mit einem britischen Holocaustleugner. Weiterhin veranstaltete der Kreisverband zwei Liederabende, auf denen die Musiker einschlägige rechtsextremistische Songs spielten.

Der Vertreter von **Die Rechte** im Stadtrat versuchte das öffentliche Forum zu nutzen, indem er mit Anträgen und Anfragen Minderheiten und Migranten als Sündenböcke für kommunale Probleme darstellte. Auf seiner Webseite zeigt der Kreisverband immer wieder, dass er ideologisch fest im völkischen Nationalismus verwurzelt ist. So kritisiert er beispielsweise in einem Beitrag vom 13. Januar 2015, dass durch Migration „Fremdvölkische“ in das Land kämen und die „genetische Abstammung“ verändern würden.

Kreisverband Rhein-Erft

Obschon der Kreisverband Rhein-Erft nur aus wenigen Aktivisten besteht, entwickelt er relativ viele Aktivitäten. Mehrfach bemühte sich der Kreisverband, auf Informationsveranstaltungen zur Flüchtlingssituation für Bürger Einfluss nehmen. So verteilten Aktivisten von **Die Rechte** beispielsweise vor einer Veranstaltung am 16. April 2015 in Wesseling Flugblätter und versuchten in der Veranstaltung Vorurteile über Flüchtlinge zu verbreiten und damit Ängste und Hass zu schüren. Ferner mahnwachte der Kreisverband mehrmalig mit einer Handvoll von Mitgliedern in verschiedenen Fußgängerzonen des Rhein-Erft-Kreises. An zahlreichen größeren rechtsextremistischen Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen und in anderen Ländern nahm eine Gruppe



aus dem Kreisverband teil und zeigte ihr Banner, das negative Stimmung gegen Flüchtlinge machen soll. Wie im Vorjahr organisierte die Partei eine Veranstaltung mit Holocaust-Leugnern, zu der ein überregionales Publikum aus verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen kam. Auf seiner Webseite verbreitet **Die Rechte** Rhein-Erft kontinuierlich rechtsextremistische Propaganda, wobei der Schwerpunkt im Jahr 2015 auf der Hetze gegen Flüchtlinge lag. Auf ihrem inzwischen nicht mehr existenten Facebook-Profil kommentierte ein Besucher am 1. Juni 2015 einen Aufruf zu einer Anti-Asyl-Demo mit den menschenverachtenden Worten: „*Ich werfe 5 Euro in meine Spardose für jeden Erstochenen Asylaffen, mal sehen wenn (sic!) ich in den Urlaub fahren kann???*“

Aktivitäten in weiteren Kreisverbänden

Bei einzelnen Veranstaltungen fand eine Zusammenarbeit mehrerer Kreisverbände statt. So beteiligten sich Aktivisten aus verschiedenen Kreisverbänden an einer Veranstaltung am 8. Mai 2015, bei der sie die Niederlage Nazi-Deutschlands mit einem Fackelmarsch und einer nicht-öffentlichen Kundgebung betraueren.

Der Kreisverband Düsseldorf/Mettmann/Solingen 2015 trat wenig öffentlich in Erscheinung. Zwei Führungsaktivisten waren lediglich als Redner beziehungsweise als Versammlungsleiterin bei rechtsextremistischen Versammlungen außerhalb Düsseldorfs aktiv. Der Ortsverband Neuss/Grevenbroich setzte zunächst seine Kampagne gegen den Neubau einer Moschee in Grevenbroich auf seinem Facebook-Profil fort und diffamierte Flüchtlinge. Seit Mitte 2015 stellte der Ortsverband seine Aktivitäten ein.

Mitglieder des Wuppertaler Kreisverbands fielen im Mai 2015 damit auf, dass sie widerrechtlich in eine Flüchtlingsunterkunft eindringen, Fotos schossen und diese veröffentlichten. Ansonsten führten sie zwei kleinere Versammlungen im Februar und März 2016 durch, um gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft agitieren. Als am 14. März 2015 Pegida NRW eine Kundgebung mit Demonstration in Wuppertal veranstaltete, um gegen den Auftritt von Salafisten zu protestieren, schlossen sich die Aktivisten von **Die Rechte** an. Ansonsten reisten einzelne Mitglieder wiederholt nach Dortmund, um sich an den Demonstrationen des dortigen Kreisverbandes zu beteiligen. Der Wuppertaler Kreisverband fällt dadurch auf, dass er besonders intensiv Twitter nutzt, um seine Hetze zu verbreiten.

Die Rechte Ostwestfalen-Lippe fand 2015 zunächst nur virtuell als Facebook-Profil statt. Am 16. Januar 2016 wurde dann der Kreisverband tatsächlich gegründet. Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder den früheren Kreisvorsitzenden von **Die Rechte** Hamm.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der nordrhein-westfälische Landesverband und die aktiven Kreisverbände stellen sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich seiner Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert innerhalb der Bundespartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** pro Forma einige parteitypische Aktivitäten auf. Nach anfänglicher Konkurrenz zur **NPD** findet immer mehr eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien statt, wobei die Mitglieder von **Die Rechte** deutlich aktionistischer ausgerichtet sind.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dierechte](#)



Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Weidenthal (Rheinland-Pfalz); Verbreitung hauptsächlich in Süd- und in Ostdeutschland; zwei Gruppierungen in NRW (Ostwestfalen und Sauerland).
Gründung / Bestehen seit	28. September 2013 in Heidelberg
Struktur / Repräsentanz	keine Landesverbände, Gliederung in Gebietsverbände Süd, West, Nord und Mitte; mögliche Bildung sogenannter „Stützpunkte“ sofern keine weitere Untergliederung erfolgt, bisher neunzehn „Stützpunkte“ im Bundesverband; hiervon zwei in Nordrhein- Westfalen (Stützpunkt Hermannsland , am 19. Oktober 2014 gegründet, umfasst den Raum Bielefeld, Paderborn und Teutoburger Wald; Stützpunkt Sauerland-Süd , am 29. Dezember 2015 gegründet, umfasst insbesondere den Landkreis Olpe
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Bund: rund 200 → NRW: rund 30 →
Veröffentlichungen	Web-Angebot: Homepage der Partei Der III. Weg , der-dritte-weg. info; Facebook- und Twitterprofil; Youtube-Kanal
Kurzportrait / Ziele	Bei der Gründung der Partei waren zunächst einige wenige ehemalige NPD -Mitglieder und Neonazis aus Rheinland-Pfalz und Hessen beteiligt. Als sich 2014 in Bayern ein Verbot des Neonazi-Netzwerks Freies Netz Süd abzeichnete, trat ein Teil der betroffenen Neonazis in die Partei Der III. Weg ein. Sie nutzten somit die Partei als Auffangstruktur, um staatlichen Exekutiv- und Verbotsmaßnahmen zu entgehen. Den Aktivisten geht es im Wesentlichen darum, neonazistische Aktivitäten unter dem Schutzmantel des Parteienprivilegs fortzusetzen.
Finanzierung	Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Der III. Weg** propagiert ein rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild, insbesondere greift sie völkisch-nationalistische Elemente des historischen Nationalsozialismus auf. So lehnt sie sich mit ihrem 10-Punkte-Programm ideologisch an das Gedankengut der NSDAP an und fordert einen „deutschen Sozialismus“ ein. Zudem beteiligt sich die Partei an revisionistischen Kampagnen, die darauf abzielen, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren.

Auch andere Ausführungen innerhalb des Parteiprogramms, wie die erklärte Notwendigkeit der „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die vermeintliche „Überfremdung Deutschlands sowie des anhaltenden Asylmissbrauchs“ oder die Forderung nach der „friedlichen Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“, zeugen von dem von Rechtsextremisten angestrebten typischen ethnisch homogenen Gesellschaftsmodell, das durch „Volkstumspolitik“ und rigide Ausgrenzung aller vermeintlich Fremden verwirklicht werden soll. In diesem Sinne ist auch der parteipolitische Schwerpunkt des Themas Asylpolitik zu deuten, mit dem die Partei **Der III. Weg** ebenfalls ihre betont fremdenfeindliche Ausrichtung unterstreicht.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem die Aktivisten von **Der III. Weg** zunächst weniger das Ziel verfolgten, sich an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen, nahm die Partei im Jahr 2015 nach eigener Aussage „in einer Art Testlauf“ erstmals an einer Kommunalwahl teil. Der Einzug in den Kreistag des Landkreises Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) gelang mit einem Stimmenanteil von 0,5 Prozent allerdings nicht. Dennoch konnte die Partei im Juni 2015 einen ersten kommunalpolitischen Erfolg – jedoch ohne den Auftrag einer Wählerschaft – in Plauen (Sachsen) verbuchen, nachdem ein bis dahin der **NPD** angehörender Stadtrat sich der Partei **Der III. Weg** anschloss. Die Bundespartei konzentrierte sich 2015 vor allem auf die Kampagne gegen Flüchtlinge. So veröffentlichte sie um die Jahreswende 2014/2015 einen sogenannten „Leitfaden“ mit dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Einrichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“. Darin schürt die Partei Vorurteile gegen Flüchtlinge, indem sie sie einseitig und pauschal negativ beschreibt. Im Rahmen dieser



Karte mit vermeintlichen Standorten von Flüchtlingsunterkünften

Kampagne stellte die Partei bereits 2014 eine Karte ins Internet, auf der sie vermeintliche Standorte von Flüchtlingsunterkünften im Bundesgebiet mit oftmals der genauen Anschrift abbildete. Die Karte aktualisierte die Partei im Jahr 2015 fortlaufend. Im Kontext der flüchtlingsfeindlichen Aktivitäten durch **Der III. Weg** ist dies als indirekter Aufruf zu Protesten vor den Unterkünften zu bewerten.



Online-Propaganda zum „Julfest“

Der **Stützpunkt Hermannsland** beschränkte seine Aktivitäten in Ostwestfalen bislang auf einzelne lokale Aktionen, wie die Verteilung von Flugblättern mit dem Slogan „Asylmissbrauch in Deutschland endlich stoppen“. Allerdings waren diese kaum öffentlichkeitswirksam. Zudem versuchen die Aktivisten des Stützpunktes mit Veranstaltungen wie „Julfeste“ oder sogenannten Heldengedenken Gemeinschaftserlebnisse der Anhänger mit der nationalsozialistischen Ideologie zu verknüpfen. Einige Partei-

mitglieder aus Ostwestfalen besuchten auch überregionale revisionistische Veranstaltungen der Neonazi-Szene am 1. August 2015 in Bad Nenndorf (Niedersachsen) und am 21. November 2015 Remagen (Rheinland-Pfalz). Bei letzterer Versammlung hielt auch ein Führungsaktivist des **Stützpunktes Hermannsland** eine Rede, in der er das Dritte Reich als Opfer der Alliierten darstellte, während er die Opfer des nationalistischen Regimes verschwieg.



Beispiel für Heldengedenken

Am 29. Dezember 2015 wurde der **Stützpunkt Sauerland-Süd** gegründet. Vorausgegangen war eine Kennenlern-Veranstaltung am 27. November 2015 im Raum Olpe, bei der Aktivisten von **Der III. Weges** Interessierten aus der Region die Partei vorstellten. Beworben wurde diese Veranstaltung auf dem Facebookprofil „Olpe wehrt sich“, das vor allem flüchtlingsfeindliche Beiträge veröffentlicht und auf zahlreiche Beiträge von rechtsextremistischen Webseiten, Videos und Profilen verlinkt.



Propagandamaterial aus den Internetauftritten von **Der III. Weg**



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der III. Weg stellt weitgehend eine Auffangstruktur für Neonazis dar. Mit der Ausnutzung des Parteistatus beabsichtigen sie, staatliche Sanktionsmaßnahmen zu erschweren. Durch die Gründung des sogenannten **Stützpunktes Hermannsland** haben sich die Aktivitäten der Neonazis in Ostwestfalen im vergangenen Jahr nicht intensiviert. Beobachtet wird derzeit, ob sich der **Stützpunkt Sauerland-Süd** zu einer gefestigten rechtsextremistischen Gruppierung entwickelt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_III.weg



Sitz / Verbreitung	Ursprung in Frankreich; seit 2012 auch in Deutschland; Vereinssitz ist Paderborn
Gründung / Bestehen seit	Seit Mai 2014 ist die ursprünglich virtuelle Aktionsform als »Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD)« vereinsrechtlich registriert.
Struktur / Repräsentanz	Die »IBD« verfügt über eine Zellenstruktur auf lokaler Ebene. Im Zuge der organisatorischen Neuausrichtung 2014 wurden daraus formal bundesweit regionale Gruppen gebildet. In Nordrhein-Westfalen handelt es sich dabei um die »Identitäre Bewegung Rheinland« und die »Identitäre Bewegung Westfalen«. Darüber hinaus existieren »Identitäre Bewegungen« in weiteren europäischen Ländern, beispielsweise in Frankreich und in Österreich.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Bei der »IBD« handelt es sich im Wesentlichen auch weiterhin um einen losen Verbund lokaler Aktivisten, die in Kleingruppen agieren. Obwohl der aktionsbezogene Schwerpunkt nicht in Nordrhein-Westfalen liegt, verfügt die Gruppierung insbesondere im Raum Ostwestfalen über eine Scharnierfunktion in das rechtsextremistische Spektrum. Im Einzelfall bestehen sogar personelle Überschneidungen mit rechtsextremistischen Parteien und Gruppen.
Veröffentlichungen	Die »IBD« verfügt über einen zentralen Internetauftritt und einen Onlineshop. Darüber hinaus sind die einzelnen Gliederungen über ihre jeweiligen Seiten im sozialen Netzwerk Facebook vertreten.
Kurzportrait / Ziele	Die »IBD« greift die von der „Neuen Rechten“ entwickelte Idee des auf völkischen Grundsätzen basierenden Konzeptes des Ethnopluralismus auf. Diese Idee besagt, dass der Einzelne nur in einer ethnisch homogenen Umgebung seine Identität finden und erhalten könne. Es werden daher ethnisch homogene Nationen gefordert. Sowohl die ideologische Ausrichtung als auch

Darstellungen und Äußerungen der »IBD« sind geprägt von einer fremdenfeindlichen und Minderheiten ausgrenzenden Diktion. In der öffentlichen Wahrnehmung setzen die Aktivisten auf eine prägnante visuelle Symbolik und sind um einen avantgardistischen Habitus bemüht, der sie von dem traditionellen rechtsextremistischen Muster abheben soll.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Ideologie der »IBD« als Teil der „Neuen Rechten“ fundiert auf einem Politikverständnis, das sich grundsätzlich gegen Menschenrechte und eine pluralistische Demokratie richtet. Sowohl der kollektivistische Grundsatz als auch die biologistische Doktrin des Ethnopluralismus sind unvereinbar mit den Werten der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Es besteht die Gefahr, dass die »IBD« mit modernen Ausdrucksformen bei den Bevölkerungsschichten eine Resonanz erzeugt, die traditionelle Rechtsextremisten bislang nicht erreichen. Die Gruppierung knüpft dabei bewusst an die Lebenswelten von internetaffinen jungen Menschen an. Da die IBD sich nicht mit den üblichen rechtsextremistischen Slogans und Symbolen inszeniert, ist deren ideologische Ausrichtung nicht immer auf den ersten Blick erkennbar.



Flyer der »Identitären Bewegung«



Beispiele aus dem Internetauftritt der »IBD« für ihre Aktivitäten

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

In Nordrhein-Westfalen ist die »IBD« vor allem in den sozialen Netzwerken aktiv. Daneben führt sie regelmäßige Stammtische und Veranstaltungen sowie vorwiegend anlassbezogene Aktionen in Form von Flugblattverteilungen und Plakatierungen durch.

Auf Grund der genannten personellen Überschneidungen mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen ist auch ein gemeinsames Auftreten bei Kundgebungen oder demonstrativen Ereignissen zu beobachten. Einer dauerhaften strukturellen Kooperation mit rechtsextremistischen Gruppen und Parteien oder einer gegenseitigen Akzeptanz auf breiter Ebene steht jedoch der elitär-avantgardistische Anspruch der »IBD« weiterhin entgegen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_ibd

Neonazis

Gründung / Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur / Repräsentanz	Vereinzelte Gruppierungen auf lokaler Ebene, die teilweise organisiert sind in vereinsähnlichen sogenannten Kameradschaften oder in Kreisverbänden der Partei Die Rechte ; überregionale Vernetzung der Szene zur Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten; mit den Verboten der wichtigsten Kameradschaften hat in der Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen ein Strukturwandel stattgefunden. Die Partei Die Rechte stellt in Nordrhein-Westfalen nunmehr das Gravitationszentrum des Neonazismus dar.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Circa 650 →
Veröffentlichungen	Internetpräsenzen und Facebookprofile der Partei Die Rechte sowie einzelner Gruppen
Kurzportrait / Ziele	Der Neonazismus stellt sich in die ideologische Tradition des historischen Nationalsozialismus. Seit Mitte der 2000er Jahre ist innerhalb der neonazistischen Szene das Phänomen der Autonomen Nationalisten zu beobachten. Diese orientieren sich bezüglich Habitus und Kleidung an der Autonomen Antifa. Zudem versuchen die Autonomen Nationalisten die Themenfelder des politischen Gegners wie Antikapitalismus oder Antiglobalisierung für ihre eigene Propaganda zu vereinnahmen. Diese Modernisierung fand jedoch unter Beibehaltung der neonazistischen Ideologie statt.
Finanzierung	Beiträge der Anhänger
Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit	

Die Neonazi-Szene ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Neonazis verfolgen die Errichtung eines „Vierten Reiches“,

basierend auf den programmatischen Forderungen der NSDAP von 1920. Ideologische Grundlage ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild und die Vorstellung einer antipluralistischen Gesellschaft sowie eines autoritären Staates. Vermeintlich Fremde und auch politische Gegner werden als Feinde dargestellt und ihnen wird ein geringeres beziehungsweise gar kein Existenzrecht zuerkannt. Damit wird Gewalt gegen „Fremde“ beziehungsweise „Feinde“ legitimiert.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem im Jahr 2012 das Ministerium für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen die vier aktivsten Kameradschaften verboten hat, fand durch den Großteil der organisierten Neonazi-Szene eine „Flucht in die Parteien“ statt. Die Mehrzahl der vorherigen Kameradschaftler wurde von der Partei **Die Rechte** aufgenommen, eine Minderheit ging in die Partei **Der III. Weg**. Neben diesen Parteien gibt es mehrere kleinere, meist schwach strukturierte Gruppen wie zum Beispiel **Nationaler Widerstand Duisburg** oder **Nationalisten Kreis Gütersloh**. Fast alle größeren Ereignisse, an denen sich die Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen beteiligte, veranstaltete jedoch die Partei **Die Rechte**. So trugen Neonazis aus Ostwestfalen bei den Demonstrationen am 23. März in Dortmund, am 1. Mai in Essen und am 3. Oktober 2015 in Hamm ein Banner mit der Aufschrift „*Damals wie heute: Wir sind das Volk*“ sowie einem Hammer und einem Schwert. Diese Kombination stand im Nationalsozialismus für eine vermeintliche Volksgemeinschaft aus Arbeitern und Soldaten und wurde von der Hitlerjugend verwendet. Im Zusammenhang mit dem Bannerspruch stellt man sich als Nachfolger Nationalsozialisten dar. Des Weiteren nahmen Neonazis an verschiedenen Gida-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen teil. Hierbei hielten sie sich allerdings mit szenetypischen Bannern und Symbolen zurück und verzichteten oftmals auf neonazistische Parolen.



Auszug aus dem Facebook-Auftritt von der Partei **Die Rechte** mit dem Banner der **Nationalisten Kreis Gütersloh** im Hintergrund.

Als neue Gruppe nahm die **Division Braune Wölfe** an mehreren Demonstrationen teil. Bei der HoGeSa-Versammlung am 25. Oktober 2015 in Köln trat sie geschlossen in einheitlichen T-Shirts auf. Ebenso präsentierten sie sich als Gruppe auf einer Kundgebung von **Pro NRW** am 22. November 2015. Im Laufe des Jahres verteilte sie in Essen und Münster Flyer mit fremdenfeindlichen Inhalten anlässlich der Flüchtlingssituation. In Videos auf YouTube verdeutlichte die **Division Braune Wölfe** ihr kompromissloses Freund-Feind-Denken und ihren gewaltbereiten Habitus.



Kleinere Veranstaltungen organisierte die Szene in 2015 auch in Eigenregie. Dazu gehörte unter anderem eine Demonstration am 16. August 2015 in Datteln, bei der knapp zwei Dutzend Personen gegen Flüchtlinge agitierten. Der **Nationale Widerstand Duisburg** führte am Volkstrauertag, dem 15. November, ein sogenanntes „Heldengedenken“ durch. Derartige Aktionen zielen darauf ab Geschichte umzudeuten, indem Verbrechen von Nationalsozialisten als Heldentaten dargestellt werden. In dieser Absicht nahm die Neonazi-Szene auch an Veranstaltungen in Nachbarländern teil, bei denen vermeintliche Kriegsverbrechen anderer Staaten im 2. Weltkrieg an Deutschen benutzt werden, um Deutschland als Opfer des Krieges darzustellen und die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren. Hauptsächlich besuchten Neonazis aus Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang die sogenannten Trauermärsche am 1. August in Bad Nenndorf (Niedersachsen) und am 21. November in Remagen (Rheinland-Pfalz).

Die geistige Nähe zum historischen Nationalsozialismus spiegelt sich in den Online-Präsenzen wieder, wenn etwa eine Gruppierung aus Haltern auf ihrem Facebookprofil das Zitat eines früheren SS-Mitglieds postet, indem jedwede Kriegsschuld des nationalistischen Regimes verleugnet wird. Stattdessen verbreitet man die antisemitische Verschwörungstheorie, nach der ein organisiertes, im Geheimen agierendes Judentum über das Kapital die Weltherrschaft anstrebe: *„Als Hitler 1933 die Macht des Goldes brach, indem er an die Stelle des Goldes Deutsche Arbeit stellte, fühlte sich die Herrschaft des Geldes weltweit erkannt und beschloß den Krieg.“*

Eine neue Aktivitätsform bestand in der Gründung eines Vereins mit vordergründig karitativem Zweck durch Neonazis in Osnabrück Ende 2014. Die Vereinsaktivitäten finden in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen statt. In seiner Selbstdarstellung auf seiner Webseite verdeutlicht der Verein in völkisch-nationalistischer Diktion, dass seine Mitglieder eine ethnisch homogene Gemeinschaft – anstelle einer freiheitlichen pluralistischen Gesellschaft – anstreben. So instrumentalisierte der Verein Mitte Januar 2016 die Diskussion zu den Übergriffen in Köln in der Silvesternacht und verteilte unter anderem in Bielefeld Pfefferspray an mutmaßlich deutsche Frauen.



Facebook-Auszug einer Neonazi-Gruppe aus Haltern

Eine Abspaltung der »IBD« ist die **Identitäre Aktion (IA)**. Obschon die **IA** weiterhin die Symbolik der »IBD« verwendet, handelt es sich um eine eigenständige Gruppierung von weniger als 20 Personen. Ihren geografischen Aktionsschwerpunkt hat sie im Rheinland. Für die Region um Aachen existiert auch eine lokale Untergruppierung. Die Gruppierung versucht mit provokanten Aktionen, in denen vor allem Flüchtlinge und Muslime diffamiert werden, mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Beispielsweise fuhren sie im Juni 2015 früh morgens in Aachen mit einem Lautsprecherwagen durch die Straßen und spielten in hoher Lautstärke einen angeblichen Muezzinruf und arabische Musik ab, um die Anwohner gegen Muslime aufzustacheln. Ebenso dürfte aus Provokationszwecken im Sommer 2015 ein Video veröffentlicht worden sein, in dem Mitglieder der **IA** sich an wehrsportähnlichen Übungen versuchten. Die Führungsaktivistin – ein ehemaliges Vorstandsmitglied von **Pro NRW** – ist in der rechtsextremistischen Szene vielfältig vernetzt und tritt bundesweit als Rednerin auf.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der wichtigste Teil der Neonazi-Szene hat sich in der Partei **Die Rechte** reorganisiert und die vormals klare Trennung zwischen parlamentsorientierten und aktionsorientierten Rechtsextremisten verwischt. Gleichwohl ist eine Kontinuität der Ideologie und Gewaltbereitschaft zu konstatieren. Allerdings schafft es die Neonazi-Szene kaum noch, eigene größere Aktivitäten zu initiieren. Stattdessen ist sie inzwischen das Mobilisierungspotenzial der Partei **Die Rechte**.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_neonazis](#)

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Mitte des Jahres 2014 wurde der Verfassungsschutz auf die Gruppierung **Oldschool Society (OSS)** aufmerksam und nahm sie in den Fokus seiner Beobachtung. Bei der **OSS** handelte es sich zunächst um eine rein virtuelle Gruppierung, deren Mitglieder über verschiedene Instant-Messaging-Dienste kommunizierten und in einem sozialen Netzwerk um weitere Mitglieder warben. Im Laufe der Zeit folgten auch persönliche Treffen.

Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2014 strukturierte und radikalisierte sich die **OSS**. Sie gab sich im Herbst 2014 eine Satzung und etablierte eine Führungsebene von zunächst vier Personen. Die Gruppe setzte sich aus 10 bis 15 Personen aus verschiedenen Bundesländern zusammen, die eine rechtsextremistische Weltanschauung teilten. Zur Führungsebene der **OSS** gehörte seit Ende 2014 auch ein Rechtsextremist aus Nordrhein-Westfalen. Ein weiteres Führungsmitglied wohnte bis 2010 in Nordrhein-Westfalen und engagierte sich damals für die **NPD**.

Die **OSS** setzte sich zum Ziel, in kleinen Gruppierungen innerhalb Deutschlands Anschläge gegen Moscheen und namhafte Salafisten sowie Flüchtlingsunterkünfte zu verüben. Sie diskutierten dabei Anschläge in Form von Brand- und Nagelbomben. Zwei Angehörige der Führungsebene beschafften Anfang 2015 in Tschechien ohne erforderliche Erlaubnis pyrotechnische Sprengkörper. In Folge berieten Führungspersonen der Gruppe darüber, wie sie die Sprengkörper technisch verändern könnten, um die Sprengkraft zu erhöhen.

Im Mai 2015 hatten sich die Anhaltspunkte für einen möglichen bevorstehenden Terrorakt auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft, verbunden mit einem vorbereitenden Treffen der **OSS** derart verdichtet, dass der Generalbundesanwalt (GBA) entsprechende Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse beantragte. Am 6. Mai 2015 führte der GBA im Rahmen eines



Ermittlungsverfahrens gegen die **OSS** wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung Durchsuchungsmaßnahmen auch in Nordrhein-Westfalen durch. Dabei wurde unter anderem der für Pressearbeit zuständige Führungsaktivist der Gruppe in Bochum vorläufig festgenommen. Bei den bundesweiten Durchsuchungen stellten die Sicherheitsbehörden unter anderem pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft sowie weitere Beweismittel sicher. Seit dem 6. Mai 2015 sitzen vier der Beschuldigten in Haft, darunter eine Person aus Nordrhein-Westfalen.

Am 23. Dezember 2015 hat der GBA vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München gegen die vier Hauptbeschuldigten Anklage wegen der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung erhoben. Ihnen wird darüber hinaus die Vorbereitung eines Explosivverbrechens zur Last gelegt. Das OLG München hat die Anklage zugelassen und die Verhandlung am 27. April 2016 begonnen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Jahr 2015 war eine Zunahme der Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene festzustellen. Im Zuge der Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen wännen sich immer mehr Rechtsextremisten im Widerstand oder gar im Bürgerkrieg. Der von rechtsextremistischen Organisationen geschürte Fremdenhass veranlasst und bestärkt einige Personen, Gewalttaten zu begehen. Auch wenn aktuell in Nordrhein-Westfalen keine konkreten Erkenntnisse zu bestehenden rechtsterroristischen Strukturen im Sinne des Strafrechts vorliegen, ist nicht auszuschließen, dass sich in nächster Zeit rechtsterroristische Gruppen bilden. Deshalb sind hier die Verfassungsschutzbehörden besonders wachsam.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_rechtsterrorismus](#)

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Gründung / Bestehen seit	Ende der 1960er Jahre in Großbritannien; seit circa Ende der 1970er Jahre in anderen europäischen Staaten
Struktur / Repräsentanz	In der Regel keine festen Strukturen; eine Ausnahme bilden die Hammerskins mit einem festen hierarchischen Aufbau
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	1.350 Anhänger →
Veröffentlichungen	Publikationen: sogenannte Fanzines mit Artikeln zur überwiegend subkulturell geprägten Skinhead-Musik-Szene, Interviews und Konzertberichten; CD Veröffentlichungen Web-Angebote: Bekanntmachungen von Konzerten über bestimmte Foren; Veröffentlichungen von Videos
Kurzportrait / Ziele	<p>Der subkulturell geprägte Rechtsextremismus definiert sich hauptsächlich über eine spezifische Musik und den damit zusammenhängenden Lebensstil. Es geht darum, eine Erlebniswelt mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie Musikveranstaltungen zu schaffen, in der die Ideologie nur eine nachrangige Rolle spielt. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten oftmals rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen. Zudem befürworten sie Gewalt gegen als minderwertig angesehene Menschen.</p> <p>Rechtsextremistische Skinheads bilden immer noch die wichtigste rechtsextremistisch geprägte Subkultur. Äußerlichkeiten wie Dresscode oder Haarschnitt lassen heutzutage kaum noch eindeutige Zuordnung zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene zu. Einerseits gibt es weitgehend unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Andererseits verlieren die altbekannten Erscheinungsbilder seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene ist es im Alltag</p>

einfacher, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung zu ermöglichen.

Finanzierung

Rechtsextremistische Bands versuchen sich über CD Verkäufe, Merchandise sowie die Organisation und Durchführung von Musikveranstaltungen zu finanzieren. Häufig wird jedoch maximal eine kostendeckende Durchführung von Konzerten erreicht.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen gepaart mit einem hohen Gewaltpotential. Musik spielt hier eine herausragende Rolle zur Selbstvergewisserung, Politisierung und Rekrutierung der Szene. Deswegen gilt ein besonderes Interesse Bands, CDs und Konzerten. Gerade rechtsextremistische Musikveranstaltungen gehen oftmals mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Liedtexten sowie positiven Bezügen zum Nationalsozialismus, wie dem Zeigen des „Hitler-Grußes“, einher.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die wichtigsten international tätigen Skinhead-Organisationen, die Konzerte veranstalten, sind **Blood and Honour** und die **Hammerskins**. Während sie früher miteinander konkurrierten, haben sie sich in den letzten Jahren zunehmend angenähert und kooperieren punktuell bei Veranstaltungen miteinander.

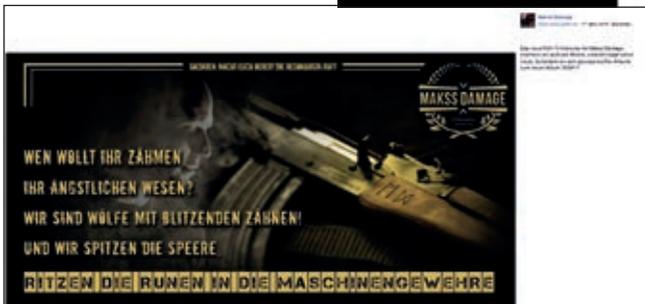
Rechtsextremistische Musik hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten in verschiedene Musikstile ausdifferenziert. Zu den gängigsten Stilrichtungen zählen „Rechtsrock“, der seinen Ursprung in der Skinhead-Szene hat, Balladen, „National Socialist Black Metal“ und der in letzter Zeit aufgekommene „Nationale Rap“. Weiterhin bleibt „Skinhead- oder Rechtsrock“ die bedeutendste Stilrichtung. Diese zeichnet sich durch hart gespielte Gitarrenakkorde, lauten – nahezu geschrien – Gesang und eine aggressive Grundstimmung aus.

Aus Nordrhein-Westfalen sind unter anderem die Bands **Oidoxie** und **Sleipnir** seit mehreren Jahren aktiv und verfügen über eine überregionale Szeneprominenz im Bereich Rechtsrock. Mit **Makss Damage** stammt einer der bekanntesten „Nationalistischen Rapper“ aus Nordrhein-Westfalen. Letzterer veröffentlichte 2015 eine neue CD mit dem Titel „2033“. Der





Auszüge aus Facebook
und YouTube von
Makss Damage



Titel ist als Anspielung auf das Jahr der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 zu verstehen. Der Musiker verherrlicht in seinen Liedern den Nationalsozialismus, verbreitete antisemitische und fremdenfeindliche Hetze und ruft zu Gewalt auf. So heißt es in dem Lied „Blitzende Zähne“:

*„Soldaten: Macht euch bereit! Die Reconquista ruft.
Ich schaue raus,
sende den Kirchturm in der Ferne.
Drum herum nur Moscheen,*

*sie kommen immer näher.
Sehe den Halbmond, wie er unsere Fahne frisst,
ich sehe die Polizei,
wie sie sich ganz smart verpisst.
Das muss ein Witz sein, aber es ist die Realität.
Es ist an der Zeit für uns unsere Schläger zu nehmen
und sie blau zu hauen, wie das Sega-Emblem.
Nicht mehr auf den Staat zu vertrauen, wie in den letzten Jahrzehnten.
Sie haben zu viele von uns abgeschlachtet,
und abgestochen und abgepasst
und zusammen geschlagen,
wie einen Punching-Sack. [...]
Sie waren plötzlich hier und kamen nicht um zu gehen.
Es war ein von langer Hand geplantes Unternehmen.
Aber sie haben zu viele von uns umgelegt,
Es wird Zeit diesen bluten Spieß umzudrehen!
Wen wollt ihr zähmen, ihr ängstlichen Wesen?
Wir sind Wölfe mit blitzenden Zähnen!
Und wir spitzen die Speere,
ritzen die Runen in die Maschinengewehre.[...]"*

Um Sicherheits- und Ordnungsbehörden keine Gelegenheit zu geben, Konzerte zu verbieten oder einzuschränken, organisieren die Veranstalter die Konzerte konspirativ. Diese Vorgehensweise dient der Szene auch als Erkennungsmerkmal und weckt die Neugier und Abenteuerlust. Den Reiz der Veranstaltungen machen – neben der Musik – das Treffen Gleichgesinnter, der Konsum von Alkohol und das Zeigen rechtsextremistischer Symbolik sowie Slogans aus. Der besondere Reiz, gerade für jugendliche Teilnehmer, die gegebenenfalls in die Szene eingeführt werden, liegt üblicherweise darin, etwas Verbotenes oder sozial Unerwünschtes zu erleben. Darüber hinaus besteht auf solchen Konzertveranstaltung die Gelegenheit, CDs und sonstige Merchandise-Artikel käuflich zu erwerben, teilweise sogar indizierte Artikel. Im Unterschied zu den meist rocklastigen, größeren Konzerten dienen Balladen- oder Liederabende dazu, einen eher kleineren Teilnehmerkreis anzusprechen. Dabei spielt meistens ein Sänger mit Gitarre überwiegend ruhige Stücke. Häufig werden solche Veranstaltungen von Parteiverbänden oder Freien Kameradschaften mit dem Ziel organisiert und durchgeführt, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Im Jahr 2015 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt ein Konzert, fünf Lieder- beziehungsweise Balladenabende und acht sonstige rechtsextremistische Veranstaltungen mit Livemusik festgestellt. Zu den sonstigen Veranstaltungen zählen zum Beispiel parteiinterne Feiern oder Geburtstagsfeiern, bei denen die Musik im Vordergrund steht. Die Anzahl der festgestellten

Musikveranstaltungen ist im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben. Als Veranstalter dieser Musikveranstaltungen fungierten Parteiverbände sowie überwiegend Privatpersonen. In der Regel nahmen nicht mehr als 100 Personen teil.

Eine Ausnahme hinsichtlich der Teilnehmerzahl stellt die Veranstaltung der Partei **Die Rechte** am 28. März 2015 in Dortmund dar, an der zwischenzeitlich bis zu 1.000 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung meldeten der Kreisverband Dortmund sowie der Bundesverband als Aufzug mit Schlusskundgebung und Musikdarbietungen an. Die ursprüngliche Planung der Veranstalter lief darauf hinaus, nach der Demonstration ein Konzert zu veranstalten. Allerdings erließ das Polizeipräsidium Dortmund als zuständige Versammlungsbehörde die Auflage, dass im 15minütigen Wechsel sich Musik und Wortbeiträge abwechseln müssen, um dem Charakter einer politischen Versammlung gerecht zu werden. Die zahlreichen Redebeiträge, die zum Teil die Zuschauer langweilten, beeinträchtigten den beabsichtigten Eventcharakter. Im Zuge dessen verließen fortwährend Rechtsextremisten die Veranstaltung. Als Hauptband trat die **Die Lunikoff Verschwörung** auf. Der Sänger genießt in der militanten Neonazi-Szene Kultstatus, nachdem das Kammergericht Berlin ihn und seine ehemalige Band **Landser** 2003 als kriminelle Vereinigung verurteilte. In Dortmund sang die Band unter anderem das Lied „Der deutsche Sturm“. Im Refrain wird die aggressiv-kämpferische Haltung der Band gegen die Demokratie deutlich:

„Wir lieben unser Land, aber wir hassen diesen Staat. Wir werden sie noch aufgehen sehn, unsere Saat. Und dann gibt es keine Gnade, unser Hass ist viel zu groß. Ihre Dämme werden brechen und der deutsche Sturm bricht los. Sturm bricht los!“

Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen nehmen als Musiker und als Besucher auch an Musikveranstaltungen in anderen Ländern teil. Beispielsweise spielte **Sleipnir** im November 2015 auf einem Rechtsrockfestival, das laut Werbeflyer in „Mitteldeutschland“ stattfand. Da zahlreiche Nachbarstaaten rechtsextremistische Konzerte nicht verbieten, weichen Besucher und Bands oftmals auf Veranstaltungen im europäischen Ausland aus. Für den 5. Dezember 2015 kündigten **Makss Damage** und die rechtsextremistische Band **Kategorie C** ein gemeinsames Konzert in der Region „Ruhrpott West“ an. Tatsächlich fand das Konzert dann in den Niederlanden statt. Ein internationales Rechtsrock-Festival, das auch deutsche Rechtsextremisten besuchten, veranstaltete die skandinavische **C 18/Blood & Honour**-Sektion am 28. November 2015 in Schweden.

Rechtsextremistische Tonträger und Devotionalien werden auf vielfältige Weise vertrieben. Neben Verkaufsständen bei Veranstaltungen und Szeneläden erfolgt der Handel überwiegend über das Internet. Wirtschaftliche Interessen sind nach wie vor eine wichtige Motivation bei der Vermarktung von rechtsextremistischer Musik und Szene-Artikeln. Viele Inhaber rechtsextremistischer Musik-Vertriebe bestreiten ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Szene-Produkten oder betrachten den Handel als einen lukrativen Nebenverdienst. Einige Vertriebe geben an, die Szene mit einem Teil ihrer Verkaufserlöse zu unterstützen. Damit versuchen sie sich als integraler Bestandteil der Szene darzustellen und den Käufern das Gefühl zu vermitteln, dass sie mit

ihrem Kauf gleichzeitig die Bewegung unterstützen. Neben der Hoffnung auf einen guten Ruf als Förderer der Szene dürfte auch die Hoffnung auf eine Erweiterung des Kundenkreises und somit kommerzieller Erfolg eine Rolle spielen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Subkulturen unterliegen einem ständigen Wandel. Die rechtsextremistische Skinhead-Szene befindet sich seit Jahren im Abschwung. Sie gilt bei immer mehr Jugendlichen als überholte und unattraktive Jugendkultur. Zugleich machen andere rechtsextremistische Subkulturen, in Nordrhein-Westfalen vor allem die Autonomen Nationalisten, den Skinheads erfolgreich Konkurrenz. Insofern bleibt der Nachwuchs aus. Zudem verlassen immer wieder ältere Protagonisten die Skinhead-Szene. Diese legen zwar nicht umgehend ihre rechtsextremistischen Einstellungen ab, trotzdem verliert die rechtsextremistische Skinhead-Szene damit ihre Größe und ihren inneren Zusammenhalt. Dafür spricht auch die seit mehreren Jahren festzustellende Organisationschwäche. Allein gelegentliche Konzerte in Nordrhein-Westfalen und in angrenzenden Ländern beziehungsweise im angrenzenden Ausland schaffen Events, an denen sich die Szene ihrer selbst vergewissert.

Rechtsextremistische Musik ist zum einen ein Ausdrucksmittel einer Subkultur, die sich für Menschenverachtung und Demokratiefeindschaft ausspricht. Zum anderen ist sie ein effektives Mittel rechtsextremistischer Strategen, ihre Propaganda Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahe zu bringen. Des Weiteren ist rechtsextremistische Musik ein kommerzielles Geschäft, an dem Bands, Konzertveranstalter und Vertriebe verdienen. Mit der Modernisierung der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hat sich auch deren Musik gewandelt. Die Vielfalt an Musikstilen hat zugenommen. Dies beinhaltet sogar ideologisch widersprüchlich erscheinende Entwicklungen wie „Nationaler Rap“. Ebenso ist in der rechtsextremistischen Musik-Szene inzwischen ein Wandel und zunehmende Vielfalt der Cover-Ästhetik und der Selbstpräsentation der Musiker festzustellen. Durch die digitale Revolution der letzten 20 Jahre haben sich die Vertriebsbedingungen für rechtsextremistische Musikstücke enorm verbessert und es ist nunmehr möglich, nahezu jederzeit und an jedem Ort solche Musik herunterzuladen.

Eine in Nordrhein-Westfalen neue Strategie praktiziert die Partei **Die Rechte**. Diese versucht den Parteistatus zu nutzen, um wie am 28. März 2015 in Dortmund eine erlebnisorientierte Veranstaltung inklusive Konzert zu veranstalten. Hierbei verbindet sie gemeinschaftliches Freizeitangebot, politische Indoktrination und Spaß miteinander, damit sie möglichst viele Interessenten anspricht und zur Teilnahme animiert.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_subkrex](#)

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bedeutung

Das Internet ist das wichtigste Medium für Rechtsextremisten. Es existieren fast 1.000 Webseiten deutscher Rechtsextremisten im World Wide Web. Noch bedeutender sind inzwischen Soziale Netzwerke wie Facebook, Videoplattformen wie YouTube und Informationsdienste wie Twitter oder Blogs. Das Internet dient dabei der internen Vernetzung und Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene, der Verbreitung von Propaganda und dem kommerziellen Vertrieb von Szene-Produkten. Rechtsextremisten nutzen das Internet auch dazu, deutsche Strafgesetze zu umgehen, indem sie strafbare Inhalte, wie zum Beispiel die Leugnung des Holocausts oder Volksverhetzung anonym über ausländische Server veröffentlichen.

Jugendliche und junge Erwachsene sind die wichtigste Zielgruppe rechtsextremistischer Aktivitäten im Internet. Vor allem die Sozialen Netzwerke werden für die Ansprache von Jugendlichen genutzt. Mit multimedialen Mitteln, wie etwa Videos oder auch Bildern und Grafiken, versuchen Rechtsextremisten Interesse zu wecken. Dabei bemühen sich Rechtsextremisten um ein modernes Erscheinungsbild. So ist Rassismus nicht immer auf Anhieb zu erkennen und herkömmliche rechtsextremistische Symbolik werden teilweise vermieden. Mit Hilfe des Internets propagieren und initiieren Rechtsextremisten jugendnahe Aktionsformen wie Flashmobs, die zu einem vermeintlich modernen und subversiven Image beitragen sollen. Einige rechtsextremistische Aktivitäten erhalten erst durch ihre mediale Inszenierung ihre Attraktivität. So veröffentlichten Rechtsextremisten am 9. Mai 2015 ein Video, in dem sie mit Fackeln der Niederlage des Dritten Reiches am 8. Mai 1945 gedachten und das durch schnelle Schnittfolgen, Keraschwenks und musikalischer Untermalung einem Musikclip gleicht.

Mainstreaming oder Szeneorientierung?

Gerade durch Facebook gelingt es rechtsextremistischen „Strategen“, ihre Propaganda in der Mitte der Gesellschaft zu verbreiten. So erreichen rechtsextremistische Parteien mit ihren Profilen weit mehr Menschen als nur die eigenen Mitglieder. Der **NPD**-Landesverband NRW hat beispielsweise circa 600 Mitglieder, wohingegen jedoch über 7.600 Nutzer das Facebook-Profil

/geliked/ haben. Ende 2015 löschte Facebook mehrfach rechtsextremistische Profile unter anderem wegen der Verbreitung von sogenannter /Hate Speech/, die auf die Herabsetzung und Verunglimpfung bestimmter Personen oder Personengruppen abzielte. So verkündete der stellvertretende Landesvorsitzende von **Pro NRW** Dominik Roeseler am 9. November 2015, dass Facebook sein Profil zum 17. Mal innerhalb von drei Jahren gelöscht habe. Mitte Januar 2016 löschte Facebook fast alle Profile der Kreisverbände von **Die Rechte** in Nordrhein-Westen. Angesichts dessen diskutiert die rechtsextremistische Szene seit längerem darüber, ob man auf andere soziale Netzwerke wie vk.com oder Fumano ausweichen sollte, die bislang keine Profile löschen. In der Vergangenheit hatte sich aber gezeigt, dass dem Wechsel in andere soziale Netzwerke nur wenige Nutzer folgen und man somit seine Breitenwirkung verliert. Dennis Giemsch, Landesvorsitzender von **Die Rechte**, resümiert am 31. August 2015 das Dilemma folgendermaßen: *„Ich persönlich mag Facebook nicht sonderlich. Ich sehe zwar den Nutzen eines sozialen Netzwerkes für die politische Arbeit, jedoch auch die Gefahren, die sich durch eine automatisierte Auswertbarkeit der gesammelten Daten ergeben kann (sic!). Darum habe ich im März Facebook den Rücken gekehrt und werde es privat nicht mehr nutzen. Trotzdem (sic!) zieht es immer mehr Menschen zu Facebook und wenn man diese Menschen erreichen möchte, dann muss man sie leider dort abholen, wo sie sich gerade befinden.“*

Derzeit scheint es darauf hinaufzulaufen, dass die rechtsextremistische Szene beide Optionen im Blick behält. So mäßigen rechtsextremistische Organisationen sich in ihrer Propaganda und



Bilder aus einem Musikvideo vom Fackelzug zum Andenken an den 8. Mai 1945



unterlassen positive Bezüge auf den Nationalsozialismus sowie Gewaltaufrufe bei Angeboten, die auf die Mitte der Gesellschaft abzielen und bei denen sie auf die reichweitenstarken Sozialen Netzwerke angewiesen sind. In geschlossenen Gruppen und Foren sowie in wenig frequentierten Sozialen Netzwerken zumeist ausländischer Provider versammeln sich hingegen bereits überzeugte Rechtsextremisten und teilen ohne Zurückhaltung ihre ideologischen Ansichten.

Rechtsextremistische Hetze gegen Flüchtlinge im Internet

Rechtsextremistische Hetze gegen Flüchtlinge im Internet nahm im Jahr 2015 deutlich zu. Eine aggressive Agitation gegen Flüchtlinge ist Konsens im ansonsten heterogenen rechtsextremistischen Spektrum und das Topthema der rechtsextremistischen Propaganda. Die rechtsextremistischen Organisationen veröffentlichen auf ihren Webseiten und Profilen fortwährend negative und herabwürdigende Berichte über Flüchtlinge. Dabei bemühen sie sich unter der Grenze der Strafbarkeit zu bleiben. Ein besonders perfides Mittel sind interaktive Landkarten, auf denen die Standorte beziehungsweise geplante Standorte von Flüchtlingsunterkünften verzeichnet sind. Dabei werden Nutzer aufgefordert, ihre Erkenntnisse über Unterkünfte mitzuteilen. Diese Form der präzisen Standort-Veröffentlichungen kann – in Zusammenhang mit dem suggerierten Bedrohungsszenario einer vermeintlichen „Überfremdung“ – durchaus als subtile Aufforderung zu „Gegenmaßnahmen“ verstanden.



Eine neue Entwicklung ist, dass Nutzer insbesondere bei regionalen Facebook-Profilen gefälschte Meldungen – sogenannte „Hoax“ – über erfundene Straftaten von Flüchtlingen verbreiten. Dies dient allein dazu, Flüchtlinge pauschal als kriminell zu diskreditieren. Ein weiteres neues Phänomen ist, dass Personen auch unter ihrem Klarnamen gegen Flüchtlinge hetzen. Dies deutet daraufhin, dass der Diskurs auch in Teilen der Gesellschaft zunehmend verroht.

Die Angst und Ablehnung schürende Agitation der rechtsextremistischen Organisationen dürfte eine katalytische Wirkung auf Nutzer haben, die sich volksverhetzend äußern oder gar zu Straftaten aufrufen. Um zu vermeiden, dass Facebook ihre Profile löscht, kontrollieren die Be-

treiber der Profile die Kommentare und löschen oftmals solche, die vermeintlich die Grenze zur Strafbarkeit überschreiten. Ungeachtet dessen findet man unter flüchtlingsfeindlichen Beiträgen immer wieder vermeintlich strafbare Äußerungen. So verlinkte Pegida NRW auf Facebook am 31. Juli 2015 einen Beitrag, wonach rund 100 Flüchtlinge auf einer Autobahn ausgesetzt worden seien. Ein Kommentator schrieb dazu: „Auf keinen Fall bremsen.“ Wenige Minuten später griff ein weiterer Kommentar dies mit den Worten auf „*ich bin fuers Tempo erhoeihen. (sic!)*“ Als **Pro NRW** am 25. Juli 2015 eine Karte mit den Standorten von Flüchtlingsunterkünften veröffentlichte, kommentierte dies ein Nutzer folgendermaßen: „*Viele, auch bekannte Leute haben schon den Einsatz von Drohnen gefordert!!!!!!! DA IST DER PLAN !!! Am besten alle zur gleichen Zeit!!!! Auch gibt es Bastler die sich bestimmt was einfallen lassen wie man dieser Plage Herr werden koennen. (sic!)*“

www.asylmissbrauch-stoppen.pro-nrw.net

Übersicht der Asylunterkünfte in Leverkusen

Legende

- Notunterkünfte
- Landeseinrichtung
- Wohnungsbau durch Dritte
- Containerstandorte
- Hotel/Pension
- Kommunale Ersteinrichtung

Bürgerbewegung PRO NRW
Diese Seite gefällt mir · 25. Juli 2015 · Bearbeitet ·

Hier ist die erste #Übersichtskarte der #Asylstandorte in #NRW

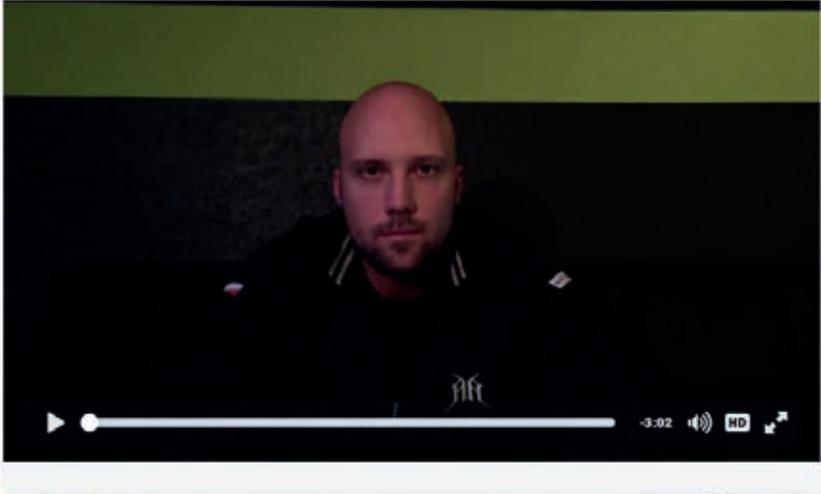
Den Anfang bildet dabei die Stadt #Leverkusen (rd. 161.000 Einwohner). Aktuell erstellen wir eine Karte, die sämtliche Standorte nach diesem Schema zeigt und auch Erläuterungen dazu liefert.

Wir bitten Euch, uns weiterhin zu unterstützen. Die Karten werden jeweils aktualisiert und erheben dabei keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit....
Mehr anzeigen

Auch auf YouTube wird die Kommentarfunktion genutzt, um unter rechtsextremistischen Videos ein Forum für menschenverachtende Hetze zu eröffnen. Beispielsweise veröffentlichte der rechtsextremistische Rapper **Makss Damage** am 15. November 2015 ein Video, in dem er die islamistischen Anschläge in Paris als Beginn eines Rassenkrieges in Europa deutete. Als eine Kommentatorin dagegen argumentierte, wurde ihr entgegnet mit den Sätzen: „*halt du lieber mal deine fresse sonst vergewaltigen dich noch die rechten heil hitler du dreckige linke schlampe! in arabischen Ländern leben nur affen also sollte man sie auch so töten! die einzigsten menschen sind Christen und Juden! Muslime werden jetzt das gleiche erleben wie die Juden früher was eigentlich falsch war es hätte damals schon die Muslime treffen sollen! Demokratie ist nun weg Nationalsozialismus kommt nun wieder! Es ist nun soweit!*“

MAKSS DAMAGE zu den Anschlägen von Paris

Weitere Videos von Makss Damage Zurück · Weiter



Makss Damage
"Wir können an nichts Anderes mehr denken und haben alle endgültig die Schnauze voll! Jetzt töten sie uns auf offener Straße, beim Fußball und bei Konzerten, Es geht um unsere nackte Existenz!... deshalb dieses Statement! Die wahren Schuldigen müssen genannt werden!!! Der Widerstand organisiert werden!!!" (Makss Damage)
14. November 2015

Geteilt mit Öffentlich
245.940 Aufrufe

[Video einbetten](#)
[Beitrag einbetten](#)

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Durch das Internet kann jedermann mit Hilfe von Profilen oder Kommentaren eine größere Öffentlichkeit erreichen, als dies vor zwanzig Jahren durch Printprodukte möglich war. Zudem kann man sich im Internet leicht der Verantwortung für seine Äußerungen entziehen. Insofern haben sich die Möglichkeiten für menschenverachtende Hetze vervielfacht, bei gleichzeitig sehr niedrigen Zugangshürden und nur einer geringen Gefahr, strafrechtlich verfolgt zu werden oder aus der Anonymität heraustreten zu müssen. Zudem kann die Zustimmung anderer Nutzer zu Hetzbeiträgen wie ein virtueller Applaus wirken, der dazu führt, dass die eigene fremdenfeindliche Ideologie verstärkt wird und zu Aktionen in der realen Welt führt. Auch zukünftig bleibt deshalb das Internet das wichtigste Medium für rechtsextremistische Propaganda und wird von den Sicherheitsbehörden intensiv beobachtet.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_rechtewww](#)

Linksextremismus

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.....	114
Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	116
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	122
Autonome Linksextremisten.....	128

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen stellen eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar, weil sie sich zum Ziel gesetzt haben, die freiheitliche demokratische Grundordnung revolutionär zu überwinden und über eine sozialistische beziehungsweise kommunistische oder eine anarchistische Gesellschaftsform eine vermeintlich herrschaftsfreie Ordnung herbeizuführen. Linksextremisten streben somit die Überwindung der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland an hin zu der Utopie einer klassenlosen Ordnung und eines herrschaftsfreien Zusammenlebens.

Linksextremistische Ideologien gehen vom Prinzip menschlicher Gleichheit aus, die über die individuelle Freiheit gestellt wird. Die meisten Linken verstehen sich als Internationalisten und sehen in der Arbeiterklasse das historische revolutionäre Subjekt. Allerdings stellen auch Marxisten zunehmend die Frage, ob das Proletariat der ihm zugedachten Rolle als Träger der Revolution überhaupt noch gerecht werden kann. Grundlage der politischen Arbeit eines jeden Linksextremisten ist seine antifaschistische, antirassistische und antiimperialistische Grundhaltung, wobei das bürgerlich-kapitalistische System für die Ursachen verantwortlich gemacht wird.

Zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen zählen im Bereich Linksextremismus die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**. Des Weiteren stehen die linksautonome Szene in Nordrhein-Westfalen sowie einzelne Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE unter Beobachtung, während die Partei selbst vom Verfassungsschutz nicht beobachtet wird. Sie lässt

allerdings innerparteilich auch im Jahr 2015 Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Es handelt sich dabei um die Zusammenschlüsse »Antikapitalistische Linke (AKL)«, **Kommunistische Plattform (KPF)** sowie ihren Jugendverband **Linksjugend [‘solid]**. Diesen Zusammenschlüssen und auch der **Linksjugend [‘solid]** ist gemeinsam – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – das Streben nach der Überwindung des „kapitalistischen Systems“ und die Forderung nach einer sozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist.

Auch im Jahr 2015 blieben **DKP** und **MLPD** wahlpolitisch weiterhin bedeutungslos. Wichtiger als Wahlen ist für die Partei **DKP** die Arbeit in der „außerparlamentarischen Opposition“, das bedeutet, dass die Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sowie in Bündnissen bei Demonstrationen im Mittelpunkt stehen. Stagnation der Mitgliederzahl, Überalterung und mangelnde Organisationsdichte sind die großen Probleme der **DKP**. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, wurde 2015 mit Großveranstaltungen wie das „Festival der Jugend“ im Mai in Köln versucht, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die **MLPD** verlagerte ihren gesellschaftlichen Fokus auf den internationalen Bereich: Sie unterstützt den Wiederaufbau der zerstörten kurdischen Stadt Kobane in Rojava in Westsyrien auf der Basis eines Solidaritätspakts mit dem kurdischen Befreiungskampf, den die **MLPD** als Mitglied der »ICOR (Internationale Koordination revolutionärer Parteien und Organisationen)« im April offiziell abgeschlossen hatte. Durch Spendenaktionen und Sammlungen von medizinischen Hilfsgütern und Arbeitsmaterialien wurde das Ziel, ein Gesundheitszentrum in Kobane aufzubauen, mit Nachdruck verfolgt und alle Partei-, Vorfeld- und Nebenorganisationen wurden einbezogen.

Im Unterschied zu linksextremistischen Parteien und Gruppierungen stellt die linksautonome Szene auch im Jahr 2015 eine heterogene, alternative Mischszene dar, deren gemeinsame ideologische Basis fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente bilden. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologiefixiert als aktionsorientiert. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer Protestaktivitäten zu den Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus oder Antigen-trifizierung ausgeglichen. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE

Sitz / Verbreitung

»Antikapitalistische Linke (AKL)«

Sitz: Berlin

marx21

Sitz: Berlin; Unterstützerguppe in Nordrhein-Westfalen: Duisburg

Kommunistische Plattform (KPF)

Sitz: Berlin

Linksjugend [‘solid]

Bundesverband: Berlin

Landesverband: Düsseldorf und Essen

Gründung / Bestehen seit

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: 2006

marx21: 2007

Kommunistische Plattform (KPF): 1995

Linksjugend [‘solid]: 1999

Struktur / Repräsentanz

»AKL«, **marx21** und **KPF** sind Zusammenschlüsse beziehungsweise Teile der Partei DIE LINKE, die im Bundestag, in Landtagen und bundesweit in kommunalen Gremien vertreten ist.

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: zunächst Strömung, seit 2013 anerkannter Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE; sechs Bundessprecherinnen und ein Länderrat, in dem Delegierte aus jedem Bundesland sowie die sympathisierenden Parteivorstandsmitglieder vertreten sind.

marx21: trotzkistisches Netzwerk innerhalb des Zusammenschlusses „Sozialistische Linke“ in der Partei DIE LINKE; lokale „Unterstützerguppen“ in den Bundesländern.

Kommunistische Plattform (KPF): offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE.

Linksjugend [‘solid]: Jugendorganisation der Partei DIE LINKE mit Bundesgeschäftsstelle, Bundessprechern und Landesverbänden.

**Mitglieder / Anhänger /
Unterstützer 2015**

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: Bund: circa 470 ➡
marx21: nicht bekannt;
Kommunistische Plattform (KPF): circa 1.200 ➡
Linksjugend [‘solid]: Bund: 3.150 aktiv / 9.500 passiv ➡

Veröffentlichungen

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: antikapitalistische-linke.de;
marx21: marx21.de sowie das Magazin „marx21“ (fünfmal jährlich)
Kommunistische Plattform (KPF): die-linke.de/partei/
zusammenschlusse/kommunistische-plattform-der-partei-die-linke
und „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE
LINKE“ (monatlich)
Linksjugend [‘solid]:
Bund: linksjugend-solid.de; NRW: linksjugend-solid-nrw.de; zudem
berichtet regelmäßig die Tageszeitung „junge Welt (jW)“ auch über
die politischen Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE.

Kurzportrait / Ziele

Gemeinsam ist – in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe –
diesen Zusammenschlüssen, dass nicht nur das „kapitalistische
System“ in der Bundesrepublik Deutschland überwunden werden
soll, sondern eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und
Wirtschaftsordnung in Deutschland angestrebt wird, die mit
der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht mehr zu
vereinbaren ist.

Finanzierung

Kommunistische Plattform (KPF): Mittel der Partei DIE LINKE
und Spenden.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der überwiegende Teil der Mitglieder der Partei DIE LINKE und wesentliche Teile der politischen Forderungen sind nicht als extremistisch anzusehen. Die Partei DIE LINKE lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet daher nicht die Partei DIE LINKE als Ganzes, sondern nur die linksextremistischen beziehungsweise die im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehenden Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE. Dies sind die »Antikapitalistische Linke (AKL)«, das trotzkistische Netzwerk **marx 21**, die **Kommunistische Plattform (KPF)** und die **Linksjugend [‘solid]**.



Sitz / Verbreitung	Sitz: Essen; bundesweite Verbreitung mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen
Gründung / Bestehen seit	1968
Struktur / Repräsentanz	Bezirksverbände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen, Kreisverbände Vorsitz: Patrick Köbele Rats- und Bezirksvertretungsmandate Jugendorganisation: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Mitglieder / Anhänger / Bund: rund 3.000 ➡ NRW: rund 800 ➡

Unterstützer 2015

Veröffentlichungen Publikationen: **UZ – Unsere Zeit** (wöchentlich), **Marxistische Blätter** (theoretische Schriftenreihe)
Web-Angebote: dkp.de, dkp-online.de, news.dkp.de

Kurzportrait / Ziele Die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** ist neben der **Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)** eine Kernorganisation des orthodox-kommunistischen Linksextremismus. Die Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.

Finanzierung Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Nach Vorstellung der **DKP** soll die Arbeiterklasse als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft durch einen klassenkämpferisch-revolutionären Akt die kapitalistischen Eigentums- und

Machtverhältnisse, den Parlamentarismus und den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus überwinden. Gewaltanwendung wird dabei nicht ausgeschlossen. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird eine klassenlose kommunistische Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen gesellschaftlichen Gegensätze, insbesondere der zwischen Kapital und Arbeit, aufgehoben sein sollen. Individualgrundrechte haben in diesem Konzept nur noch eine stark eingeschränkte Bedeutung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Festival der Jugend vom 22. bis 25. Mai 2015 auf den Rheinwiesen in Köln

Nach drei Jahren richtete die **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)** wieder das „Festival der Jugend“ in Köln unter dem Motto: „Make capitalism history – die Zukunft gehört uns“ aus. Nach Eigenangaben des Veranstalters erreichte das Festival bereits Dimensionen eines kommerziellen Musikfestivals mit 650 Dauercampern und 1.500 Besuchern, wobei betont wird, dass das politische Programm, an dem sich 29 politische Organisationen beteiligten, im



Die SDAJ berichtet auf ihrer Homepage über das „Festival der Jugend“.

Vordergrund stand. Redakteure der Zeitschriften „junge Welt (jW)“ und **UZ – unsere Zeit** nahmen aktiv an Podiumsdiskussionen teil. Darüber hinaus beteiligte sich die **DKP** – mit dem Ziel der Nachwuchsarbeit – mit einem eigenen Stand und Programm am Festival. Themenschwerpunkte waren dabei der Ukraine Konflikt und die Vorbereitungen zu den Protesten gegen den G7-Gipfel am 7. und 8. Juni in Elmau.

Bezirksdelegiertenkonferenzen Ruhr Westfalen und Rheinland Westfalen

Im Vorfeld des 21. Parteitag im November in Frankfurt richteten die beiden Landesverbände Ruhr Westfalen und Rheinland Westfalen Bezirksdelegiertenkonferenzen aus, auf denen der Leittragsentwurf des Parteivorstandes mehrheitlich unterstützt wurde. Im Bezirk Rheinland Westfalen führte dies zur Rücknahme einer weiteren Kandidatur des Vorsitzenden mit der Folge, dass ein vierköpfiges Sprecher-Gremium den Vorsitz übernahm.



Leittragsentwurf auf der Homepage der DKP

Im Bezirk Ruhr Westfalen konnte für die Oberbürgermeisterwahl in Essen am 13. September eine Kandidatin der **DKP** die erforderlichen Unterstützerunterschriften erreichen und 0,5 Prozent Stimmenanteile gewinnen.

21. Parteitag am 14./15. November 2015 in Frankfurt am Main

Im Vordergrund der innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem aktuellen revolutionär orientierten Parteivorstand und den reformorientierten Mitgliedern stand in 2015 die Vorbereitung des 21. Parteitages in Frankfurt am Main am 14. und 15. November 2015.

Zur Diskussion wurde durch den Parteivorstand der Entwurf eines Leitantrags an den 21. Parteitag veröffentlicht. Der Entwurf beinhaltete eine deutliche Positionierung, eine marxistisch-leninistische Partei zu repräsentieren. Damit stellte sich der Parteivorstand bewusst gegen den reformorientierten Teil der Partei und gegen sogenannte „Mosaik-Linke“, denen Opportunismus und ideologische Inkohärenz in Vertretung der Arbeiterklasse im Klassenkampf vorgeworfen wird.

Im Ergebnis wurden der bisherige Parteivorsitzende und seine beiden Stellvertreter in ihren Funktionen bestätigt, während Parteimitglieder, die sich im Verein **Marxistische Linke – ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ (ML)** organisiert haben und dem reformerischen Flügel zugeordnet werden können, von den Wahlen zum Parteivorstand ausgeschlossen wurden. Dazu zählen zwei ehemalige Parteivorsitzende und die bisherige stellvertretende Vorsitzende, die sich nicht zur Wiederwahl stellte.

Der Leitantrag und die Handlungsorientierung wurden mehrheitlich bestätigt. Ein dritter Parteitag wurde für 2016 angekündigt, um über den Verbleib mit Beobachterstatus in der Europäischen Linken (EL) zu entscheiden. Deren Politik wird in Zusammenhang mit der Finanzkrise in Griechenland und der militärischen Krise in der Ukraine von der revolutionär ausgerichteten Spitze der Partei als nicht vereinbar mit der kommunistischen Ideologie eingestuft.

Die sachliche Schwerpunktsetzung wurde in der Handlungsorientierung für die folgenden zwei Jahre auf die Friedenspolitik und den Antifaschismus gesetzt. Nachdem eine vorangegangene Spendensammlung die finanzielle Absicherung des traditionellen Pressefestes garantiert hat, wurde die Ausrichtung des 19. **UZ**-Pressefestes Anfang Juli 2016 und die Beteiligung an den Bundestagswahlen in 2017 beschlossen.

Medien

Der innerparteiliche Streit führte im Mai 2013 dazu, dass der Parteivorstand ein offizielles neues Nachrichtenportal der **DKP** im Internet **news.dkp.de** einrichtete, um sich von den „reformerischen Abweichlern“ unter „kommunisten.de“ abzugrenzen. Am zweiten Jahrestag wurde nun

mitgeteilt, dass die Marke von zwei Millionen Klicks überschritten wurde. Die Partei sieht sich dadurch bestärkt, als Meinungsfindungs- und -förderungsinstitution eine hervorgehobene Rolle für die Arbeiterklasse zu spielen.

Am 1. September 2015 (Weltfriedenstag) wurde die neue Internetpräsenz der Wochenzeitung **Unsere Zeit** unter unsere-zeit.de veröffentlicht. Dem „mobilen, schnellen Zeitgeist“ entsprechend soll sie der Informationsweitergabe und dem Informationsaustausch zur Mobilisierung dienen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Bestätigung von Patrick Köbele als Vorsitzenden (131 von 166 Stimmen) unter gleichzeitigem Ausschluss der Mitglieder des Vereins **Marxistische Linke** bei den Wahlen zeigt auf, dass die Delegierten den kompromisslosen Kurs der traditionell-kommunistischen Partei stützen.



Facebook-Seite des Vereins **Marxistische Linke**

Alleingänge wie durch den Verein **Marxistische Linke**, der zu den Luxemburg-Liebknecht-Tagen in Berlin 2015 mit eigenen Veranstaltungen aufwartete, und das Knüpfen internationaler Beziehungen ohne Absprache mit dem Parteivorstand werden nicht mehr toleriert. Angesichts der geringen Mitgliederzahl der **DKP** ein deutliches Zeichen für den demokratisch zentralistischen Aspekt einer kommunistischen Partei, die keine Abweichungen von Parteibeschlüssen duldet und den Verlust von Mitgliedern dafür hinnimmt.

In lokalen und überregionalen Bündnissen (Refugees Welcome, Blockupy oder gegen das Freihandelsabkommen TTIP/CETA) und durch die Besetzung der Themenfelder Antifaschismus und Friedenspolitik sucht die **DKP** gemeinsam mit der **SDAJ** weiterhin die Öffentlichkeit. Vor allem junge Menschen sollen so als Mitstreiter für die politische Alternative dem Sozialismus gewonnen werden.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dkp](#)



Sitz / Verbreitung Gelsenkirchen; bundesweite Verbreitung mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen

Gründung / Bestehen seit 1982

Struktur / Repräsentanz Neben Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei in sechs weiteren Bundesländern über einen „Landesverband“. Diese „Landesverbände“ sind teilweise Bundesland-übergreifend organisiert. Zahlreiche Gruppierungen mit nomineller Eigenständigkeit dienen der Partei als struktureller Unterbau, darunter der »Frauenverband Courage e.V.« oder kommunale Wahlbündnisse wie »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)« und weitere.
Vorsitz: Stefan Engel

Mitglieder / Anhänger / Bund: rund 1.800 ➡ NRW: rund 650 ➡

Unterstützer 2015

Veröffentlichungen Publikationen: **Rote Fahne (RF)** (zwei pro Monat; Auflage ca. 7.500)
Web-Angebote: umfangreiche Internetpräsenz mit **Rote Fahne News** als Online-Nachrichtenmagazin (rf-news.de); eigene TV-Nachrichtenportale im Internet im Aufbau

Kurzportrait / Ziele Das gesamte Aktionspotenzial der **MLPD** fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen kommunistischen Kaderpartei. Dies zeigt sich auch in der dogmatisch unantastbaren Stellung des seit der Parteigründung amtierenden Vorsitzenden, Stefan Engel. In Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei über einen Landesverband.
Das Hauptaugenmerk ihrer politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie der Beteiligung an sozialen Protesten. Da sich die **MLPD** in einer fortdauernden Verfolgungssituation

durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse mit der Bezeichnung »AUF« (für: „alternativ, unabhängig, fortschrittlich“), die jedoch zum Teil personell mit der **MLPD** verflochten sind.

Finanzierung

Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Einnahmen aus Vermögen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) hervorgegangene **MLPD** bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Stalin und Mao Tse Tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution“. Die Zielsetzungen der **MLPD** wie Revolution, Diktatur des Proletariats und Kommunismus sind durch eindeutig verfassungsfeindliche Aussagen geprägt.

Bereits die Präambel in den Parteistatuten verdeutlicht dies: „Die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“ Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die „Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei [Anm.: gemeint ist die **MLPD**] zum bewaffneten Aufstand erheben, [...] den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, [...] die Diktatur des Proletariats errichten und [...] gegen die Konterrevolution verteidigen“ müsse.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Internationalismus – Solidaritäts-Brigaden für Rojava

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der **MLPD** stand in 2015 die Unterstützung des Wiederaufbaus der kurdischen Stadt Kobane in Rojava in Westsyrien nach den Angriffen und der Belagerung durch die terroristische Organisation des sogenannten **Islamischen Staates**. Grundlage war ein Solidaritätspakt mit dem kurdischen Befreiungskampf den die **MLPD** als Mitglied der »ICOR (Internationale Koordination revolutionärer Parteien und Organisationen)« offiziell abgeschlossen hatte. Durch Spendenaktionen und Sammlungen von medizinischen Hilfsgütern und Arbeitsmaterialien wurde das Ziel, ein Gesundheitszentrum in Kobane aufzubauen, mit Nachdruck verfolgt und bezog alle Partei-, Vorfeld- und Nebenorganisationen ein. Auch mit der



Auszüge aus dem Internetauftritt der MLPD

Veröffentlichung der Broschüre „Bürgerliche Flüchtlingspolitik in der Krise“ im Oktober fokussiert die **MLPD** ihr Engagement auf die Situation der Kurden in Westsyrien und stellt in Eigenverantwortung seit Juni Hilfsbrigaden aus Deutschland auf. Auf eigenfinanzierter und freiwilliger Basis rekrutierte die Partei Personen aus den eigenen Reihen, aber auch interessierte Personen außerhalb der **MLPD** beteiligten sich an den Brigaden. In Gruppenstärken von maximal 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sollten zunächst vier Brigaden bis September eingesetzt werden. Nach einem Selbstmordattentat des sogenannten **IS** in Suruc/Türkei an der Grenze zu Kobane wurde von Seiten der Verantwortlichen eine Nachrichtensperre verhängt. Am 21. November wurde mitgeteilt, dass das Gesundheitszentrum offiziell durch die 7. Brigade feierlich der Selbstverwaltung von Kobane übergeben worden ist.

Die **MLPD** setzt sich in diesem Zusammenhang für die Einrichtung eines humanitären Korridors über die Türkei ein. Gleichzeitig verlangt die Partei die Aufhebung des Verbotes der kurdischen Arbeiterpartei **PKK**, die als terroristische Vereinigung eingestuft ist.

Nachwuchsarbeit – 17. internationales Pfingstjugendtreffen in Gelsenkirchen

Das im Zweijahresrhythmus von **Rebell**, dem Jugendverband der **MLPD**, mit seiner angegliederten Kinderorganisation **Rotfuchse** ausgerichtete Pfingstjugendtreffen in Gelsenkirchen wurde traditionell von einer „Zukunftsdemonstration“ in Essen eröffnet. Der Veranstalter spricht von 1.500 Beteiligten an der Demonstration und anschließender Kundgebung und von Tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den beiden Festtagen des Pfingstjugendtreffens in Gelsenkirchen.

Die politischen Schwerpunkte des Treffens wie Umweltpolitik und die internationale Solidarität bei dem Wiederaufbau von Kobane wurden in Podiumsdiskussionen unter Beteiligung hochrangiger Parteivertreter der **MLPD** und internationaler Gäste vertieft.

Im Juni wurde durch das Online-Nachrichtenportal der Partei **Rote Fahne News** dazu aufgerufen, Zuschüsse für das jährliche Ferienfreizeitangebot der **MLPD** für Kinder und Jugendliche in Truckenthal/Thüringen bei Jugendämtern beziehungsweise Jobzentren zu beantragen. Obwohl die Partei sich offen gegen die freiheitliche-demokratische Grundordnung stellt und die Ferienlager zur politischen Nachwuchsbildung und -förderung nutzt, sieht sie die Nicht-Gewährung der Zuschüsse als antikommunistische Repression an und zog den Protest dagegen in ihre parteipolitische Agitation ein.



Verschiedene Titelseiten der Publikation der **MLPD Rote Fahne**

Frauenpolitik

Die Organisation und Ausrichtung der 2. internationalen Weltfrauenkonferenz in Nepal in 2016 hat eine hohe Priorität für die **MLPD**, da sie sich als die Partei für die Befreiung der Frau versteht. So warb vor allem das »ICOR«-Mitglied, der »Frauenverband Courage e. V.«, zum Pfingstjugendtreffen für die Konferenz und ihrer Unterstützung durch Jungen und Mädchen.



Verschiedene Internetauftritte der Nebenorganisationen der MLPD

Eine Klage des »Frauenverbandes Courage e. V.« gegen die Nennung im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen wurde am 16. Juni 2015 vom Verwaltungsgericht Düsseldorf abgewiesen. Die Berufung wurde zugelassen und das Berufungsverfahren läuft.

1. Internationale Automobilarbeiterkonferenz vom 14. bis 18.10.2015 in Sindelfingen

Unter dem Motto: „Automobilarbeiter machen mobil – weltweit“ fand an fünf Tagen unter Beteiligungen von 41 Delegierten und nach eigenen Angaben der **MLPD** 300 Besuchern aus 19 Ländern mit Demonstration, Foren, Plenumsitzungen und Workshops die 1. internationale Automobilarbeiterkonferenz statt. Mit der Gründungsresolution und der Bildung einer internationalen Koordinierungsgruppe wurde die zukünftige Zusammenarbeit bei Arbeitskämpfen gefestigt. Im Stil der Diktion der **MLPD** wurde hervorgehoben, dass der gewerkschaftliche Kampf den Weg zu den Massen ebnet.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die internationale Ausrichtung der Partei, die durch den Vorsitzenden der **MLPD** und Hauptkoordinator der »ICOR«, Stefan Engel, vorangetrieben wird, wird auf nationaler Ebene durch Veranstaltungen vor allem am Sitz der Partei in Gelsenkirchen unterstützt. Durch Kopplung einer systemkritischen Umweltpolitik an die angestrebte antiimperialistische sozialistische Weltrevolution soll sich die **MLPD** breiter und für jüngere Generationen als eine konkrete Alternative darstellen. In einem Interview erkennt der Vorsitzende unter anderem an der eigenen Flüchtlingspolitik und einer daraus resultierenden Resonanz auch außerhalb der Partei einen „Stimmungsumschwung“ im Interesse der sozialistischen Alternative.

Überdurchschnittlich hohe Spendeneinnahmen nach Spendenaufrufen und durch Einzelspenden erlauben der **MLPD** darüber hinaus durch die finanzielle Unabhängigkeit ein breites an konkreten Zielen orientiertes Aktionsspektrum, wie dargelegt, abzudecken.

Die Vorbereitung und Durchführung des 10. Parteitages und die 2. internationale Weltfrauenkonferenz in Nepal sind neben dem ökologischen Wiederaufbau von Kobane politische Schwerpunkte für das Jahr 2016.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, **Web-Link:** [vs_mlpd](#)

Autonome Linksextremisten

Sitz / Verbreitung	Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren. Regelmäßige zeit- und ortsgebundene Veranstaltungen gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht.
Gründung / Bestehen seit	Ende der 1970er- bzw. Anfang der 1980er-Jahre aus Ausläufern der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti-Szene“ der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden
Struktur / Repräsentanz	Szenestrukturen sind von weitgehend hierarchiefreien Netzwerken mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung geprägt; Internet fungiert als offenes Kontaktmedium; überregionale Treffen oder Telekonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Rund 850 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen 
Veröffentlichungen	Hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebезogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die linksautonome Szene ist eine heterogene, alternative Mischszene, deren gemeinsame ideologische Basis fundamentalanarchistische und kommunistische Theoriefragmente bilden. Ihr Ideal sieht sie in einem selbstbestimmten Leben frei von Herrschaftsverhältnissen. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologiefixiert als aktionsorientiert. Staatliche und gesellschaftliche Normen, Hierarchien und Verbindlichkeiten werden als Unterdrückungsmechanismen („Repression“) abgelehnt. Eine verbindliche Festschreibung auf konkrete politische Ziele widerspricht autonomen Denkmustern, jedoch wird der von weitgehender Handlungsfreiheit geprägte Lebensstil in „Freiräumen“ wie Wohngemeinschaften, besetzten Häusern oder soziokulturellen Zentren ausgelebt. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer

Protestaktivitäten (beispielsweise zu den Themen Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus, Antigentrifizierung) ausgeglichen. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner.

Finanzierung

Keine Mitgliedsbeiträge; ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben ohne Staat und gesellschaftliche Zwänge bedingt, dass Autonome staatliche und gesellschaftliche Normen ablehnen. Der demokratische Rechtsstaat wird von ihnen als Zwangssystem bekämpft. Insbesondere Rechtsextremisten, aber zum Teil auch demokratischen Parteien und Organisationen beziehungsweise deren Vertretern werden von Linksautonomen durch die Verfassung garantierte Grundrechte, insbesondere die Versammlungsfreiheit, abgesprochen. Gewalt wird dabei als legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und der Polizei angesehen. Die Polizei wird dabei als „Beschützer der Rechten“ und als Teil des „staatlichen Repressionsapparats“ betrachtet. Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols durch die linksautonome Szene bei gleichzeitiger Befürwortung des Gewalteinsatzes zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ereignisse und Entwicklungen

Als Antwort auf die Zunahme der Übergriffe auf Ausländer, Migranten und Flüchtlingsunterkünfte tendierte die linksautonome Szene in Nordrhein-Westfalen zur Verschmelzung von ursprünglich unterschiedlichen Themenfeldern. Die Flüchtlingsproblematik wird als Folgewirkung des kapitalistischen Systems und rassistischer Überzeugungen gesehen, welche markt- und staatskonforme Egoismen im Sinne ungerechter Nationalismen fördern. Damit konnten sich die Kampagnen zu den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus und Antikapitalismus in ihren Aussagen und Aktivitäten stark annähern. Zudem hat vor allem bei Demonstrationen die



Bei Demonstrationen im Oktober 2015 in Köln kam es zu Ausschreitungen regionaler Antifa-Aktivisten.

Bereitschaft zur tätlichen Auseinandersetzung mit der Polizei, mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten sowie ganz allgemein mit Vertretern fremdenfeindlicher Positionen weiter zugenommen.

Im Jahr 2015 waren insbesondere die Aktivitäten gegen eine HoGeSa-Demonstration am



Tätliche Übergriffe auf Teilnehmer und Polizeiangehörige im Oktober 2015 in Köln

25. Oktober 2015 in Köln ein Anlass für Aktionen des Antifa-Spektrums. Neben der von zivildemokratischen Initiativen veranstalteten Protestkundgebung war ein regelrechter Krawalltourismus auch von Linksextremisten aus diesem Anlass festzustellen. Sowohl regionale Antifa-Aktivistinnen und Gruppen des auslandsbezogenen Extremismus als auch Antifa-Gruppierungen aus anderen Regionen und Bundesländern versuchten mit massiver Gewalt, Polizeisperren zu überrennen und die Demonstration der rechten Szene zu stören. Im Zusammenhang der Protestaktionen kam es zu mehreren Schlägereien zwischen linken

und rechten Aktivisten, wobei auch Schlagstöcke und mit Sand gefüllte Handschuhe eingesetzt wurden.

Erneut wurden in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens Häuser besetzt, wobei die Hausbesetzungen sowohl nur wenige Stunden und Tage, als auch über einen längeren Zeitraum dauern konnten. Die Aktionen wurden mit der Forderung nach einer Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge, billigem Wohnraum und subkulturellen Treffpunkten abseits staatlicher oder kommunaler Zugriffsmöglichkeiten im Sinne selbstverwalteter „Autonomer“ oder „Sozialer Zentren“ begründet.

Autonome Gruppen aus Nordrhein-Westfalen waren zudem an Aktivitäten außerhalb des Bundeslandes maßgeblich beteiligt. Die Mobilisierung zu den Protestveranstaltungen gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt am 18. März 2015 und gegen den G7-Gipfel in Elmau in der Woche vom 1. bis zum 7. Juni 2015 ging auch auf nordrhein-westfälische autonome Gruppen zurück. In beiden Fällen waren mehrere Hundert autonomer Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen zu den Ereignissen angereist. Die EZB-Eröffnung war von heftigen Ausschreitungen begleitet, während der G7-Gipfel mit Ausnahme demonstrationstypischer Straftaten nahezu störungsfrei verlief.

Als ein weiterer Themenschwerpunkt geriet der Klimaschutz immer mehr in den Fokus autonom-anarchistischer Umweltschützer. Während der Protest gegen den Tagebau in Hambach mit einer weitgehend friedlichen Waldbesetzung und niedrigschwelligen Straftaten begann, wurde



Beschlagnahmte Gegenstände und Aktivistengruppen am Tagebau im Hambacher Forst



auch schon in Vorjahren ein stetiger Anstieg der Anzahl und der Gewaltbereitschaft bei Aktionen gegen den Tagebau Hambach im rheinischen Braunkohlerevier beobachtet. Im Jahr 2015 waren eine Steigerung tätlicher Angriffe auf das Werkspersonal und Polizeikräfte sowie erhebliche Sachbeschädigungen, zum Teil mit Anschlagcharakter, zu verzeichnen. An einer mehrtägigen Großaktion mit dem Motto „Ende Gelände“ Mitte August 2015 war neben demokratischen Umweltinitiativen auch die von der linksextremistischen autonomen Szene gesteuerte »Interventionistische Linke (IL)« maßgeblich beteiligt.

Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien beteiligten sich kurdistan-solidarische Gruppierungen der autonomen Szene an Aktionen zur Unterstützung des kurdischen Widerstandes gegen den sogenannten **Islamischen Staat** in Nordsyrien und gegen die türkische Staatspolitik. Neben Demonstrationen, bei denen die Abschaffung des Betätigungsverbots der **PKK** gefordert wurde, engagierten sich autonome Aktivist:innen aus Nordrhein-Westfalen an den von der **MLPD** zum Aufbau eines Gesundheitszentrums in Kobane organisierten Arbeitsbrigaden. Darüber hinaus waren Einzelpersonen aus dem Umfeld der autonomen Szene auch an den Kampfhandlungen kurdischer Milizen in Nordsyrien beteiligt. Eine Aktivistin aus Nordrhein-Westfalen wurde dabei offenbar erschossen, bei anderen Personen liegen Hinweise auf schwere Verletzungen mit bleibenden Körperschäden vor.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Einsatz von Gewalt als politisches Mittel wird kaum noch hinterfragt. Der Anstieg gerade körperlicher Auseinandersetzungen im Umfeld demonstrativer Ereignisse belegt eine über mehrere Jahre andauernde stetige Herabsetzung der Hemmschwelle bei der Gewaltbereitschaft linksautonomer Aktivist:innen in Nordrhein-Westfalen.

Erfolge werden im linksautonomen Spektrum vor allem in einer medialen, möglichst auch internationalen Berichterstattung über Auseinandersetzungen bei Großereignissen gesehen. Zu diesem Zweck besteht weiterhin eine starke Tendenz zur überregionalen und internationalen Vernetzung auch über ideologische Differenzen hinweg. Nordrhein-westfälische Mitgliedsgruppen der linksautonomen Bündnisse **Ums Ganze**, **Kommunistisches Bündnis** und »Interventionistische Linke« haben maßgeblich bei der Mobilisierung für überörtliche Ereignisse auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen mitgewirkt und konnten zahlreiche Aktivist:innen aus Nordrhein-Westfalen für eine Beteiligung an den Aktionen vor Ort gewinnen. Gleichzeitig haben sich die Möglichkeiten für eine kurzfristige, anlassbezogene Mobilisierung zu Einzelthemen über soziale Netzwerke auf örtlicher Ebene etabliert.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_autonome](#)

Auslandsbezogener Extremismus

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe).....	136
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C).....	142
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	146
Tamilische Befreiungstiger (LTTE).....	152

Der Verfassungsschutz beobachtet im nichtislamistischen auslandsbezogenen Extremismus schwerpunktmäßig Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 oder 4 VSG NRW) oder bei denen Anhaltspunkt für den Verdacht einer solchen Bestrebung vorliegen. In diesen Bereichen finden sich Ideologieelemente aus dem Rechtsextremismus (»Ülkücü-Bewegung«) und Linksextremismus (**PKK** und **DHKP-C**) sowie separatistische Bestrebungen (**LTTE**).

Insbesondere das Aktionsverhalten der nichtislamistischen extremistischen Ausländerorganisationen, namentlich das der **PKK** und der **DHKP-C**, wird entscheidend von den Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern und von der angespannten Lage in den kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien und im Irak geprägt. **PKK** und **DHKP-C** versuchen in zunehmendem Maße auch unter Einsatz von Gewalt und Terror, eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse in der Türkei herbeizuführen.

Diese zugespitzte Situation führte insbesondere nach dem Anschlag von Suruc vom 20. Juli 2015, an dem aus Sicht der **PKK** der türkische Staat mitschuldig war, zu einem Anstieg der durchgeführten Demonstrationen und zu einer erkennbaren Erhöhung des Emotionalisierungsgrades vor allem bei jungen **PKK**-Anhänger. Gleichwohl verlief der überwiegende Teil der **PKK**-Demonstrationen auch nach dem Anschlag von Suruc in Nordrhein-Westfalen störungsfrei. Allerdings konnte in einigen Fällen nur durch das Trennen der verfeindeten Gruppierungen

(**PKK**- gegen »Ülkücü«-Anhänger) eine offene Eskalation der Gewalt unterbunden werden. Zudem kam es mehrfach zu Angriffen auf türkische Moscheen, die von »Ülkücü«-Anhängern besucht werden sowie zu einem Angriff auf das türkische Generalkonsulat in Münster.

Dieses verstärkte Aktionsverhalten führt zu Wechselwirkungen, die u.a. auch eine Zunahme von Aktivitäten von »Ülkücü«-Anhängern gegen kurdische Personengruppen und kurdische Einrichtungen auslösten. Im Vergleich zum Jahr 2014 gab es einen deutlichen Anstieg an Demonstrationen und Gegendemonstrationen aber auch an gezielten Angriffen auf **PKK**-Anhänger wie zum Beispiel Angriffe auf kurdische Vereinsheime. Für den Dachverband der vereinsgebunden agierenden »Ülkücüs« »ADÜTDF« ist nach wie vor feststellbar, dass dieser sich darum bemüht, das Image eines eher kulturell tätigen denn politisch agierenden Dachverbandes zu pflegen. Der Dachverband setzt damit auf den Ausbau seiner Strukturen und versucht zugleich insbesondere Jugendliche an sich zu binden und für die nationalistische Ideologie der »Grauen Wölfe« einzunehmen.

Für den Bereich der **LTTE** ist die jährliche Durchführung von Gedenkveranstaltungen zum sogenannten Märtyrergedenken weiterhin einer der wichtigsten Identifikationspunkte ihrer Anhänger. Die seit einigen Jahren beobachtbare Konkurrenz innerhalb der Flügel der **LTTE** hat deutlich abgenommen.

Die **DHKP-C** hat bereits im Jahr 1999 erklärt, in Westeuropa auf den Einsatz von Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele verzichten zu wollen. Diese Zusage hat bislang weiterhin Bestand. In der Türkei hingegen ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch die Organisation nach wie vor aktuell.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.



Sitz / Verbreitung

Die »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)« hat als größter Dachverband der »Ülkücü-Bewegung« ihren Sitz in Frankfurt am Main. In Nordrhein-Westfalen sind rund 70 Vereine unter dem Dachverband der »ADÜTDF« organisiert.

Gründung / Bestehen seit

Die »Ülkücü-Bewegung« hat ihre Ursprünge in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und ging aus der Turkisten- / Turanisten-Bewegung hervor. Die heutige »ADÜTDF« wurde 1978 in Frankfurt am Main als »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.« gegründet. Die Umbenennung in »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.« erfolgte 2007.

Struktur / Repräsentanz

Die »Ülkücü-Bewegung« ist heterogen strukturiert und setzt sich aus mehreren Dachverbänden, unter anderem der »ADÜTDF«, einigen Abspaltungsvereinen sowie dem organisationsungebundenen Teil der sogenannten »Ülkücü-Jugend« zusammen. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Gruppierung stehen islamische, ultranationalistische oder rassistische Inhalte im Vordergrund. Die türkische Nation wird von »Ülkücü«-Anhängern sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als höchster Wert erachtet. Hieraus resultiert ein auf Hegemonie und imperiale Machtentfaltung ausgerichteter türkischer Nationalismus.

Die zur »Ülkücü-Bewegung« zählenden Gruppierungen lassen sich in drei Hauptströmungen unterteilen:

Die erste Strömung richtet ihre Ideologie vorwiegend nach dem Alt-Türkentum aus und ist stark rassistisch geprägt. Die zweite Strömung glorifiziert das Türkentum und verfolgt im Wesentlichen die Ziele der in der Türkei als Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) aktiven Partei. Im Ausland verfügt diese Strömung über Massenorganisationen wie beispielsweise die »ADÜTDF«. Die

dritte Strömung orientiert sich stärker am Islam und den Zielen der in der Türkei aktiven »Büyük Birlik Partisi (BBP)«.

Mitglieder / Anhänger /
Unterstützer 2015

»Ülkücü-Bewegung«: nicht bezifferbar
Vereinsgebundene »ADÜTDF«-Mitglieder:
Bund: circa 7.000 → NRW: circa 2.000 →

Veröffentlichungen

Publikation: »Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)«
Web-Angebot: Für die Verbreitung der Ideologie der »Grauen Wölfe« wird im Internet auf verschiedenen Plattformen wie sozialen Netzwerken und Videoportalen geworben; die »ADÜTDF« verfügt zudem über eine türkischsprachige Homepage.

Kurzportrait / Ziele

Als Graue Wölfe oder »Ülkücüs« werden die Anhänger der im türkischen Parlament vertretenen rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sowie anderer türkisch-nationalistischer Gruppierungen bezeichnet. Je nach Ausrichtung der Gruppierung dominieren islamische, ultranationalistische oder rassistische Inhalte.

Prägend für die Bewegung ist ein übersteigerter türkischer Nationalismus, der mit einer Überhöhung der eigenen Ethnie und einer Abwertung anderer Ethnien gepaart ist. Angestrebt wird die Errichtung einer Großtürkei in den Grenzen des Osmanischen Reiches (sogenannter Panturkismus oder Streben nach türkischer Hegemonie). Gefordert wird hierbei die Wiedervereinigung aller Turkvölker vom Balkan bis nach Zentralasien (Turanismus). Damit einher geht eine rassistische Feindbildorientierung insbesondere gegen Kurden, Armenier, Griechen und Juden.

Der extreme Nationalismus und Führerkult sowie ein antipluralistisches und autoritär geprägtes Gesellschaftsverständnis führen zu der Annahme einer generellen Überlegenheit der „türkischen Rasse“. Der Führerkult spiegelt sich sowohl in einer streng hierarchischen Struktur als auch in der Verehrung des Alparslan Türkes als ewigem Führer (Basbug) wieder. Türkes war Gründer und Parteivorsitzender der MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung), an deren Ideologie und Politik sich insbesondere die »ADÜTDF« orientiert.

Der übersteigerte Nationalismus wird durch Feindbilder deutlich, bei denen allein die ethnische Zugehörigkeit beispielsweise zur kurdischen oder armenischen Volksgruppe als Grund für eine vermutete Feindschaft gegenüber dem Türkentum bewertet wird.



Generell werden Menschen, die als „Gegner“ türkischer Interessen wahrgenommen werden, zu Feinden erklärt. Dabei spielen auch Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit Vorwürfen an die Türkei, 1915 einen Völkermord an Armeniern verübt zu haben, eine Rolle.

Obwohl die Dachverbände der »Ülkücü-Bewegung«, insbesondere die »ADÜTDF«, sich nach außen hin möglichst gesetzeskonform geben, gehen sie von einer Überlegenheit des Türkentums gegenüber anderen Völkern und Staaten aus. Hieraus resultiert unter anderem eine dezidierte Kurdenfeindlichkeit. Die kurdische Identität wird als eine andere, jedoch nicht gleichberechtigte Identität angesehen. Kurden, die sich zum Kurdentum bekennen, werden undifferenziert als **PKK**-Anhänger, Terroristen und Verräter bewertet. Nach diesem ideologischen Verständnis sind Kurden ein seinem Ursprung entfremdetes türk-stämmiges Volk, dessen Bekämpfung gerechtfertigt ist. Diese „Bekämpfung“ äußert sich bei den »Ülkücü«-Anhängern sowohl in verbaler Hetze im Internet als auch in körperlichen Auseinandersetzungen mit dem „Gegner“ beziehungsweise in wechselseitig gewalttätigen Auseinandersetzungen insbesondere bei Demonstrationen. Von den Dachverbänden selbst gehen keine Bekenntnisse oder Aufrufe zur Gewalt aus, sie tragen jedoch als Ideologieträger dazu bei, das Konfliktpotential zwischen Türken und Kurden zu schüren.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge aus zugehörigen Vereinen, Spendengelder und Sponsoring

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Durch ihr extrem nationalistisches Gedankengut bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass die »Grauen Wölfe« Ziele verfolgen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs.2 GG) beziehungsweise das friedliche Zusammenleben der Völker richten und zugleich gegen den in Art 3 Abs.3 S.1 GG garantierten Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Sie erfüllen damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW.

Vereinsgebundene Aktivitäten

Unter dem Dach der »ADÜTDF«, die in Nordrhein-Westfalen mit rund 70 Vereinen und etwa 2.000 vereinsgebundenen Anhängern vertreten ist, finden sich viele Personen, die sich der Vereinsdirektive entsprechend nach außen streng legalistisch geben, insbesondere in der Jugendarbeit aber auf einen Ideologietransfer ihrer extrem nationalistischen Grundeinstellung ausgerichtet sind.

Gleichzeitig verfolgt die »ADÜTDF« als Massenorganisation die Ziele der extrem nationalistischen MHP. Dies zeigt sich im Jahr 2015 besonders deutlich, da die »ADÜTDF« die MHP im Wahlkampf zu den türkischen Parlamentswahlen tatkräftig unterstützte. So hielt der MHP Vorsitzende Devlet Bahçeli am 26. April 2015 im Rahmen der Jahreshauptversammlung der »ADÜTDF« in Oberhausen vor 9.200 Teilnehmern eine Wahlkampfred, die auf reges Interesse insbesondere türkischer Print-, Funk- und TV-Medien stieß. Darüber hinaus organisierte die »ADÜTDF« Reisen zu türkischen Konsulaten, um den wahlberechtigten hier lebenden Türken eine Stimmabgabe zugunsten der MHP zu ermöglichen.

Auch auf von der »ADÜTDF« organisierten Demonstrationen wie zum Beispiel der Düsseldorfer Demonstration vom 3. Mai 2015 zum Gedenken an die Rassismus-Turanismus Prozesse des Jahres 1944 in der Türkei zeigten Demonstrationsteilnehmer MHP Symbole und den für »Ülkücüs« typischen Wolfsgruß.

Auch wenn die »ADÜTDF« sich in öffentlichen Verlautbarungen darum bemüht, das Image eines eher kulturell engagierten als politisch agierenden Dachverbands zu pflegen, zeigt die Wahlkampfunterstützung der MHP und auch das Auftreten des MHP-Vorsitzenden die Nähe zum extrem nationalistischen Gedankengut der Partei.



Gleichzeitig setzt die »ADÜTDF« weiter auf den Ausbau ihrer Strukturen und versucht Jugendliche an sich zu binden. Einen deutlichen Schwerpunkt nimmt in den der »ADÜTDF« zugehörigen Vereinen die Jugendarbeit ein. Gemeinsame Gruppenerlebnisse führen zu Identitätsfindung und Stabilisierung mit „Gleichgesinnten“ und dienen zugleich der Übernahme vermittelter Feindbilder.

Vereinsungebundene Aktivitäten

Bei einem Teil der »Ülkücü«-Anhänger findet derzeit ein Wechsel zu autonomen Aktionsplattformen insbesondere zur Agitation im virtuellen Raum statt. Ohne eine vergleichsweise klare Programmatik werden hier vor allem gemeinsame Feindbilder generiert und gepflegt.

In diesen heterogenen Strukturen wird in teilweise hetzerischer und hasserfüllter Art in entsprechenden Web-Angeboten, Foren und Chats gegen Feindbilder agitiert. Die Verbreitung von gewaltorientierter rassistischer Ideologie auf der Basis eines aggressiven Nationalismus kann in einer Selbstradikalisierung von Jugendlichen münden. Auch hier spielt das „Feindbild Kurde“ eine wesentliche Rolle. So heißt es beispielsweise in einem Hetz-Post auf Facebook: *„Ich rufe hiermit auf, an dem kurdischen Volk ein Genozid auszuüben. Eine systematische Ausrottung dieser minderwertigen ethnischen Gruppe. Ich fordere ebenfalls eine Tötung der Mitglieder der HDP! Des Weiteren fordere ich, mit sofortiger Wirkung einer Verhängung von Maßnahmen, die auf Geburtenverhinderung die innerhalb dieser minderwertigen Rasse gerichtet sind!“*

Die andauernden militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der **PKK** in der Türkei führten im Jahr 2015 in Europa und Deutschland zu Konfrontationen zwischen »Ülkücü«-Anhängern und Kurden. Dabei ist ein Wechsel hin zu gewaltorientierten Aktionsformen auf beiden Seiten feststellbar.

Im Einzelnen:

- ▶ Im Vorfeld des Kurdistanfestivals kam es beim mehrtägigen Marsch der kurdischen Jugendlichen am 2. September 2015 in Remscheid zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit »Grauen Wölfen«. Beide Gruppen waren etwa 80 Teilnehmer stark. Das bestehende Gewaltpotential verdeutlichte sich insbesondere durch gegenseitige Steinwürfe.
- ▶ Nachdem es am 12. September 2015 in Hannover zu Auseinandersetzungen zwischen AKP-Sympathisanten und Kurden gekommen war, konnte am 13. September ein Internetaufruf türkischer Nationalisten zu Demonstrationen in Deutschland, Österreich, Niederlanden und der Schweiz festgestellt werden. Für Nordrhein-Westfalen wurden unter dem Motto „Pro Türkei“ Demonstrationen in Köln und Essen angekündigt. Bei der Essender Demonstration kam es bei einem Aufeinandertreffen von 60 bis 80 Kurden und etwa 150 türkischen Nationalisten zu erheblichen Provokationen, eine Eskalation konnte nur durch erhebliches Polizeiaufkommen unterbunden werden.
- ▶ Am 20. September 2015 kam es in Köln-Mülheim zu einem Angriff türkischer Nationalisten auf ein kurdische Vereinshaus. An diesem Tag versammelten sich 40 bis 50 Personen, teilweise verummmt und mit Baseballschlägern bewaffnet vor dem Vereinsheim. Eine massive körperliche Auseinandersetzung konnte nur durch starke Polizeikräfte unterbunden werden. Der Vorfall hatte Ausstrahlungswirkung auf eine zeitgleich verlaufende kurdische Versamm-

lung in der Kölner Innenstadt, bei der es ebenfalls zu einem Aufeinandertreffen von kurdischen und türkisch nationalistischen Anhängern kam.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nach wie vor ist eine verbale Radikalität im Internet auch hinsichtlich des Aufrufs zu Gewaltausübung insbesondere bei vereinsungebundenen Anhängern der »Ülkücü-Bewegung« feststellbar.

Gewalttätiges Verhalten war in der Vergangenheit nur reaktiv beispielsweise nach Provokationen aus dem kurdischen Umfeld feststellbar. Die derzeitige Lage in der Türkei führt dabei zu einem deutlich verstärkten Aktionsverhalten der »Grauen Wölfe«, zudem hat die Bereitschaft zu Teilnahme an Aktionen insbesondere bei jugendlichen »Ülkücü«-Anhängern zugenommen.

Das Scheitern der Friedensverhandlungen und das Wiederaufflammen von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der **PKK** und dem türkischen Staat sind geeignet, den ohnehin hohen Grad der Emotionalisierung zwischen »Ülkücü«-Anhängern und Kurden weiter zu verstärken.

Es bedarf deshalb einer dezidierten Beobachtung, ob die feststellbare Aggressivität und Hetze ein über die schon bestehende Gewaltneigung hinausgehendes Eskalationspotential entwickelt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_uelkuecue](#)

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Mit ihrem Bestreben gefährdet die **DHKP-C** sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW).

Die **DHKP-C** ist eine Nachfolgeorganisation der in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 verbotenen **Devrimci Sol**. Sie ist selbst in Deutschland seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Seit dem Verbot 1983 werden politische Aktivitäten konspirativ fortgesetzt. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die **DHKP-C** auf die europäische Liste der Terrororganisationen gesetzt.

Der politische Flügel der **DHKP-C** trägt den Namen **Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtulus Partisi – DHKP)**, der militärische Arm der **DHKP-C** hat die Bezeichnung **Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtulus Cephesi – DHKC)**.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **DHKP-C** hat sich auch im Berichtszeitraum an den im Jahr 1999 vom damaligen Generalsekretär Dursun Karatas erklärten Gewaltverzicht für Westeuropa gehalten. In der Türkei hingegen ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch die Organisation nach wie vor aktuell. Dies zeigte sich zuletzt an einem durch Wachsoldaten vereitelten Anschlag mit Handgranaten und einer Schusswaffe am 7. Januar 2015 am Dolmabahce-Palast in Istanbul.

Am 6. Mai 2015 hat der Bundesminister des Innern die wöchentliche Zeitung **Yürüyüş** verboten. Bei durchgeführten Durchsuchungen wurde umfangreiches Beweismaterial sichergestellt, das im weiteren Verfahren ausgewertet wird. Die Tarnorganisation der **DHKP-C**, die »Anatolische Föderation« verurteilte die Maßnahme als einen Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Am 22. Mai 2015 wurde ein mutmaßlicher Führungsfunktionär der **DHKP-C** vom Oberlandesgericht Düsseldorf von dem Vorwurf der Beteiligung an einem Mordanschlag 1993 auf Polizisten in Istanbul freigesprochen. Der Freispruch wurde von der Anhängerschaft in Deutschland als großer Sieg gegen das „Unrechtssystem des Faschismus“ bezeichnet und gefeiert.

Am 28. Juli 2015 verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart drei langjährige Funktionäre wegen der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu mehrjährigen Haftstrafen. Zu den Verurteilten gehörte auch ein Funktionär, der im Bereich Wuppertal tätig gewesen sein soll.

Der **DHKP-C** nahestehende Vereine haben im Jahr 2015 zahlreiche öffentliche Veranstaltungen organisiert. Bei der Mehrzahl dieser Ereignisse war die Teilnehmerresonanz gering. Es waren aber auch einige Großveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.

Afran | Ciwana | Evîndar | Hebûn | Keske | Mîhrîvan

Grup **YORUM**

14.11.2015 | Şemî



0049 | 157 562 90 190



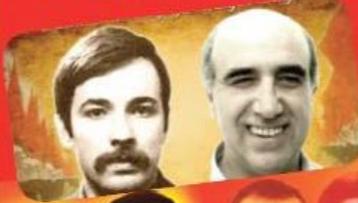
grupyorum.avrupa2015@yandex.com



Grup Yorum 4. Büyük Avrupa Konserti

Flyer und Veranstaltungshinweise der **DHKP-C**

**Şehitlerimizi Anıyor
Umudu Büyütüyoruz**



**30 Mart - 17 Nisan
Devrim Şehitlerini
Anma Günleri**



Vatan topraklarında halkımızın özgürlüğü için,
Yurtdışında, emeğimizle, kimliğimizle
yaşayabilmemiz için... canlarını verdiler.

Yürüyüş ve Miting

**4 Nisan 2015, saat: 13.00, Dortmund
Toplanma Yeri: Haupthahnhof Nordausgang**

Avrupa HALK CEPHESİ

Beispiele für Veranstaltungen:

- ▶ Am 4. April 2015 versammelten sich etwa 300 Anhänger zu einer Kundgebung in Dortmund. Die jährlich zum Gedenken an die ums Leben gekommenen „Märtyrer“ stattfindende Versammlung stand in diesem Jahr im Zeichen der getöteten Attentäter, die am 31. März und 1. April 2015 in Istanbul ums Leben kamen.
- ▶ Mehrere Kundgebungen als Solidaritätsaktion für den in der JVA Essen inhaftierten Funktionär Özkan G., der sich dort im Hungerstreik befand.
- ▶ Am 14. November 2015 wurde in der König-Pilsener Arena in Oberhausen ein Konzert der **DHKP-C** nahen Musikgruppe »Grup Yorum« veranstaltet. Das Konzert sollte als Jubiläumskonzert zum 30-jährigen Bestehen der Gruppe durchgeführt werden. Wegen fehlender Einreisevisa konnten einige Mitglieder der Gruppe aus der Türkei nicht einreisen. Dennoch wurde das Konzert mit etwa 6.000 Teilnehmern durchgeführt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Polizeiliche Exekutivmaßnahmen im Jahr 2015, insbesondere das **Yürüyüş** Verbot und die Maßnahmen gegen das »Grup Yorum« Konzert in Oberhausen, haben zur Verunsicherung der Anhänger der **DHKP-C** in Deutschland geführt. Durch Öffentlichkeitsarbeit in Form von Kundgebungen versuchte die Organisation die eigenen Anhänger zu motivieren, neue Sympathisanten zu finden und Gelder zu generieren. Sie setzte dabei weiterhin auf Themen wie die weitere Strafverfolgung von **DHKP-C**-Aktivisten in Europa und aktuelle Anlässe. Bei verschiedensten Anlässen wird versucht, der deutschen Politik und Gesellschaft einen alltäglichen Rassismus und Faschismus zu unterstellen.

Deutschland dient als wichtiger Rückzugsraum und mögliche Rekrutierungsbasis für die Organisation. Daher ist eine weitere Beobachtung der Aktivitäten durch den Verfassungsschutz notwendig.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_dhkpc](#)

**Arbeiterpartei Kurdistans (PKK);
Volkskongress Kurdistans (KONGRA-
GEL) und unterstützende Organisationen**



Sitz / Verbreitung Sitz im Nord-Irak; In Europa durch wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten vertreten durch **CDK Koordinasyon Civata Ekolojik – Demokratik a Kurd Li Ewropa**

Gründung / Bestehen seit November 1978

Struktur / Repräsentanz Höchste Entscheidungsgremien: **Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK)** mit dem Präsidenten Abdullah Öcalan und den Vorsitzenden Cemil Bayik und Bese Hozat; Generalversammlung der **Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)** mit den Vorsitzenden Hacer Zagros und Remzi Kartal

Mitglieder / Anhänger / Bund: 14.000 ➡ NRW: 2.200 ➡

Unterstützer 2015

Veröffentlichungen Publikationen: unter anderem »Serxwebun (Unabhängigkeit)« (monatlich); »Sterka Ciwan (Stern der Jugend)« (monatlich); »Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)« (monatlich); »Kurdistan-Report« (Auflage bis 15.000); »Yeni Özgür Politika« (täglich)
Fernsehen: aktuell »NUCE TV« und »Mednuce«
Internet: Zahlreiche Internetauftritte verschiedener Organisationen, meist auf regionaler Ebene

Kurzportrait / Ziele Die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**, die heute unter der Bezeichnung **Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)** agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nord-Irak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte. Obwohl seitens der **PKK** immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurden im Nahen Osten.
Im Jahre 1993 erließ das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot für die **PKK** und ihrer Nebenorganisationen. Die

PKK ist zudem auf der EU-Terrorliste verzeichnet.

Bis Ende 2013 vertrat die »Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)« nach ihrem Selbstverständnis unter anderem die politischen Interessen der **PKK** in Deutschland. Sitz der »YEK-KOM« war Düsseldorf. Aufgrund einer bereits im Juli 2013 durch den Dachverband des »Kongresses der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (KCD-E)« beschlossenen Neustrukturierung bildeten sich in vielen deutschen Städten kurdische Gesellschaftszentren, welche die bisher agierenden örtlichen »YEK-KOM«-Vereine ersetzten. Der Vereinsname lautet seitdem »Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«. Auf dem 20. Jahreskongress der »YEK-KOM« im Juni 2014 wurde die Umbenennung der »YEK-KOM« in das »Demokratisch-kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)« beschlossen.

Finanzierung

Jährliche Spendensammlung bei den Anhängern der **PKK**, Erlöse aus Zeitschriftenverkäufen sowie Eintrittsgeldern bei Großveranstaltungen.

Die prekäre Situation der Kurden im Irak und Syrien wirkte sich positiv auf die Spendensammlungen in Deutschland aus. Die Spendenkampagne 2015 erbrachte in Deutschland etwa 13 Millionen Euro und zeigt damit eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (10 Millionen Euro).

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In Westeuropa ist seit Ende März 1996 ein Kurswechsel zu weitgehend gewaltfreiem Verhalten erkennbar. Die **PKK** stellt wegen ihrer fortwährenden Bereitschaft, zu aktionsorientiertem und gewaltbereitem Verhalten zurückzukehren, nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Dies begründet ihre Beobachtung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW.

Ihre Ziele verfolgt die **PKK** in den Kampfgebieten, aktuell insbesondere in Syrien sowie auch in der Türkei, nach wie vor mit Waffengewalt. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

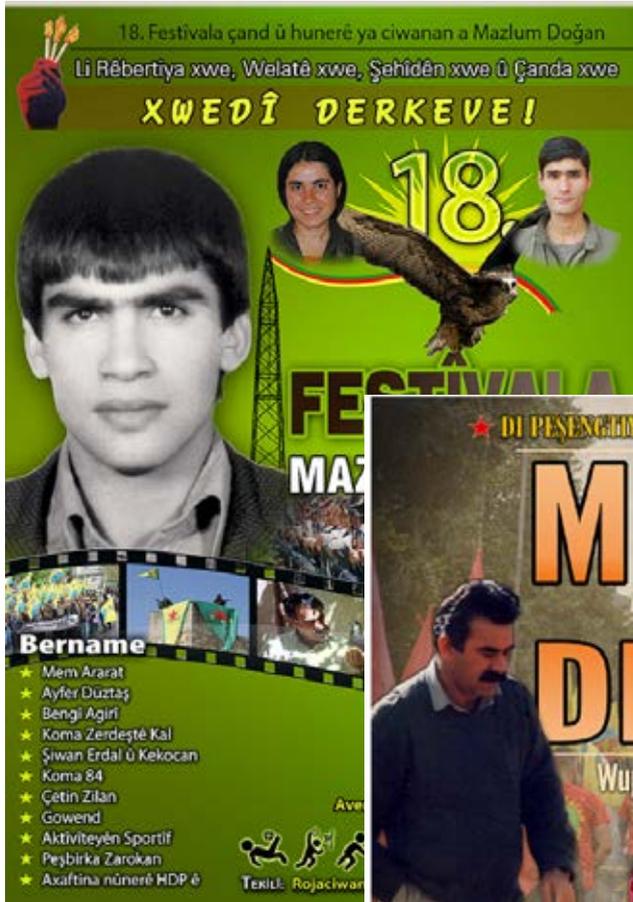
Die Organisation versucht, sich in Nordrhein-Westfalen durch Aktionen, die auf möglichst große mediale Aufmerksamkeit angelegt sind, darzustellen, um eine Anerkennung ihrer politischen Forderungen zu erreichen. Gewalttätig agieren die **PKK** und ihre bewaffneten Guerillaverbände vor allem in den kurdischen Siedlungsgebieten. Neben der Türkei gehören dazu die nordirakische Grenzregion und kurdische Gebiete in Syrien (auch „Rojava“ = Westkurdistan genannt). Die militärischen Auseinandersetzungen in diesen Gebieten nahmen im Jahr 2015 deutlich an Schärfe zu und gipfelten in der Aufkündigung des erklärten Gewaltverzichtes durch die **PKK**. Ausgangspunkt war ein Selbstmordanschlag in der türkischen Stadt Suruc, bei dem am 20. Juli 2015 über 30 Menschen getötet und etwa 100 verletzt wurden. Verantwortlich für den Anschlag war mutmaßlich die Terrororganisation des sogenannten **Islamischen Staates (IS)**, die damit Aufbauhelfer für die umkämpfte Stadt Kobane traf. Unmittelbar nach dem Anschlag in Suruc töteten **PKK** Einheiten türkische Polizisten, die sie der Kollaboration mit dem sogenannten **IS** bezichtigten. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen nahmen daraufhin durch verstärkte Militäraktionen türkischer Streitkräfte gegen kurdische Stellungen und Städte deutlich an Schärfe zu.

Die aktuellen Entwicklungen in den Heimatregionen rufen nach wie vor unmittelbare Reaktionen bei den in Nordrhein-Westfalen lebenden **PKK**-Anhängern hervor. Die Dachverbände und die örtlichen Vereine riefen beinahe wöchentlich zu regionalen oder überregionalen Kundgebungen auf, die in der überwiegenden Mehrzahl störungsfrei verliefen. Vereinzelt gab es Besetzungsaktionen und auch gewalttätige Proteste, wie einen Brandanschlag auf eine Moschee in Köln, zu dem sich die **PKK**-Jugendorganisation bekannte.

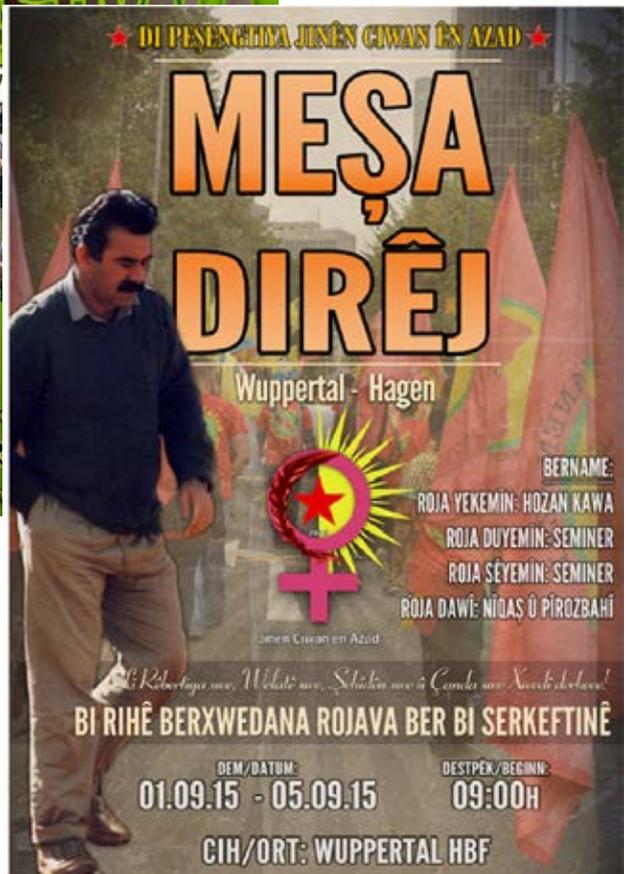
Die Bürgerkriegszustände in den kurdischen Siedlungsgebieten der Türkei und die weiter aktuellen Auseinandersetzungen mit dem sogenannten **IS** im Irak und Syrien nahmen **PKK**-Anhänger zum Anlass, in Deutschland und Nordrhein-Westfalen Solidaritätsaktionen in Form von Demonstrationen zu organisieren, bei denen regelmäßig auch eine Aufhebung des **PKK**-Verbots gefordert wurde. Das **PKK**-Verbot wurde als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet, zumal die **PKK** gegen den gemeinsamen Feind, den sogenannten **IS** kämpfte und die irakischen Peshmerga durch Waffenlieferungen aus Deutschland unterstützt würden.

Folgende weitere Großveranstaltungen fanden 2015 in Nordrhein-Westfalen statt:

- ▶ 21. März 2015, Bonn, Newroz-Fest unter dem Motto „Im Lichte von Kobane zur Freiheit der Völker“, Teilnehmerzahl: circa 17.000.
- ▶ 5. September 2015, Düsseldorf, 23. Internationales Kurdisches Kulturfestival unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Status für Kurdistan“ und „No Pazaran – Wir sagen NEIN zum Krieg“, Teilnehmerzahl: circa 21.000.



Flyer zum Kulturfestival



Flyer zum Marsch der Jugend von Wuppertal nach Hagen

2. Kongreya
Ciwanên Azad

Bi şîara:
“Kapitalizmê Neji û Nede Jiyîn”

Ji Kemal Pir'an heta
Arin Mirkan'an tu ji
xwe azad hike û tevli
kongreya Ciwanên
Azad bibe!

Dem: 28.03.2015 şemî
Seat: 10:00
Adres: Ezgi Center
Stolberger str.317
50933 köln

Flyer zum Jugend-Kongress in Köln

- ▶ 26. Dezember 2015, Düsseldorf, Großdemonstration unter dem Motto „Gegen die Massaker des türkischen Staates an den Kurden“, Teilnehmerzahl circa 15.000.

Vor dem Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und Nordirak konnten in Nordrhein-Westfalen weiterhin verstärkte Bemühungen zur Rekrutierung von Kräften für die dortigen Guerillaeinheiten festgestellt werden. Es wurden vermehrt Kämpfer für die Guerillaeinheiten der **PKK**, die sogenannten **Volksverteidigungskräfte (HPG)**, und die **Volksverteidigungseinheiten (YPG)** rekrutiert, von denen im Berichtszeitraum erstmalig zwei aus Deutschland stammende Kämpfer ums Leben kamen. Verstärkt konnte auch beobachtet werden, dass sich freiwillige Helfer ohne direkten Organisationsbezug auf den Weg in die Krisenregion machten, um dort humanitäre Hilfe zu leisten und sich zum Teil erst vor Ort für eine Kampfausbildung entschieden.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Aufkündigung des Friedensprozesses zwischen der Türkei und der **PKK** wird auch in Europa wahrgenommen und entfaltet seine Auswirkungen bis in die Städte Nordrhein-Westfalens. Weiterhin muss genau beobachtet werden, welchen Resonanzboden die kämpferischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Nordirak zwischen Anhängern des sogenannten **IS**, dem türkischen Staat und den **PKK**- beziehungsweise **PYD**-Anhängern innerhalb Deutschlands erzeugen. Das künftige Demonstrationsgeschehen sowie Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger in Nordrhein-Westfalen wird ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung in den Krisengebieten abhängen. Bislang wurde jedoch hier keine wesentliche Konfrontation zwischen den verfeindeten Parteien festgestellt, wobei es bei Demonstrationen des politischen Gegners (meist nationalistische Türken) mittlerweile regelmäßig zu Gegendemonstrationen und Zusammenstößen kommt. Das Demonstrationsgeschehen und das Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger sind nach wie vor tagesaktuell abhängig von der Entwicklung in den kurdischen Siedlungsgebieten. Es ist jedoch weiterhin davon auszugehen, dass die **PKK**-Anhängerschaft jegliche Art von medienwirksamen Aktionsformen, wie zum Beispiel bereits in der Vergangenheit durchgeführte Besetzungsaktionen von Fernsehanstalten, Flughäfen, Parteienbüros oder Schiffen, durchführen wird. In besonders angespannten Lagen muss auch damit gerechnet werden, dass die kurdischen Aktivisten zu gewaltsamen Aktionen aufgerufen werden und diese auch umsetzen. Ebenso wird auch weiterhin die Forderung nach einer Aufhebung des Betätigungsverbotes der **PKK** verstärkt vorangetrieben.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_pkk](#)

Tamilische Befreiungstiger (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE)



Sitz / Verbreitung	Norden und Osten Sri-Lankas; Verbreitung weltweit mit Schwerpunkt Westeuropa
Gründung / Bestehen seit	1972
Struktur / Repräsentanz	<p>»Tamil Coordination Committee (TCC)« (Hauptsitz Nordrhein-Westfalen in Oberhausen)</p> <p>»Tamil Youth Organization (TYO)« (Sitz in Hamm)</p> <p>»Tamil Rehabilitation Organization e. V. (TRO)« (Sitz in Wuppertal)</p> <p>»Tamil Student Organization e.V. (TSV)« (Sitz in Neuss)</p>
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	<p>Bund: 1.000 ➡</p> <p>NRW: 300 ➡</p>
Veröffentlichungen	<p>Magazin: »AKARAM«</p> <p>Web-Angebote: pathivu.com, eedhesam.com</p>
Kurzportrait / Ziele	<p>Tamilische Befreiungstiger (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE) streben die Errichtung eines von Sri Lanka unabhängigen, sozialistischen, tamilischen Staates im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten der Insel an. Zur Durchsetzung ihrer Forderung nach einem separaten Staat beging die LTTE von 1983 bis 2009 Terroranschläge gegen sri-lankische und indische Ziele im Rahmen eines Guerillakrieges gegen die singhalesische Zentralregierung.</p> <p>Nach Einnahme der verbliebenen von der LTTE kontrollierten Gebiete im Nordosten Sri Lankas konnte die Zentralregierung im Mai 2009 den jahrzehntelangen Bürgerkrieg auf Sri Lanka für sich entscheiden. Bei dieser Schlussoffensive wurden der Führer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, getötet und die Strukturen der LTTE in Sri-Lanka zerstört.</p> <p>Das Hauptziel der LTTE im Ausland besteht darin, Gelder für einen künftigen „Befreiungskampf“ zu beschaffen und die</p>

Versorgung von Flüchtlingen in der Heimat zu sichern. Zudem strebt die Organisation eine politische Anerkennung als legitime Interessenvertretung der tamilischen Volksgruppe an.

Finanzierung

Spenden von im Ausland lebenden Tamilen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In einem 1983 begonnenen Guerillakrieg gegen die singhalesische Zentralregierung unter anderem mit Terroranschlägen gegen sri-lankische und indische Ziele versuchte die **LTTE**, ihre Forderung nach einem eigenen Staat durchzusetzen.

Durch Unterstützung dieser Aktivitäten verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der **LTTE** Bestrebungen, die die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden – sei es durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen.

Wegen der anhaltenden Gewaltaktionen der Organisation in Sri Lanka nahm die Europäische Union die **LTTE** am 29. Mai 2006 in die Liste terroristischer Organisationen auf.

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) in Luxemburg hat dies mit Urteil vom 16. Oktober 2014 aus formellen Gründen für nichtig erklärt. Auf die Frage, ob es sich bei den **LTTE** um eine terroristische Vereinigung handelt, geht das Urteil nicht ein. Das Gericht stellt vielmehr ausdrücklich fest, dass das auf grundlegenden Verfahrensfehlern beruhende Urteil die materiell rechtliche Beurteilung der Frage, ob die **LTTE** eine terroristische Vereinigung sei, unberührt lässt.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nach der vollständigen militärischen Niederlage im Mai 2009 und einer Zerschlagung der **LTTE**-Strukturen sowie der Schwächung ihrer Auslandsorganisationen ist seit Mitte 2010 eine Restrukturierung zu beobachten. Eine Konsolidierung der **LTTE** nahen tamilischen Community scheiterte bis jetzt an inhaltlichen Auseinandersetzungen und persönlichen Zerwürfnissen der beiden Hauptströmungen innerhalb der Organisation.

Das »LTTE Headoffice«, auch »Hauptstelle«, sieht sich als Vertreter einer moderaten Fraktion. Erstmals artikulierte diese Gruppierung im Februar 2011 in einem Internetbeitrag ihre Perspektive der politischen Lösung auf demokratischem Weg.

Die »LTTE International Organisation«, auch »LTTE Internationale Verbindungsstelle«, bildet den so genannten »Hardliner“-Flügel, der sich offen zu einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka bekennt.

Nach Auseinandersetzungen über den internen Führungsanspruch war erstmalig Ende 2013 eine enge Zusammenarbeit der beiden Flügel zu erkennen. Seither ist festzustellen, dass zumindest einige Veranstaltungen gemeinsam organisiert und durchgeführt werden.

Laut dem UN-Menschenrechtsbericht vom 16. September 2015 sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowohl von den tamilischen Rebellen als von den sri-lankischen Streitkräften begangen worden. Daraufhin forderten die Vereinten Nationen, die Errichtung eines Internationalen Sondergerichts, um die Verbrechen aufzuklären.

Am 16. März 2015 demonstrierten 3.000 **LTTE**-Anhänger des europäischen »Tamil Coordination Committees (TCC)« vor dem Sitz der Vereinten Nationen in Genf für die Schaffung eines unabhängigen tamilischen Staates.

Demonstration vor dem Sitz der Vereinten Nationen in Genf am 16. März 2015



Sie forderten die Errichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung angeblicher Menschenrechtsverletzungen während des 30-jährigen Bürgerkrieges in Sri Lanka, insbesondere hinsichtlich der Kampfhandlungen des Jahres 2009. Zudem wurde für den Rückzug des sri-lankischen Militärs aus dem tamilischen Siedlungsgebiet, die Freilassung der politischen Häftlinge und die Aufhebung des dortigen Verbotes der **LTTE** demonstriert.

Am sechsten Jahrestag der militärischen Niederlage, dem sogenannten „Tamils Genocide Day“, demonstrierten etwa 350 der **LTTE** nahstehenden Tamilen am 18. Mai 2015 in Düsseldorf. In einer Gedenkfeier der tamilischen Diaspora wurde an diesem Tag an den der sri-lankischen Regierung vorgeworfenen Genozid an Tamilen während des Bürgerkrieges in Sri Lanka erinnert. Veranstalter waren der »Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland (VETD)« und die »Tamil Youth Organisation – Germany (TYO)«.



Aufruf und Veranstaltung zum „Tamils Genocide Day“ am 18. Mai 2015 in Düsseldorf



Bei dem jährlichen „Heldengedenktag“ am 27. November 2015 in Dortmund gedachten Anhänger der Organisation weltweit in Veranstaltungen der im Kampf für ein unabhängiges Tamil Eelam gefallenen Kämpfer. Der 27. November ist der Geburtstag des ehemaligen **LTTE**-Führers Velupillai Prabhakaran. Zahlreiche Anhänger nahmen an der Großveranstaltung in Dortmund teil. Die jährliche Durchführung derartiger Gedenkveranstaltungen bleibt der wichtigste Identifikationspunkt für die **LTTE**-Anhänger und belegt eine tiefe nach wie vor bestehende Verwurzelung der **LTTE**-Anhänger im bewaffneten Widerstandskampf.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nach der jetzigen Erkenntnislage gibt es weiterhin Anhaltspunkte, dass die beiden **LTTE**-Flügel gemeinsame Veranstaltungen organisieren und sich um eine bessere Koordination bemühen.

Gelänge es der **LTTE** den Konflikt innerhalb ihrer Anhängerschaft über die künftige Ausrichtung – mehrheitlich „Hardlinerflügel“ oder moderate Fraktion – zu lösen, wäre es möglich, dass sich die **LTTE** wieder als einheitliche geführte Organisation präsentiert. Solange sich die moderate Ausrichtung innerhalb der Organisation nicht durchgesetzt hat, bedarf es daher weiterhin der Beobachtung der **LTTE** durch den Verfassungsschutz.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.mik.nrw.de, Web-Link: vs_ltte



Islamismus

Im Fokus: Salafisten nutzen die zugespitzte Flüchtlingslage für ihre Zwecke.....	160
Extremistischer Salafismus	164
Hamas	180
Hizb Allah (Partei Gottes)	182
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT).....	184
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	186
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD)	188
Milli Görüs-Bewegung	190
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung (NKSB)	194
Türkische Hizbullah (TH).....	196

Die Gefährdungslage im Bereich des islamisch motivierten Extremismus in Nordrhein-Westfalen blieb im Jahr 2015 dauerhaft erhöht. Vor dem Hintergrund der Anschläge in Frankreich und Belgien wird deutlich, dass der sogenannte **Islamische Staat** und dessen Sympathisanten tatsächlich in der Lage sind, groß angelegte terroristische Straftaten auch in westeuropäischen Staaten zu planen und durchzuführen.

Die Zahl der Europäer, die nach Syrien ausgereist sind, um sich dort dem Kampf gegen das Assad-Regime und für einen – wie auch immer gearteten – sunnitischen und Scharia-basierten Staat anzuschließen, wird auf 5.000 bis 6.000 Personen geschätzt. Bis Januar 2016 sind 218 Personen aus Nordrhein-Westfalen, darunter 56 Frauen, diesem Ziel gefolgt.

Die größten Gefahren gehen derzeit von Rückkehrern aus Syrien sowie von Personen aus, die sich auch ohne Ausreise aus Deutschland jihadistisch orientieren. Mit islamistisch motivierten Anschlägen ist weiterhin zu rechnen. Die Anschläge in Belgien, Frankreich und Dänemark zeigen deutlich die Ausweitung dieses Konflikts auf Europa und damit auch auf Nordrhein-Westfalen.

Im Januar 2015 wurde im belgischen Verviers ein Netzwerk von Syrien-Rückkehrern ausgehoben, das kurz davor stand, belgische Polizeibeamte zu überfallen und zu töten.

Ebenfalls im Januar 2015 ereignete sich ein Schusswaffenanschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“, das von zwei Brüdern verübt wurde. Hierbei kamen zwölf Menschen ums

Leben. An den beiden Folgetagen wurden von einem weiteren Attentäter ein Polizistin und vier Personen in einem jüdischen Supermarkt getötet.

Im Februar wurden in Kopenhagen von einem Attentäter Schüsse auf ein Kulturzentrum abgegeben. Ein Besucher einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Kunst und Meinungsfreiheit“ wurde hierbei getötet. In der darauffolgenden Nacht erschoss derselbe Attentäter einen Wachmann vor einer Synagoge.

Im November 2015 ereigneten sich in Paris mehrere fast gleichzeitig durchgeführte Terroranschläge. Hierbei wurden über 130 Personen getötet. Der sogenannte **Islamische Staat** bekannte sich kurz darauf zu den Anschlägen und drohte in einem Video auch Deutschland explizit mit ähnlichen Aktionen.

Die Situation in Syrien schürt weiterhin religiöse und ethnische Konflikte auch in Deutschland. Bereits bekannte „Ressentiments“ zwischen Salafisten und Schiiten dehnten sich bereits 2014 auf weitere Gruppierungen wie Jesiden und Kurden aus. Des Weiteren wird die Situation in Syrien dazu genutzt, neue Anhänger und Sympathisanten für die salafistisch-extremistische Idee zu gewinnen – entweder indem zur Solidarität mit Muslimen oder aber zum Kampf im sogenannten **Islamischen Staat** aufgerufen wird.

Für das Jahr 2016 ist innerhalb dieses Extremismus-Bereichs von einer weiteren Steigerung sowohl der Anhängerzahlen als auch der Anzahl gewaltbereiter Salafisten auszugehen. Wie die Anschläge des vergangenen Jahres zeigen, hat sich die Terrorgefahr für Europa und für Deutschland weiter verdichtet.

Die Lage im Nahen Osten ist nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ und aufgrund des Syrien-Konflikts weiterhin äußerst instabil. Es ist mit weiteren Krisen zu rechnen, die mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen haben werden.

Ein weiteres Konfliktfeld, das zusätzlich zur Emotionalisierung bis hin zur Gewaltbereitschaft bei Islamisten führt, sind rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextremistische Kampagnen, die das Thema Salafismus und generell Islamfeindlichkeit für ihre Zwecke nutzen (HoGeSa, Dügida und weitere).

Im Fokus: Salafisten nutzen die zugespitzte Flüchtlingslage für ihre Zwecke

Mit der Flüchtlingsbewegung insbesondere über das Mittelmeer und die Balkanroute hat im Jahr 2015 eine hohe Zahl von Schutz suchenden Personen Deutschland erreicht. Gleichzeitig wird durch die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder eine Steigerung des Hinweisaufkommens verzeichnet. Es werden sowohl Hinweise auf Aktivitäten von Islamisten und vor allem Salafisten vor Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen bearbeitet als auch Hinweise auf vermeintliche Jihadisten unter den Flüchtlingen.

Dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen liegen seit August 2015 mehr als 100 Meldungen über die Kontaktaufnahme von Einzelakteuren, Organisationen und Vereinen des salafistisch-extremistischen Spektrums zu Flüchtlingen und über entsprechende Propaganda – in der Regel im Internet – vor. Extremistische Salafisten suchen gezielt den Kontakt zu muslimischen Flücht-



Extremistische Salafisten rufen zu Spenden auf, die vorgeblich der Flüchtlingshilfe dienen sollen.



lingen und bieten an, diese durch vermeintliche Hilfsangebote zu unterstützen. Sie versuchen unter anderem, sich der steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus Syrien in Deutschland mit Benefizveranstaltungen zu widmen. Es liegen Erkenntnisse vor, dass das Ziel dieser Agitationen nicht die Hilfeleistung selbst ist, sondern die Absicht, neue Anhänger und Sympathisanten zu gewinnen. Etwa 25% der beschriebenen Aktivitäten sind als salafistische Propaganda im Internet mit Aufrufen zu Spenden oder Einladungen zu Veranstaltungen zu verstehen. In den übrigen Fällen versuchten Anhänger des salafistischen Spektrums, konkret persönliche Kontakte zu Flüchtlingen herzustellen, beispielsweise durch die Übergabe von Sachspenden. Ein regionaler Schwerpunkt dieser Aktivitäten ist nicht festzustellen. Die Akteure und Organisationen, die in diesem Zusammenhang auftreten, werden jedoch eindeutig als extremistisch-salafistisch bewertet und im Jahresbericht des Verfassungsschutzes aufgeführt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen eine Informationsbroschüre mit dem Titel „Extremistischen Salafismus erkennen“ als Aufklärungsmaßnahme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Flüchtlingsunterkünften sowie mit der Flüchtlingsarbeit in deren Umfeld betraute Beschäftigte erstellt. Sie unterstützt bei den intensiven Bemühungen, zu informieren und zu sensibilisieren.

Die Aufklärungsmaßnahmen zeigen Wirkung: Nach der Herausgabe der Broschüre ist die Zahl der Hinweise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Flüchtlingsunterkünften gestiegen, die von Anwerbungsversuchen durch salafistische Akteure berichten. Viele Anwerbungsversuche sind durch das inzwischen informierte Personal der jeweiligen Einrichtung unterbunden worden. Begleitend zu den kompakten Informationen in Schriftform fanden und finden flächendeckend Informationsveranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen statt. Sie richten sich gezielt an Beschäftigte in Aufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünften sowie in der Flüchtlingsarbeit. Zielgruppen sind unter anderem die Betreiber der Einrichtungen, sozialpädagogische Fachkräfte sowie alle Personen, die hauptberuflich oder ehrenamtlich mit Flüchtlingen oder unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen



Broschüre des Verfassungsschutzes für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Flüchtlingseinrichtungen

arbeiten. Die Vorträge tragen zu einer weiteren Sensibilisierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei.

Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit dem Zustrom von Flüchtlingen: Unter den Flüchtlingen könnten sich auch Personen aus militanten Gruppen beziehungsweise aus terroristischen Organisationen oder Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung befinden, die auf Flüchtlingsrouten nach Deutschland gelangt sind. So haben Polizei und Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen neben den Hinweisen zur versuchten Kontaktaufnahme von Salafisten mit Flüchtlingen im Jahr 2015 etwa 50 Hinweise darauf erhalten, dass sich unter den Flüchtlingen mutmaßliche Sympathisanten oder Mitglieder jihadistischer Gruppierungen aufhalten sollen.

Auch verschiedene andere Organisationen rufen zu Spenden auf, die angeblich in der Flüchtlingshilfe genutzt werden sollen.

Von diesen Hinweisen, die überwiegend von anderen Flüchtlingen und Asylbewerbern gegeben wurden, haben sich die meisten nicht bewahrheitet. Dennoch hat es bereits konkrete Fälle in NRW gegeben, bei denen auch islamistische Kämpfer über die Flüchtlingsrouten nach Deutschland gekommen sind. Seit Januar 2015 wurde in diesem Sachkomplex in Nordrhein-Westfalen eine einstellige Anzahl von Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es hat zudem einen Anschlag mit Todesfolge in Paris (Flüchtling mit Aufenthalt in Recklinghausen) sowie die Festnahme eines **IS**-Angehörigen in Attendorn (Flüchtlingsunterkunft) gegeben.

Die im Zusammenhang mit den Anschlägen in Paris eingehenden Hinweise über die Reiseroute der Attentäter sind ebenfalls geprüft und Entwicklungen weiter verfolgt worden.

Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, dass die Hinweise zum Teil auf Verwechslungen beruhen. In Einzelfällen gibt es Anhaltspunkte dafür, dass mutmaßliche Jihadisten, die über die Flüchtlingsroute nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, durch den sogenannten **IS** gezielt gesteuert oder zumindest inspiriert waren. Die Sicherheitsbehörden gehen deshalb jedem Hinweis intensiv nach, um möglichen Anschlagplanungen rechtzeitig und wirksam begegnen zu können.

Setzt man die Anzahl der Flüchtlinge, die Nordrhein-Westfalen in 2015 aufgenommen hat (fast 330.000) in Bezug zu der Anzahl der eingegangenen Hinweise (rund 50), zeigt sich, dass es sich hierbei bislang um punktuelle Einzelfälle handelt, die jedoch stets sehr ernst zu nehmen sind.

Extremistischer Salafismus

Sitz / Verbreitung	Alle Regionen Nordrhein-Westfalens, Schwerpunkte in den Ballungszentren des Rheinlands und des Ruhrgebiets
Gründung / Bestehen seit	Ursprung salafistischer Bestrebungen: Historische islamische Strömungen vor allem Saudi-Arabiens und Ägyptens Ursprung Jihadistischer Bestrebungen: Mujahidin-Bewegung der 1980er Jahre in Afghanistan. Nordrhein-Westfalen: Etwa ab 2003 erste gezielte deutschsprachige Aktivitäten
Struktur / Repräsentanz	Die extremistisch-salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen setzt sich aus unterschiedlichen Vereinen, Netzwerken und lokalen Szenen zusammen. Es existiert in Deutschland bisher weder ein Dachverband salafistischer Strukturen, noch eine politische Repräsentanz, wie beispielsweise eine Partei. Entsprechende Versuche sind bislang regelmäßig gescheitert und stoßen auf ideologische Vorbehalte innerhalb der Szene.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Mindestens 2.500  bekannte extremistische Salafisten, davon rund 2.000  politisch und 500  gewaltorientiert
Veröffentlichungen	Verbreitung der Ideologie politisch-extremistischer Netzwerke über eigene Web-Angebote, Blogs und soziale Netzwerke; regelmäßige Informationsstände insbesondere politischer Salafisten
Kurzportrait / Ziele	Der extremistische Salafismus teilt sich ideologisch in zwei Grundströmungen auf: politisch und gewaltorientiert/jihadistisch. Politische Salafisten vertreten eine anti-demokratische und damit verfassungsfeindliche Definition des Islam und streben die Errichtung eines „islamischen“ Staatssystems an. Ihre Hauptaktivität besteht in der Missionierungsarbeit und dem langfristigen Gewinn neuer Anhänger. Gewaltorientierte Salafisten können auch als Jihadisten bezeichnet werden, da sie den Jihad als militärischen Kampf in den Mittelpunkt

ihrer religiösen Vorstellungen stellen. Sie sind gewillt, ihre Vision von einem „islamischen Staat“ auch mit Waffengewalt umzusetzen. Hauptkonfliktfeld für den von diesen Gruppierungen geführten Jihad sind zurzeit Irak und Syrien, wo der „Arabische Frühling“ in einen blutigen Bürgerkrieg umgeschlagen ist. Jihadisten sind jedoch auch gewillt, die aus ihrem Islamverständnis abgeleiteten politischen Ordnungsvorstellungen in Deutschland mit Gewalt umzusetzen und sich für Maßnahmen, die gegen jihadistische Gruppierungen gerichtet sind, auch an Deutschland zu „rächen“. Der Übergang zwischen den beiden ideologischen Strömungen ist fließend.

Finanzierung

Spenden, Kriminalität; Finanzierung religiöser Schriften und von Propaganda-Material teilweise aus dem Ausland

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Extremistische Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie und die Scharia als gottgegebenes Ordnungs- und Herrschaftssystem. Demokratie ist in ihren Augen eine falsche „Religion“. Gesetze können der salafistischen Ideologie zufolge nur von Gott kommen (Prinzip der göttlichen Souveränität) und niemals vom Volk. Die Volkssouveränität als wesentliches Element der Demokratie westlicher Prägung ist demnach unvereinbar mit dem religiös argumentierenden Salafismus.

Vertreter dieser Ideologie behaupten, dass alle gesellschaftlichen Probleme nur durch eine uneingeschränkte Anwendung von Koran und Sunna sowie eine entsprechend strikte Ausrichtung des Lebens gelöst werden können. Dazu zählt die konsequente Anwendung der „Scharia“ nach salafistischer Auslegung.

Sie fordern eine rigide Trennung von Mann und Frau, nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum. Eine gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen wird grundsätzlich abgelehnt. Sie grenzen Frauen auf den heimischen Bereich ein. Berufstätigkeit von Frauen wird abgelehnt. Frauen sollen sich ganz auf den Haushalt und die Kindererziehung konzentrieren. Sie sind nach diesem Wertebild nominell gleichwertig, aber keinesfalls gleichberechtigt.

Die gewaltorientierten Salafisten innerhalb dieses Spektrums propagieren offen „Jihad“ im Sinne eines bewaffneten Kampfes und „Martyrertums“.

Die salafistische Ideologie widerspricht somit in wesentlichen Punkten (Gesellschaftsbild, politisches Ordnungssystem, individuelle Freiheit) den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Darüber hinaus führt sie zur Bildung einer Parallelgesellschaft. Dies birgt

aufgrund der propagierten feindlichen Einstellungen gegenüber der übrigen Gesellschaft ein großes Konfliktpotenzial und gefährdet das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben. Die extrem vereinfachende Ideologie der salafistischen Bestrebungen hat in der Vergangenheit vielfach eine weitere Radikalisierung gefördert. Sie bildet die ideologische Grundlage für eine sich weiterhin vollziehende Ausreisebewegung junger radikalisierter Menschen in den Irak und nach Syrien.

Von den gewaltorientierten Salafisten geht eine tatsächliche Gefährdung für die innere Sicherheit in Deutschland aus. Sie sind bereit, zum Erreichen ihrer Ziele auch in Deutschland schwerste Gewalttaten zu verüben und schrecken dabei auch vor vielfachem Mord nicht zurück. Ihre Vorstellungen von einem „islamischen Staat“ stehen in einem diametralen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland und Europa.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der extremistische Salafismus hat sich im Jahr 2015 im Wesentlichen auf vier Bereiche fokussiert:

Missionierung

Verteilung religiöser Schriften im öffentlichen Raum, Wohnungs-Dawa und Missionierung über Webseiten und in sozialen Netzwerken. Damit wird das Ziel verfolgt, Personen an die Netzwerke heranzuführen, ohne im Vorhinein die extremistische Agenda öffentlich deutlich zu machen.

Hilfsorganisationen

Spendensammlungen für Hilfsaktionen zum Thema Syrien. Unter einem humanitären Label werden Gelder und Sachspenden gesammelt und zum Teil gezielt salafistischen Netzwerken in Syrien zugeführt. Diese Aktionen werden als Gegenmaßnahmen zu angeblich „christlich-missionarischen“ Hilfsaktionen in Syrien wie beispielsweise des Internationalen Roten Kreuzes propagiert.

Gefangenenhilfe

Durch Netzwerke zur Gefangenenhilfe werden Personen der salafistischen Szene betreut, die meist aufgrund von Staatsschutzdelikten vor Gericht stehen oder verurteilt worden sind. Die Betreuung reicht von Besuchen der Prozesstermine bis hin zu „Erbauungsbriefen“ in der Haft. Diese „Hilfe“ verfolgt das Ziel, Reue zu verhindern und Resozialisierungsprozesse zu unterbinden.

Jihadismus

Gewaltorientierte Salafisten (Jihadisten) sind gewillt, ihre Vision eines „Islamischen Staates“ mit terroristischer Gewalt umzusetzen. 2015 waren jihadistische Salafisten vor allem auf den internationalen Jihad in Syrien und im Irak fokussiert, wo sich nach dem „arabischen Frühling“ ein blutiger Bürgerkrieg entwickelt hat.

Die Spaltung der jihadistischen Bewegung in Kern-al-Qaida und ihr nahe stehende Gruppen sowie den sogenannten **Islamischen Staat (IS)**, der aus al-Qaida im Irak hervorgegangen ist, hat sich 2015 weiter verfestigt. Entsprechend der Ausrichtung und Propaganda der von ihnen jeweils präferierten Gruppierung sind Jihadisten auch in Deutschland bereit, wie in verschiedenen anderen europäischen Ländern geschehen, schwere Gewaltverbrechen zu begehen, um den Zielen ihrer Jihadistengruppe zu dienen. Im Zusammenhang mit den im Jahr 2015 begangenen jihadistisch motivierten Anschlägen im Ausland hat die Zahl entsprechender Warnhinweise mit Bezug nach Nordrhein-Westfalen in erheblichem Maße zugenommen.

Zu den vier Themenbereichen konnten im Berichtsjahr im Einzelnen folgende Entwicklungen beobachtet werden:

Entwicklungen im Bereich „Missionierung/Rekrutierung“

Der Begriff „Dawa“ (Aufruf oder Einladung zum Islam) wird von extremistischen Salafisten zur Bezeichnung ihrer Missionierungstätigkeiten genutzt und stellt das grundlegende Betätigungsfeld der Szene dar. Wurden im Jahr 2014 öffentlichkeitwirksam „street-dawa“ (Straßenmissionierung) durchgeführt und Predigten auf Großveranstaltungen gehalten, wick die extremistisch-salafistische Szene im Jahr 2015 zunehmend in den nicht-öffentlichen Raum wie Privaträume und angemietete Hallen oder kleinere Veranstaltungsformen aus. Die Kampagne **Lies!** (Koranverteilung im öffentlichen Raum) lief jedoch wie bisher weiter.

► Pierre Vogel

Der salafistische Prediger Pierre Vogel nahm im Berichtsjahr an diversen Benefiz- und Spendengalas der salafistischen Szene sowie an einem von Sven Lau organisierten Zeltlager teil. Im Gegensatz zu 2014 ist Vogel erheblich seltener aufgetreten. Seine Präsenz im Internet, vor allem in den sozialen Netzwerken, war aber nach wie vor ungebrochen hoch. Er adressierte seine Zuhörerschaft mit diversen Statements auch zu aktuellen Geschehnissen, um seine Botschaften zu verbreiten. Er steigerte sein Engagement in der sogenannten „Wohnungs-Dawa“. Einem ausgesuchten Personenkreis wird dabei



Pierre Vogel bei einer Kundgebung.

die salafistische Ideologie in einem privaten Umfeld in Form von Vorträgen, Gesprächskreisen und gemeinsamen Gebeten näher gebracht. Bei dieser Form der Missionierung wenden sich Szeneangehörige direkt an salafistische Prediger, um sie in Privatwohnungen einzuladen.

► Sven Lau

Der in salafistischen Kreisen ebenfalls populäre Prediger Sven Lau, der dem zwischenzeitlich aufgelösten Netzwerk **Einladung zum Paradies (EZP e.V.)** angehörte, verstärkte neben der seit Jahren praktizierten Missionierung im Internet sein Engagement in der Gefangenenhilfe. Er organisierte eine Kundgebung in Wuppertal unter dem Motto „Solidarität für muslimische Gefangene“ und trat als Redner auf einer gleichgelagerten Veranstaltung in Düsseldorf auf. Ähnlich wie bei Pierre Vogel ist bei Sven Lau die Anzahl der öffentlichen Auftritte rückläufig. Neben Auftritten auf Benefiz- und Spendengalas engagierte Lau sich ebenfalls vermehrt in der sogenannten „Wohnungs-Dawa“. Er hielt Ende des Jahres gemeinsam mit dem Verantwortlichen des Missionierungsnetzwerkes **Siegel der Propheten** ein „Dawa-Seminar“ ab, das speziell für Teilnehmer an Informationsständen konzipiert wurde.

Am 15. Dezember 2015 wurde gegen Sven Lau in Mönchengladbach ein Haftbefehl vollstreckt. Dieser wurde im Rahmen des gegen ihn durch den Generalbundesanwalt in Karlsruhe eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung vom Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erlassen. Lau befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Die Reaktion der Szene auf seine Festnahme hielt sich insgesamt in Grenzen. Die bereits nach seiner Festnahme im Jahr 2014 initiierte Aktion „Free Abu Adam“ wurde wieder aufgegriffen. Aufrufe zu Veranstaltungen hat es aber in diesem Kontext bisher noch nicht gegeben.



Rene Anhuth/ANONews/dpa

Verhaftung von Sven Lau am 15. Dezember 2015

► Verteilen von Koran-Übersetzungen

Das Netzwerk **Die Wahre Religion** um den in Köln lebenden salafistischen Prediger Ibrahim Abou Nagie bildet weiterhin einen Schwerpunkt innerhalb des extremistischen Salafismus. **Die Wahre Religion** ist bundesweit aktiv und betreibt ein eigenes Web-Angebot. Über dort ebenfalls in Erscheinung tretende salafistische Akteure aus Nordrhein-Westfalen sind eindeutig Bezüge zum extremistischen Salafismus erkennbar. **Die Wahre Religion** erregt Aufsehen durch die Verteilung von deutschsprachigen Koranexemplaren unter dem Kampagnentitel **Lies!**.

Die Aktionen sind ähnlich wie bei einem Franchise-System organisiert. Eine Zentralstelle leitet an, die Verantwortlichkeit für die Aktionen vor Ort übernehmen jedoch lokale Akteure. Ihr vorrangiges Ziel ist dabei nicht die tatsächliche Konversion aller in Deutschland lebenden Menschen zum Islam, sondern das Provozieren medialer und staatlicher Reaktionen und die Bindung bereits affiner Anhänger. Nach Selbstwahrnehmung und Darstellung von Salafisten geht es beim Umgang der Behörden und der deutschen Öffentlichkeit mit dem Salafismus um eine vermeintliche „Verfolgung“ aller Muslime in Deutschland. Dies sei Teil eines globalen Krieges „des Westens“ gegen „den Islam“.

In Nordrhein-Westfalen hat es im Jahr 2015 etwa 350 Koranverteilungen gegeben. Die Verteilaktionen werden in sozialen Netzwerken intensiv medial verwertet und beworben. Dabei werden



Auszug der Internetseite **Die Wahre Religion** zur **Lies!**-Kampagne

auch regelmäßig Besucher an den Ständen fotografiert und die Bilder online gestellt. Rund 400 Personen der Szene konnten bislang diesem Netzwerk in verschiedenen Funktionen zugerechnet werden. Damit ist **Lies!** das derzeit mitgliederstärkste Netzwerk im Bereich des extremistischen Salafismus.

Koranverteilungen im Zusammenhang mit der **Lies!**-Kampagne sind eindeutig als salafistisch extremistische Aktionsformen zu bewerten, für sich genommen rechtlich grundsätzlich aber nicht sanktionierbar. Sie dienen einem Heranführen junger Menschen an die extremistische Szene. Ein ordnungsrechtliches Vorgehen gegen diese Aktionsform der „Street Dawah“ gestaltet sich jedoch schwierig, da die Verteilungen in der Regel zwar Ausdruck einer extremistischen Gesinnung sind, aber nicht unmittelbar zu strafbaren Handlung und einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung führen.

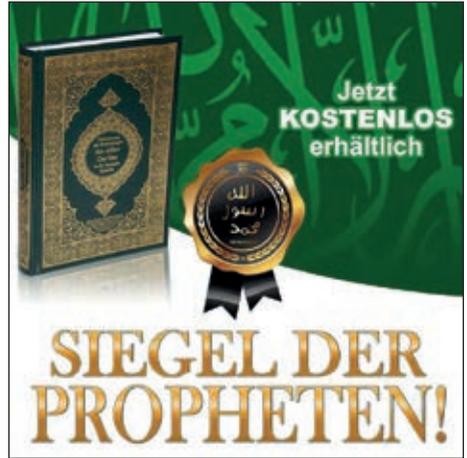
Neben **Lies!** hat sich in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Koranverteilungsnetzwerk gebildet. Unter dem Namen **Das Siegel der Propheten** existiert ein Netzwerk, das schwerpunktmäßig im Raum Düsseldorf agiert. Als „Siegel der Propheten“ wird der von den Muslimen als Prophet Mohammed verehrte Religionsstifter des Islam bezeichnet. Bei diesem Netzwerk handelt es sich um eine Abspaltung von **Lies!**. Im Unterschied zu **Lies!**-Ständen werden andere religiöse Schriften unter dem ebenfalls extremistisch-salafistischen Label **Way to Allah** (Der Weg zu Allah) verteilt.

Bestehende Streitigkeiten zum **Lies!-Netzwerk** wurden im Herbst 2015 beigelegt und der Expansionskurs wurde im Dezember wiederbelebt. Verteilaktionen fanden unter anderem in Hannover und Hamburg statt.

Entwicklungen im Bereich „Hilfsorganisationen“

Netzwerke für die Syrienhilfe

Nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ in Syrien herrscht dort noch immer ein blutiger Bürgerkrieg, der vor allem die Zivilbevölkerung trifft. Der Konflikt erstreckt sich durch die Involvierung des sogenannten **Islamischen Staates** auch auf den Irak und ermöglichte den Aufstieg



Symbol der Kampagne „Siegel der Propheten“. Die Gestaltung lässt eine Ähnlichkeit zur **Lies!**-Kampagne erkennen.

diverser jihadistischer und al-Qaida-naher terroristischer Gruppierungen. Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung gibt grundsätzlich keinen Anlass zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Sammel- und Hilfsaktionen extremistisch-salafistischer Netzwerke, die bei der Spendensammlung eine Neigung zu jihadistischen Gruppierungen in Syrien erkennen lassen, werden jedoch in Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz beobachtet.

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass Gelder, die im Rahmen von Benefizveranstaltungen und Sammelaktionen dieser Netzwerke zusammengetragen werden, teilweise gezielt salafistischen oder sogar terroristischen Netzwerken in Syrien zugehen. Die Gelder verbleiben zum Teil auch in Deutschland und werden hier zur Netzwerkpflge zweckentfremdet. Die nachfolgend genannten Organisationen stehen aufgrund von gewichtigen Anhaltspunkten im Verdacht, sich nicht ausreichend von jihadistischen Gruppierungen zu distanzieren.

► Ansaar International

Bei dem im Jahr 2012 in Düsseldorf gegründeten Verein **Ansaar Düsseldorf e.V.** handelt es sich dem eigenen Verständnis nach um einen Hilfsbund zur Unterstützung notleidender Glaubensgeschwister im In- und Ausland. Der Verein führt auch die Bezeichnung **Ansaar International e.V.** Er ist fest mit der deutschen Salafisten-Szene verwoben. **Ansaar Düsseldorf e.V.** unterstützt Hilfsprojekte für bedürftige Muslime weltweit. Innerhalb Deutschlands verfügt die Organisation über mehrere sogenannte „Ansaar International Teams“, die im Namen des Vereins Spenden sammeln, Werbeaktionen durchführen und im Internet mit eigenen Facebook-Auftritten für sich werben. Mitglieder von **Ansaar Düsseldorf e.V.** treten regelmäßig an Informationsständen zum Islam und bei Aktionen zur Verteilung des Korans in Erscheinung.



Spendenaufwurf von **Ansaar International** bei Facebook

Nach eigener Darstellung ist der Verein derzeit in Syrien, Somalia, Marokko, Burma, Indonesien, Tschetschenien, Libanon, Ghana, Afghanistan, Palästina, Thailand und Deutschland aktiv. Der Bau von Moscheen, Schulen und Brunnen sowie Hilfe für Witwen und Waisen sollen laut eigener Aussage zu den grundlegenden Aktivitäten des Vereins gehören. Aktive Nothilfe werde für „Geschwister“ durch Lieferung von Lebensmitteln, Medizin und auch Krankenwagen in Kriegsgebiete geleistet. In Deutschland liege der Schwerpunkt der Aktivitäten auf der Dawa-Arbeit und der Hilfe für in einer akuten Notlage befindliche Menschen.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand fokussiert sich **Ansaar International e.V.** auf humanitäre Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung. Der Verein unterhält eigenen Angaben zufolge derzeit mehr als 20 Lebensmittellager in Syrien. Zudem betreibe **Ansaar International** ein Krankenhaus in Aleppo und ein Facharztzentrum (Ansaar Medical Clinic) in Idlib.



Auch wenn im Zuge kritischer Berichterstattung in den Medien eine Verbindung zum extremistisch-salafistischen Spektrum vermieden werden sollte, wurden bei Spendensammlungen international bekannte und angesehene salafistische Prediger als besondere Attraktionen eingebunden. Auch das Streben nach Anerkennung als gemeinnützige Organisation ist als Teil eines vordergründigen Legalisierungskurses zu verstehen. Im Internet finden sich hingegen keinerlei Distanzierungen zu extremistisch-salafistischen Predigern oder den Inhalten ihrer Predigten. Vielmehr haben entsprechende Veranstaltungen und Kontakte auch im Jahr 2015 stattgefunden. Somit ist **Ansaar Düsseldorf e.V.** weiterhin als Bestandteil der extremistisch-salafistischen Szene zu werten.

Eine Distanzierung vom sogenannten **Islamischen Staat** geht einher mit der grundsätzlichen Bejahung der vom **IS** abgespaltenen und heute al-Qaida nahen Gruppierung **Jabhat al-Nusra (JaN)**. Die Zustimmung zur „Befreiung“ Idlibs durch die **JaN** und das Betreiben eines Ärztezenentrums dort deutet beispielsweise auf eine Nähe zur **JaN** hin. Hilfeleistung in einem von einer jihadistischen Gruppierung kontrollierten Gebiet ist nicht ohne die Zustimmung und das Einverständnis der örtlichen Machthaber möglich.

► Helfen in Not

Der im Jahr 2013 gegründete Verein **Helfen in Not (HiN)** – vormals mit Sitz in Neuss – bezeichnet sich als Hilfsverein zur Unterstützung notleidender Muslime. Im Vordergrund seiner Aktivitäten steht die Hilfe für vom Bürgerkrieg betroffene Menschen in Syrien. Bei allen Aktivitäten des Vereins in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet zeigt sich jedoch die feste Einbindung in die salafistische Szene, in der auch der „Kampf gegen die Feinde des Islams“, also der militante Jihad, gutgeheißen wird. Im Berichtsjahr 2015 lieferte **HiN** weiterhin medizinische Güter und Kleidung nach Syrien.



Nach Kündigung der bisherigen Räume in Neuss ist der Verein derzeit ohne festen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Ein offenes Vereinsleben gestaltet sich nach dem Wegfall dieser Anlaufadresse schwierig. Trotzdem sind umfangreiche Aktivitäten und Reisebewegungen – insbesondere des Vereinsvorsitzenden – zu verzeichnen.

► Medizin mit Herz

Der Verein **Medizin mit Herz** (vormals aktiv unter dem Namen **Medizin ohne Grenzen**) ist im Sommer 2013 gegründet worden und hat seinen Sitz aktuell in Hennef. Der Verein sammelt Hilfsgüter und Krankenwagen für vordergründig humanitäre Zwecke in Syrien. Durch seine Aktivitäten hat er Bezüge über die Region Bonn hinaus auch in andere Bundesländer. Akteure, die für den Verein tätig sind und für ihn werben, können der salafistischen Szene im Raum Bonn zugerechnet werden. Auf dieser Grundlage werden der Verein und seine Aktivitäten durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet. Eine wesentliche Änderung hinsichtlich handelnder Personen und der grundsätzlichen Ausrichtung war im Jahr 2015 nicht erkennbar. **Medizin mit Herz** arbeitet aktuell auch mit Personen und Organisationen in Syrien zusammen, die vor Ort logistische Aufgaben erfüllen.



Entwicklungen im Bereich „Gefangenenhilfe“

► Bernhard Falk

Der ehemalige Linksterrorist Bernhard Falk widmet sich wie in den vergangenen Jahren auch der Gefangenenhilfe. Über soziale Netzwerke ruft er regelmäßig zur Unterstützung der vermeintlichen „muslimischen politischen Gefangenen der BRD“ auf. Er teilt dabei mit, in welchen Justizvollzugsanstalten sie einsitzen, beziehungsweise vor welchen Gerichten die entsprechenden

Prozesse stattfinden. Es wird sowohl um Kontaktaufnahme mit den „Geschwistern“, beispielsweise durch Besuche oder Briefsendungen, als auch um Spenden gebeten. Darüber hinaus besucht Falk regelmäßig die Gerichtsverhandlungen, berichtet ausführlich über den Prozessverlauf und teilt seine Einschätzungen zum Verfahrensstand mit. Über die Unterstützungsaufrufe im Internet hinausgehend verteilt Falk auf einschlägigen Veranstaltungen der salafistischen Szene Flyer, um auf die Situation der „muslimischen Gefangenen in der BRD“ aufmerksam zu machen.

Der Gefangenenbetreuung kommt mittlerweile – nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Zahl der Strafverfahren gegen jihadistische Salafisten – in der extremistisch-salafistischen Szene eine besondere Stellung zu. Neben der bloßen Darstellung der Geschehnisse soll auch die Verbundenheit mit der Szene gestärkt und somit eine Abkehr von der salafistischen Ideologie verhindert werden.

Bernhard Falk bezieht deutlich Position gegen den sogenannten **Islamischen Staat**, gibt aber immer wieder positive Statements zu al-Qaida-Gruppierungen ab, die noch zum ursprünglichen Netzwerk des Aiman al-Zawahiri, dem Nachfolger Usama Bin Ladens, gezählt werden können. Insofern ist Bernhard Falk zumindest ideologisch als Jihadist einzuordnen, der durch seine Gefangenenbetreuung einer möglichen Resozialisierung Gleichgesinnter vor, während und nach der Straftat aktiv entgegenwirkt.

Er unterstützt beispielsweise massiv die Kampagne „Free Umm Luqman“. Diese Kampagne bezieht sich auf die deutsche und polnische Staatsangehörige Karolina R. – alias Umm Luqman –, die wegen Unterstützung der ausländischen terroristischen Vereinigung **Islamischer Staat** am 24. Juni 2015 zu drei Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt wurde. Im Jahr 2013 hielt sich Karolina R. mit ihrem Ehemann nach islamischem Recht und dem im Jahr 2012 geborenen gemein-



Auszug aus dem Internetauftritt von Bernhard Falk

samen Sohn in Syrien auf. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland Ende 2013 führte sie Sachmittel- und Spendensammlungen durch. Sie tätigte im Februar 2014 in mindestens fünf Fällen Überweisungen an ihren noch in Syrien befindlichen Ehemann zur Unterstützung des **IS**.

Entwicklungen im Bereich „Jihadismus“

► Tauhid Germany

Am 26. März 2015 wurde die Organisation **Tauhid Germany (TG)** vom Bundesminister des Innern in Deutschland verboten. Unter der Bezeichnung **Tauhid Germany** (zeitweise auch **Tauhid Deutschland**) firmierte eine Gruppe, die sich zur Verbreitung salafistischer Propaganda im Internet zusammengeschlossen hatte und die starke Bezüge zum Jihadismus erkennen ließ. Die Aktivitäten von **TG** kamen nach den Verbotsmaßnahmen zum Erliegen. Einer der beiden Hauptakteure von **TG** floh nach dem Verbot der Organisation in die Türkei und entzog sich dadurch einer Haftstrafe, zu der er wegen der Ausschreitungen in Solingen im Mai 2012 verurteilt worden war.

► Ehemaliges Umfeld von Millatu Ibrahim

Die beiden Rädelsführer der im Jahr 2012 verbotenen Vereinigung **Millatu Ibrahim (MI)** Mohammed Mahmoud und Dennis Cuspert, die sich dem sogenannten **Islamischen Staat** angeschlossen haben, betrieben im Berichtsjahr weiterhin Propaganda über das Internet.

Im August 2015 erschien ein offizielles Propagandavideo der Medienstelle des **IS** im Internet. Erstmals wendet sich ein deutschsprachiges Video explizit an Deutschland und Österreich. Im Verlauf des Videos wird die Hinrichtung zweier durch den **IS** gefangen genommener syrischer Soldaten gezeigt. Bei einem der **IS**-Kämpfer, die im Video zu sehen sind, handelt es sich um den bis zu seiner Ausreise in Königswinter wohnenden Yamin Houssein A. Z., der mutmaßlich im Dezember 2014 nach Syrien ausgereist ist.

Auch der ehemalige **MI**-Protagonist Christian Emde alias Abu Qatadah sorgte aufgrund eines von einem bekannten deutschen Journalisten geführten und stark verbreiteten Interviews im irakischen Mossul für mediales Echo. Emde bekannte sich unmissverständlich zum **Islamischen Staat**.



► Lohberger Gruppe

Bislang konnten rund 30 Personen identifiziert werden, die der salafistischen Szene Lohberg zuzuordnen sind beziehungsweise waren.

Gegen mehrere dieser Personen sind aktuell staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren anhängig. Etwas mehr als ein Dutzend Mitglieder der sogenannten **Lohberger Gruppe** sind nach Syrien ausgewandert. Vier davon sind vor einem möglichen Kampfeinsatz wieder zurückgekehrt.

Einige Personen scheinen sich zumindest anfangs gemeinsam unter der Bezeichnung „Brigade Lohberg“ in Syrien aufgehalten zu haben. Diese Bezeichnung wurde durch Internet-Propaganda bekannt gemacht und suggerierte die Existenz einer zusammenhängenden deutschsprachigen Gruppe. Über die reine Propaganda hinaus sind keine Aktionen dieser vermeintlichen „Brigade“ bekannt geworden. Eine Ausstrahlung in die verbliebene Szene in Lohberg hinein konnte nicht festgestellt werden. Ebenso wenig sind neue Verlautbarungen der „Brigade“ bekannt geworden.

Informationen über die Gruppe legen nahe, dass die Mitglieder sich dem sogenannten **Islamischen Staat** in Syrien angeschlossen haben und sich im Laufe der Zeit anscheinend verteilt und in verschiedenen Regionen in Syrien beziehungsweise dem Irak aufgehalten haben.

Der aus Dinslaken stammende Philip B., alias Abu Usama al-Almani, wurde in der Vergangenheit als ein Hauptprotagonist der **Lohberger Gruppe** eingeschätzt. Er bekannte sich als einer der ersten in einem im Internet veröffentlichten Video zum **Islamischen Staat** und legte ein Gelübde auf „den Kalifen“ al-Baghdadi ab. Eine im Internet und medial verbreitete Mitteilung besagte, dass eine Person mit Namen Abu Usama al-Almani durch ein Selbstmordattentat zum „Märtyrer“ geworden sei. Ob es sich dabei tatsächlich um Philip B. handelt, kann der Verfassungsschutz NRW nicht mit letzter Gewissheit bestätigen. Auffällig ist, dass seitdem keine weiteren Bekenntnisse des Philip B. öffentlich geworden sind.

Der ebenfalls aus Dinslaken stammende Mustafa K. wurde einer größeren Öffentlichkeit durch ein im Februar 2014 im Internet veröffentlichtes Foto bekannt, das ihn mit geköpften mutmaßlichen kurdischen Kämpfern in Nord-Syrien zeigt. Mustafa K. soll Ende 2014 bei Kampfhandlungen getötet worden sein.

Mit der Ausreise von rund einem Dutzend Hauptprotagonisten scheint der wesentliche Kern der Gruppe Dinslaken verlassen zu haben. Allerdings sind weitere Salafisten in Dinslaken und Duisburg bekannt, die in einem Kennverhältnis zu den Ausgewanderten standen beziehungsweise, ohne Syrien erreicht zu haben, zurückkehrten. Es besteht somit weiterhin die Gefahr, dass sich zukünftig Personen aus der Region radikalisieren und ebenfalls versuchen, auszureisen.

Nils D., ein Mitglied der **Lohberger Gruppe**, wurde nach seiner Rückkehr aus Syrien im Januar 2015 festgenommen. Im Januar 2016 hat beim OLG Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen

ihn begonnen, in deren Verlauf Nils D. umfassend zu seiner Mitgliedschaft im sogenannten **Islamischen Staat** aussagt. Auf diese Weise können zahlreiche Hinweise zu Radikalisierungsverläufen innerhalb der deutschen Extremisten-Szene und zur Situation auf dem Gebiet des sogenannten **Islamischen Staats** gewonnen werden.

► Al-Shabab

Am 8. und am 20. September 2014 hat der Generalbundesanwalt mehrere Personen am Flughafen in Frankfurt am Main festnehmen lassen. Sie werden beschuldigt, sich als Mitglieder an der ausländischen terroristischen Vereinigung **al-Shabab** beteiligt zu haben. Sie sollen im Jahr 2012 von Deutschland aus nach Somalia gereist sein, um sich **al-Shabab** anzuschließen. Dabei sind sie dringend verdächtig, in einem Lager der Terrororganisation eine Ausbildung im Umgang mit Schusswaffen und Handgranaten durchlaufen und in der Folge an Einsätzen der Terrororganisation teilgenommen zu haben. Zwei Beschuldigten wird zudem vorgeworfen, die Absicht verfolgt zu haben, sich dem sogenannten **Islamischen Staat** anzuschließen. Am 9. März 2015 erhob die Bundesanwaltschaft vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main Anklage.

Die radikal-islamische **al-Shabab** hat sich zu dem am 26. Juli 2015 verübten Selbstmordanschlag auf das Al-Jazeera Palace Hotel in Somalias Hauptstadt Mogadischu bekannt, das von vielen Diplomaten und Regierungsbeamten genutzt wurde. Der aus Bonn stammende 30-jährige Abdirezak B. hat einen mit Sprengstoff beladenen LKW zur Explosion gebracht. Neben dem Selbstmordattentäter kamen mindestens weitere 15 Menschen ums Leben. B. war 2012 zunächst über Ägypten nach Somalia ausgereist, um sich dort der **al-Shabab** anzuschließen. Er gehörte in Deutschland einer Gruppe radikaler Somalier an, die als „Deutsche al-Shabab“ bekannt waren. Mehrere weitere Mitglieder reisten in den vergangenen Jahren nach Somalia aus, um für die **al-Shabab** zu kämpfen.

Nach Verlautbarung der **al-Shabab** war der Anschlag „die Vergeltung für die Tötung dutzender unschuldiger Zivilisten bei Angriffen äthiopischer Truppen auf Lager der Miliz im Süden Somalias“.

Al-Shabab bekämpft seit Jahren die somalische Regierung sowie Truppen der Afrikanischen Union. Sie verantwortet zudem mehrere schwere Anschläge in Kenia.

Gegen den deutschen Staatsangehörigen Andreas Martin M. (alias Ahmed Khaled M.) führt der Generalbundesanwalt seit Juni 2015 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im außereuropäischen Ausland (**Al-Shabab**). M. soll an Anschlägen auf eine Kirche in Nairobi (2012), auf das kenianische Einkaufszentrum „Westgate“ in Nairobi (2013) und auf eine Militärbasis in Kenia (2015) beteiligt gewesen sein.

M. wird mittlerweile mit Fahndungsplakat und der Ausschreibung einer Belohnung von 10 Millionen Kenia-Schilling (rund 90.000 Euro) gesucht.



Öffentliche Fahndung nach dem deutschen Staatsangehörigen Andreas Martin M.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der extremistische Salafismus findet in seinen verschiedenen ideologischen Ausprägungen auch in Nordrhein-Westfalen weiterhin Zulauf von meist jungen Menschen.

Durch den Fortgang des brutalen Bürgerkrieges im Irak und in Syrien sowie der kriegerischen Konflikte in weiteren Teilen der islamischen Welt bestehen staats- und regierungsfreie Räume. Dies bietet Terrorgruppierungen mit jihadistischer Ideologie die Möglichkeit, ihren Machtbereich in diesen Freiräumen zu etablieren. Ihre militärischen Erfolge und ihre im Internet verbreitete Selbstinszenierung als „mustergültige islamische Staaten“ erhöhen deren Attraktivität in der hiesigen salafistischen Szene. In der Folge wird der Drang zur Ausreise fortbestehen mit dem Ziel, sich diesem extremistisch-salafistischen Modell anzuschließen. Damit steigt gleichzeitig die Zahl derer weiter an, die mit Kampfausbildung und -erfahrung potenziell wieder zurückkehren und über deren Rückkehrmotive zuerst einmal nur spekuliert werden kann. Die hierdurch entstandenen und noch entstehenden Risiken für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen sind schwer kalkulierbar.

Ausgereiste Jihadisten erhalten in den „befreiten Gebieten“ des sogenannten **IS** eine Ausbildung an Waffen. Sie können mit gleichgesinnten Personen aus Europa und anderen Teilen der Welt Netzwerke knüpfen und beispielsweise Anschlagpläne gegen westliche Ziele entwickeln. Dies

zeigen die zurückliegenden Ereignisse in Frankreich, Belgien und Dänemark sowie konkrete Drohungen, die Deutschland als Anschlagziel benennen. Der zunehmende Druck auf den sogenannte **IS** und die damit einhergehenden militärischen Niederlagen erhöhen die Anschlaggefahr in Europa zusätzlich. Erfolgsnarrative, die die Einheit des sogenannten **IS** beschwören, werden durch die Ausführung von Anschlägen auf Ziele in der westlichen Welt untermauert.



Drohvideo des **IS**, in dem Deutschland ausdrücklich als Angriffsziel genannt wird.

Als Rückkehrer mit Terrorausbildung und Kampferfahrung stellen die Jihadisten eine langfristige Gefahr dar. Auch wenn sie eine Zeit lang nicht auffällig sein sollten, bleiben sie dennoch potentiell gewaltbereit. Dies wird in Zukunft eine große Herausforderung für die deutschen Sicherheitsbehörden darstellen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: vs_extsalaf



Sitz / Verbreitung	Hauptsitz der Vereinsstrukturen in Berlin, Aktivitäten auch in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern
Gründung / Bestehen seit	1987
Struktur / Repräsentanz	In Deutschland repräsentiert durch die Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD).
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	NRW: 65 →
Veröffentlichungen	Englisch- und arabischsprachiges Web-Angebot der Hamas-Kernorganisation; zeitweise deutschsprachige Seite der PGD auf Facebook.
Kurzportrait / Ziele	Die sunnitische Hamas (Arabische Abkürzung für: „Bewegung des islamischen Widerstandes“) hat sich aus dem palästinensischen Teil der Muslimbruderschaft entwickelt und wurde mit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987 aktiv. Das vorrangige politische Ziel der Hamas ist die „Befreiung“ Gesamtpalästinas und damit implizit die Auflösung Israels als eigenständiger Staat. Das Existenzrecht Israels wird nicht anerkannt, auch wenn moderate Hamas-Politiker dies in der Vergangenheit unter bestimmten Bedingungen bei Verhandlungen in Aussicht stellten.
Finanzierung	In Deutschland: Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **Hamas** ist eine terroristische Organisation, verfügt aber neben ihrem paramilitärischen Arm, den **Izzedin Al-Qassam-Brigaden**, über eine Partei und ein soziales Hilfswerk. Sie ist für zahlreiche Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet verantwortlich. Die Feindschaft gegenüber Israel wird begleitet von einem virulenten Antisemitismus, der auch in der Charta der **Hamas** deutlich zum Ausdruck kommt. Als weiteres Ziel verfolgt die **Hamas** die

Errichtung eines „islamischen Staates“, gestützt auf die Ideologie der **Muslimbruderschaft**. Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz stützt sich auf § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Am 25. April 2015 fand in Berlin die 13. Europakonferenz des **Hamas-nahen Palestinian Return Center (PCR)** statt. An ihr nahmen bis zu 12.000 Personen teil. Das Motto der Veranstaltung war „Palästinenser Europas und das palästinensische Nationalprojekt“. Organisator der Konferenz war **PCR** in Zusammenarbeit mit der **Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)**. Wesentliche Themen waren unter anderem Schilderungen der Lage in Gaza sowie der Situation der palästinensischen Flüchtlinge in Syrien.



Symbol des Palestinian Return Center

Der fortwährende Nahost-Konflikt zwischen Israel und der Hamas im Gaza-Streifen prägt im Berichtszeitraum weiterhin die Aktivitäten der Hamas. In Deutschland lebende Hamas-Anhänger initiierten mit Unterstützung der PGD zahlreiche Demonstrationen. In Nordrhein-Westfalen fanden Veranstaltungen unter anderem in Dortmund, Essen, Düsseldorf, Bonn und Wuppertal statt.

Obgleich die Teilnehmenden teilweise hoch emotionalisiert waren, verliefen die Demonstrationen weitgehend ohne größere Zwischenfälle.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die hier lebenden **Hamas**-Anhänger betrachten Deutschland als Rückzugsraum. Sie haben daher grundsätzlich kein Interesse an einem gewalttätigen Verlauf von Demonstrationen.

Durch die anhaltenden Spannungen im Nahost-Konflikt kann aber grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass es in Zukunft im Falle einer militärischen Zuspitzung des israelisch-palästinensischen Konfliktes Demonstrationen mit Gewaltpotential von stark emotionalisierten jugendlichen Palästinensern gegen israelische, jüdische oder auch amerikanischen Einrichtungen kommt.

Zu gezielt gesteuerten Gewaltaufrufen von der **Hamas** nahen Organisationen und Vereinen in Deutschland liegen keine Erkenntnisse vor.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_hamas](#)

Hizb Allah (Partei Gottes)



Sitz / Verbreitung	Zentren in Münster und Hamburg
Gründung / Bestehen seit	1982
Struktur / Repräsentanz	Seit 20 Jahren ist das Islamische Zentrum (Imam-Mahdi-Zentrum) Münster Plattform und Begegnungsstätte für Anhänger in Nordrhein-Westfalen und dem Westen Deutschlands. Weitere Schwerpunkte: Essen/Bottrop, Dortmund und Bad Oeynhausen.
Mitglieder / Anhänger /	100 →
Unterstützer 2015	
Veröffentlichungen	Mehrsprachige Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	Die paramilitärische schiitische Hizb Allah formierte sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen im Libanon. Organisatorisch knüpft sie unmittelbar an die iranische Intervention im libanesischen Bürgerkrieg an.
Finanzierung	In Deutschland: Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Unter iranischem Einfluss in Form finanzieller und logistischer Unterstützung strebte die **Hizb Allah** in den ersten Jahren die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Muster auf libanesischem Boden an. Sie wurde zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten, die bis heute über ein umfangreiches Waffenarsenal – einschließlich schweren Kriegsmaterials – verfügt. Die Organisation hat sich im weiteren Verlauf auf eine pragmatische, auf die Festigung ihres Einflusses bedachte Linie hin ausgerichtet. Dem Ziel ein anerkannter politischer und gesellschaftlicher Partner im Libanon zu werden ist die **Hizb Allah** durch ihre mittlerweile gesamtgesellschaftliche und politische Verankerung als Widerstandsbewegung im Libanon deutlich näher gekommen. Im Gegenzug musste sie jedoch Teile ihres extremistischen Forderungskatalogs aufgeben. Mit ihrer erfolgreichen Teilnahme an der libanesischen Parlamentswahl gelang es der **Hizb Allah**, die angestrebte Etablierung als von der libanesischen Öffentlichkeit wahrgenommene legalistische Organisation zu verstetigen. Ihre ideologischen Maxime einer

Vernichtung des Staates Israel sowie die Errichtung einer „islamischen Herrschaft“ über Jerusalem sind allerdings bis heute unverändert. Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die **Hizb Allah** auch terroristischer Mittel. Seit Jahren ist sie für Anschläge im nördlichen Israel verantwortlich und stellt damit eine unmittelbare Bedrohung für den Staat Israel dar. Bei der **Hizb Allah** handelt es sich somit weiterhin um eine international gut vernetzte terroristische Organisation, die vom Verfassungsschutz auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW beobachtet wird.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 2. April 2014 den Verein **Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)** wegen des Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung verboten und aufgelöst. Die Vollstreckung des Verbots und in diesem Zusammenhang angeordnete Durchsuchungen erfolgten am 8. April 2014 unter anderem in Nordrhein-Westfalen, wo der Verein seinen Sitz in Essen hatte. Als Nachfolgeorganisation wurde der Verein **Farben für Waisenkinder** gegründet. Er verfolgte die gleichen Ziele und hat über einen längeren Zeitraum im Bundesgebiet Spenden eingeworben und damit weiterhin die in Beirut (Libanon) ansässige **Shahid** Stiftung unterstützt. Die Shahid Stiftung ist in ihrer Funktion als karitative Einrichtung integraler Teil der israel-feindlichen **Hizb Allah**. Der Verein **Farben für Waisenkinder** wurde daher am 16. November 2015 als Nachfolgeorganisation verboten. Besondere Reaktionen hier ansässiger Anhänger der **Hizb Allah** auf die Verbotsmaßnahme waren in der Folge nicht wahrnehmbar.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der schiitischen **Hizb Allah**, die mit Iran und dem Assad-Regime in Syrien verbündet ist, sind neben dem Gegner Israel nunmehr auch in der Terrormiliz **Islamischer Staat** sowie anderen salafistisch geprägten Milizen in Syrien und dem Libanon ideologisch noch unerbittlichere Widersacher erwachsen. Deshalb sorgt der Syrienkonflikt, der inzwischen unter Teilnahme der **Hizb Allah**-Miliz an der Seite des Assad-Regimes stattfindet, für eine zunehmende Verunsicherung hier ansässiger **Hizb Allah**-Anhänger. Einerseits ist es die Sorge um die im Libanon verbliebenen Familienangehörigen, andererseits bestehen Befürchtungen, dass man Angriffen von hier lebenden Salafisten ausgesetzt sein könnte. In den der **Hizb Allah** nahe stehenden Vereinen in Deutschland ist eine erhöhte Wachsamkeit und Sensibilität für dieses Thema festzustellen. Hinweise darauf, dass hier ansässige **Hizb Allah**-Anhänger im Zusammenhang mit dem Palästina-Konflikt oder dem Syrienkonflikt konkret gewaltsame Aktionen in Nordrhein-Westfalen planen, liegen bislang nicht vor. Es ist damit zu rechnen, dass Versuche der Spendensammlung auch nach den erfolgten Vereinsverboten umgesetzt werden.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_hizballah](#)

Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)



Symbol der **HuT**; Öffentliches Zeigen ist in Deutschland verboten

Sitz / Verbreitung	Regionale Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen derzeit nicht erkennbar
Gründung / Bestehen seit	1952
Struktur / Repräsentanz	In der Bundesrepublik Deutschland ist die HuT in verschiedene Regionen aufgeteilt; in diesen Regionen existieren streng voneinander abgeschottete Kleinstgruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	35 →
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot
Kurzportrait / Ziele	Die Hizb ut-Tahrir (HuT) wurde 1952 von dem Rechtsgelehrten Scheikh Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen Muslimbruderschaft, gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangige Ziele der Organisation sind die Wiedereinführung des 1924 durch die Republik Türkei abgeschafften Kalifats und die Errichtung eines islamischen Staats unter Führung eines Kalifen. Dieser soll die Scharia als Grundlage und Maßstab staatlichen Handelns im Kalifat durchsetzen. Säkulare Staatsformen stehen hierzu im Widerspruch und werden bekämpft. Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **HuT** unterliegt in Deutschland einem Betätigungsverbot. Am 19. Juni 2012 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Klage der HuT gegen das vom Bundesminister des Inneren im Januar 2003 ausgesprochene Betätigungsverbot für unzulässig erklärt. Das

Gericht sah es als erwiesen an, dass die **HuT** dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen habe. Sie habe den Sturz von Regierungen in muslimisch ausgerichteten Staaten gefordert. Diese sollen durch ein auf den Regeln der Scharia basierendes Kalifat ersetzt werden. Diese Ziele der **HuT** laufen den Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention zuwider. Die Organisation konnte sich bei ihrer Klage nicht auf das in Art. 11 EMRK bestimmte Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit berufen.

Die **HuT** kennzeichnet ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden, aber auch Christen, gelten entgegen der mehrheitlich von islamischen Gelehrten vertretenen Meinung als Ungläubige. Ihre Lebensform sei abzulehnen. Mit ihnen sollte möglichst kein Kontakt gehalten werden, da sie ein Bündnis mit dem Ziel eingegangen seien, den Islam zu zerstören.

Grundlage für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Anhänger der **HuT** sind in Nordrhein-Westfalen nicht öffentlich aufgetreten. Sie haben somit nicht gegen das geltende Betätigungsverbot verstoßen. Ihre Aktivitäten blieben auf interne und konspirative Treffen beschränkt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **HuT** setzt nicht auf eine islamische Erziehung der Massen, sondern auf die Gewinnung von Eliten für ihre Ideologie. Vor allem Hochschulen gehören zu den Bereichen, an denen die **HuT** ihre konspirative Propagandatätigkeit zur Gewinnung von vorrangig muslimischen Studenten und Akademikern betreibt. Neuerdings scheint die Fokussierung auf Eliten jedoch nicht mehr in dem Maße wie früher aufrechterhalten zu werden. Ob dieser Anschein sich in Zukunft bestätigt oder die Zielgruppe doch wieder akademisch gebildete Personen sein werden, bleibt abzuwarten.

Da es keine öffentlichen Auftritte oder Veranstaltungen der **HuT** gegeben hat, scheint das Betätigungsverbot auch im Jahr 2015 seine Wirkung zu entfalten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_hut](#)

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)



Sitz / Verbreitung Vereinsstrukturen sind verboten, früherer Hauptsitz in Köln

Gründung / Bestehen seit 1984

Struktur / Repräsentanz ./.

Mitglieder / Anhänger / 220 in NRW →

Unterstützer 2015

Veröffentlichungen Muhacirun (Auswanderer)
Mehrere Web-Angebote

Kurzportrait / Ziele Im Jahre 1984 gründete Cemaleddin Kaplan (1926 – 1995) nach Loslösung von der **Milli-Görüs-Bewegung** den **Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)** in Köln. Der **Kalifatsstaat** war eine am Führerprinzip orientierte und streng hierarchisch gegliederte Organisation. Ziel der Organisation war die Weltherrschaft des Islam unter dem Kalifat seines letzten Anführers Metin Kaplan.

Finanzierung Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der **Kalifatsstaat** wurde im Jahr 2001 wegen Verstoßes gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung sowie Gefährdung der inneren Sicherheit in Deutschland durch den Bundesminister des Inneren verboten.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Seit dem Vereinsverbot agieren die verbliebenen Anhänger in Deutschland konspirativ und streben eine Reorganisation an. Allerdings wird diese durch interne Auseinandersetzungen verhindert.

Vor dem Oberlandeslandesgericht Düsseldorf fand am 22. April 2015 eine Kundgebung von Anhängern der Organisation statt. Thema der Kundgebung war die noch fortbestehende Inhaftierung von Metin Kaplan in der Türkei.

In Köln wurde am 16. Mai 2015 eine Veranstaltung zum 20. Todestag Ce-maleddin Kaplans durchgeführt, an der zahlreiche Anhänger teilnahmen.

Bei Teilen der Anhängerschaft war eine Hinwendung zum Salafismus zu beobachten.



Ankündigung der Veranstaltung am 22. April 2015 in Düsseldorf

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Es ist auch zukünftig von unterschwellig fortbestehenden Strukturen des **Kalifatsstaats** in Deutschland auszugehen, die sich nach außen nicht zu diesem bekennen. Interne Spaltungen bleiben bestehen. Seit geraumer Zeit gibt es jedoch Wanderungsbewegungen gerade jüngerer Anhänger in den Bereich des extremistischen Salafismus. Langfristig wird dies zu einem weiteren Ausdünnen der Strukturen des **Kalifatsstaats** führen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_kalifatsstaat](#)

Muslimbruderschaft (unter anderem IGD)



Sitz / Verbreitung	Hauptsitz in Köln
Gründung / Bestehen seit	1928, in Deutschland seit den 1960er Jahren
Struktur / Repräsentanz	Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) gehört zu den Gründungsmitgliedern der Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE) , die als Sammelbecken für Organisationen der Muslimbruderschaft in Europa gilt. Seit Ende 2010 hat die IGD ihren Sitz in Köln.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	65 →
Veröffentlichungen	Verschiedene Internetseiten und Auftritte in sozialen Netzwerken (auch deutschsprachig).
Kurzportrait / Ziele	Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft (MB) ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des modernen politischen Islam. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern nach eigenen Angaben in 70 Ländern weltweit vertreten. Sie verfolgt das Ziel, einen islamischen Staat zu gründen beziehungsweise bestehende Staatssysteme durch Unterwanderung zu übernehmen und in ihrem Sinne umzugestalten.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Ziel der **MB** ist die Umgestaltung der Länder mit islamischer Mehrheitsbevölkerung in Staaten mit islamistischem Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia sowie der islamischen Rechts- und Lebensordnung. Gewalt wird zur Durchsetzung dieses Ziels nicht ausgeschlossen.

Sie ist aber kein vorrangiges Mittel. Die **MB** lehnt demokratische Staatssysteme ab beziehungsweise akzeptiert sie nur als Übergangslösung.

Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz stützt sich auf § 3 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In Nordrhein-Westfalen sind neben der **IGD** in verschiedenen Städten Vereine mit angeschlossenen Moscheen ansässig, die eine Nähe zur Ideologie der **Muslimbruderschaft** aufweisen. Die Einrichtungen finanzieren sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen sowie dem Verkauf von Publikationen.

Am 13. Dezember 2015 fand in Berlin die 34. Jahreskonferenz der **IGD** statt. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Flüchtlingsproblematik. Sie beschäftigte sich mit Chancen und Herausforderungen der hier lebenden Muslime, sich bei diesem Themenbereich einzubringen. Öffentliche Aktivitäten der **IGD** sind allerdings nur bei größeren Veranstaltungen feststellbar. Dort sind die Verlautbarungen gemäßigt. Vertreter der Organisationen weisen immer wieder öffentlich darauf hin, dass sich hier lebende Muslime vom islamistischen Terrorismus zu distanzieren und die Gesetze des Gastlandes zu beachten haben.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Das am 23. September 2013 durch Gerichtsbeschluss verkündete Verbot der **Muslimbruderschaft** in Ägypten besteht weiterhin. Die ägyptische Regierung hält ihre Einstufung der Organisation als Terrororganisation weiterhin aufrecht. In anderen islamischen Ländern besteht ebenfalls ein hoher Verfolgungsdruck gegenüber Anhängern der jeweils nationalen Ableger der **MB**.

Nach wie vor ist ein Bemühen der **IGD** feststellbar, sich als gemäßigte islamische Organisation darzustellen. Für die weitere Entwicklung der **MB**-nahen Vereine in Nordrhein-Westfalen dürfte unter anderem von entscheidender Bedeutung sein, wie sich der politische Prozess in Ägypten, dem Ursprungsland der **MB**, fortsetzen wird.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: vs_mb

Milli Görüs-Bewegung

Sitz / Verbreitung	Türkei / Deutschland
Gründung / Bestehen seit	ca. 1969
Struktur / Repräsentanz	./.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	250 in NRW →
Veröffentlichungen	Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	<p>Die ideologischen Wurzeln der Milli Görüs-Bewegung gehen auf die ideologischen Ausarbeitungen und Ideen des am 27. November 2011 verstorbenen türkischen Politikers und ehemaligen Ministerpräsidenten der Türkei Prof. Dr. Necmettin Erbakan zurück. Die Kerngedanken dieser Ideologie sind die Schlüsselbegriffe „Milli Görüs“ (Nationale Sicht) und „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung). Nach der von Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt zweigeteilt: Einerseits in die auf dem Wort Gottes fußende religiös-islamische gerechte Ordnung (Adil Düzen), andererseits in die von Menschen entworfene westliche Ordnung mit angeblicher Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung (Batil Düzen – Nichtige Ordnung). Zum „Wohl der Menschheit“ soll diese Zweiteilung überwunden und die westliche Ordnung durch die „gerechte Ordnung“ ersetzt werden. Dabei ist das erste Ziel der „Mission“ von Milli Görüs, diese „gerechte Ordnung“ in der Türkei durchzusetzen. Das Land soll dadurch in jeder Hinsicht erstarken und danach die „Mission“ in die Welt hinausgetragen werden.</p> <p>Trotz eines zum Teil martialischen Vokabulars hat die Milli Görüs-Bewegung innerhalb und außerhalb der Türkei ihre Ziele stets ausschließlich mit politischen Mitteln verfolgt.</p>
Finanzierung	Spenden und Mitgliedsbeiträge

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Umsetzung des „Adil Düzen“-Konzept als Ziel der politischen Bewegung **Milli Görüs** ist mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Darüber hinaus treten anti-semitische Einstellungen sowohl in „Adil Düzen“ als auch bei Äußerungen Necmettin Erbakans und einiger **Milli Görüs**-Funktionäre deutlich zu Tage.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die oben genannten Ziele werden von Teilen der auch in Deutschland aktiven Ableger der Bewegung vertreten. In Nordrhein-Westfalen sind folgende Strukturen festzustellen:

Saadet Partisi (SP)

In der Türkei sind Anhänger der Bewegung in der **Saadet Partisi (SP – Glückseligkeitspartei)** organisiert. Die **SP** ist in Deutschland mit einem Parteibüro vertreten. Die Generalzentrale der Europavertretung der **SP** wurde mit einer Veranstaltung am 1. Januar 2015 offiziell in Köln eröffnet. Im Berichtszeitraum konnte ein Organisationsaufbau beispielsweise durch Ernennung von Gebietsvertretern der **SP** beobachtet werden. Zudem besuchten Funktionäre der **SP** die in Deutschland im Aufbau befindlichen Parteistrukturen und hielten unter anderem in Nordrhein-Westfalen



Vorträge und Seminare. Als vornehmliche Ziele des **SP**-Parteibüros in Deutschland werden die Gewinnung von Wählern für die türkischen Parlamentswahlen im Jahr 2015 sowie die Einnahme von Mitgliedsbeiträgen und Spenden angesehen.

Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung)

Die **Erbakan Vakfi** wurde von Fatih Erbakan, dem Sohn Necmettin Erbakans, in der Türkei gegründet. Sie vertritt das geistige Erbe und die Ideologie Erbankans. Eine Zusammenarbeit mit der **SP** ist nicht festzustellen. Vielmehr distanzierte sich die **SP** am Folgetag der Stiftungsgründung von dieser. Die **SP** sieht sich als alleiniger legitimer Vertreter der **Milli Görüs-Bewegung**. Die **Erbakan Vakfi** verfügt über eine eigene Europavertretung in Deutschland. Regionale Vertretungen der **Erbakan Vakfi** konnten auch in Nordrhein-Westfalen lokalisiert werden. Als herausragendes Ereignis im Berichtsjahr fand am 20. Juni 2015 in Köln eine Veranstaltung der **Erbakan Vakfi** mit Fatih Erbakan statt.



SAADET AVRUPA KOORDİNATÖRLÜĞÜ

Divan Toplantıları

 <p>YAKUP BUDAK Saadet Partisi GK Üyesi Adana 20-21. Dönem Milletvekili</p>	 <p>TEMEL KARİMOLLAĞLU Saadet Partisi GK Üyesi Sivas Eski Belediye Başkanı 16-20-21. Dönem Milletvekili</p>	 <p>ZEKİ BAŞARAN Ağrı Eski Belediye Başkanı</p>	 <p>HASAN KOÇ Eğitimci-Yazar</p>	 <p>NECMETTİN ÇALIŞKAN Yat. Doç. Dr. İlahiyatçı Saadet Partisi GK Üyesi</p>	 <p>İBRAHİM GÜMÜŞOĞLU Saadet Partisi Pamukkale Kurultay Başkanı İçişleri Bakanı</p>
<p>12.11.2015 - Perşembe BERLİN - Saat 19:00</p> <p>13.11.2015 - Cuma HESSEN - Saat 19:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi HANNÖVER - Saat 14:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi BREMEN - Saat 19:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar HAMBURG - Saat 12:00</p>	<p>13.11.2015 - Cuma NÜRNBERG - Saat 19:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi MANNHEIM - Saat 14:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi KARLSRUHE - Saat 19:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar STUTTGART - Saat 12:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar STRASBOURG - Saat 17:00</p>	<p>13.11.2015 - Cuma PARİS - Saat 19:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi BRÜKSEL - Saat 19:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar ROTTERDAM - Saat 12:00</p>	<p>14.11.2015 - Cumartesi KÖLN - Saat 14:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi DÜSSELDORF - Saat 19:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar DORTMUND - Saat 12:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar KÜLTZEY RUIH - Saat 17:00</p>	<p>13.11.2015 - Cuma BREMEN - Saat 19:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi ULM - Saat 14:00</p> <p>14.11.2015 - Cumartesi MÜNCH - Saat 19:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar LİNZ - Saat 14:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar VİYANA - Saat 19:00</p>	<p>14.11.2015 - Cumartesi ZÜRİH - Saat 14:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar ALPES - Saat 12:00</p> <p>15.11.2015 - Pazar LYON - Saat 17:00</p>

MEVSİMLİK DEĞİL!
Ülkemiz ve YENİ BİR DÜNYA için çalışmaya devam edeceğiz



Veranstaltungshinweise der **Saadet Partisi** aus ihrem Internet- und Facebookauftritt

Bielefeld Sultan Fatih Gençlik (BSFG)

Die Organisation **Bielefeld Sultan Fatih Gençlik** besteht aus Personen, die der Ideologie der **Milli Görüş-Bewegung** nahestehen. Im Berichtszeitraum unterstützte die **BSFG** den Bildungsvorsitzenden der Europavertretung der **SP** in seiner Kandidatur für die **Saadet Partisi** bei den türkischen Parlamentswahlen.



Ismail Aga Cemaati (IAC)

Die **IAC** ging aus dem islamischen Orden der Naqshibandiyya hervor, dem auch der verstorbene Führer der **Milli Görüş-Bewegung** Necmettin Erbakan angehörte. Der europäische Zweig der **IAC** zeigt sich ebenfalls verbunden mit der Ideologie der **Milli Görüş-Bewegung** und der **Saadet Partisi**. Europavertreter der **IAC** ist nach eigenem Bekunden der Prediger Nusret Cayir. Er hielt im Berichtszeitraum mehrfach Predigten im Rahmen von Veranstaltungen in Nordrhein-



Vorstellung des Kandidaten der **SP** Ibrahim Gümüşoğlu auf Facebook.

Westfalen. Cayir befürwortet die Allgemeingültigkeit der Scharia und lehnt die demokratische Ordnung in Deutschland ab. Er wurde im Oktober 2015 in die Türkei abgeschoben.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Es ist damit zu rechnen, dass die **SP** und die **Erbakan Vakfi** ihre Organisationsstrukturen auch in Nordrhein-Westfalen weiterhin ausbauen und die hier lebenden Anhänger ideologisch stärker in die entstehenden Strukturen einbinden. Die künftige Entwicklung der **IAC** hängt von der Frage der Nachfolgeregelung für den Prediger Cayir ab. Dies bleibt abzuwarten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.mik.nrw.de, Web-Link: vs_mgb

Nordkaukasische Separatisten-Bewegung (NKSB)

Sitz / Verbreitung	Einzelmitglieder in Deutschland
Gründung / Bestehen seit	1991 als international nicht anerkannte Tschetschenische Republik Itscherien, seit 2007 Kaukasisches Emirat
Struktur / Repräsentanz	Keine gefestigten Strukturen in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder / Anhänger /	70 →
Unterstützer 2015	
Veröffentlichungen	Einzelne Veröffentlichungen im Internet, Austausch in sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Mit dem Zerfall der UdSSR 1991 und im Zuge der Unabhängigkeit der südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbeidschan und Georgien entstand im nördlichen Kaukasus, vor allem in Tschetschenien, eine separatistische Bewegung mit dem Ziel einer Loslösung von Russland.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Das Kaukasische Emirat hat das Ziel, die russische Armee mit Gewalt zum Rückzug aus Tschetschenien zu zwingen und im Nordkaukasus einen islamischen Staat zu errichten. Dabei setzt das Kaukasische Emirat auch terroristische Mittel ein. Deutschland dient den Anhängern des Kaukasischen Emirates primär zur Akquirierung finanzieller und logistischer Unterstützung. Zudem betreibt die **NKSB** hier Propaganda für die Bewegung im Nordkaukasus. In Nordrhein-Westfalen verfügt sie über keine festen Strukturen. Einzelne und zum Teil herausragende Personen der **NKSB** sind in Nordrhein-Westfalen jedoch für die Organisation in überregionalen Zusammenhängen aktiv.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet das **Kaukasische Emirat** auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Insbesondere bei der jüngeren Generation der Tschetschenen sind kaum noch Unterstützungsleistungen für das Kaukasische Emirat wahrnehmbar. Eine Fokussierung hin zum Salafismus ist deutlich erkennbar. Indiz hierfür ist unter anderem die Beteiligung von Anhängern an Koranverteilungen, Islamseminaren und Spendensammlungen. In Nordrhein-Westfalen kommt es im Umfeld von tschetschenischen Führungsfiguren immer wieder zur Radikalisierung junger Männer und jihadistisch motivierten Ausreisen. So schloss sich ein deutscher Konvertit im Jahr 2013 in Folge seiner Ausreise nach Syrien zeitweise dem sogenannten **Islamischen Staat** an. Im Zuge der gegen ihn gerichteten Ermittlungen wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung wurde er am 22. Januar 2015 festgenommen und befindet sich seither in Untersuchungshaft.

Im November 2015 wurde ein russischer Staatsangehöriger tschetschenischer Volkszugehörigkeit durch eine Verfügung der Ausländerbehörde Köln ausgewiesen. Er war vermehrt in Erscheinung getreten, insbesondere im Zusammenhang mit der Koranverteilungsaktion **Lies!**. Darüber hinaus stand er in Verbindung zu Personen der salafistisch-islamistischen Szene.

Ende Juni 2015 leisteten die meisten Emire des **Kaukasischen Emirates** einen Treueeid auf Abu Bakr Al-Baghdadi, den Emir des sogenannten **Islamischen Staates (IS)**. Dies führte zur Gründung einer neuen administrativen Einheit „Provinz Kaukasus“ des **IS**.

Nachdem die Emire des **Kaukasischen Emirates** Aliaskhab Kebekov (Alias-Name: Abu Muhammad Al-Dagistani) und dessen Nachfolger Magomed Suleymanov (Alias-Name: Abu Usman Gimrinski) im April 2015 und im August 2015 in kurzer zeitlicher Folge gewaltsam zu Tode gekommen sind, gilt das **Kaukasische Emirat** als führungslos. Es ist von einer weiteren Schwächung der Reststrukturen des **Kaukasischen Emirates** und einer Zunahme des Einflusses des **Islamischen Staates** im Nordkaukasus auszugehen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nach den Ereignissen des letzten Jahres und dem geleisteten Treueeid der Emire des **Kaukasischen Emirates** auf den **Islamischen Staat** ist von einer weiteren Radikalisierung von Teilen der extremistischen tschetschenischen Szene in Nordrhein-Westfalen auszugehen. Die Verbindungen zu jihadistischen salafistischen Netzwerken werden dadurch voraussichtlich noch enger.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: vs_nksb

Türkische Hizbullah (TH)

Sitz / Verbreitung	Türkei
Gründung / Bestehen seit	1979 in Diyarbakir
Struktur / Repräsentanz	./.
Mitglieder / Anhänger /	100 in NRW →
Unterstützer 2015	
Veröffentlichungen	Publikationen: Yeni Müjde (Neue Frohe Botschaft), Inzar (Warnung), Dogru Haber (Richtige Nachricht), Kelhaamet (Prächtiges Diyarbakir), Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in eigenen Worten); Mehrere Web-Angebote.
Kurzportrait / Ziele	Anfang der 1980er Jahre bildeten sich unter sunnitischen Kurden in der Türkei Gruppierungen heraus, die für die Errichtung einer auf strikter Befolgung von Koran und Scharia gegründeten „islamischen Herrschaft“ eintraten und sich gegen den säkularen türkischen Staat wandten. Aus einer dieser Gruppierungen entwickelte sich die Hizbullah (Partei Gottes), die vor allem seit Beginn der 1990er Jahre zur Erreichung ihrer politischen Ziele gegen interne Abweichler, gegen die marxistische kurdische Separatistenorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), gegen liberale Journalisten und gegen Vertreter des türkischen Staates Gewalt anwendete. Im Januar 2000 wurde Hüseyin Velioglu, der Anführer der sogenannten Türkischen Hizbullah , in Istanbul bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. Dieser Vorfall und weitere Exekutivmaßnahmen der türkischen Polizei, bei denen mehrere Funktionäre der Organisation und zahlreiche Mitglieder festgenommen und inhaftiert wurden, führten zu einer empfindlichen Schwächung der Hizbullah. Zugleich wurde aus Papieren und Videoaufzeichnungen, die in ihren Archiven gefunden wurden, deutlich, in welchem großem Ausmaß die Organisation Entführungen, Morde und andere Gewalttaten verübt hatte.

Zahlreiche Aktivisten der TH setzten sich nach Europa und insbesondere nach Deutschland ab. Die Beobachtung der TH stützt sich auf § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW.

Finanzierung

Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In der 2004 erschienenen Schrift **Kendi Dilinden Hizbullah** stellt ihr Verfasser, ein – Funktionär der **Türkischen Hizbullah**, die Verbrechen der Organisation als Akt der Selbstverteidigung dar. Der Autor beschreibt zwei Entwicklungsphasen: Die erste Phase habe von 1979 bis 1991 gedauert. Es stand die Propagandatätigkeit, Anhängerengewinnung, Strukturierung und Schulung im Vordergrund. Eine zweite Phase folgte von 1991 bis 2000. Sie zeichnete sich durch den bewaffneten Kampf gegen die **PKK**, interne Abweichler und den türkischen Staat aus.

In ihrer Zielsetzung verbindet die **Türkische Hizbullah** eine islamistische mit einer kurdisch-nationalen Agenda. Im ideologischen Hauptwerk **Kendi dilinden Hizbullah** sind die Grundprinzipien der TH dargestellt. Sie wurden im Jahr 2012 durch ein Manifest fortgeschrieben. Die **Türkische Hizbullah** sieht die Uneinigkeit der islamischen Welt und die Herrschaft nicht-islamischer Regime als Ursache aller Probleme an. Ihr erklärtes Ziel ist, dies zu ändern und den Islam zur Herrschaft zu bringen. Zu ihren Feindbildern gehören neben den internen Abweichlern, der **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** und der Republik Türkei auch die „imperialistischen“ und „zionistischen Mächte“, also die westliche Staatengemeinschaft und Israel. Sie werden für die Unterdrückung der Muslime verantwortlich gemacht. Hauptziel der TH ist die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und langfristig die Errichtung eines islamistischen Regimes. Die TH rechtfertigt die Anwendung von Gewalt.



Titel des ideologischen Hauptwerkes der TH.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die TH nutzt Deutschland als Rückzugsraum. Mit öffentlichen Aktivitäten, wie beispielsweise religiöse oder kulturelle Veranstaltungen, möchte die TH möglicherweise neue Mitglieder werben

sowie Spenden sammeln. Sie tritt jedoch in der Regel nach außen nicht offen sichtbar als **Hiz-bullah** auf. In Nordrhein-Westfalen fanden entsprechende Veranstaltungen – beispielsweise in Bottrop – statt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Jahr 2015 waren keine Anzeichen dafür zu erkennen, dass die **TH** ihre bisherige Vorgehensweise in Nordrhein-Westfalen ändert oder in Zukunft ändern wird.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_tuerkhizbullah](#)

Scientology Organisation (SO)

Scientology Organisation (SO)

Sitz / Verbreitung	Die Scientology Organisation (SO) ist in den USA ansässig. Bundesweit Niederlassungen (unter anderem in Berlin , München, Hamburg) NRW: Scientology Kirche Düsseldorf und Celebrity Center
Gründung / Bestehen seit	Die Church of Scientology wurde 1953 durch Lafayette Ron Hubbard (LRH) in den USA gegründet; erste deutsche Niederlassung 1970 in München, Niederlassungen in Düsseldorf seit den 80er Jahren
Struktur / Repräsentanz	Strikter hierarchischer Aufbau und Strukturen mit totalitärem Anspruch; Steuerung durch David Miscavige (Nachfolger von Hubbard) aus den USA; Unterstützung durch Finanzmittel und politische Einflussmöglichkeiten innerhalb der USA; diverse kontinentale Verbindungsbüros zur Kontrolle der Arbeit in den einzelnen Ländern
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Bund: zwischen 3.000 – 4.000 → NRW: rund 450 → SO gibt die Zahl ihrer Anhänger in Deutschland selbst mit rund 12.000 Personen an.
Veröffentlichungen	Internationale Publikationen: Unter anderem Impact, Scientology News, Celebrity, Source, Freewinds, OT-Universe, The Aditor, Advance Deutschsprachige Publikation: Freiheit In Nordrhein-Westfalen verbreitete Publikation: Kompetenz
Kurzportrait / Ziele	Die Ziele der SO wurden durch den Gründer LRH festgelegt. Nach der Ideologie der SO sind seine Lehren unabänderlich und bindend. Eines seiner formulierten Ziele ist „Clear Planet“. Dies bedeutet, dass alle Menschen der scientologischen Gesellschaft angehören sollen. Hieraus kann der Schluss gezogen werden, dass die SO die Weltherrschaft anstrebt. Scientologen teilen die Gesellschaft in „Nichtabberierte“

und „Abberierte“ (Nicht-Scientologen). Letztere sind nach scientologischen Vorstellungen in einzelnen Menschenrechten einzuschränken.

Eines der großen Themen in der **SO** ist die Expansion, auf welche die Mitglieder kontinuierlich eingeschworen werden und zu deren Erreichung **SO** versucht, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen. Dabei tritt **SO** nicht immer offen auf, sondern verbirgt sich häufig bei ihren Aktivitäten hinter einer ihrer zahlreichen Tarnorganisationen. Zu diesen Tarnorganisationen gehören unter anderem **Der Weg zum Glücklichein, Jugend für Menschenrechte** und **Sag nein zu Drogen**. Mit professionellen Internetpräsenzen und Themen wie zum Beispiel Drogen und Menschenrechte sprechen sie insbesondere Jugendliche an und nutzen das Internet, um außerhalb der Einflussmöglichkeit der Erziehungsberechtigten mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Die Zugehörigkeit einer Tarnorganisation zur **SO** ist nur schwer erkennbar. Deren hochwertig gestaltete Broschüren werden verteilt, beziehungsweise an gut zugänglichen Stellen wie Beratungsbüros, Geschäften und Praxen auch mit Zustimmung der Verantwortlichen, die den Zusammenhang zur **SO** nicht erkennen, ausgelegt.

Finanzierung

Durchführung von kostenpflichtigen Kursen und Vertrieb von Kursmaterialien im Zusammenhang mit der Verbreitung der Scientology-Ideologie; Spendengelder. Insoweit wird oft ein erheblicher Druck auf Mitglieder ausgeübt.

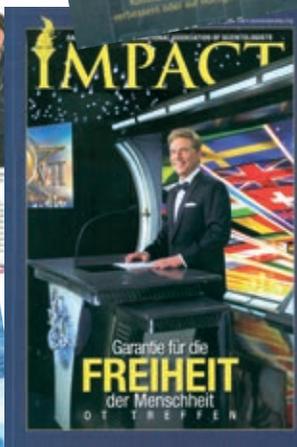
Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **SO** ist seit 1997 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Die Lehre der **SO** stellt eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Konsequenzen der Lehre sind nicht nur Einschränkungen wesentlicher Grund- und Menschenrechte (wie Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung), sondern es wird auch eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen angestrebt. Zur Erreichung ihrer Ziele verfolgt die Organisation zumeist verdeckt eine Beeinflussung sowohl der Gesellschaft und Wirtschaft als auch der Politik.

Mit der Entscheidung des OVG Münster vom 12. Februar 2008 ist die Rechtmäßigkeit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz festgestellt worden. Das Gericht bestätigte die Auffassung des Verfassungsschutzes, dass die Lehre der **Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)** und der **Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)** eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung darstellt.



Informationsmaterialien der Scientology Organisation



Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Winter 2013 wurde durch den Leiter der **SO** David Miscavige das „Goldene Zeitalter der Technologie, Phase II“ ausgerufen. In der Folge absolvierten zahlreiche Mitglieder der Organisation im Jahr 2014 kostenpflichtige Kurse. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2015 fort. Es ist jedoch festzustellen, dass die Nachfrage abnimmt. Zudem konnte die **SO** im Jahr 2015 offensichtlich nicht Mitglieder in nennenswertem Umfang anwerben. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Gesamtzahl der Mitglieder derzeit abnimmt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

An der Gefahreneinschätzung bezüglich der Organisation, die durch das OVG Münster im Jahr 2008 formuliert wurde, hat sich nichts geändert. **SO** wendet nach wie vor die gleichen Mittel zur Erreichung ihrer Ziele an. Insbesondere die Umwerbung Jugendlicher unter dem Deckmantel von guten Taten (Aufklärung über Menschenrechte, Förderung von Toleranz und Frieden, Kampf gegen Drogen) ist perfide durchdacht. Die Kontaktaufnahme von Jugendlichen zur **SO** erfolgt ebenso einfach wie schnell, es reicht oftmals eine E-Mail oder das Ausfüllen eines Kontaktformulars. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Weiterentwicklung der **SO** gerade im Bereich moderner Kommunikationsmedien stattfinden wird.

Die Tarnorganisationen **Sag nein zu Drogen** und **Der Weg zum Glücklichein** haben im Jahr 2015 bundesweit zahlreiche Werbemaßnahmen durchgeführt. In mehreren deutschen Städten wurden mit Unterstützung von amerikanischen Künstlern der Rap- und Popszene sowie durch einen BMX-Sportler insbesondere Jugendliche umworben. Mit dem BMX-Sportler als Werbeträger der Anti-Drogen-Kampagne konnte die **SO** sogar einen Vortrag in einer Schule außerhalb von Nordrhein-Westfalen organisieren. Die Verbindung zur **SO** war in diesem Fall nur sehr schwer und mit Hintergrundwissen erkennbar.

Die Beeinflussung der Wirtschaft durch die **SO** wird weiterhin beobachtet werden müssen. Die **SO** verfügt über einen eigenen Wirtschaftsverband **World Institute of Scientology Enterprises (WISE)** sowie eigene Organisations- und Managementstrategien. Durch geschicktes und verdecktes Marketing nähert sie sich Firmen, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen. Es soll damit sukzessive eine Infiltration der Wirtschaft betreiben und der Einfluss der Organisation ausgebaut werden.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden	208
Aufklärung und Abwehr von Proliferation	214
Wirtschaftsspionage	218

Im Jahr 2015 bestand ein weiterhin hohes Interesse fremder Nachrichtendienste an Informationen über politische Vorhaben und Ziele, Verhandlungspositionen und Strategien sowie wirtschaftliche Planungen und militärische Potenziale in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Dies belegen zahlreiche Versuche fremder Nachrichtendienste, Kontakt mit Gesprächspartnern in der nordrhein-westfälischen Politik und Wirtschaft aufzunehmen.

Proliferationsrelevante Beschaffungsstellen bemühten sich zudem in großer Zahl, sogenannte Dual-use-Güter in Nordrhein-Westfalen zu beschaffen. Dies sind Produkte, die sowohl zivile als auch militärische Relevanz aufweisen. Über ein Beschaffungsnetzwerk aus Tarnfirmen und Strohmänner in diversen Staaten wird versucht, diese Güter an den eigentlichen Empfänger liefern zu lassen, der unerkannt bleiben soll. Im Berichtsjahr konnte die Spionageabwehr 141 Beschaffungsversuche beobachten. Dies ist nahezu eine Verdopplung gegenüber dem bis dahin bestehenden Höchstwert aus dem Jahr 2014 (83). In über 90 Prozent der Fälle wurde eine Auslieferung verhindert.

Im Jahr 2015 konnte eine deutlich erhöhte Zahl von qualitativ hochwertigen Cyberangriffen auch auf deutsche Unternehmen festgestellt werden. Ziel der Angriffe waren Unternehmensnetzwerke und Kontrollsysteme der Industrie.

Der Verfassungsschutz leistete in den genannten Bereichen auch im Jahr 2015 eine intensive Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit in zahlreichen Gesprächen und Vorträgen mit einzelnen Personen, Unternehmen, Verbände und Organisationen.

Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden

Spionage verschafft Regierungen einen Informationsvorsprung beim Versuch, eigene politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche oder militärische Ziele im In- und Ausland zu erreichen. Sie ist hilfreich für die Einschätzung der politischen Positionierung und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit anderer Staaten oder der militärischen Leistungsfähigkeit gegnerischer Bündnisse. Von hohem nachrichtendienstlichem Wert sind daher Informationen über politische Vorhaben und Ziele, Verhandlungspositionen und Strategien, wirtschaftliche Planungen und militärische Potenziale von Zielstaaten.

Wie wird spioniert?

Fast 90% der für Nachrichtendienste interessanten Informationen lassen sich offen über das Internet und andere Medien, durch den Besuch von Messen sowie bei gegenseitigen Delegationsbesuchen und durch geschickte Gesprächsführung mit Informations- und Wissensträgern beschaffen (Open Source). Es bedarf meist noch nicht einmal einer aufwändigen nachrichtendienstlichen Operation.

Für die fehlenden etwa zehn Prozent setzen Nachrichtendienste verdeckte Methoden ein. Das Spektrum reicht von der Herbeiführung und Kultivierung zunächst unverdächtiger Kontakte mit dem Ziel einer direkten oder indirekten Abschöpfung der Kontaktpersonen bis hin zu einer konspirativen Vorgehensweise, bei der Personen beispielsweise mit falschem Namen und Angaben zum eigenen Lebenslauf (sogenannte Legende) aktiv sind. Bei den Zielpersonen der Spionage spielt die Hierarchieebene kaum eine Rolle. Manchmal geht es lediglich darum, Zugang zu einem interessanten Bereich zu erhalten. In Ausnahmefällen kann das nachrichtendienstliche Ziel auch die Schaffung eines belastenden Umstandes, eines sogenannten Kompromates sein, mit denen Informations- und Wissensträger erpressbar werden. Diese Methode wird vorrangig im Ausland, beispielsweise bei Geschäftsreisenden, angewendet.

Nachrichtendienste initiieren zudem elektronische Angriffe auf Rechnersysteme, auf denen hochsensible Daten liegen. Über sogenanntes „Social Engineering“ wird versucht, das Vertrauen eines Gegenübers zu gewinnen und über einen solchen Kontakt Zugang zu Systemen zu erhalten. Durch E-Mail-basierte Einschleusung von Schadsoftware (Trojaner), „Drive-by-downloads“ (unbewusstes Herunterladen schädlicher Software) oder die unbedachte Nutzung von

fremden Datenträgern oder eigenem Equipment („Bring-your-own Devices“, z.B. USB-Sticks, Smartphones, Tablets) gelingt es Außenstehenden, in Systeme einzudringen und Daten zu entwenden oder Systeme zu manipulieren. Der Mensch stellt dabei die größte Sicherheitslücke dar, die durch noch so ausgefeilte materielle Absicherung über Firewall, Anti-Viren-Programme, Passwortschutz oder Zugangsregelungen nicht geschlossen werden kann. Auch wenn sich mit dem digital operierenden „Spion 4.0“ bereits seit längerem eine neue Qualität in der Spionage aufzeigt, belegen die Erkenntnisse immer noch, dass auch der Spion am Kopierer und mit der Kamera am Zielobjekt noch lange nicht ausgestorben ist. Wachsamkeit sollte in diesem Bereich weiterhin bestehen.

Die Zahl nachrichtendienstlichen Personals in Legalresidenturen im Bundesgebiet ist auch im europäischen Vergleich anhaltend hoch. Dies verdeutlicht und belegt das hohe Interesse an Informationen aus Deutschland. Legalresidenturen sind getarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste, insbesondere in den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, bei staatsnahen Unternehmen oder bei Medienagenturen. Von dort aus entwickelt das nachrichtendienstliche Personal über eigens bereit gestellte Tarndienstposten die geheimdienstlichen Aktivitäten.

Der Einsatz von sogenannten Illegalen dient ebenfalls der Verschleierung nachrichtendienstlicher Tätigkeiten. Dabei handelt es sich um Personen, die als Nachrichtendienstoffiziere von der Zentrale des ausländischen Nachrichtendienstes unter einer Falschidentität eingeschleust werden und häufig über viele Jahre in Deutschland unauffällig leben. Unter diesem Deckmantel führen sie teilweise aufwendige nachrichtendienstliche Operationen aus.

Im Jahr 2015 wurden wieder zahlreiche Kontaktversuche fremder Nachrichtendienste mit Gesprächspartnern in Nordrhein-Westfalen aus Politik und Wirtschaft bekannt. Die nordrhein-westfälische Spionageabwehr führt Sensibilisierungsgespräche mit potenziellen oder aktuellen Gesprächspartnern erkannter Nachrichtendienstoffiziere. In den Fällen, in denen ein Gesprächspartner von sich aus eine nachrichtendienstliche Verstrickung annimmt, steht die Spionageabwehr für ein Gespräch zur Verfügung.

Nachrichtendienstliche Interessenlagen

Die Spionageabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes beobachtet im Rahmen einer 360-Grad-Aufklärung eine Vielzahl hier tätiger fremder Nachrichtendienste. Hauptakteure sind die Nachrichtendienste der Russischen Föderation, der Volksrepublik China und der Islamischen Republik Iran. Nach wie vor richten sich die Beschaffungsbemühungen der Dienste auf die klassischen Zielbereiche Politik, Militär und Wirtschaft. Deutschland gehört wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung zu den Schwerpunkten der Auslandsaufklärung. Die Beschaffungsbemühungen beschränken sich dabei nicht nur auf den unautorisierten Transfer wissenschaftlich-technischen Know-hows. Es besteht zudem Ausforschungsinteresse an Infor-

mationen über politische Vorhaben, Krisenmanagement und Handlungsstrategien. Wegen des politischen Gewichts innerhalb der Bundesrepublik und als herausragender Innovations- und Wirtschaftsstandort mit mehr als 70 Universitäten und Fachhochschulen sowie mehr als 50 Technologiezentren ist das nachrichtendienstliche Interesse an Nordrhein-Westfalen besonders hoch.

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die Interessengebiete der Nachrichtendienste der Russischen Föderation sind breit gefächert. Es interessieren sowohl nationale politische Strategien, als auch solche innerhalb der Gremienstrukturen der Europäischen Union, bis hin zu EU- und NATO-Osterweiterung. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Energiepolitik. Auch wenn die Konflikte im Zusammenhang mit der Ukraine und die damit einhergehenden Sanktionen der Europäischen Union die russische Wirtschaft stark einschränken, hält Russland dennoch an seinem Ziel fest, wirtschaftlich zu einer der fünf größten Volkswirtschaften aufzusteigen. Diese Zielvorgabe ist gekoppelt mit dem Vorhaben, die russische Rüstungsproduktion wieder zu einem herausragenden Wirtschafts- und Handelsfaktor zu machen und gleichzeitig Russland als militärischen Machtfaktor wieder deutlich zu etablieren. Die Nachrichtendienste haben den Auftrag, bei der Umsetzung zu unterstützen. Dazu werden Führungspositionen auch weiterhin mit Vertrauten Präsident Putins besetzt.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum konnte sich die russische Regierung weiterhin auf die zuverlässige und zielgerichtete Beschaffung von Informationen und Gütern durch die Nachrichtendienste der Russischen Föderation verlassen. Als elementarer Bestandteil der russischen Sicherheitsarchitektur unterstützen sie zudem wirksam bei der Vorbereitung und Realisierung politischer Vorhaben im In- und Ausland. Sie genießen im russischen Staatsgefüge einen hohen Stellenwert.

Bei sich im Einzelfall überschneidenden Zuständigkeiten sind die russischen Nachrichtendienste seit einigen Jahren dreigeteilt gegliedert in einen Inlands-, Auslands- und den militärischen Nachrichtendienst. Die folgenden Dienste, deren Aufgaben- und Organisationsstrukturen 2015 weitestgehend gleich geblieben sind, sind nach wie vor in Deutschland aktiv:

► FSB – Federalnaja Slushba Besopasnosti – (Inlandsnachrichtendienst)

Die vielfältigen Aufgaben des FSB ergeben sich aus dem Gesetz über die Organe des Föderalen Sicherheitsdienstes. Danach ist der FSB mit etwa 350.000 Mitarbeitern (davon mehr als 200.000 mit Grenzschaufgaben) unter anderem für die zivile und militärische Spionageabwehr zuständig. Seine Aufgaben zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität ermöglichen zudem Einsätze im In- und Ausland. Die Aufgabe des Grenzschaufes befähigt ihn zur Kontrolle aller ein- und ausreisenden Personen. Zur Erfüllung seiner Abwehrfunktion hat er beispielsweise zum Schutz der russischen Industrie und zur Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen einen ständigen Zugriff auf Daten- und sonstigen Kommunikationsverkehr.

► SWR – Slushba Wneschnej Raswedkij – (Ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst)

Die Kompetenzen des SWR sind im Gesetz der russischen Föderation über die Auslandsaufklärung geregelt. Danach ist der Dienst vorrangig für die Aufklärung in den Bereichen Politik, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technologie zuständig. Zudem sorgt er für die elektronische Fernmeldeaufklärung und wirkt bei der Bekämpfung der Proliferation und des Terrorismus mit. Ein weiteres Ziel ist die Ausforschung der Arbeitsmethoden und Aktivitäten fremder Nachrichtendienste. Operationen des Dienstes werden zentral aus Moskau oder aber aus den Legalresidenzen im Ausland geführt. Der SWR verfügt über mehr als 13.000 Mitarbeiter.

► GRU – Glawnoje Raswediwatelnoja Uprawlenije – (Militärischer Auslandsnachrichtendienst)

Mit etwa 12.000 Mitarbeitern ist dieser Dienst direkt dem Verteidigungsminister unterstellt. Die Aufgaben umfassen die Aufklärung des gesamten militärischen Bereichs. Dazu gehört neben der NATO auch die deutsche Bundeswehr. Von besonderem Interesse sind für die GRU die Rüstungsindustrie sowie sonstige militärisch nutzbare Technologien.

Nachrichtendienste der Volksrepublik China

Trotz rückläufiger Wirtschaftszahlen verfolgt die chinesische Regierung weiter das Ziel, sich als die führende Wirtschaftsmacht an der Weltspitze zu etablieren. Darüber hinaus erhebt China den Anspruch, seinen politischen und militärischen Einfluss auszubauen. Innerstaatliche Konflikte mit Oppositionellen und in den einigen Provinzen rücken ebenfalls immer stärker in den Vordergrund.

In allen drei Kernbereichen lässt sich die chinesische Staatsführung durch die Arbeit der Nachrichtendienste unterstützen. Neben den schon klassisch zu nennenden Beschaffungsbemühungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Militär sieht die Spionageabwehr einen nachrichtendienstlichen Schwerpunkt in der weltweiten Bekämpfung der von der Kommunistischen Partei Chinas als Bedrohung ihrer Macht betrachteten und von ihr unter der Bezeichnung „Fünf Gifte“ als staatsfeindlich beschriebenen Gruppen, zu denen die nachfolgenden Bestrebungen und Vereinigungen zählen:

- Demokratiebewegung,
- Anhänger eines unabhängigen Taiwan,
- Anhänger eines unabhängigen Tibet,
- Falun Gong Praktizierende und
- turkstämmige (muslimische) Uiguren.

Die nachrichtendienstlichen Aufgaben werden im Wesentlichen von drei Ministerien und einer Regierungsorganisation mit zum Teil überschneidenden Zuständigkeiten wahrgenommen.

► MSS – Ministry of State Security (Ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst)

Das Ministerium ist innerhalb Chinas zuständig für die Bekämpfung möglicher Gefährder der territorialen Einheit und der inneren Ordnung, vor allem der „Fünf Gifte“. Für diesen Zweck verfügt es über die Befugnisse einer Polizeibehörde. Darüber hinaus nimmt das MSS die Aufgaben der Spionageabwehr wahr. Dazu beobachtet es nicht nur die im Land lebenden offiziellen Vertreter fremder Nationen, sondern generell die Bürger fremder Staaten. Im Ausland führt das MSS eigene Spionageoperationen durch, bemüht sich um Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und forscht oppositionelle chinesische Gruppen aus.

► MPS – Ministry of Public Security (Polizeiministerium)

Das MPS, auch als „Ministerium für öffentliche Sicherheit“ (MöS) benannt, ist es für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig. Dazu gehören Aufgaben wie die Überwachung des Straßenverkehrs oder die allgemeine Verbrechensbekämpfung. Darüber hinaus überwacht das MPS mit eigenem nachrichtendienstlichem Personal das öffentliche Leben, um möglichen Gefahren für das Machtmonopol der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) entgegenzutreten. Dies geschieht durch die Kontrolle des Internet, der klassischen Medien sowie der sich in China aufhaltenden Ausländer. Das MPS operiert nicht nur auf eigenem Hoheitsgebiet, sondern sammelt auch im Ausland Informationen über Personen und Organisationen, die von der KPCh wegen regierungskritischer Aktivitäten als staatsfeindlich eingestuft werden. Da das Ministerium bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben außerhalb der polizeilichen Zuständigkeit nachrichtendienstliche Mittel einsetzt, wird es zu den Nachrichtendiensten gezählt.

► Military Intelligent Department (Militärischer In- und Auslandsnachrichtendienst)

Die klassische militärische In- und Auslandsaufklärung liegt in der Zuständigkeit der 2. Hauptverwaltung des Generalstabs der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Ihr obliegt der Schutz der eigenen Streitkräfte vor gegnerischen Ausspähversuchen. Im Ausland beschafft der Dienst militärisch bedeutsame Informationen beispielsweise über die Fähigkeiten und die Bewaffnung fremder Streitkräfte oder mit Relevanz für die Verteidigungs- und Bündnispolitik.

Die Aufgaben der technischen Spionage, der Fernmeldeaufklärung, der Cyberspionage, der Telekommunikationsüberwachung und der IT-Sicherheit im militärischen Bereich sind dem militärisch technischen Dienst der 3. Hauptverwaltung zugeordnet.

► „Büro 610“

Vor dem Hintergrund der wachsenden Meditationsbewegung Falun Gong wurde 1999 das unmittelbar an das Zentralkomitee der KPCh angebundene „Büro 610“ geschaffen. Dieser Organisation obliegt die Aufklärung und Bekämpfung der regimekritischen Bewegung Falun Gong. Das „Büro 610“ operiert außerhalb einer Ministeriumsstruktur auch im Ausland mit nachrichtendienstlichen Mitteln und ist daher als weitere nachrichtendienstliche Organisation anzusehen. Justiz, Polizei und Verwaltung arbeiten dem „Büro 610“ zu. Der Name ist auf das chinesische Verhältnis zur Zahlensymbolik zurückzuführen und nimmt Bezug auf die Gründung des Büros am 10. Juni 1999.

Islamische Republik Iran

Im Jahr 2015 gingen die wesentlichen nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Iran in Nordrhein-Westfalen vom zivilen In- und Auslandsnachrichtendienst „Ministry of Information and Security“ (MOIS) aus. Traditionell ist die Überwachung und Bekämpfung der iranischen Opposition im In- und Ausland Aufgabenschwerpunkt des MOIS. Daneben interessieren sich die iranischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste aber auch für Informationen aus den Bereichen Politik, Militär und Wirtschaft. Entsprechende nachrichtendienstlich gesteuerte Aktivitäten konnten im Berichtsjahr mehrfach in Nordrhein-Westfalen festgestellt werden.

Die bereits für 2014 beschriebene Intensivierung der Ausforschungsbemühungen des MOIS gegen die oppositionelle „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) beziehungsweise ihren politischen Arm, den „Nationalen Widerstandrat Iran“ (NWRI), hielt auch im Jahr 2015 an. Dokumentiert wird dies durch Exekutivmaßnahmen der Generalbundesanwaltschaft vom 28. Oktober 2015. Aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof wurde an diesem Tag eine Person wegen des dringenden Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit (§ 99 Abs. 1 Nr. 1 StGB) in Köln festgenommen. Dem Beschuldigten wird vorgeworfen, für einen iranischen Nachrichtendienst planmäßig Angehörige der MEK ausgeforscht und seine hierbei erlangten Erkenntnisse gegen Agentenlohn an seine Führungsstelle weitergeleitet zu haben. Neben der Wohnung des Festgenommenen wurden die Wohnungen von fünf weiteren Beschuldigten durchsucht, vier davon ebenfalls in Nordrhein-Westfalen, eine in Berlin. Diese Beschuldigten sollen ebenfalls Informationen über die MEK beschafft haben.

Der iranische Nachrichtendienst hielt weiterhin an der Strategie fest, die MEK durch gezielte Propaganda zu diskreditieren.

Unter Proliferation wird die Weiterverbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen beziehungsweise der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows verstanden. Bei proliferationsrelevanten Staaten wie Iran, Nordkorea, Syrien oder Pakistan steht zu befürchten, dass Massenvernichtungswaffen in Konflikten eingesetzt oder als politisches Druckmittel genutzt werden.

Bis heute ist es den genannten Staaten nicht gelungen, die zur Weiterentwicklung der eigenen Programme erforderlichen Güter ausschließlich im eigenen Land herzustellen. Nordrhein-Westfalen als starker Wirtschaftsstandort mit einer Vielzahl relevanter Unternehmen und Forschungseinrichtungen stand im Jahr 2015 daher unverändert im Fokus proliferationsrelevanter Beschaffungsstellen.

Fallzahlen im Jahr 2015

Im Berichtsjahr konnte die Spionageabwehr 141 Beschaffungsversuche beobachten, die definitiv oder mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zugunsten eines Proliferationsprogramms erfolgten. Diese Zahl bedeutet nahezu eine Verdopplung der in Nordrhein-Westfalen identifizierten sensiblen Einkaufsbemühungen gegenüber dem bis dahin bestehenden Höchstwert aus dem Jahr 2014 (83). In über 90% der Fälle erfolgte allerdings keine Auslieferung der jeweiligen Waren, da der Verfassungsschutz rechtzeitig Warnungen an die betroffenen Unternehmen aussprechen konnte oder bereits sensibilisierte Firmen verdächtige Anfragen als solche erkannten und nicht bedienten.

Die Einigung im Nuklearkonflikt zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats und Deutschland sowie dem Iran mündete zunächst im sogenannten „Joint Comprehensive Plan of Action“ und schließlich in der Resolution 2231 vom 20. Juli 2015. Nichtsdestoweniger stellte Iran weiterhin den Bearbeitungsschwerpunkt in der Proliferationsabwehr dar. Knapp zwei Drittel der identifizierten Einkaufsversuche sind iranischen Programmen zuzuordnen. Während es im Nuklearbereich – möglicherweise bedingt durch die Verhandlungen – zu einem leichten Rückgang kam, stieg die Zahl der Beschaffungsbemühungen im Zusammenhang mit den irani-



In Nordrhein-Westfalen erkannte Beschaffungsversuche von 2010 bis 2015.

schen Raketenprogrammen. Damit blieben die iranischen Aktivitäten im Beobachtungsbereich auf einem konstant hohen Niveau. Daneben setzte sich der im Jahr 2014 bereits festgestellte Anstieg pakistanischer Beschaffungsversuche fort. Mit 49 beobachteten Geschäftsanbahnungen trug Pakistan in erheblichem Maße zum neuerlichen Jahreshöchststand bei. Dies dürfte unter anderem auf Erweiterungen und Modernisierungen der pakistanischen Programme und einen in der Folge erhöhten Importbedarf zurückzuführen sein.

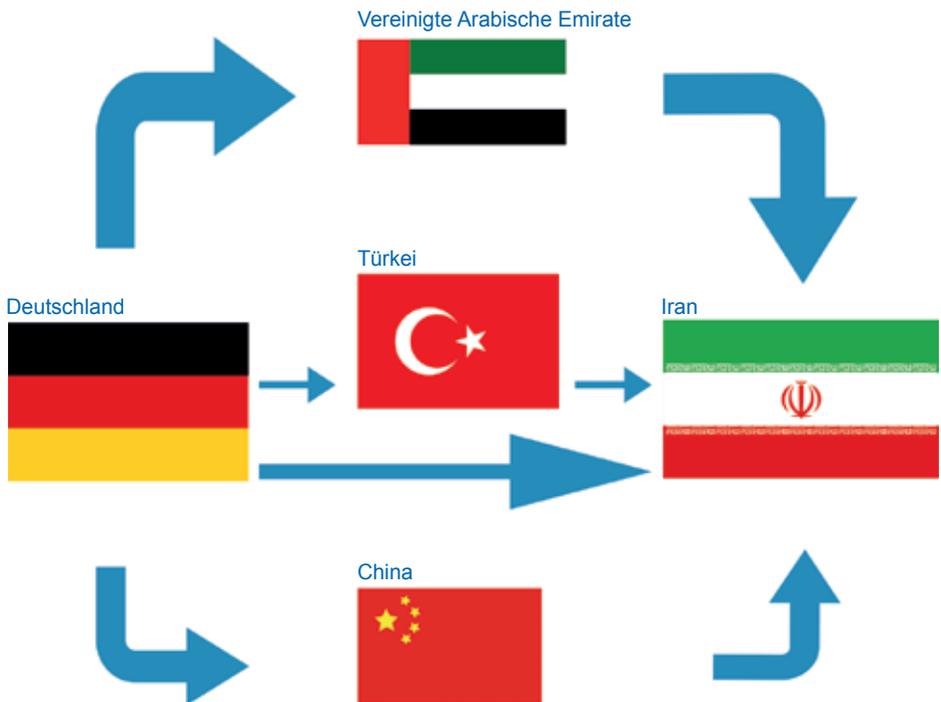
Welche Güter stehen im Fokus?

Gegenstand proliferationsrelevanter Anfragen sind in der Regel sogenannte Dual-use-Güter, also Produkte, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind. Diese Güter bieten Einkaufsstellen die Möglichkeit, gegenüber Herstellern oder Händlern anstatt der tatsächlich vorgesehenen Endverwendung eine angeblich geplante zivile Nutzung anzugeben, um so die Lieferbereitschaft zu erhöhen. Auch im Jahr 2015 nutzten die Proliferationsstaaten diesen Vorteil intensiv, indem sie auf eine Verwendung in der zivilen Forschung oder in der Öl-, Gas- und Stahlindustrie hinwiesen. Dabei wurden teilweise gefälschte Endverbleibszertifikate oder sonstige scheinbar offizielle Dokumente eingesetzt. Im Berichtsjahr fielen über 95% der als proliferationsrelevant identifizierten Geschäftsanbahnungen in die Dual-use-Kategorie.

Im besonderen Interesse stand dabei erneut Vakuum- und Messtechnik aus Nordrhein-Westfalen. Daneben wurden in hohem Maße Ersatzteile für diverse industrielle Anwendungen gesucht, um die innerhalb der relevanten Programme eingesetzten Maschinen und Anlagen in Betrieb halten zu können. Die Produktpalette relevanter Güter erstreckt sich von Grundstoffen wie verschiedenen Chemikalien oder Fasern bis hin zur Hochtechnologie, von kleinsten Ersatzteilen wie Dichtungen bis hin zu industriellen Großanlagen.

Wie gelangen proliferationsrelevante Güter ins Zielland?

Neben der Benennung einer angeblich zivilen Endverwendung hat sich auch die Angabe falscher Endverwender als probates Mittel zum Erwerb proliferationsrelevanter Güter erwiesen. Dabei werden regelmäßig nicht nur vorgeschobene Unternehmen als Empfänger der Waren ausgegeben, oftmals wird versucht, das eigentliche Zielland der Lieferung zu verschleiern. Im Jahr 2015 nutzten die proliferationsrelevanten Staaten zu diesem Zweck umfangreiche Beschaffungnetzwerke. Diese bestehen aus Tarnfirmen und Strohmännern in unterschiedlichen Staaten. Sie versuchen, Güter über sogenannte Umgehungslieferungen zu beschaffen.



Routen proliferationsrelevanter Waren in den Iran

Grundsätzlich können entsprechende Einkäufer hierzu jedes beliebige Land nutzen. Erfahrungsgemäß befinden sich die klassischen „Umgehungsstaaten“ aber in geographischer Nähe zum Zielland. So versuchte der Iran beispielsweise im Berichtsjahr vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und China zu nutzen, doch auch Turkmenistan oder der Irak wurden von der Spionageabwehr als Ausweichziel festgestellt.

Ausweitung der Aufklärungsbemühungen durch den Verfassungsschutz NRW

Die oben beschriebenen, konstant steigenden Fallzahlen sind sowohl in den unverminderten Anstrengungen der Proliferationsstaaten zur Beschaffung von Technologie begründet, im Jahr 2015 insbesondere bei Pakistan zu beobachten, als auch in der kontinuierlichen Ausweitung der Aufklärungsbemühungen von Seiten des Verfassungsschutzes NRW.

Neben der Bearbeitung konkreter Verdachtsfälle und der Identifizierung von Beschaffungsnetzwerken konnte die Spionageabwehr die Anzahl der Vorträge und Einzelberatungen zur Sensibilisierung der Wirtschaft im Jahr 2015 weiter erhöhen. Dabei wurden in 56 Veranstaltungen und Firmengesprächen etwa 150 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen erreicht. Die Präventionsarbeit der Spionageabwehr führt zu einem steigenden Hinweisaufkommen im Interesse der Proliferationsbekämpfung.

Ziel der Sensibilisierungen durch den Verfassungsschutz NRW sind Aufklärung und die Verhinderung von Proliferationsgeschäften. Die Gesprächspartner werden auf Gefahren illegaler Lieferungen sowie die einschlägigen Beschaffungsmethoden hingewiesen. In konkreten Einzelfällen bietet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz eine individuelle Beratung, bei der Probleme und Fragen der Unternehmen stets vertraulich behandelt werden. Unter der Rufnummer 0211 871 2821 und die E-Mail-Adresse kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de kann ein Gesprächstermin mit der Spionageabwehr vereinbart werden.

Wirtschaftsspionage

„Deutsche Technik, made in China“ (FAZ, 11.08.2015)

„Wirtschaftsspionage bedroht Mittelständler“ (Süddeutsche Zeitung, 21.11.2015)

„Spione aus dem Iran greifen deutsche Firmen an“ (Welt, 12.01.2015)

„Russische Spionage-Offensive in Deutschland“ (Focus, 11/2015)

Schlagzeilen dieser Art waren im vergangenen Jahr häufiger in der Presse zu finden. Oftmals war die Spionagetätigkeit fremder Mächte Grund für eine entsprechende mediale Berichterstattung. Bei Tätigkeiten dieser Art spricht man von Wirtschaftsspionage.

Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung

Grundsätzlich lässt sich zwischen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung, die oftmals auch als Industriespionage bezeichnet wird, unterscheiden. Unter Konkurrenz – oder auch Industriespionage – versteht man die Ausspähung von Unternehmen durch einen Wettbewerber. Wirtschaftsspionage hingegen ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben. In den Methoden unterscheiden sich beide Phänomene jedoch kaum.

Welche Staaten haben deutsche Unternehmen angegriffen?

In sehr vielen Staaten weltweit existieren gesetzliche Grundlagen, die den jeweiligen Nachrichtendiensten die Durchführung von Wirtschaftsspionage erlauben. Im Fokus der Spionageabwehr stehen insbesondere Länder wie China und Russland, aber auch viele andere Staaten betreiben Wirtschaftsspionage. In den vergangenen Jahren verdichteten sich die Erkenntnisse bei der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes NRW, dass der Iran über ein eigenes Cyberprogramm verfügt. Dieses ist an exponierter Stelle innerhalb der sogenannten Revolutionsgarden angesie-

delt. Im Jahr 2015 konnte eine deutlich erhöhte Zahl von qualitativ hochwertigen Cyberangriffen auch auf deutsche Unternehmen festgestellt werden. Ziel der Angriffe waren Unternehmensnetzwerke und Kontrollsysteme der Industrie. Bei derartigen Attacken wurden rund acht Gigabyte geheimer Daten ausgespäht.

Wer wird angegriffen?

Auf Umfragen basierende Schätzungen gehen davon aus, dass jedes zweite deutsche Unternehmen bereits Opfer eines Angriffes geworden ist. Für das Jahr 2015 wird von einer Schadenssumme von mindestens 50 Milliarden Euro für die gesamte deutsche Wirtschaft ausgegangen.

Im Fokus der Angreifer in Nordrhein-Westfalen standen verstärkt kleine und mittelständische Industrieunternehmen, die aufgrund ihres Erfolges auf den Weltmärkten lohnende Angriffsziele sind. Oftmals sind diesen Unternehmen die drohenden Gefahren leider nicht im vollen Umfang bewusst.

Wie erfolgten diese Angriffe?

Die häufigste Angriffsvariante von Wirtschaftsspionen bestand auch im letzten Jahr darin, eine E-Mail mit angehängter Schadsoftware zu versenden. Bei dieser Schadsoftware handelte es sich in der Regel um sogenannte Trojaner, die sich im angegriffenen Unternehmensnetzwerk festsetzten und in der Folge Unternehmensdaten an den Angreifer übertrugen. Für Unternehmen birgt dies gerade unter dem Gesichtspunkt der sogenannten „Industrie 4.0“ besondere Gefahren. In der Industrie 4.0 verzahnt sich die Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik auf intelligente Weise. Dies bringt immense Vorteile und ermöglicht die kostengünstige Herstellung maßgeschneiderter Produkte nach individuellen Kundenwünschen und in hoher Qualität.

Letztendlich werden alle Prozesse digitalisiert und miteinander vernetzt. Dieser hohe Grad an Vernetzung macht ein IT-Netzwerk allerdings auch leichter angreifbar. Gelingt es Wirtschaftsspionen an einer Stelle in ein solches Netzwerk einzudringen, erhalten sie häufig Zugang zu nahezu allen relevanten Bereichen. Darunter befinden sich Stellen, an denen sensible Unternehmensdaten gespeichert sind oder sich Steuerprozesse für die Produktion befinden. Daten können abfließen oder Produktionsprozesse sabotiert werden. Wirtschaftsspione setzen alles daran, über einen möglichst langen Zeitraum unentdeckt zu bleiben. Professionelle Spionageangriffe werden daher oftmals überhaupt nicht, oder erst nach sehr langer Zeit entdeckt. Die durchschnittliche Zeit zwischen Infizierung und Entdeckung beträgt derzeit rund 150 Tage.

Angriffe auf Smartphones

Es werden aber nicht nur die IT-Systeme von Unternehmen angegriffen. Geschäftlich genutzte Smartphones sind ebenfalls ein begehrtes Ziel von Angriffen. Smartphones bieten nahezu die gleiche Funktionalität wie Computer, verfügen jedoch häufig nur über minimale Sicherheitsvorkehrungen und sind daher sehr leicht angreifbar. Darüber hinaus versorgen viele Hersteller ihre Smartphone-Modelle oft nur sehr zögerlich mit Sicherheits-Aktualisierungen. Im Bereich der Wirtschaftsspionage werden die mobilen Telefone mit professioneller Schadsoftware unter anderem so infiziert, dass sie wie Wanzen funktionieren. Nimmt man ein solches Gerät mit in eine vertrauliche Besprechung, wird der gesamte Inhalt an den Angreifer übertragen. Es können alle Gespräche mitgehört und die auf dem Gerät gespeicherten Daten ausgelesen werden.

Social Engineering als beliebte Methode

Stark gestiegen ist im letzten Jahr der Einsatz von Social Engineering, insbesondere zur Vorbereitung technischer Angriffe auf Unternehmensnetzwerke. Social Engineering bedeutet im Kontext der IT-Security vereinfacht übersetzt die „soziale Manipulation von Menschen“. Menschliche Eigenschaften wie Hilfsbereitschaft, Gutgläubigkeit, Naivität oder auch Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden bewusst ausgenutzt, um einen technischen Angriff beispielsweise auf ein IT-Netzwerk erfolgreich durchzuführen.

Angreifer möchten ihr Ziel, in das Netzwerk eines Unternehmens einzudringen, möglichst schnell und mit einfachen technischen Mitteln erreichen. Oftmals wird eine Schadsoftware als Anhang einer E-Mail verschickt, oder ein Link in einer E-Mail verweist auf eine mit Schadcode präparierte Internetadresse. Die Weiterentwicklung von Schutzsoftware hat in den vergangenen Jahren Angriffe auf IT-Infrastrukturen erheblich erschwert. Die Zahl der Angriffe in Zusammenhang mit Social Engineering stieg hingegen stark an; der Faktor Mensch rückte damit stärker in den Mittelpunkt der Bemühungen, einen Zugang zu einem gut gesicherten IT-Netzwerk zu erhalten.

Wie kann sich ein Unternehmen schützen?

Der Verfassungsschutz NRW rät allen Unternehmen, sich auf der Grundlage eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes zu schützen. Unternehmenssicherheit ist mehr als reine IT-Sicherheit. Unternehmenssicherheit gehört in professionelle Hände und sollte von einer eigenen Organisationseinheit (Corporate Security) bearbeitet werden. Sie sollte alle Sicherheitsprozesse in einem Unternehmen verantworten und verzahnen. Sicherheit selbst ist zwar kein wertschöpfender Vorgang, sie flankiert aber erfolgreich die Gewinnerzielung und stellt somit immer einen Wettbewerbsvorteil dar.

Präventive Schutzmaßnahmen alleine reichen nicht aus. Aufgrund komplexer Abhängigkeiten und Verzahnungen einzelner IT-Komponenten muss inzwischen davon ausgegangen werden, dass IT-Angriffe trotz guter Absicherung erfolgreich durchgeführt werden können. Ein entsprechender Ernstfall muss im Sicherheitskonzept, beispielsweise durch die Festlegung von Notfallprozessen, berücksichtigt werden („Assume the Breach“). Vielfach werden jedoch erst dann Maßnahmen ergriffen, wenn es bereits zu einem Sicherheitsvorfall gekommen ist. Dies kann fatale Folgen haben. Es besteht die Gefahr, dass bei einem einzigen professionellen Angriff ein Großteil des Know-hows eines Unternehmens abfließt oder der Produktionsprozess nachhaltig gestört wird. Eine frühzeitige Befassung mit dem Thema Sicherheit ist daher für jedes Unternehmen angezeigt.

Der Verfassungsschutz NRW hilft, Unternehmen sicherer zu machen

Experten für den Wirtschaftsschutz beim Verfassungsschutz NRW geben Hilfestellungen, Unternehmen sicherer zu machen. Eine Möglichkeit ist die Durchführung von Sensibilisierungsvorträgen. Sie zeigen aus Sicht der Sicherheitsbehörde auf, welchen Bedrohungen Unternehmen aller



Burkhard Freier, Leiter des Verfassungsschutzes NRW, bei einem Vortrag vor Unternehmensvertretern.

Branchen und Größenordnungen durch Wirtschaftsspionage ausgesetzt sind, informieren über die wichtigsten Angriffsmethoden und zeigen wirksame Schutzstrategien für Unternehmen auf. Im Jahr 2015 hielten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes NRW 86 Vorträge vor rund 3.500 Besuchern.

Darüber hinaus führt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz jährlich rund 100 Beratungs- und Sensibilisierungsgespräche mit Firmen, die mit staatlichen Verschlusssachen (VS) umgehen. Diese Firmen unterliegen den besonderen Sicherheitsregeln des Geheimschutzes, die im Geheimschutzhandbuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie festgelegt sind.

Auf Wunsch besucht der Verfassungsschutz NRW Unternehmen vor Ort, um praktische Hilfeleistung bei der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes zu geben oder beispielsweise vor einer Unternehmensbelegschaft einen Sensibilisierungsvortrag zu halten. Diese kostenlosen Angebote stehen allen Unternehmen offen. Anfragen können telefonisch unter 0211 / 871-2899 übermittelt oder an wirtschaftsschutz@mik1.nrw.de gerichtet werden.

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

Übergreifende Konzepte und Vernetzung	226
Präventionsprogramm Wegweiser	230
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes	232
Fachtagungen.....	236
VIR.....	238
Vorträge und Fortbildungen	240
Veröffentlichungen.....	244

Die Extremismusprävention des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes konzentrierte sich im Jahr 2015 weiterhin auf die Bereiche Islamismus und Rechtsextremismus. Im Vordergrund stand dabei ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, über den zahlreiche institutionelle Stellen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren systematisch und umfassend informiert und sensibilisiert worden sind.

Das landesweite Präventionsprogramm „Wegweiser“, das den Einstieg in die salafistische Szene zu verhindern versucht, ist auf vier weitere Regionen ausgeweitet worden. Der Verfassungsschutz bietet zudem mit eigenen Programmen Rechtsextremisten und seit Oktober 2014 Islamisten die Möglichkeit zum Ausstieg aus der extremistischen Szene.

Ein wichtiger Schritt war in diesem Zusammenhang die wissenschaftliche Evaluation des beim Verfassungsschutz NRW angesiedelten Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten. Die Ergebnisse sind am 18. Mai 2015 dem nordrhein-westfälischen Landtag vorgestellt worden.

Bei der Prävention arbeitet der Verfassungsschutz NRW erfolgreich mit zahlreichen Partnern zusammen: Der verstärkte Austausch mit allen maßgeblichen Ressorts der Landesregierung bringt die Präventionsbemühungen voran. Zusammen mit der Stadt Dortmund hat der Verfassungsschutz am 25. November zur Fachtagung „Die Partei 'Die Rechte' – Ideologie, Aktionsformen, Gegenstrategien“ eingeladen. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung hat das

Innenministerium NRW die Tagung „Einstiegsprozesse: Rechtsextremismus und gewaltbereiter Salafismus. Gemeinsamkeiten – Unterschiede – Gegenmodelle“ ausgerichtet.

Aufklärung über Ideologien, Strukturen und Strategien verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien stärkt die Wachsamkeit der demokratischen Öffentlichkeit und festigt auf diese Weise das Fundament einer wehrhaften Demokratie. Im Jahr 2015 hat sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an rund 170 Informationsveranstaltungen für Politik, Behörden, Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen beteiligt.

Übergreifende Konzepte und Vernetzung

Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen, menschenverachtenden Handlungsweisen und Denkmustern ist kein begrenzter, kurzfristiger Prozess, sondern eine langfristige Aufgabenstellung der im Verfassungsschutz angesiedelten Extremismusprävention. Unverändert zum Jahr 2014 liegen die Schwerpunkte hier weiterhin in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus. Seit der Neustrukturierung des Verfassungsschutzes NRW im Jahr 2013 wurde die Relevanz der Präventionsarbeit durch ein eigenständiges Referat „Prävention, Aussteigerprogramme“ betont.

Der Verfassungsschutz hat sich bei der Präventionsarbeit im Berichtsjahr 2015 verstärkt auf einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz konzentriert: Er ist dabei unter anderem gemeinsam mit

Prävention auf alle Ebenen

In den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus bringt der Verfassungsschutz NRW seine Erkenntnisse gezielt in alle drei grundlegenden Felder der Prävention ein. In Wissenschaft und pädagogischer Praxis wird üblicherweise die primäre, sekundäre und tertiäre Prävention unterschieden. Eingeteilt wird nach den Zielgruppen, an die sich die Präventionsmaßnahmen richten.

Die primäre Prävention zielt auf die demokratische Öffentlichkeit ab („Verfassungsschutz durch Aufklärung“).

Bei der sekundären Prävention sind es Personengruppen, die eine Nähe zum extremistischen Denken und Handeln haben. Im Bereich des Rechtsextremismus werden diese Personen beispielsweise häufig als „rechtsorientiert“ oder „rechtsaffin“ bezeichnet. Entsprechende Jugendliche befinden sich meist in einer Annäherungsphase an extremistische Szenen.

Tertiäre Prävention richtet sich an Personen, die fest an der Szene beteiligt und in ihr aktiv sind. Maßnahmen der tertiären Prävention sind insbesondere Aussteigerprogramme. Die Übergänge zwischen diesen drei Präventionsbereichen sind fließend, die Unterscheidung ist aber wichtig, weil wirksame Präventionsmaßnahmen passgenau auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sein müssen.

allen maßgeblichen Ressorts der Landesregierung vorgegangen. Bereits bestehende Modelle wurden ausgebaut und optimiert. Hierzu gehört vor allem das Aussteigerprogramm Islamismus. Unabhängig vom und parallel zum Aussteigerprogramm wurde das Präventionsprogramm Wegweiser in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen in den vier weiteren Regionen Duisburg, Dinslaken, Dortmund und Wuppertal etabliert. Auch der Blick über die Grenzen zu benachbarten Staaten mit ähnlich gelagerten Problemstellungen wurde zum Austausch über mögliche Lösungsstrategien sowie zur Vernetzung vorangetrieben.

Ressortübergreifende Maßnahmen der Islamismusprävention

Ende 2015 ist eine aktualisierte Analyse der deutschen Sicherheitsbehörden zu den nach Syrien und in den Irak ausgereisten Personen veröffentlicht worden. Sie bietet eine gute Grundlage für präventives Handeln. Es wurde noch einmal deutlich, dass es „den“ extremistischen Salafisten nicht gibt und die gesamte Gesellschaft gefordert ist, Achtsamkeit für Radikalisierungsanzeichen zu entwickeln, um frühzeitig gegensteuern zu können.

Das Thema Prävention von extremistischem Salafismus hatte im Jahr 2015 für die Landesregierung eine große Bedeutung. Im Mittelpunkt steht dabei, die Radikalisierung insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verhindern und ihre Demokratiebindung zu stärken. Ein Expertenkreis ausgewählter Fachleute aus Wissenschaft und Praxis sowie aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung wurde eingerichtet. Die ressortübergreifenden Gespräche wurden vertieft. Ziel ist die Einrichtung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe zum Thema Salafismusprävention, um gemeinsam und koordiniert bereits bestehende Maßnahmen auszubauen und stärker zu vernetzen sowie neue Maßnahmen zu initiieren. Mit einer Aufteilung der Federführung zwischen dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und dem Ministerium für Inneres und Kommunales wird den unterschiedlichen Präventionsebenen Rechnung getragen. Es geht dabei um präventive Zielsetzungen und Maßnahmen mit einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz, bei denen Zivilgesellschaft und Staat gemeinsam vorgehen sollen. Zudem sind die Bedingungen, die auf eine Radikalisierung einwirken, in den Fokus zu nehmen. Vorhandene Deradikalisierungsmaßnahmen wie beispielsweise das Präventionsprogramm Wegweiser und das Aussteigerprogramm Islamismus sind auszubauen und gegebenenfalls neue zu entwickeln. Dies betrifft sowohl die sekundäre Prävention, die sich an Personen richtet, die sich zu radikalieren drohen, als auch die tertiäre Prävention, welche bereits stark radikalisierte Personen zur Zielgruppe hat.

Die gemeinsam von den Bezirksregierungen und dem Ministerium für Inneres und Kommunales organisierte Reihe von Regionalkonferenzen wurde im Jahr 2015 mit Veranstaltungen in Detmold, Köln und Münster fortgeführt. Damit wurden in allen fünf nordrhein-westfälischen Regierungsbezirken Institutionen, die in ihrer Arbeit mit Jugendlichen und jungen Menschen vielfältige Kontakte haben, über den extremistischen Salafismus, seine Erscheinungsformen

sowie Beratungs- und Hilfsangebote informiert. Teilgenommen haben Multiplikatoren insbesondere aus den Bereichen Wissenschaft, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Integrationsfachstellen und der Polizei. Es wurden die Attraktivität der Szene für Jugendliche, deren Radikalisierungstendenzen sowie Themen der Prävention gegen den extremistischen Salafismus von und mit Experten erläutert und diskutiert.

Der Verfassungsschutz NRW vertritt das Ministerium für Inneres und Kommunales in einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen begleitet. Das Handlungskonzept wird federführend durch eine Projektgruppe im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport erarbeitet. Das Ministerium für Inneres und Kommunales gehört zudem dem „Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ in Nordrhein-Westfalen an, das im März 2012 gegründet wurde. In diesem arbeiten alle wesentlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure zusammen.



Regionalkonferenz bei der Bezirksregierung Köln im März 2015

Modellprojekt „Kommunen gegen Extremismus“

Das Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ wurde im Jahr 2014 im Kreis Mettmann durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz zusammen mit dem polizeilichen Staatsschutz des zuständigen Polizeipräsidenten Düsseldorf initiiert. Im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit soll die Entstehung jeder Art von Extremismus durch Informationsaustausch in beide Richtungen im Vorfeld entgegengewirkt werden. Die Zusammenarbeit ist von den Kommunen positiv angenommen und regelmäßig für Anfragen und Hinweise genutzt worden. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen wurde das Projekt in 2015 auf den Rhein-Kreis Neuss erweitert. Wie zuvor in Mettmann fand dort ebenfalls eine von Verfassungsschutz und Polizei durchgeführte Informationsveranstaltung statt, bei der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunen und des Kreises extremistische Phänomenbereiche aufgezeigt wurden. Eine weitere Ausdehnung des Projekts ist derzeit in Vorbereitung.

Arbeitsgruppe „Gegenmaßnahmen zu salafistischer Internetpropaganda“

Im Frühjahr 2015 wurde unter Federführung des Ministeriums für Inneres und Kommunales eine Arbeitsgruppe aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen ins Leben gerufen, die sich mit der Entwicklung von Gegenmaßnahmen zu salafistischer Internetpropaganda beschäftigt. Die Arbeitsgruppe setzt sich im halbjährlichen Turnus im Auftrag der Innenministerkonferenz zusammen. Zur Entwicklung wirksamer Gegenmaßnahmen ist die Zusammenarbeit vieler verschiedener Expertisen erforderlich. Diesem Ansatz wird in der Arbeitsgruppe Rechnung getragen, indem neben den Ressorts Inneres und Familie zum Beispiel auch jugendschutz.net und die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen teilnehmen. Um einen Überblick zu vorhandenen und geplanten Initiativen und Projekten zu bekommen und Bedarfe für weitere fehlende Projekte zu erkennen, wurden alle vorhandenen und geplanten Initiativen und Projekte zu dem Thema in einer Bestandsaufnahme zusammengeführt. Die Bestandsaufnahme wird kontinuierlich weitergeführt und der Kreis der teilnehmenden Experten ausgebaut.



Salafistische Internetpropaganda wie hier auf YouTube ist im Internet sehr stark verbreitet

Verfassungsschutz NRW und Zusammenarbeit auf EU-Ebene

Im Jahr 2015 haben das Ministerium für Inneres und Kommunales und speziell der Verfassungsschutz die Kontakte zu Akteuren, Partnern und staatlichen Stellen in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verstärkt und ausgebaut. Bei Gesprächen über Deradikalisierung und Prävention wurden den europäischen Partnern beispielsweise in den Niederlanden und in Belgien unter anderem die Präventions- und Aussteigerprogramme des Landes NRW vorgestellt und es fand ein Austausch über Best practices statt. Eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit wurde für das Jahr 2016 vereinbart. Die Nachfrage internationaler Akteure nach den Präventionsprogrammen des Landes war in 2015 hoch und dürfte auch im Jahr 2016 weiter anhalten. Darüber hinaus besteht eine Vernetzung zur europäischen Plattform RAN (Radicalisation Awareness Network). Sie ermöglicht den regelmäßigen Austausch europäischer Best practices für Präventionsprogramme und wird im Jahr 2016 fortgeführt.



Der extremistische Salafismus übt durch hochprofessionelle und die Lebenswelt vieler Jugendlicher ansprechende

Propaganda weiterhin eine große Anziehungskraft auf junge Menschen aus. Insbesondere bei Eltern und Lehrern wirft das Thema viele Fragen auf und stellt sie vor neue Herausforderungen. Bei Jugendeinrichtungen und Behörden besteht ebenfalls ein hoher Informationsbedarf.

Im Jahr 2014 startete das Präventionsprogramm Wegweiser in den Städten Bochum, Bonn und Düsseldorf. 2015 folgten Anlaufstellen in Wuppertal für das Bergische Land, Dinslaken (für den Kreis Wesel), Dortmund und Duisburg. In 2016 kommen Büros in Aachen, Essen, Köln, Mönchengladbach, Münster und Ostwestfalen-Lippe hinzu. Neben einer geplanten personellen Verstärkung der vorhandenen lokalen Anlaufstellen sollen einige Stellen durch mobile Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterteams ergänzt werden. Diese können den Beratungsbedarf insbesondere in ländliche Regionen abdecken. Eine externe Evaluierung des Programms wird im Jahr 2016 vorbereitet. Sie soll die Wirksamkeit wissenschaftlich überprüfen und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen.

Wegweiser versteht sich als Programm eines Verbundes von Ministerium, Kommunen sowie Akteuren der Zivilgesellschaft, öffentlicher Stellen und sonstiger Institutionen vor Ort. Es bietet Anlaufstellen auf lokaler Ebene für alle, die Fragen zum Thema extremistischer Salafismus und Radikalisierung haben oder Unterstützung beispielsweise in konkreten Einzelfällen benötigen. Ziel ist ein möglichst schnelles Eingreifen, wenn erste Radikalisierungsmerkmale bemerkt werden. Eine Radikalisierung junger Menschen soll auf diese Weise verhindert werden.

Es ist wichtig, konkrete Beratungsangebote insbesondere für junge Menschen zu unterbreiten und vor Ort anzubieten. Sie stehen allen Personen offen und betreffen insbesondere Angehörige, die Probleme erkennen und Veränderungen an den jungen Menschen beobachten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Programm sehr stark aus dem Bereich Schule nachgefragt wird. Veränderungen bei Schülerinnen und Schülern werden dort häufig frühzeitig bemerkt. Gespräche mit Personen aus dem direkten Umfeld bieten eine Möglichkeit, Betroffene frühzeitig zu erreichen.

Breites Angebot zur Individuellen Hilfe

Aufgrund möglicher, vielfältiger Auslöser für eine Radikalisierung ist das Programm Wegweiser breit aufgestellt und kann auf ein großes Netzwerk verschiedener Akteure und Einrichtungen zurückgreifen. Konzeptionell wird Wegweiser bereits im Gründungsprozess sehr eng an die örtlichen Gegebenheiten angepasst und an eine lokale Trägerorganisation angebunden. Von großer Bedeutung ist, dass die Wegweiser-Betreuer Beratung und Unterstützung nicht alleine leisten, sondern aktiv die örtlichen Netzwerkpartner mit einbinden. Bestehende, im Regelsystem vorgesehene Strukturen werden aufgegriffen. Für die konkreten Beratungsfälle werden verschiedene Experten vor Ort aktiviert und mit ihnen und den Betroffenen zusammengearbeitet. Beteiligt sind in der Regel Sozialarbeiter, Jugendhilfe, Schulen, Jobcenter, einzelne Moscheegemeinden und die Polizei.

Je vielfältiger die Problemlagen der vorwiegend jungen Menschen sind, umso zahlreicher und inhaltlich breiter aufgestellt sollten die Netzwerkpartner vor Ort sein, die bei einer Problemlösung mit ihren speziellen Expertisen hinzugezogen werden und behilflich sein können. Die Wegweiser-Betreuer erarbeiten mit den Betroffenen, dem sozialen Umfeld sowie den Ansprechpartnern des jeweiligen Netzwerks ein individuell zugeschnittenes Unterstützungskonzept.

Kontakt zu Wegweiser

Eine Übersicht über die Erreichbarkeiten der lokalen Wegweiser-Partner und Antworten auf häufige Fragen zum Programm sind unter www.wegweiser.nrw.de zu finden.

Neben den lokalen Wegweiser-Anlaufstellen existiert eine Wegweiser-Hotline beim Ministerium für Inneres und Kommunales. Sie steht insbesondere für Anfragen aus Regionen zur Verfügung, in denen es noch keine Wegweiser-Anlaufstellen gibt. Ratsuchende aus ganz Nordrhein-Westfalen können sich über die Rufnummer 0211-871-2728 von Montag bis Freitag in der Zeit von 08:00 bis 18:00 Uhr an die Beraterinnen und Berater wenden. Die E-Mail-Adresse lautet info@wegweiser.nrw.de. Die zentrale Hotline vermittelt auf Wunsch Ansprechpartner vor Ort.



Informationsfaltblatt des Präventionsprogramms

Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes

Aussteigerprogramme sind sehr wichtige Angebote der Prävention. Sie ermöglichen Angehörigen extremistischer Szenen den Ausstieg, begleiten sie auf diesem Weg und bieten neue Perspektiven. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bietet ein solches Programm seit langem für den Bereich des Rechtsextremismus an. Im Oktober 2014 hat ein Aussteigerprogramm Islamismus seine Arbeit aufgenommen.

Aussteigerprogramm Rechtsextremismus

Bis Ende 2015 haben insgesamt 156 Personen die rechtsextremistische Szene mithilfe des Aussteigerprogramms dauerhaft verlassen. Wie in den Vorjahren wurden 2015 kontinuierlich zwischen 40 und 50 Personen begleitet.



„Nordrhein-Westfalen hat ein gutes Aussteigerprogramm – aber was gut ist, kann ja noch besser werden“. So fasste Prof. Kurt Möller, Sozial- und Erziehungswissenschaftler an der Hochschule Esslingen, am 18. Mai 2015 im nordrhein-westfälischen Landtag die 111 Seiten seiner Expertise zum Aussteigerprogramm Rechtsextremismus (APR) des Landes zusammen. Gut ein Jahr lang hatte Kurt Möller gemeinsam mit der Psychologin Prof. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach das APR untersucht und Empfehlungen erarbeitet. Es ist damit das erste staatliche Aussteigerprogramm, das durch ein unabhängiges wissenschaftliches Team unter die Lupe genommen wurde. Die Evaluation stellt dem APR insgesamt ein positives Zeugnis aus, sie gibt aber auch wichtige Impulse und regt Verbesserungen an.

Die Studie kommt zu folgenden zentralen Ergebnissen:

- ▶ In 94 Prozent der untersuchten Fälle ist es nicht zu einem Rückfall gekommen, weder zu einer erneuten Annäherung an die rechtsextremistische Szene noch zu einschlägigen Straftaten.
- ▶ Das APR befasst sich mit einer sehr „harten“ Klientel von Rechtsextremisten. Fast alle Ratsuchenden sind straffällig geworden, die meisten mehrfach. Nicht wenige sind Intensivstrafäter. Hinzu kommen psychische Störungen, Sucht- und Schuldenprobleme. Angesichts dieser Klientel spricht die geringe Rückfallquote aus Sicht der Gutachter „eindrucksvoll für den

Erfolg des Programms“. Frauen und Mädchen sind im Programm bisher allerdings unterrepräsentiert.

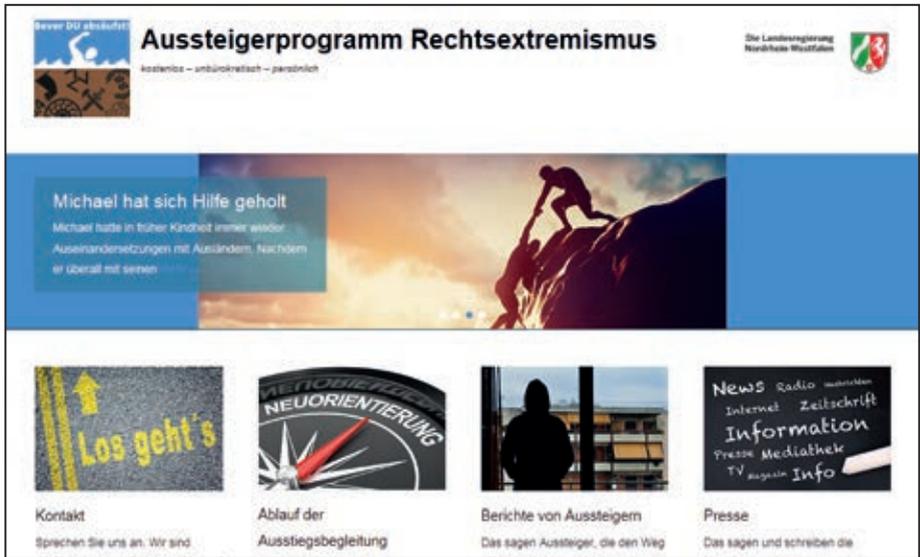
- ▶ Die Anbindung des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten an den Verfassungsschutz ist kein Manko. Der Verfassungsschutz ist einerseits, so die Evaluation, „Feindbild Nummer eins“ der Szene. Die Klienten gehen allerdings davon aus, dass gerade eine solche, nach ihrer Wahrnehmung „mächtige“ Behörde besonders effektiv Schutz und Hilfe leisten könne.
- ▶ Die Unterstützung der Klienten erfolge stringent, ressourcensparend und schnell, sobald sich eine Problemlage zeigt.
- ▶ Ein vollständiger Erfolg des Aussteigerprogramms ist der Studie zufolge nicht immer realistisch. In manchen Fällen sei es fraglich, „ob eine restlose Reduktion von Einzelbeständen (extrem) rechter Orientierungen gelingen kann“.

Seit seiner personellen Verstärkung im Jahr 2014 arbeiten im APR Menschen aus Verwaltung und Polizei, mit juristischem, pädagogischem und sozialwissenschaftlichem Hintergrund zusammen. Durch das multiprofessionelle Team kann sich die Ausstiegsbegleitung dem Distanzierungsprozess von verschiedenen Seiten nähern und mit den Ausstiegswilligen praxisorientierte und individuelle Ausstiegskonzepte erarbeiten. Die Ausstiegshilfen zur Stabilisierung der Lebensverhältnisse umfassen unter anderem die Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, Unterstützung bei Qualifizierungsmaßnahmen (beispielsweise bei der Erlangung des Führerscheins oder eines Ausbildungsabschlusses), psychologische Hilfe, Eingliederung in Entziehungsmaßnahmen, die Hilfe bei Familienzusammenführung, Umzugshilfen und Haftbetreuung. Darüber hinaus werden in persönlichen Gesprächen die Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Einstellungsmuster hinterfragt.

Netzwerke sind für die Ausstiegsarbeit besonders wichtig. Neben den regelmäßigen Tagungen und Fortbildungen der Aussteigerprogramme des Bundes und der Länder beteiligte sich das APR an dem ersten außerordentlichen Praxis- und Erfahrungsaustausch von zivilgesellschaftlichen und behördlichen Aussteigerprogrammen des Justizministeriums Niedersachsen im März 2015. Eine regelmäßige Fortführung des Austausches wurde vereinbart.

Aussteigerprogramm Rechtsextremismus

Das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus ist über die E-Mail-Adresse kontakt@aussteiger.nrw.de und die Telefonnummer 0211 837 1001 erreichbar. Weitere Informationen zum Programm sind unter www.aussteiger.nrw.de abrufbar.



Im Juli 2015 ging die neugestaltete Website des Aussteigerprogramms ans Netz. Sie enthält unter anderem Erfahrungsberichte von Aussteigern und das vollständige Gutachten zur Evaluation des APR. Im Jahr 2016 erarbeitet eine Projektgruppe mit wissenschaftlicher Begleitung darüber hinaus Strategien, um Ausstiegsangebote gezielt mithilfe von Social-Media-Angeboten bekannt zu machen.

Aussteigerprogramm Islamismus

Der Verfassungsschutz hat im Oktober 2014 ein eigenständiges Aussteigerprogramm für Islamisten entwickelt. Dies ist bislang das einzige staatliche Ausstiegsangebot in diesem Phänomenbereich in Deutschland. Es richtet sich an stark

radikalisierte und in die islamistische Szene fest eingebundene Personen. An das Programm können sich auch Rückkehrer aus Kriegsgebieten und wegen entsprechender politischer Straftaten verurteilte Inhaftierte wenden, wenn sie sich aus der Szene lösen wollen.



Der Hauptaspekt der Ausstiegsbegleitung ist dabei die ideologische Aufarbeitung, bei der sich die Betroffenen mit ihrer Vergangenheit und ihrem Weg in den Extremismus auseinandersetzen müssen. Daneben wird „Hilfe zur Selbsthilfe“ geleistet. Die Aussteiger werden dabei unterstützt, ihre eigenen Ressourcen zu mobilisieren. Ungelöste existenzielle Probleme wie Arbeitslosigkeit



oder finanzielle Schwierigkeiten können eine beginnende Distanzierung von der Szene unterbrechen. Ein Ausstieg ist erfahrungsgemäß ein langer Weg über Jahre, bei dem immer wieder Rückschläge auftreten können.

Die ausstiegswilligen Personen haben häufig vielfältige Probleme, für deren Lösung umfangreiche Hilfestellungen notwendig sind. Daher sind

zum Beispiel Jobcenter, Bildungseinrichtungen, Schuldenberatung oder kommunale Stellen für Beratungs- und Unterstützungsleistungen wichtige Partner für die Ausstiegsbegleiter; sie werden bei Bedarf hinzugezogen.

Die Erfahrungen aus mehr als einem Jahr praktischer Arbeit haben gezeigt, dass das Programm von der Zielgruppe gut angenommen wird. Der Verfassungsschutz wird als kompetenter und glaubwürdiger Ansprechpartner wahrgenommen. Die Ausstiegsbegleiter haben über 50 Fälle in Bearbeitung, von denen sich die Hälfte in einem intensiven Betreuungsprozess befindet.

Ausstiegsarbeit ist eine wichtige Aufgabe, damit Personen die Chance erhalten, wieder einen Platz in der Gesellschaft zu finden und ein Leben mit ihrer Religion aber ohne Extremismus zu führen. Ohne ein solches Angebot besteht die Gefahr, dass Ausstiegswillige mangels Alternativen in der Szene bleiben oder dorthin zurückkehren. Deshalb ist es wichtig, ihnen Mut zu machen und sie darin zu bestärken, den ersten Schritt auf das Aussteigerprogramm zu zugehen. Voraussetzungen für eine Teilnahme am Programm sind ein erklärter Ausstiegswille und Freiwilligkeit. Die Beratungsarbeit ist vertraulich. Gesprächsinhalte werden ohne Zustimmung nicht an andere Stellen weitergegeben. Die Klienten erhalten individuell angepasste Hilfe, ohne dass sie ihre früheren „Brüder“ und „Schwestern“ verraten müssen.

Neben der Möglichkeit, dass sich ausstiegswillige Personen selbst an das Programm wenden, können beispielsweise Angehörige, Polizei oder Justiz Hinweise über begonnene Distanzierungsprozesse oder einen geäußerten Ausstiegswillen an die Ausstiegsbegleiter herantragen.



Aussteigerprogramm Islamismus

Das Aussteigerprogramm Islamismus ist über die E-Mail-Adresse kontakt@ausstieg-islamismus.nrw.de und die Telefonnummer 0211 837 1926 erreichbar.

Fachtagungen

Mit eigenen Fachtagungen und der Teilnahme am Deutschen Präventionstag bringt der Verfassungsschutz Expertinnen und Experten der Prävention zusammen und macht seine eigenen Aktivitäten einem interessierten Fachpublikum bekannt. Ziele sind Information, Sensibilisierung und Vernetzung der Beteiligten.

Fachtagung zur Partei „Die Rechte“ in Dortmund

Welche Ziele, Strategien und Aktionsformen prägen die Partei **Die Rechte**? In welchem Maße und in welchen Formen bedroht sie die demokratische Kultur? Was können Staat und Zivilgesellschaft tun? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Fachtagung „Die Partei 'Die Rechte' – Ideologie, Aktionsformen, Gegenstrategien“, die das Ministerium für Inneres und Kommunales am 25. November 2015 gemeinsam mit der Stadt Dortmund veranstaltet hat. Mehr als 200 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren insbesondere aus zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus, aus Kommunen, der Bildungsarbeit und aus den Sicherheitsbehörden informierten sich auf der Veranstaltung über die neonazistische Partei **Die Rechte** und diskutierten Gegenmaßnahmen.

Mit der Partei **Die Rechte** nahm die Tagung einen derzeit besonders relevanten Akteur des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen in den Blick. Sie fungiert als Auffangbecken für Aktivisten verbotener neonazistischer Organisationen. Durch die äußere Form als Partei will sich **Die Rechte** vor repressiven Maßnahmen des Staates schützen. Die Tagung analysierte die Partei aus vielen Perspektiven und setzte ein Signal, dass sich Kommunen, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden noch stärker gemeinsam dem Rechtsextremismus entgegenstellen.

Die Gespräche an verschiedenen Thementischen spiegelten den Grundkonsens der Tagung, dass repressive Mittel nicht ausreichen, um Gefahren für die demokratische Kultur abzuwenden. Schlüsselbegriffe der Diskussionen lauteten Aufklärung, Solidarität mit den Opfern des Rechtsextremismus, Begegnung und Dialog in der Einwanderungsgesellschaft.



Thementische bei der Fachtagung

Eine Online-Dokumentation der Tagung „Die Partei 'Die Rechte' – Ideologie, Aktionsformen, Gegenstrategien“ mit Fotos, Texten und einem Videobericht steht im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/tagung-die-rechte.html zur Verfügung.

Fachtagung zu Einstiegsprozessen in den Extremismus in Düsseldorf

Was lockt? Was hält? Was motiviert zum Handeln – auch zur Gewalt? Dies waren Leitfragen der Veranstaltung „Einstiegsprozesse: Rechtsextremismus und gewaltbereiter Salafismus. Gemeinsamkeiten – Unterschiede – Gegenmodelle“, die die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales am 22. September in Düsseldorf veranstaltete.

Im Zentrum der Tagung stand ein ausführliches, intensives und offenes Gespräch mit drei Aussteigern aus dem Rechtsextremismus, dem extremistischen Salafismus und dem Spektrum der sogenannten Grauen Wölfe. Die Gesprächspartner berichteten von ersten Berührungen mit den jeweiligen Szenen und von Reizen, die sie auf sie als damals Jugendliche ausübten. In unterschiedlicher Weise stellten die extremistischen Cliquen und Organisationen Gemeinschaft in Aussicht, Klarheit, Anerkennung, Action und Abgrenzung. Eine wissenschaftliche Perspektive lieferten zwei Fachvorträge zu den Einstiegsprozessen in den Islamismus und den Rechtsextremismus von Prof. Dr. Andreas Zick (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld) und Dr. Thomas Pfeiffer (Verfassungsschutz NRW).

Wissenschaftliche Expertise brachten beim abschließenden Podiumsgespräch zudem der Islamwissenschaftler Dr. Michael Kiefer (Universität Osnabrück), der im Präventionsprogramm „Wegweiser“ aktiv ist, und Dr. Thomas Schweer, Sozialwissenschaftler am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V., ein.

20. Deutscher Präventionstag in Frankfurt am Main

Erstmals war der Verfassungsschutz NRW in 2015 mit einem eigenen Stand beim Deutschen Präventionstag vertreten, der als größter europäischer Fachkongress des Themenfeldes Prävention in diesem Jahr in Frankfurt stattgefunden hat. Die Informationen des Verfassungsschutzes über seine Präventionsmaßnahmen stießen bei den Besuchern auf großes Interesse. Die Ergebnisse der Evaluation des Aussteigerprogramms Rechtsextremismus wurden auf dem Präventionstag in einem Vortrag des beauftragten Instituts vorgestellt.



VIR – Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern hat der Verfassungsschutz NRW das Projekt VIR im Jahr 2015 fortentwickelt und ausgeweitet. VIR ist ein Fortbildungskonzept zur sekundären Rechtsextremismus-

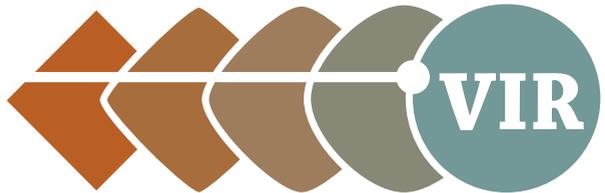
prävention und steht für „Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“. Es richtet sich an Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind – also mit jungen Menschen, die sich der rechtsextremistischen Szene annähern, aber noch nicht fest in ihr verankert sind. Das Projekt wurde 2014 von Mitarbeitern des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten angestoßen und in intensiver Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen entwickelt. 2014 fand eine Pilotveranstaltung in Schwerte statt. Darüber hinaus wurden in Oer-Erkenschwick die ersten VIR-Trainerinnen- und Trainer ausgebildet. Die zweite Ausbildung für VIR-Trainerinnen und -Trainer erfolgte im August 2015 in Bonn. Die Nachfrage überstieg dabei die Zahl der angebotenen Plätze.

Die viertägigen Ausbildungen der Trainerinnen und Trainer sind die Basis des Projekts. Diese Personen können anschließend in Zweiertteams eigenständig VIR-Fortbildungen anbieten. Anknüpfend an die Verbesserungsvorschläge der Teilnehmenden des Vorjahres war das Konzept der Ausbildung eingehend überarbeitet worden.

Inzwischen stehen 40 lizenzierte VIR-Trainerinnen und -Trainer im Rheinland und in Westfalen zur Verfügung. Unter den 2015 neu hinzugekommenen sind vor allem Fachkräfte aus der Bewährungshilfe, der Arbeit mit Aussteigern, der kommunalen Jugendhilfe und der Gedenkstättenpädagogik.

Breite Zusammenarbeit bewährt sich

Grundlage des VIR-Projekts ist eine enge Zusammenarbeit von Mitarbeitern des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten mit Kooperationspartnern, die in der Jugendarbeit und der



Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Rechtsextremismusprävention ausgewiesen sind. Am Steuerungskreis des Projekts, der auch die Ausbildungen durchführt, sind neben dem Verfassungsschutz NRW der Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (ak-Ruhr) und die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. beteiligt. VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen. Auch die ginko Stiftung für Prävention in Mülheim/Ruhr, an deren Fortbildungskonzept MOVE (Motivierende Kurzintervention) sich VIR anlehnt, hat das Projekt unterstützt.

VIR setzt auf „Tür und Angel“-Gespräche

VIR-Fortbildungen dauern in der Regel drei Tage und umfassen zehn Bausteine, insbesondere Module zur motivierenden Gesprächsführung und Grundwissen zum Thema Rechtsextremismus. Sie vermitteln Methoden, um Impulse bei Personen zu setzen, die der Verhaltensänderung skeptisch gegenüberstehen und bei denen intensive Beratungsprozesse zunächst aussichtslos sind. VIR setzt auf Kurzinterventionen. Diese „Tür und Angel“-Gespräche beziehungsweise Kurzberatungen sind auf eine Dauer von zehn bis 60 Minuten angelegt. Typische Gesprächssituationen sind beispielsweise

- ▶ Pausengespräche mit Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern, Lehrerinnen und Lehrern,
- ▶ Gespräche im Jugendzentrum, Verein oder in der Wohngruppe,
- ▶ Gespräche zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer Justizvollzugsanstalt.

Entsprechend richten sich die Fortbildungen zum Beispiel an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulsozialarbeit, in Einrichtungen der Jugendhilfe, Sportvereinen und in Justizvollzugsanstalten sowie an Lehrerinnen und Lehrer.

2016: Trainer/innen-Ausbildung für norddeutsche Aussteigerprogramme

Die jüngste Trainer/innen-Ausbildung hat vom 26. bis 29. Januar 2016 in Braunschweig stattgefunden. Ausrichter war der „Nordverbund“, ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher und staatlicher Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten in den norddeutschen Bundesländern. Am „Nordverbund“ sind auch Fachkräfte aus Nordrhein-Westfalen beteiligt. Wegen der hohen Nachfrage findet vom 27. bis zum 30. September 2016 eine weitere VIR-Trainer/innen-Ausbildung in Nordrhein-Westfalen (Marienheide) statt.

Informationen zum Projekt

Weitere Informationen zum VIR-Projekt und Kontaktmöglichkeiten zu Trainerinnen und Trainern sind unter www.vir.nrw.de abrufbar.

Vorträge und Fortbildungen

Zum gesetzlichen Auftrag, über extremistische Bestrebungen aufzuklären und zu sensibilisieren, hat der Verfassungsschutz NRW verschiedene bewährte Angebote der Prävention etabliert. Hierzu gehören beispielsweise seit Jahren häufig nachgefragte Vorträge, die die Öffentlichkeit über Gefahren extremistischer Strategien, Erscheinungsformen und Ideologien aufklären. Spezielle Vortragsveranstaltungen und Fortbildungen für Multiplikatoren und Fachkräfte dienen der zielgruppengerechten Weitergabe von Wissen.

Wegen zahlreicher Versuche von extremistischen Salafisten im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen zu missionieren, die Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Menschen auszunutzen und sie für Ihre Ziele zu vereinnahmen, hat der Verfassungsschutz beispielsweise im Jahr 2015 kurzfristig ein Konzept zu Aufklärungsveranstaltungen entwickelt, die Akteure, die hauptberuflich oder ehrenamtlich mit Flüchtlingen arbeiten, zum Themenfeld sensibilisieren sollen.

Alle Veranstaltungen des Verfassungsschutzes NRW, die in 2015 durchgeführt wurden, sind zu konkreten extremistischen Erscheinungsformen konzipiert, führen daneben jedoch auch die Wichtigkeit von demokratischen Grundwerten wie Menschenwürde und Religionsfreiheit vor Augen.

Informationsveranstaltungen für Fachkräfte und für Jugendliche

Veranstaltungen des Verfassungsschutzes NRW finden vielfach auf Einladung zivilgesellschaftlicher Organisationen statt. Eine solche Veranstaltung nahm am 4. Dezember 2015 die rechts-extremistische Hetze gegen geflüchtete Menschen in den Blick. Sie fand in Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Respekt und Mut/Düsseldorfer Appell“ sowie mit der Diakonie und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Düsseldorf statt.

Insgesamt blieb im Jahr 2015 die Zahl der angefragten Aufklärungsveranstaltungen und speziellen Fortbildungen mit rund 170 realisierten Terminen anhaltend hoch. Die weitaus meisten Veranstaltungen nahmen den Rechtsextremismus oder den Islamismus, teilweise auch beide Bereiche gleichzeitig, in den Blick. Auf diese Weise hat der Verfassungsschutz fast 8.000 Menschen landesweit informiert. Rund zwei Drittel der Veranstaltungen richteten sich an ein Fachpublikum – überwiegend an Beschäftigte von Justiz und Polizei und an Fachkräfte in Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung oder im wissenschaftlichen Raum. Ein Drittel der

Veranstaltungen fand im Rahmen von Unterrichtsreihen oder Projekttagen für Schülerinnen und Schüler statt.

Zum Thema Rechtsextremismus fanden über 130 Vorträge und Fortbildungen mit etwa 5.600 Teilnehmenden statt. Viele Veranstaltungen legten den Schwerpunkt auf Aspekte, die als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ zusammengefasst werden können. Dabei geht es um Werbeformen, die auf Jugendliche zugeschnitten sind und die rechtsextremistische Inhalte mit den Versprechen von Gemeinschaft und Action sowie mit Freizeitangeboten und unterhaltenden Mitteln verbinden. Zunehmend setzen Rechtsextremisten aber auch auf Kampagnen, die die Mitte der Gesellschaft erreichen sollen. Dieses strategische Ziel verfolgen sie mit der Agitation gegen Musliminnen und Muslime, Sinti und Roma und derzeit besonders vehement und aggressiv gegen geflüchtete Menschen. Aufklärungsveranstaltungen des Verfassungsschutzes zum Thema Rechtsextremismus greifen diese Kampagnen regelmäßig auf.

Spezielle Vorträge für Beschäftigte im Justizvollzug

Zwei speziell konzipierte Veranstaltungen fanden 2015 für Beschäftigte der Justizvollzugsanstalten (JVA) statt. Sie richteten sich an Vertreterinnen und Vertreter des Bereichs „Sicherheit und Ordnung“ sowie der Sozialdienste der Justiz aller JVA in Nordrhein-Westfalen. Die Beiträge machten die Bemühungen extremistischer Szenen deutlich, Kontakt zu Strafgefangenen zu halten, um deren Distanzierung zu verhindern. Im Fokus standen insbesondere die Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten und für Islamisten, für die die Vernetzung mit den Justizvollzugsanstalten besonders wichtig ist.

Im Bereich Islamismus wurde eine eigene Fortbildungsreihe für den Justizvollzug aufgelegt. Sie richtet sich an alle JVA-Bediensteten in Nordrhein-Westfalen und wird im Jahre 2016 fortgeführt.



Vortrag in einer Justizvollzugsanstalt

Formate, die Jugendliche über rechtsextremistische Angebote im modernen Gewand informieren sollen, sind beispielsweise die Präventionstage „Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus“, die die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Verfassungsschutz NRW und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung veranstaltet. Schulklassen erfahren mit Hilfe

vieler Beispiele insbesondere, wie ausdifferenziert die Musikstile der rechtsextremistischen Szene sind und welche Internetstrategien sie einsetzt, um die junge Zielgruppe zu erreichen. Damit rücken die Präventionstage zentrale Aspekte der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ in den Mittelpunkt und zeigen auf, dass hinter modernen Fassaden altbekannte rassistische und menschenverachtende Propaganda steht.

Aufklärung über Salafismus und Prävention – hoher Bedarf und positive Resonanz

Im Jahr 2015 wurden knapp 50 Aufklärungsveranstaltungen zum Themenfeld Islamismus durchgeführt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes informierten dabei insbesondere zu Erscheinungsformen, Ideologiemerkmalen und Propagandamethoden des extremistischen Salafismus. Daneben wurde die Präventionsstrategie des Verfassungsschutzes vorgestellt sowie das Programm Wegweiser und das Aussteigerprogramm Islamismus als konkrete Beratungs- und Interventionshilfen erläutert.

Die enorme Nachfrage nach Vorträgen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes zum Thema Salafismus ist ein Beleg für den hohen Informationsbedarf der Öffentlichkeit sowie unterschiedlicher staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen und Organisationen. Anfragen gab es unter anderem aus den Bereichen JVA, politische Gremien, Behörden, Beratungsstellen, Stiftungen und insbesondere Schule, wo der größte Bedarf an Information und Sensibilisierung deutlich wurde. Mit der Aufklärung dieser breigefächerten Zielgruppen wurde dem gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Präventionsarbeit Rechnung getragen. Die Resonanz zu den Vortragsveranstaltungen war sehr positiv. Diskussionsbeiträge sowie Rückmeldungen der Teilnehmenden und das hohe Maß an Anfragen nach Infomaterialien und Folgeveranstaltungen machen dies deutlich. Die Teilnehmenden wurden dabei stets als Multiplikatoren angesprochen, um über diese Rolle möglichst viele weitere Akteure zu erreichen.

Sensibilisierung von Akteuren der Flüchtlingseinrichtungen

Akteure, die mit Flüchtlingen arbeiten, fragen wie sie salafistische Anwerbe- und Missionierungsversuche rechtzeitig erkennen und passgenaue Hilfe- und Beratungsangebote aufsuchen können, um Menschen in ihrer Obhut vor Einflussnahmen zu schützen. Ab dem Jahr 2016 führt der Verfassungsschutz daher im Sinne einer frühzeitigen Prävention eine landesweite Aufklärungs- und Sensibilisierungsreihe für Betreiber, pädagogische Fachkräfte und andere Beschäftigte der Flüchtlingsunterbringung sowie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer durch. Die Veranstaltungen informieren gemeinsam mit kommunalen und staatlichen Stellen vor Ort umfassend und kompakt über den extremistischen Salafismus, seine Anwerbemethoden und Propagandaaktivitäten. Zudem stellen sie die Präventions- und Beratungsangebote der örtlichen Stellen, der Polizei sowie des Ministeriums für Inneres und Kommunales, das Präventionsprogramm „Wegweiser“ und das „Aussteigerprogramm Islamismus“, vor. Der hohe Informationsbedarf der



Kurzbroschüre des Verfassungsschutzes NRW zur Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Flüchtlingseinrichtungen

Akteure zur frühzeitigen Erkennung von Radikalisierungsanzeichen und Anwerbeversuchen wird durch Vermittlung eines präventiven Handlungskonzepts abgedeckt. Darüber hinaus nehmen die Sensibilisierungen die besondere Schutzbedürftigkeit von „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ vor Vereinnahmung durch extremistische Salafisten in den Blick. Sie richten sich im Einzelnen gezielt an Fachkräfte der Jugendhilfe und Akteure, die mit jungen, geflüchteten Menschen arbeiten.

Verfassungsschutz durch Aufklärung – Diesem Grundsatz wurde auch im Berichtsjahr 2015 durch zahlreiche Veröffentlichungen Rechnung getragen. Neben umfangreichen Informationsangeboten im Internet wird in Broschüren über politischen Extremismus informiert. Darüber hinaus bringt der Verfassungsschutz seine Erkenntnisse und Analysen regelmäßig in Fachzeitschriften und Forschungsbeiträgen ein und unterstützt dadurch den Dialog mit der Wissenschaft.

Informationsmaterialien wie Plakate, Faltblätter und Visitenkarten weisen auf Kontaktmöglichkeiten zu den Aussteigerprogrammen und Wegweiser hin und werden Interessierten bei Vortragsveranstaltungen oder auf dem Bestellweg übermittelt.

Broschüre „Extremistischer Salafismus als Jugendkultur – Sprache, Symbole und Style“



Die Broschüre „Extremistischer Salafismus als Jugendkultur – Sprache, Symbole und Style“ hilft, in der salafistischen Szene gebräuchliche Merkmale und Verhaltensmuster zu erkennen und einzuschätzen. Sie zeigt auf, inwiefern der Salafismus insbesondere für junge Menschen Attraktivität entfalten kann und sich die Nähe zur salafistischen Ideologie in jugendkulturellen Elementen ausdrückt. Neben der Erklärung von Merkmalen wie Symbolen, Sprachcodes und Kleidungsstilen werden Märtyrerkult, Jihadvorstellungen sowie Radikalisierungswege und -indikatoren in den Blick genommen. Zudem werden Beratungs- und Informationsangebote für Betroffene, Angehörige und Interessierte vorgestellt. Die Broschüre enthält reichhaltiges Bildmaterial, um szenetypische Merkmale und Propagandamethoden zu verdeutlichen.

Broschüre „Extremistischen Salafismus erkennen – Kompaktinformationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Flüchtlingsseinrichtungen“

Die Broschüre „Extremistischen Salafismus erkennen – Kompaktinformationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Flüchtlingsseinrichtungen“ fördert das Erkennen von Aktivitäten salafistischer Einzelpersonen und Netzwerke in und im Umfeld von Flüchtlingsseinrichtungen. Sie dient als Handreichung, um salafistische Anwerbungs- und Rekrutierungsversuche zu bemerken und von Angeboten legitimer muslimischer Hilfsorganisationen zu unterscheiden. Dazu bietet die Broschüre einen Überblick über die salafistische Ideologie, szenetypische Symbole und aktive Netzwerke mit ihren jeweiligen Aktionsfeldern.



Aufsätze in Fachpublikationen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes NRW bringen ihre Analysen regelmäßig in Bücher und Zeitschriften im wissenschaftlichen Raum ein und tragen auf diese Weise zu einem Dialog von Verfassungsschutz und akademischer Forschung bei.

Welche Funktionen erfüllen Websites und Auftritte in Social Media für den deutschen Rechtsextremismus? Das ist die Kernfrage zweier Aufsätze aus dem Verfassungsschutz NRW, die 2015 veröffentlicht wurden. Ein Beitrag ist in der aktualisierten Neuauflage des Sammelbandes „Strategien der extremen Rechten“ (hrsg. von Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster) erschienen, der andere im Sammelband „Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie“ (hrsg. von Sonja Angelika Strube).

Ein Beitrag im Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015 (hrsg. von Armin Pfahl-Traugher) geht den Einstiegsprozessen in den Rechtsextremismus nach. Er bündelt Forschungsergebnisse und beleuchtet insbesondere familiäre Hintergründe sowie die Bedeutung rechtsextremistischer Erlebniswelten und geschlechtlicher Rollenbilder.

Publikationen

Publikationen des Verfassungsschutzes NRW,
Bestellung oder Download:

www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/publikationen.html.

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung,
Download: www.fhbund.de.

Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe des Bundes und der Länder. Nordrhein-Westfalen verfügt deshalb wie alle Länder der Bundesrepublik Deutschland über eine Verfassungsschutzbehörde. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen ist ein Nachrichtendienst im Sicherheitsgefüge des Landes Nordrhein-Westfalen und ist als Abteilung in das Ministerium für Inneres und Kommunales eingegliedert. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln zusammenzuarbeiten. Dabei übernimmt das BfV die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene.

Im Rahmen des Sicherheitspakets 2015 hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen beschlossen, im Verfassungsschutz mehr Personal zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus einzusetzen. Der Verfassungsschutz wurde um 54 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt, so dass im Jahr 2015 für die Abteilung 388 Stellen sowie Sach- und Investitionsmittel von 5,61 Millionen Euro zur Verfügung standen.

Aufgaben

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die extremistische Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen.

Dazu gehören unter anderem Aktivitäten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen. Des Weiteren betrifft dies Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz verfolgt mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln einen Dreiklang aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe. Es ist seine Aufgabe, frühzeitig problematische Entwicklungen zu erkennen und Politik und Gesellschaft zu sensibilisieren. Da eine effektive Bekämpfung von Extremismus neben den konkreten Aufgaben von Sicherheitsbehörden auf gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen basiert, geht der Verfassungsschutz in die Gesellschaft hinein, klärt auf und bietet eine Zusammenarbeit an.

Aktuell liegen die Schwerpunkte des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen in der präventiven und operativen Bekämpfung des Rechtsextremismus und des gewaltbereiten Salafismus. Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sowie Präventions- und Aussteigerprogramme verhindern dabei den Einstieg in die jeweilige extremistische Szene beziehungsweise ermöglichen die Loslösung darin eingebundener Personen.

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Im Jahr 2013 wurde der Verfassungsschutz umfassend reformiert. In dem neugefassten Verfassungsschutzgesetz sind seine Aufgaben und Befugnisse genau definiert. Zugleich ist geregelt, wie sein Handeln kontrolliert wird.

Eine rechtliche und politische Kontrolle von Verwaltung sind Qualitätsmerkmale des Rechtsstaates. Dies gilt nicht nur für die allgemeine Verwaltung, sondern auch für den Verfassungsschutz. Da die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer besonderen Geheimhaltungsbedürftigkeit in der Regel nicht öffentlich im Parlament oder seinen Ausschüssen beraten werden können, existieren für eine wirksame Kontrolle besondere Stellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG), das sich aus acht Mitgliedern und acht Stellvertretern zusammensetzt. Der Landtag Nordrhein-Westfalen wählt diese zu Beginn jeder Wahlperiode für deren Dauer aus seiner Mitte. Das PKG überwacht die Tätigkeit des Verfassungsschutzes insgesamt, seine Maßnahmen und ihre Notwendigkeit. Einzelne Aspekte der Arbeit des Verfassungsschutzes prüfen die G10-Kommission, deren Zustimmung beispielsweise für Telefonüberwachungen erforderlich ist, darüber hinaus die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sowie der Landesrechnungshof.

Parlament	Genehmigungsvorbehalte	Öffentlichkeit
<ul style="list-style-type: none">▶ Parlamentarisches Kontrollgremium▶ Berichtspflichten gegenüber Kabinett und Landtag▶ Petitionen	<ul style="list-style-type: none">▶ Zustimmung durch Minister▶ Zustimmung durch unabhängige G10-Kommission▶ Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte	<ul style="list-style-type: none">▶ Auskunftersuchen▶ Benachrichtigungen▶ Gerichte▶ Presse, Medien

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Verarbeitung personenbezogener Daten

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben dürfen Verfassungsschutzbehörden unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalens nutzt dazu eigene Dateien und das „Nachrichtendienstliche Informationssystem Wissensnetz“ (NADIS WN), auf das die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes gemeinsam Zugriff haben.



Erfasst werden Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen, und getrennt davon zu Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind. Die Durchführung solcher Überprüfungen erfolgt mit Zustimmung der Betroffenen und macht rund 90% aller NADIS-Einträge aus Nordrhein-Westfalen aus.

Öffentlichkeitsarbeit

Der beste Schutz vor extremistischen Bestrebungen ist eine informierte, aufgeklärte Öffentlichkeit. Den Leitspruch „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ versteht der Verfassungsschutz daher als wesentlichen Arbeitsauftrag.

Damit Bevölkerung, Politik und Medien Anzeichen für Extremismus erkennen können, setzt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auf eine intensive Aufklärungsarbeit und bietet eine breite Palette verschiedener Informationsmaterialien an. Dazu gehören Vorträge vor allem für Multiplikatoren, Tagungen, Broschüren und ein Informationsangebot im Internet.

Einen wichtigen, alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfassenden Aufklärungsbeitrag liefert der jährliche Verfassungsschutzbericht. Die Jahresberichte dienen Gerichten und Behörden als Nachschlagewerk zum Extremismus. Sie werden dem Landtag zur Unterrichtung über Entwicklungen vorgelegt und auch von der interessierten Öffentlichkeit stark nachgefragt.

Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen finden sich in Berichten und Broschüren, die über die Internetseite des Ministeriums für Inneres und Kommunales unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz abrufbar und bestellbar sind. Besonders hervorzuheben ist der Bildungscomic „ANDI“ („Comic für Demokratie – gegen Extremismus“). Er greift in drei Ausgaben die Themenfelder Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus auf. Die Hefte richten sich an Schüler und Jugendliche. Mit einer Gesamtauflage von mittlerweile über eine Million Exemplaren stellt der Comic einen großen Erfolg in der Präventionsarbeit dar.

Liste der Bestrebungen und Organisationen

Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

A

»ADÜTDF«
Advance
AG Rheinland
Ahrar al Sham
»AKARAM«
»alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«
al-Qaida
al-Shabab
Ansaar Düsseldorf e.V./ Ansaar International
Ansarul Aseer
»Antikapitalistische Linke (AKL)«
Antisem Versand
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
»AUF Witten«

B

»BergAUF«
Bielefeld Sultan Fatih Genclik (BSFG)
Blickpunkt
Blood and Honour
»Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)«

C

CDK Koordinasyon Civata Ekolojik
– Demokratik a Kurd Li Ewropa
Celebrity
Church of Scientology

D

Der Weg zum Glückhsein
Der III. Weg
»Demokratisch-kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)«
»Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
»Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)«

Deutsche Stimme
Devrimci Sol
Die Rechte
Die Wahre Religion
Dogru Haber (Richtige Nachricht)
dortmundecho.org

E

»eedhesam.com«
Einladung zum Paradies e.V. (EZP)
Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung)

F

Farben für Waisenkinder
Föderation islamischer Organisationen in
Europa (FIOE)
»Föderation kurdischer Vereine in Deutschland
(YEK-KOM)«
»Frauenverband Courage e.V.«
Freies Netz Süd
Freewinds
Freiheit

G

»Gelsenkirchen für AUF«
Gemeinschaften Kurdistans (KCK)
»Grup Yorum«

H

Hamas
Hammerskins
Haus des Qurans
Helfen in Not (HiN)
Hizb Allah (Partei Gottes)
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei –
HuT)

I

Identitäre Aktion (IA)

»Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD)«
Impact
»Internationale Koordinierung revolutionärer
Parteien und Organisationen (ICOR)«
»Interventionistische Linke (IL)«
Inzar (Warnung)
Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD)
Islamische Zentrum (Imam-Mahdi-Zentrum),
Münster
Islamischer Staat (IS)
Ismail Aga Cemaati (IAC)
Izzedin al-Qassam-Brigaden

J

Jabhat al-Nusra (JaN)
jemenitische al-Qaida / al-Qaida auf
der Arabischen Halbinsel
Jesus im Islam
Jugend für Menschenrechte
junge Welt

K

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)
Kategorie C
Kaukasisches Emirat
Kelhaamet (Prächtiges Diyarbakır)
Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in
eigenen Worten)
KÖLN UNZENSIERT
Kommunistische Plattform (KPF)
Kompetenz
»Kongress der kurdisch-demokratischen
Gesellschaft in Europa (KCD-E)«
»Kurdistan-Report«

L

Lernen und Kämpfen (LuK)
Lies!

Linksjugend [solid]
Lohberger Gruppe
»LTTE Headoffice«
»LTTE International Organisation«

M

MAKKS Damage
marx21
Marxistische Blätter
Marxistische Linke – ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ (ML)
Medizin mit Herz e.V. (vormals Medizin ohne Grenzen)
»Mednuce«
Millatu Ibrahim (MI)
Milli Görüs-Bewegung
MLPD
»Mülheim für AUF«
Muhacirun (Auswanderer)
Mujahidin-Bewegung in Afghanistan
Muslimbruderschaft

N

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
Nationale Revolution
Nationaler Widerstand Duisburg
Nationalisten Kreis Gütersloh
»Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)«
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung (NKSB)
NRW UNZENSIERT – Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW
»NUCE TV«
»NV AUF geht's«

O

Oidoxie
Organisation für Frieden und Hilfe

Oldschool Society (OSS)
OT-Universer

P

Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)
Palestinian Return Center (PCR)
Partei der demokratischen Union (PYD)
»pathivu.com«
Pro Deutschland
pro Deutschland – Zeitung der Bürgerbewegung pro Deutschland
PRO KÖLN – Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln
Pro Köln e.V.
Pro NRW
PRO NRW – Informationen der Bürgerbewegung pro NRW

R

Rebell
Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtulus Cephesi – DHK-C)
Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtulus Partisi – DHK-P)
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)
Revolutionärer Weg
Rote Fahne (RF)
Rotfüchse

S

Saadet Partisi (SP)
Sag nein zu Drogen
Scientology Kirche Berlin e.V.
Scientology Kirche Deutschland e.V.
Scientology Organisation (SO)
Scientology News

»Serxwebun (Unabhängigkeit)«
Shahid Stiftung
Siegel der Propheten
Sleipnir
»Solingen aktiv«
Source
»Soziales Bündnis Gladbeck«
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
Bochum (SDAJ)
»Sozialistische Linke (SL)«
»Sterka Ciwan (Stern der Jugend)«
Stützpunkt Hermannsland
Syndikat 52

T

Tamilische Befreiungstiger – (Liberation Tigers
of Tamil Eelam – LTTE)
»Tamil Coordination Committee (TCC)«
»Tamil Rehabilitation Organization e. V.
(TRO)«
»Tamil Student Organization e.V. (TSV)«
»Tamil Youth Organisation – Germany (TYO)«
»Tamil Youth Organization (TYO)«
Tauhid Germany
The Aditor
Thiazi
Türkische Hizbullah (TH)

U

»Ülkücü-Bewegung« (Graue Wölfe)
»Umweltgewerkschaft«
UZ- Unsere Zeit

V

Verband der islamischen Vereine und Gemein-
den e.V. (ICCB)
Verein Anatolische Föderation
Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)

»Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland
(VETD)«
Volksverteidigungseinheiten (YPG)
Volksverteidigungskräfte (HPG)

W

»Wahlbündnis AUF«
Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)
»Way to Allah«
Widerstand
»WIR für Mülheim«
World Institute of Scientology Enterprise
(WISE)
Wut aus Liebe

Y

Yeni Müjde (Neue Frohe Botschaft)
»Yeni Özgür Politika«
Yürüyüş

Stichwortverzeichnis

A

ADÜTDF	23, 136 ff.
Advance	200
AKARAM	152
al-Qaida	167, 171 f., 174
al-Shabab	177
Ansaar Düsseldorf e.V.	171 f.
Antikapitalistische Linke (AKL)	113 ff.
Antisem Versand	74, 76
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL), <i>siehe</i> PKK	
AUF	122 f.
Autonome Nationalisten (AN)	94, 105

B

Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), <i>siehe</i> Tamilische Befreiungstiger	
Bielefeld Sultan Fatih Genclik (BSFG)	192
Blickpunkt	52
Blood and Honour	83, 101, 104
Borchardt, Siegfried	80
Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)	137

C

Cayir, Nusret	192 f.
CDK Koordinasyon Civata Ekolojik – Demokratik a Kurd Li Ewropa	146
Celebrity	200

Celebrity Center	200
Church of Scientology	200
Courage	122, 125, 127
Cremer, Claus	52

D

Demokratisch-kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)	147
Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)	147
Der III. Weg	22, 38 f., 43, 86 ff., 95
Der Weg zum Glückhchsein	201, 203
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	22, 112 f., 116, 118 ff
Deutsche Stimme (DS)	52
Devrimci Sol	142 f.
Die Rechte	22, 39 ff., 48, 50, 55, 57, 72 ff., 94 ff, 104 ff., 236
Die Wahre Religion	169
Division Braune Wölfe	42, 96
Dogru Haber	196
dormundecho.org	72

E

eedhesam.com	152
Emde, Christian	175
Engel, Stefan	122, 127
Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung)	191, 193

F

Falk, Bernhard	173 f.
Farben für Waisenkinder	183
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF), <i>siehe</i> ADÜTDF	
Föderation der Yezidischen Vereine Kurdistan (FKE, früher YEK)	147
Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE)	188

Föderation kurdischer Vereine in	
Deutschland (YEK-KOM)	147
Franz, Frank	52, 56, 59
Frauenverband Courage e.V. ..	122, 125, 127
Freewinds	200
Freies Netz Süd	86
Freiheit	200

G

Gemeinschaften Kurdistans (KCK)	146
Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei	
– Adalet ve Kalkinma Partisi (AKP)	140
Giemsch, Dennis .	42, 72, 74, 76, 78, 80, 107
Graue Wölfe, <i>siehe</i> ADÜTDF	
Grup Yorum	145

H

HAMAS	23, 180 f.
Hammerskins	100 f.
Hizb Allah - Partei Gottes	23, 182 f.
Hizb ut-Tahrir (HuT)	23, 184 f.
HoGeSa	41, 50, 57, 64, 96, 130, 159
Hozat, Bese	146

I

Identitäre Aktion (IA)	48, 97
Identitäre Bewegung Deutschland	
e.V. (IBD)	48, 90 ff., 97
Impact	200
Internationale Koordination	
Revolutionärer Parteien und	
Organisationen (ICOR)	113, 123 ff.
Interventionistische Linke (IL)	132
Islamische Gemeinschaft in	
Deutschland (IGD)	188 f.
Islamischer Staat (IS) 44, 124, 132, 148, 151,	
159, 163, 167, 172, 174 ff., 195	
Ismail Aga Cemaati (IAC)	192 f.

J

Jabhat al-Nusra (JaN)	172
Jugend für Menschenrechte	201
junge Welt (jW)	115, 118

K

Kalifatsstaat	23, 158, 186 f.
Kameradschaft Aachener	
Land (KAL)	82
Kaplan, Cemaeddin	186
Kaplan, Metin	186 f.
Kartal, Remzi	146
Kategorie C	104
Kaukasisches Emirat	194 f.
Kelhaamet	196
Kendi Dilinden Hizbullah	196 f.
Know-how	209, 214
Köbele, Patrik	116, 120
KÖLN UNZENSIERT	60
Kommunistische Partei Chinas	
(KPCh)	211 ff.
Kommunistische Partei	
Deutschlands (KPD)	116
Kommunistische Plattform	
(KPF)	113 ff.
Kommunistischer Arbeiterbund	
Deutschlands (KABD)	123
Kompetenz	200
Kongress der kurdisch-demokratischen Ge-	
sellschaft in Europa (KCD-E)	147
Koordination der kurdischen ökologisch-	
demokratischen Gesellschaft in	
Europa (CDK)	146
Kurdistan-Report	146

L

Lau, Sven	167 f.
Lies!	167 ff., 195

Linksjugend [solid]	113 ff.
Lohberger Gruppe	176
LTTE Headoffice	153
LTTE International Organisation	153

M

Makss Damage	44, 82, 101 ff., 109
marx21	114 f.
Marxistische Blätter	116
Marxistische Linke – ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ (ML)	119 ff.
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	22, 112 f., 116, 122, ff., 131 f.
Medizin mit Herz (vormals Medizin ohne Grenzen)	173
Mednuce	146
Millatu Ibrahim (MI)	175
Milli Görüs-Bewegung	23, 158, 190 ff.
Miscavige, David	200, 203
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform	115
Muslimbruderschaft (MB)	23, 180 f., 184, 188, f.

N

Nationaldemokratische Partei Deutschlands, <i>siehe</i> NPd	
Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO)	80
Nationaler Widerstand Duisburg	50, 95
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) ...	213
Nationalisten Kreis Gütersloh	95
Neonazi-Szene	39, 54, 56, 59, 76, 78, 86, 88, 94 ff., 104
Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)	146
Newroz	148
news.dkp.de	116, 119
Nordkaukasische Separatisten- Bewegung (NKSb)	23, 158, 194

NPD	22, 38, 48, 50 ff., 76, 79, 83 ff.
NRW UNZENSIERT - Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW	60
NUCE TV	146

O

Öcalan, Abdullah	146, 148
Oidoxie	101
Oldschool Society (OSS)	39, 46, 98 f.
OT-Univers	200

P

Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)	136 ff.
pathivu.com	152
Pegida	44, 48 ff., 57, 71, 85, 109
PEGIDA	44, 48, 50, 109
PKK	23, 124, 132, 134 f., 138, 140 f., 146 ff., 151, 196 f.
Prabhakaran, Velupillai	152, 155
Pro-Bewegung	60 f., 64, 66, 68, 70
Pro Deutschland – Landesverband NRW ...	22, 38 f., 42, 44, 50, 60 ff., 66, 68 ff.
pro Deutschland – Zeitung der Bürgerbewegung pro Deutschland	60
Pro Köln e.V.	22, 38 ff., 48, 60 ff., 71
Proliferation	211, 214
Pro NRW	22, 39 ff., 48, 50 f., 60 ff., 96 f., 107, 109
PYD	151

R

Rebell	124
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)	23, 134 f., 142 ff.
Roeseler, Dominik	107

Rote Fahne (RF)	122
Rotfuchse	124

S

Saadet Partisi (SP – Glückseligkeitspartei)	191 ff.
Sag nein zu Drogen	201, 203
Salafismus 85, 159, 161, 164 ff., 178, 187, 195, 227, 230, 237, 240, 242, 244 f., 248	
Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)	201
Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)	201
Scientology News	200
Scientology Organisation (SO)	200 ff.
Serxwebun (Unabhängigkeit)	146
Skinhead-Szene	56, 100 f., 105
Sleipnir	101, 104
Source	200, 208
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	116 f.
Sozialistische Linke (SL)	114
Sterka Ciwan	146
Sterka Ciwan (Stern der Jugend)	146
Stürzenberger, Michael	50
Syndikat 52	83

T

Tamil Coordination Committee (TCC)	152
Tamilische Befreiungstiger (LTTE)	23, 134 f., 152 ff.
Tamil Rehabilitation Organization e.V. (TRO)	152
Tamil Student Organization e.V. (TSV)	152
Tamil Youth Organization e.V. (TYO)	152, 154
Tauhid Germany	175
The Aditor	200
Türkische Hizbullah (TH)	23, 196 ff.

U

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)	136 ff.
Ums Ganze. Kommunistisches Bündnis	132
Unsere Zeit (UZ)	116, 118 ff.

V

Velioglu, Hüseyin	196
Vlaams Belang	63
Vogel, Pierre	167 f.
Voigt, Udo	83
Volksmodjahedin (MEK)	213
Volkverteidigungseinheiten (YPG)	151
Volkverteidigungskräfte (HPG)	151

W

Worch, Christian	72
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)	203

Y

Yeni Müjde	196
Yeni Özgür Politika	146
Yürüyüs	142 ff.

Z

Zagros, Hacer	146
---------------------	-----

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

